QUELLEN-SAMMLUNG ZU DEM OEFFENTLICHEN RECHT DES...





Quellen-Sammlung

zu dem

Oeffentlichen Recht des Teutschen Bundes.

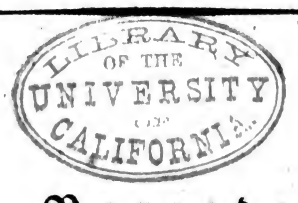
Enthaltend
die Schluß-Acte des Wiener Congresses,
den Frankfurter TerritorialReceß,
die
Grundverträge des Teutschen Bundes,
und
Beschlüsse der Bundesversammlung
von allgemeinerem Interesse.

Mit historisch-literärischen Einleitungen, Uebersichten des Inhaltes, und Anmerkungen,

herausgegeben
von
Johann Ludwig Klüber.

Dritte, sehr vermehrte Auflage.

Erlangen,
bei Joh. Jac. Palm und Ernst Enke.
1830.



Vorrede.

Nachdem auch die zweite Auflage dieser Sammlung in dem Buchhandel längst vergriffen war, ersuchte die Verlaghandlung den Herausgeber mehrmal um eine bei ihr schon oft verlangte dritte Auflage. Er gab endlich nach, und so erscheint dieselbe, nicht nur hin und wieder berichtigt, sondern auch sehr vermehrt. Reichhaltiger als die vorigen ist sie ausgestattet, durch Zusätze in den historisch-literärischen Einleitungen und Inhaltanzeigen, durch Anmerkungen und Anzeigen verschiedener Lesarten, in Noten unter dem Text. Bedeutend ist die Sammlung erweitert, durch Aufnahme der nöthigsten und gemeinnützigsten von den neueren Quellen des Bundesrechtes; von jenen, welche seit der ersten Auflage, die meisten und wichtigsten erst seit der zweiten, in das Daseyn getreten sind. Dieser starke Zuwachs hatte eine Erweiterung auch des Titels zur natürlichen Folge.

Auf noch mehr Quellen diese Sammlung auszudehnen, schien weder räthlich noch nöthig zu seyn. Für den akademischen Gebrauch der Rechtsbeflissenen, und für das Bedürfniß weit des größten Theils der teutschen Rechtsgelehrten, mag eine wohlfeilere Handausgabe nur jener Quellen des öffentlichen Rechtes des Teutschen Bundes, welche ein allgemeineres und bleibenderes Interesse haben, geeigneter seyn, und darum sich mehr empfehlen, als ausgedehntere,

zum Theil über die Entstehung des Teutschen Bundes zurück gehende Sammlungen, deren nun schon wenigstens fünf erschienen sind. Keiner von diesen, soll jedoch ihr verhältnißmäßiger Werth hiemit bezweifelt oder bestritten werden.

Wer in dem Fall ist, mehr zu bedürfen oder zu wünschen, als hier gegeben wird, befindet sich in der Regel auch in einer Lage, worin theils einzelne Abdrücke oder Abschriften, theils die grösseren Sammlungen von Staatsverträgen und Staatsverhandlungen, und die Protocolle der Bundesversammlung, ihm zugänglich sind. Ohne die Erwägung wahrscheinlich grösserer Gemeinnützigkeit, wäre gegenwärtige dritte Auflage, und in dieser Gestalt, nicht erschienen.

In den Anmerkungen zu dieser Quellen-Sammlung, ist hin und wieder sich bezogen auf andere Schriften oder Sammlungen des Herausgebers. Es wird dem Zweck dienen, dieselben hier insgesammt und ausführlicher anzugeben. Es sind folgende, alle unter seinem Namen. 1) Oeffentliches Recht des Teutschen Bundes und der Bundesstaaten. Frankfurt a. M. 1817. XVIII. u. 845 Seiten gr. 8. Zweite, sehr vermehrte und verbesserte Auflage, ebendaselbst 1822. XVI. u. 986 Seiten, gr. 8. Die dritte, vermehrte Auflage erscheint im Laufe dieses Jahres. 2) Staatsarchiv des Teutschen Bundes. Heft I — IV. Erlangen 1817. Heft V u. VI, ebendaselbst, 1817. gr. 8. 3) Abhandlungen und Beobachtungen für Geschichtkunde, Staats- und Rechtswissenschaften. I. Band. Frankfurt a. M. 1830. gr. 8. 4) Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congresses. Abtheilung I, II und III. Frankfurt a. M. 1816. 601 Seiten gr. 8. 5) Acten des wiener Congresses. Heft I bis XXXI, oder Band I bis VIII. Erlangen 1815 bis 1819. gr. 8. Das ein- und dreissigste Heft enthält ein alphabetisches

Hauptregister über das ganze Werk. Ein oder etliche Hefte mit Nachträgen, werden noch folgen. Von den zwölf ersten Heften erschien eine zweite Auflage, die bei den folgenden nicht nöthig war, weil von diesen gleich anfangs eine grössere Anzahl von Exemplaren, als von jenen, war gedruckt worden. In zweiter Auflage erschienen: Heft I, II und III, 1815; IV, V, VI, und VII, 1817; VIII, 1818; IX, X, XI und XII, 1821.

Nachdem die hier unter Num. 4 und 5 genannten reichhaltigen Druckschriften schon seit zehn bis vierzehn Jahren in den Händen des Publicums waren, begann ein französischer Schriftsteller seine Geschichte des wiener Congresses mit der Entdeckung, daß der wiener Congreß noch wenig bekannt sey [1].

Frankfurt am Main, im Juli 1830.

Der Herausgeber.

---

1) „Le congrès de Vienne, qui par la gravité et l'étendue de ses opérations, est sans égal dans les fastes diplomatiques, n'a pas encore été apprécié, parce qu'il est encore peu connu". Avant-propos, in der Histoire du Congrès de Vienne; par l'auteur de l'Histoire de la diplomatie française, T. Ier (Paris 1829. gr. 8.), p. VII. Der Verfasser, Herr von Flassan, war einer der Secretäre in der französischen Gesandschaft auf dem Congreß.

Vorrede
zu der ersten Auflage.

Von mehreren Orten her ergingen an den Herausgeber Aufforderungen, zu Veranstaltung einer bequemen Handausgabe, sowohl der Schluß-Acte des wiener Congresses, als auch der Teutschen Bundes Acte, beide in der Ursprache, nach möglichst genauer Uebereinstimmung mit ihren Urschriften.

Die Erfüllung dieses Wunsches war für ihn um so leichter, da er Abdrücke dieser Art ohnehin veranstalten mußte; von der ersten für das ein und zwanzigste Heft der von ihm herausgegebenen „Acten des wiener Congresses", von der andern für das erste Heft seines „Staatsarchivs des Teutschen Bundes". Für Besitzer dieser beiden Sammlungen, sind also diese besondern Abdrücke entbehrlich. Doch kann die Bequemlichkeit einer Handausgabe, auch ihnen diese besondern Abdrücke angenehm machen.

Die siebenzehn Beilagen der Schluß Acte des Congresses sind, mit Ausnahme der teutschen Bundes Acte, hier nicht aufgenommen, als weniger anziehend für die grosse Mehrheit der Leser. Man findet sie sämmtlich in den oben angeführten Acten des wiener Congresses.

Frankfurt am Main, den 6. Jänner 1816.

Der Herausgeber.

Vorrede
zu der zweiten Auflage.

Da die erste Auflage vergriffen ist, so sieht der Herausgeber sich veranlaßt, diese zweite zu veranstalten.

Der Text der Haupt- oder Schluß Acte des wiener Congresses erscheint hier durchgehends berichtigt, hauptsächlich nach dem im Juli 1816 zu Wien erschienenen amtlichen Abdruck, welcher nach dem wiener Original veranstaltet, aber nicht in den Buchhandel gekommen ist. Viele neue Anmerkungen sind hinzugekommen, und der Vorbericht enthält nunmehr eine möglichst vollständige Literatur-Notiz, betreffend die verschiedenen amtlichen und andern Abdrücke des Acte final du congrès.

Der Vorbericht zu der Teutschen Bundes Acte, ist hier mit neuen literärischen Notizen, die Bundes Acte selbst mit vielen neuen Anmerkungen, ausgestattet, welche theils auf Verschiedenheiten der Lesart aufmerksam machen, theils auf des Herausgebers Acten des wiener Congresses hinweisen, um allenthalben diejenigen Congreß Verhandlungen anzuzeigen, in welchen jede Stelle der Bundes Acte erörtert und zu Stande gebracht ward. Diese Nachweisungen werden vielleicht denen nicht unwillkommen seyn, welche sich in dem Fall befinden, der Entstehungsgeschichte einzelner Bestimmungen der Bundes Acte nachzuforschen, um Aufschlüsse über den Sinn, für Erläuterung oder Auslegung derselben, zu erhalten.

In Erwägung dieser mehrfachen neuen Ausstattung gegenwärtiger zweiten Ausgabe, wird man diesen besondern Abdruck vielleicht nicht mehr (wie in der Vorrede zu der ersten Ausgabe geäussert ward) als ganz entbehrlich für diejenigen betrachten, welche den frühern Abdruck der Schluß Acte in den Acten des wiener Congresses, und denjenigen der Teutschen Bundes Acte in des Herausgebers Staatsarchiv, oder auch die erste Ausgabe dieses besondern Abdrucks besitzen.

Zu Erläuterung der Schluß Acte und der Bundes Acte dienen, theils des Herausgebers Acten des wiener Congresses, wovon seit 1815 bis jetzt sechs und zwanzig Hefte [1]) oder sechs Bände und die erste Hälfte des sieben-

1) Eine zweite Auflage der acht ersten Hefte ist bereits erschienen.

ten erschienen sind, denen noch etliche Hefte und ein reichhaltiges Register nächstens nachfolgen werden, theils desselben Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congresses überhaupt, und insonderheit über wichtige Gegenstände des Teutschen Bundes, welche in drei Abtheilungen, auf 601 Seiten in groß Octav, im Jahr 1816 erschienen ist, theils auch desselben Oeffentliches Recht des Teutschen Bundes und der Bundesstaaten, welches in voriger Ostermesse herausgekommen ist [1]).

Frankfurt am Main, am 18. October 1817.

Der Herausgeber.

---

1) Eine fortgesetzte Notiz von jener Sammlung und diesen eigenen Schriften des Herausgebers, findet man oben in der Vorrede zu gegenwärtiger dritten Auflage dieser Quellensammlung.

Inhalt.

Seite

Seite

Seite

I. Acte

I.

ACTE FINAL

du

CONGRÈS DE VIENNE,

du 9 juin 1815.

Vorbericht
des Herausgebers.

Die Schluß-Acte des wiener Congresses ward hier, in der ersten Ausgabe, nach einer ziemlich genauen Abschrift geliefert, welche nach dem in der kaiserlich-königlichen Hof- und Staats-Canzlei zu Wien aufbewahrten Original war gefertigt worden. Damit ward zugleich die pariser Ausgabe verglichen, welche sich befindet in dem Recueil des pièces officielles destinées à détromper les Français sur les évènemens qui se sont passés depuis quelques années, Tome VIII, (Paris 1815. gr. 8.; auch unter dem besondern Titel: Acte du Congrès de Vienne du 9 juin 1815, avec les pièces qui y sont annexées; publié d'après un des originaux, déposé aux archives du département des affaires étrangères de S. M. le Roi de Prusse. Par Frédéric Schoell.) p. 1 — 106; dann die Beilagen, von S. 107 — 407. Diese pariser Ausgabe ist, wie ihr Herausgeber versichert, nach einer Abschrift veranstaltet, welche mit dem in dem königlich-preussischen Archiv der auswärtigen Angelegenheiten befindlichen Original war verglichen worden.

In der zweiten Ausgabe, hatte der Herausgeber sich fast durchgehends an den später zu Wien erschienenen amtlichen Abdruck der Schluß-Acte gehalten. Unter allen ihm bis jetzt durch eigene Ansicht bekannten Ausgaben, ist in diesem die meiste Genauigkeit beobachtet; wiewohl es auch darin nicht ganz an Irrthümern zu fehlen scheint, wie z. B. unten in den Anmerkungen zu den Artikeln 23, 24, 25, 40, 63, 77 und 100 angedeutet ist. — In gegenwärtiger dritten Auflage ist auch der nach dem kaiser-

lich-russischen Original zu St. Petersburg veranstaltete amtliche Abdruck, vom Jahr 1823, verglichen worden.

Der wiener amtliche Abdruck der Schluß-Acte, ward im Juli 1816 von der kaiserlich-königlichen geheimen Hof- und Staats-Canzlei zu Wien bekannt gemacht, unter folgendem Titel: Acte du Congrès de Vienne du 9 Juin 1815, avec ses annexes. Édition officielle et collationnée avec le texte de l'instrument original déposé aux archives de la Chancellerie de Cour et d'Etat. Vienne, de l'imprimerie impériale et royale. (Ohne Jahrzahl, Vorrede und Register, aber mit dem k. k. östreichischen kleinen Staatswappen auf dem Titel; 334 Seiten und ein Bogen, welcher das Titelblatt und Inhaltverzeichniß enthält, in groß Quart.) Diese wiener Ausgabe ist nicht in den Buchhandel gekommen. Es befinden sich darin, ausser dem teutschen Urtext, auch französische, in der genannten geheimen Hof- und Staats-Canzlei gefertigte, Uebersetzungen, von dem zwischen Preussen und Nassau geschlossenen Vertrag vom 31. Mai 1815 (Beilage Num. 8), S. 198—209, und, sehr fehlerhaft [1]), von der Teutschen Bundes-Acte (Beilage Num. 9), S. 234—249. — Nach dieser wiener Ausgabe, ist ein Abdruck der Schluß-Acte befindlich, in v. Martens Supplément au recueil des traités etc., T. VI (1818. 8.), p. 379—431.

Auch zu London erschien für das britische Parlament, auf Veranstaltung des dortigen Cabinet-Ministeriums, im Februar 1816 eine officielle Ausgabe der Schluß-Acte, nebst einer englischen Uebersetzung, unter folgendem Titel: Traité général [2]) signé au Congrès de Vienne, le 9 Juin 1815, avec les Actes y annexés; présenté aux deux chambres du Parlement, par ordre de S. A. R. le Prince-régent. A Londres, février 1816. 142 Seiten in Fol. Die besonders beigefügte englische Uebersetzung, führt diesen Titel: Translation of the general Treaty signed in Congress at Vienna, june 9, 1815; with the Actes thereunto annexed. Presented to both Houses of Parliament, by command of His royal Highness, the Prince Royal, february 1816. 144 Seiten in Fol.

---

1) Davon unten, in dem Vorbericht zu der Teutschen Bundes-Acte.

2) So wird hier der Acte final, die Haupt- oder Schluß-Acte des Congresses, genannt.

In Ansehung der Beilagen der Schluß-Acte, hat diese londner Ausgabe das Besondere, daß darin die Teutsche Bundes-Acte nicht auch in dem teutschen Urtext, sondern bloß in der fehlerhaften französischen Uebersetzung, nebst einer englischen, und eben so der Vertrag zwischen Preussen und Nassau, vom 31. Mai 1815, Beilage Num. 8, nicht auch in dem teutschen Original-Text, sondern nur in französischer und englischer Uebersetzung, abgedruckt sind. Auch fehlen darin ganz die beiden Tableaux A und B, welche zu dem russisch-preussischen Tractat vom 3. Mai (21. April a. St.) 1815, Beilage Num. 4, gehören.

Ein dritter amtlicher Abdruck erschien zu Paris, in der königlichen Buchdruckerei, unter folgendem Titel: Actes [1]) du Congrès de Vienne, publiés d'après un des originaux déposés aux archives du département des affaires étrangères. Paris 1816. 238 Seiten in Quart. In dieser Ausgabe ist, gleichwie in der londner, weder der teutsche Urtext der Teutschen Bundes-Acte (Beilage 9), noch des preussisch-nassauischen Vertrags (Beilage 8), abgedruckt, sondern nur die französische amtliche Uebersetzung beider. Schon im Jahr 1815 war zu Paris, aus der königlichen Buchdruckerei, doch nicht amtlich, ein Abdruck der Schluß-Acte des wiener Congresses, ohne Beilagen, in folgender Sammlung geliefert worden: Recueil des traités et conventions entre la France et les Puissances alliées en 1814 et 1815; suivi de l'Acte du congrès de Vienne, et terminé par une Table alphabétique des matières, des lieux et des personnes, contenus dans les Actes composant ce Recueil. De l'imprimerie Royale. à Paris 1815. 196 Seiten in gr. 8.

Ein vierter amtlicher Abdruck ward von der kaiserlich-russischen Regierung nach ihrem Original, veranstaltet. Derselbe erschien zu St. Petersburg in folgender, nicht in den Buchhandel gekommenen Sammlung: Dokumenty dlja istorij diplomatitscheskych snoschenij rossij si sapadipimj derschawami ewropeiskimi, ott sakliitschenijü wseobschago mira w' 1814, do kongressa w' Weronje (Verona) w' 1822 godu, isdanniie ministerstwomi inostrannichj djeli. Tschasti perwaja acktii publitschüe Tomm perwij. Sanktpeterburgi Petschatano w' Boennoi Typo-

1) Sollte heißen: Acte final etc., avec les pièces qui y sont annexées.

graphij glabnago staba Ego Imperatorskago belitschba. 1823. 670 Seiten in Folio. Tomm wtorjiy. 1825. 715 Seiten in Folio [1]). Die Herausgabe dieser Sammlung war Herrn Bludow übertragen, der damals wirklicher Staatsrath in dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten war, seit 1826 Staats-Secretär ist. In dem ersten Band, S. 157 bis 543, befindet sich die Schluß-Acte des wiener Congresses mit ihren siebenzehn Beilagen, alle mit russischen Uebersetzungen gegenüber, und S. 159 — 163 die gegenwärtigem Abdruck vorausgeschickte Uebersicht des Inhaltes, nach der zweiten Ausgabe, in das Russische übersetzt. Von der Teutschen Bundes-Acte, ist die oben erwähnte fehlerhafte wiener französische Uebersetzung aufgenommen, und nach ihr eine russische veranstaltet.

Nach der oben angeführten pariser Ausgabe des Herrn Schöll, ward in Teutschland folgender Abdruck veranstaltet: Hauptvertrag des zu Wien versammelten Congresses der europäischen Mächte, Fürsten und freien Städte. Mit einer teutschen Uebersetzung herausgegeben von dem geheimen Rath, Doctor Schmidt. Hildburghausen 1815, 208 Seiten in 8. Diese Ausgabe bildet zugleich das dritte Heft von des Herausgebers Zeitschrift: „Der deutsche Bund."

Verschiedene andere Abdrücke der Schluß-Acte sind sehr fehlerhaft, z. B. in der Gazette officielle de France, du 19 juillet 1815, n° 4. in dem pariser Moniteur universel du 20 juillet 1815, 1er Supplément au n° 201, in dem Journal de Francfort 1815, n° 225, 229, 232, 236, 239; in den Europäischen Annalen von 1815, St. XII, und von 1816, St. I; in dem Politischen Journal, 1816, St. VIII u. f.; und ein besonderer zu Frankfurt am Main, ohne Anzeige des Druckortes, erschienener Abdruck, unter dem Titel: Acte du Congrès de Vienne, signé le 9 juin 1815, 35 Seiten in 4. Der Abdruck in der Gazette officielle, scheint die einzige Quelle zu seyn, aus welcher bei den so eben angeführten Abdrücken geschöpft worden ist. Bei allen diesen Abdrücken, fehlen

1) Teutsch: Historische und diplomatische Urkunden, errichtet von Rußland mit abendländischen europäischen Staatsregierungen, seit 1814 bis zu dem Congreß von Verona (eigentlicher: 18/30. Mai 1814 bis 20. Nov. oder 2. Dec. 1822); amtlich gedruckt zu St. Petersburg. Bd. I. 1823. Bd. II. 1825. Fol.

die siebenzehn Beilagen der Congreß-Acte. — Die seit der zweiten Auflage der gegenwärtigen Sammlung, in Teutschland und Frankreich erschienenen nicht-amtlichen Abdrücke der Congreß-Acte, richten sich entweder nach dem wiener, oder nach dem pariser amtlichen Abdruck, ohne auf Verschiedenheit der Lesarten Rücksicht zu nehmen.

Nachstehende Uebersicht des Inhaltes der Schluß-Acte des wiener Congresses, die den einzelnen Artikeln vorgesetzten Summarien, und die unter dem Text hie und da befindlichen Varianten und Anmerkungen, hat der jetzige Herausgeber hinzugefügt.

Uebersicht

des Inhalts der Schluß- oder Haupt-Urkunde des wiener Congresses.

Eingang.

Veranlassung. Benennung der Bevollmächtigten von Oestreich, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Portugal, Preussen, Rußland, Schweden; nach französisch-alphabetischer Ordnung der Mächte.

I. Polen.

Art. 1. Allgemeine Verfügungen in Beziehung auf das Herzogthum Warschau. 2. Grenzen des Großherzogthums Posen. 3. Salzwerke von Wieliczka. 4. Grenzen zwischen Gallizien und dem russischen Gebiet. 5. Zurückgabe der Kreise von Tarnopol 2c. an Oestreich. 6. Cracau zur Freien Stadt erklärt. 7. Grenzen des Gebiets von Cracau. 8. Privilegien für Podgorze. 9. Neutralität von Cracau. 10. Constitution, Academie und Bisthum von Cracau. 11. Allgemeine Amnestie in dem Herzogthum Warschau. 12. Aufhebung des Sequesters und der Confiscationen. 13. Ausnahmen von vorstehendem Artikel. 14. Freie Schifffahrt auf den Strömen; freie Circulation der Producte in den polnischen Provinzen.

II. Teutschland.

A) Territorial-Veränderungen.

1) Preussen.

a) Was es von dem Königreich Sachsen erhält.

15. Abtretungen Sachsens an Preussen. 16. Titel, welche der König von Preussen annimmt, und der König von Sachsen fortführt. 17. Garantie dieser Abtretungen, von Oestreich, Rußland und Großbritannien. 18. Verzichtleistung des Kaisers von Oestreich, auf das Recht der Lehnherrlichkeit über die Lausitz, u. s. w. 19. Gegenseitige Verzichtleistung Preussens und Sachsens, auf die von der einen dieser Mächte auf dem Gebiete der andern ausgeübten Lehnrechte. 20. Freiheit der Auswanderung und Ausführung des Vermögens. 21. Eigenthum religiöser Institute und öffentlicher Lehranstalten. 22. Allgemeine Amnestie.

b) Alte preussische Provinzen.

23. Aufzählung der Provinzen, von welchen Preussen wieder Besitz ergreift.

c) Neue Besitzungen Preussens auf beiden Seiten des Rheins.

24. Preussische Besitzungen auf der rechten Seite des Rheins. 25. Preussische Besitzungen auf der linken Rheinseite.

2) Königreich Hannover.

26. Stiftung des Königreichs Hannover. 27. Abtretungen Preussens an das Königreich Hannover. 28. Verzichtleistung Preussens auf das Capitel von St. Peter zu Nörten. 29. Abtretungen, welche von Hannover an Preussen geschehen. 30. Schifffahrt und Handel auf der Ems, und in der Stadt und in dem Hafen von Emden, desgleichen auf dem Canal der Stecknitz. 31. Militär-Strassen zwischen Preussen und Hannover. 32. Mediatisirte oder standesherrlich untergeordnete Gebiete, welche zu dem Königreich Hannover gehören sollen.

3) Großherzogthum Oldenburg.

33. Abtretungen von Hannover an Oldenburg. 34. Großherzogliche Würde für Oldenburg.

4) Großherzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Strelitz.

35. Großherzogliche Würde für die herzoglichen Häuser Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.

5) Großherzogthum Sachsen-Weimar.

36. Großherzogliche Würde für Sachsen-Weimar. 37. Abtretungen von Preussen an Sachsen-Weimar. 38. Weitere Maasregeln, in Absicht auf Bestimmung der an Weimar abzutretenden Länder. 39. Bezirke und Orte, welche unter diesen Abtretungen begriffen seyn sollen.

6) Fulda.

40. Abtretungen aus dem ehemaligen Fulda-Departement, an Preussen.

7) Verkaufte Domänen von Fulda und Hanau.

41. Domänen des Fürstenthums Fulda und der Grafschaft Hanau.

8) Wetzlar.

42. Verfügung über Wetzlar, zu Gunsten Preussens.

9) Mediatisirte Bezirke in dem westphälischen Kreise.

43. Mediatisirte oder standesherrlich untergeordnete Bezirke in dem westphälischen Kreise, welche zu Preussen gehören sollen.

10) Wirzburg und Aschaffenburg.

44. Verfügungen über das Großherzogthum Wirzburg und das Fürstenthum Aschaffenburg, zu Gunsten Baierns.

11) Fürst Primas. Diener des Großherzogthums Frankfurt.

45. Rechte, Vorzüge, Unterhalt und Privatvermögen des Fürsten Primas. Unterhalt der Diener des Großherzogthums Frankfurt.

12) Stadt Frankfurt.

46. Die Stadt Frankfurt wird eine Freie Stadt und Mitglied des Teutschen Bundes. Rechtsgleichheit der christlichen Glaubens-

parteien. Verfassung. Entscheidung der Streitigkeiten über ihre Verfassung, und Handhabung dieser.

13) Großherzogthum Hessen.

47. Entschädigung des Großherzogs von Hessen.

14) Hessen-Homburg.

48. Wiedereinsetzung des Landgrafen von Hessen-Homburg in seine vormaligen Besitzungen, Einkünfte, Rechte und politischen Verhältnisse.

15) Besitzungen auf der linken Rheinseite, vorbehalten für Oldenburg, Coburg, Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Homburg und den Grafen von Pappenheim.

49. Gebiete auf der linken Rheinseite, welche für Oldenburg, Sachsen-Coburg, Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Homburg und den Grafen von Pappenheim vorbehalten werden. 50. Künftige Anordnungen, in Beziehung auf diese Gebiete.

16) Länder auf beiden Seiten des Rheins, für Oestreich; insbesondere Isenburg.

51. Länder auf beiden Seiten des Rheins, welche an Oestreich überlassen werden. 52. Fürstenthum Isenburg kommt unter östreichische Hoheit.

B) Teutscher Bund.

53. Stiftung dieses Bundes. Festsetzung dazu gehöriger Gebiete, und seines Namens. 54. Zweck des Bundes. 55. Gleichheit der Bundesrechte und Bundespflichten, für alle Bundesglieder. 56. Bundesversammlung mit 17 Stimmen. 57. Oestreichs Vorsitz, und jeglichen Bundesgliedes Befugniß zu Vorschlägen. 58. Bildung der Bundesversammlung, für bestimmte Fälle, zu einem Plenum, mit 69 Viril-Stimmen. Aussetzung der Frage: ob den Standesherren Curiat-Stimmen zu ertheilen seyen? 59. Bestimmung der für das Plenum gehörenden Gegenstände. Anzahl der Stimmen, welche zu Fassung der Beschlüsse erfordert werden. Beständigkeit und Vertagung der Bundesversammlung. 60. Ordnung in der Abstimmung. 61. Sitz und Eröffnung der Bundesversammlung.

62. Erstes Geschäft der Bundesversammlung: die Abfassung von Grundgesetzen, und die Einrichtung des Bundes. 63. Schutz-Kriegs- und Bündnißrecht des Ganzen und der Einzelnen. Garantie der Bundesstaaten. Austrägal-Instanz für Streitigkeiten der Bundesgenossen. 64. Bestätigung der übrigen Artikel der Bundes-Acte.

III. Königreich der Niederlande, und Großherzogthum Luxemburg.

65. Stiftung des Königreichs der Niederlande. 66. Grenzen dieses Königreichs. 67. Großherzogthum Luxemburg, zu dem Teutschen Bund gehörend. Die Stadt Luxemburg, eine Bundesfestung. 68. Grenzen des Großherzogthums Luxemburg. 69. Verfügungen über das Herzogthum Bouillon. 70. Abtretung der Besitzungen des Hauses Nassau-Oranien in Teutschland. 71. Fürstlich-Nassauischer Familienvertrag von 1783, auf das Großherzogthum Luxemburg übertragen. 72. Lasten und Verbindlichkeiten, welche auf den von Frankreich getrennten Belgischen Provinzen haften. 73. Vereinigungs-Acte der Belgischen Provinzen.

IV. Schweizerische Eidgenossenschaft.

74. Integrität der neunzehn Cantone. 75. Aufnahme drei neuer Cantone. 76. Vereinigung des Bisthums Basel und der Stadt Biel mit dem Canton Bern. 77. Rechte der Einwohner in den mit Bern vereinigten Ländern. 78. Zurückgabe der Herrschaft Razüns an den Canton Graubünden. 79. Verabredungen zwischen Frankreich und dem Canton Genf. 80. Abtretungen des Königs von Sardinien an den Canton Genf. 81. Compensationen, welche zwischen den alten und neuen Cantonen eintreten sollen. 82. Verfügungen in Betreff der in England angelegten Geld-Capitale. 83. Entschädigung für die Besitzer der Lods oder Löbergerechtsame. 84. Bestätigung der Declaration vom 20. März 1815, an die Tagsatzung erlassen von denen Mächten, welche den pariser Frieden unterzeichnet haben.

V. Italien.

1) Sardinische Staaten.

85. Grenzen der Staaten des Königs von Sardinien. 86. Vereinigung der Staaten von Genua mit Piemont. 87. Titel eines

Herzogs von Genua, für den König von Sardinien. 88. Rechte und Privilegien der Genueser. 89. Vereinigung der Feudi imperiali mit den Staaten des Königs von Sardinien. 90. Unbeschränktes Befestigungsrecht. 91. Abtretungen von Savoyen an den Canton Genf. 92. Neutralität der Landschaften Chablais und Faucigny.

2) Oestreichische Staaten.

93. Aufzählung der an Oestreich zurückgefallenen, sowohl italiänischen als auch teutschen und andern Besitzungen. 94. Länder, die mit der östreichischen Monarchie neu vereinigt werden. 95. Oestreichische Grenzen in Italien. 96. Schiffahrt auf dem Po. 97. Verfügungen, den Monte Napoleone betreffend. — Add. Art. 51 und 52.

3) Staaten des Hauses Este.

98. Staaten von Modena, Reggio und Mirandola, für den Erzherzog Franz von Este. — Staaten von Massa und Carrara, nebst den Feudi imperiali in der Lunigiana, für die Erzherzogin Maria Beatrix von Este.

4) Parma und Piacenza.

99. Verfügungen über Parma und Piacenza, zum Vortheil der Kaiserin Marie Louise.

5) Staaten des Großherzogs von Toscana.

100. Großherzogthum Toscana. Verfügungen über den Stato degli Presidii, die Insel Elba, das Fürstenthum Piombino, und verschiedene Feudi imperiali.

6) Lucca.

101. Uebertragung des Herzogthums Lucca an die Infantin Marie Louise von Spanien. 102. Reversibilität des Herzogthums Lucca an den Großherzog von Toscana.

7) Kirchenstaat.

103. Verfügungen, in Beziehung auf das Gebiet des heiligen Stuhls und dessen Einwohner.

8) Neapel.

104. Wiedereinsetzung des Königs Ferdinand IV., auf den Thron von Neapel.

VI. Portugiesische Angelegenheiten.

105. Zurückgabe von Olivenza u. s. w. 106. Verhältniß zwischen Frankreich und Portugal. 107. Portugals Zurückgabe von Französisch-Guiana an Frankreich.

VII. Bestimmungen, die Fluß-Schifffahrt betreffend.

108. Schifffahrt auf Strömen, welche durch verschiedene Staaten fließen. 109. Freiheit der Schifffahrt. 110. Gleichförmigkeit des Systems, in Absicht auf Polizei und Abgaben bei der Schifffahrt. 111. Tarif der Schifffahrt-Abgaben. 112. Erhebungs-Bureaux. 113. Leinpfade oder Treppelwege. 114. Stapelrechte und Umschlag- oder Stationenrechte. 115. Zölle. 116. Abfassung einer bleibenden Vorschrift für das Schifffahrtwesen. 117. Besondere Vorschriften für den Rhein, den Main, den Neckar, die Mosel, die Maas und die Schelde.

VIII. Allgemeine Bestimmungen.

118. Bestätigung der, dieser allgemeinen Congreß-Acte beigefügten besondern Tractate, Verträge, Declarationen, Vorschriften und andern Particulär-Acten. 119. Einladung an die übrigen auf dem Congreß versammelten Mächte, so wie an die Fürsten und Freien Städte, den erwähnten Acten, Verträgen und Vorschriften beizutreten. 120. Vorbehalt, in Beziehung auf den Gebrauch der französischen Sprache. 121. Ratification und Hinterlegung der Urschrift dieses Tractats in dem Hof- und Staats-Archiv zu Wien.

Beilagen.

1. **Tractat** zwischen **Rußland** und **Oestreich**, vom 3. Mai (21. April a. St.) 1815.
2. **Tractat** zwischen **Rußland** und **Preussen**, vom 3. Mai (21. April) 1815; nebst zwei Tableaux.
3. **Additioneller Tractat**, in Beziehung auf **Cracau**, zwischen **Oestreich**, **Preussen** und **Rußland**, vom 3. Mai (21. April) 1815.

4. Friedens-Tractat Sachsens, mit Preussen, Rußland und Oestreich, vom 18. Mai 1815.
5. Erklärung des Königs von Sachsen, über die Rechte des fürstlichen und gräflichen Hauses Schönburg in Sachsen, vom 18. Mai 1815.
6. Tractat zwischen Preussen und dem Großherzog von Sachsen-Weimar, vom 1. Juni 1815.
7. Convention zwischen Preussen und dem Großherzog von Sachsen-Weimar, vom 1. Juni 1815.
8. Convention zwischen Preussen und dem Herzog und Fürsten von Nassau, vom 31. Mai 1815.
9. Teutsche Bundes-Acte, vom 8. Juni 1815.
10. Tractat zwischen dem König der Niederlande und Preussen, England, Oestreich, Rußland, vom 31. Mai 1815.
11. Erklärung der Mächte über die Angelegenheiten der schweizer Eidgenossenschaft, vom 20. März 1815, und die Accessions-Acte der Tagsatzung, vom 27. Mai.
12. Protocoll vom 26. März 1815, über die von dem Könige von Sardinien an den Canton Genf gemachten Abtretungen.
13. Tractat zwischen Sardinien und Oestreich, England, Rußland, Preussen, Frankreich, vom 20. Mai 1815.
14. Acte, betitelt: „Bedingungen, welche als Grundlage der Vereinigung der genuesischen Staaten mit den Staaten Sr. sardinischen Majestät dienen sollen."
15. Erklärung der Congreß-Mächte, über die Abschaffung des Sclaven-Handels, vom 8. Febr. 1815.
16. Reglement des Schifffahrt-Comités.
17. Vorschrift über den Rang, unter den diplomatischen Agenten.

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

Les Puissances qui ont signé le traité conclu à Paris le 30 mai 1814, s'étant réunies à Vienne, en conformité de l'article 32 de cet acte, avec les Princes et Etats

leurs alliés, pour compléter les dispositions dudit traité, et pour y ajouter les arrangemens rendus nécessaires par l'état dans lequel l'Europe étoit restée à la suite de la dernière guerre, désirant maintenant de comprendre, dans une transaction commune, les différens résultats de leurs négociations, afin de les revêtir de leurs ratifications réciproques, ont autorisé leurs Plénipotentiaires à réunir, dans un instrument général, les dispositions d'un intérêt majeur et permanent et à joindre à cet acte, comme parties intégrantes des arrangemens du Congrès, les traités, conventions, déclarations, réglemens et autres actes particuliers, tels qu'ils se trouvent cités dans le présent traité, et ayant les susdites Puissances nommé Plénipotentiaires au Congrès, savoir:

Sa Majesté l'Empereur D'AUTRICHE, Roi de Hongrie et de Bohème:

Le Sieur Clément-Venceslas-Lothaire Prince de Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen, chevalier de la toison d'or, grand'croix de l'ordre royal de St. Étienne, chevalier des ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de Ste. Anne de la première classe, grand-cordon de la légion d'honneur, chevalier de l'ordre de l'Éléphant, de l'ordre suprême de l'annonciade, de l'aigle noir et de l'aigle rouge, des Séraphins, de St. Joseph de Toscane, de St. Hubert, de l'aigle d'or de Würtemberg, de la fidélité de Bade, de St. Jean de Jérusalem et de plusieurs autres; chancelier de l'ordre militaire de Marie-Thérèse, curateur de l'académie des beaux-arts, chambellan, conseiller intime actuel de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, Son ministre d'état, des conférences et des affaires étrangères;

Et le Sieur Jean-Philippe Baron de Wessenberg, chevalier grand'croix de l'ordre militaire et réligieux des Sts. Maurice et Lazare, grand'croix de l'ordre de l'aigle rouge de Prusse et de celui de la couronne de Bavière,

chambellan et conseiller intime actuel de Sa Majesté impériale et royale apostolique.

Sa Majesté le Roi D'ESPAGNE et des Indes:

Don Pierre-Gomez Labrador, chevalier de l'ordre royal et distingué de Charles III, Son conseiller d'état.

Sa Majesté le Roi de FRANCE et de Navarre:

Monsieur [1]) Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord, Prince de Talleyrand, Pair de France, ministre secrétaire-d'état au département des affaires étrangères, grand-cordon de la légion d'honneur, chevalier de l'ordre de la toison-d'or, grand'croix de l'ordre de St. Etienne de Hongrie, de l'ordre de St. André, des ordres de l'aigle noir et de l'aigle rouge, de l'ordre de l'Eléphant, de l'ordre de St. Hubert; de la couronne de Saxe, et de l'ordre de St. Joseph, de l'ordre du soleil de Perse etc. etc. etc.;

Monsieur le Duc de Dalberg, ministre d'état de Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, grand-cordon de la légion d'honneur, de celui de la fidélité de Bade, et chevalier de l'ordre de St. Jean de Jérusalem;

Monsieur le Comte Gouvernet de Latour-du-Pin, chevalier de l'ordre royal et militaire de St. Louis et de la légion d'honneur, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de Sadite Majesté près S. M. le Roi des Pays-Bas;

Et Monsieur le Comte Alexis de Noailles, chevalier de l'ordre royal et militaire de St. Louis, grand'-croix de l'ordre royal et militaire des Sts. Maurice et Lazare, chevalier de l'ordre de St. Jean de Jérusalem, de Léopold, de St. Wolodimir, du mérite de Prusse, et colonel au service de France.

---

1) Eine Abschrift hat „Le Sieur" statt „Monsieur." So auch bei den drei folgenden königlich-französischen Bevollmächtigten. Anm. des Herausg.

Sa Majesté le Roi du royaume uni de la GRANDE-BRETAGNE et d'Irlande:

Le très-honorable Robert Stewart, Vicomte Castlereagh, conseiller de Sadite Majesté en Son Conseil privé, membre de Son Parlement, colonel du régiment de milice Londonderry, Son principal secrétaire-d'état ayant le département des affaires étrangères, et chevalier du très-noble ordre de la Jarretière, etc. etc. etc;

Le très-excellent et très-illustre Prince [1] Arthur Wellesley Duc, Marquis et Comte de Wellington Marquis Douro, Vicomte Wellington de Talavera et de Wellington, et Baron Douro de Wellesley, conseiller de Sadite Majesté en Son conseil privé, maréchal de Ses armées, colonel du régiment royal des Gardes à cheval, chevalier du très-noble ordre de la Jarretière et chevalier grand'-croix du très-honorable ordre militaire du bain, Duc de Ciudad-Rodrigo, et Grand d'Espagne de la première classe, Duc de Vittoria, Marquis de Torres-Vedras, Comte de Vimeira en Portugal, chevalier du très-illustre ordre de la toison-d'or, de l'ordre militaire de St. Ferdinand d'Espagne, chevalier grand'croix de l'ordre impérial et militaire de Marie-Thérèse, chevalier grand'croix de l'ordre militaire de St. George de Russie de la première classe, chevalier grand'croix de l'ordre royal et militaire de la tour et de l'épée de Portugal, chevalier grand'croix de l'ordre militaire et royal de l'épée de Suède, etc. etc. etc.;

Le très-honorable Richard le Poër Trench; Comte de Clancarty, Vicomte Dunlo, Baron de Kilconnel, conseiller de Sadite Majesté en Son conseil pour les affaires de commerce et de colonies, maître-général de ses postes aux lettres, colonel du régiment de milice du

---

1) Eine Abschrift hat „Seigneur", statt „Prince."

comté de Galway, et chevalier grand'croix du très-honorable ordre du bain;

Le très-honorable Guillaume Schaw, Comte Cathcart [1]), Baron Cathcart et Greenock, Pair du parlement, conseiller de Sa Majesté en son conseil privé, chevalier du très-ancien et très-honorable ordre du Chardon, et des ordres de Russie, général de Ses armées, vice-amiral d'Ecosse, colonel du second régiment des gardes-du-corps, Son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies;

Et le très-honorable [2]) Guillaume Stewart, Lord Stewart, Seigneur de la chambre de Sadite Majesté, conseiller de S. M. en Son conseil privé, lieutenant-général de Ses armées, colonel du 25me régiment de dragons légers, gouverneur du fort Charles dans la Jamaïque, chevalier grand'croix du très-honorable ordre militaire du bain, chevalier grand'croix des ordres de l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse, chevalier grand'croix de l'ordre de la tour et de l'épée de Portugal, chevalier de l'ordre de St. George de Russie.

Son Altesse Royale le Prince-régnant du royaume de Portugal et de celui du Brésil:

Le Sieur Dom Pierre de Sousa-Holstein, Comte de Palmella, de Son conseil, commandeur de l'ordre du Christ, capitaine de la compagnie allemande des gardes-du-corps, grand'croix de l'ordre royal et distingué de Charles III d'Espagne.

Le Sieur Antoine de Saldanha da Gama, de Son conseil et de celui des finances, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. l'Empereur de

1) Eine Abschrift hat hier noch die Worte: „vicomte Cathcart."

2) Eine Abschrift hat hier noch das Wort „chevalier."

de toutes les Russies, commandeur de l'ordre militaire de St. Bénoit d'Aviz, premier écuyer de S. A. R. la Princesse du Brésil;

Et le Sieur Dom Joachim Lobo da Silveyra, de Son conseil, commandeur de l'ordre du Christ.

Sa Majesté le Roi de Prusse:

Le Prince de Hardenberg, Son chancelier d'état, chevalier des grands ordres de l'aigle noir, de l'aigle rouge, de celui de St. Jean-de-Jérusalem et de la croix-de-fer de Prusse, de ceux de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de Ste. Anne de la première classe de Russie, grand'-croix de l'ordre royal de St. Étienne de Hongrie, grand-cordon de la légion d'honneur, grand'-croix de l'ordre de Charles III d'Espange, de celui de St. Hubert de Bavière, de l'ordre suprême de l'annonciade de Sardaigne, chevalier de l'ordre des Séraphins de Suède, de celui de l'Eléphant de Danemarc, de l'aigle d'or de Würtemberg et de plusieurs autres;

Et le Sieur Charles-Guilliaume Baron de Humboldt, Son ministre d'état, chambellan, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près Sa Majesté impériale et royale apostolique, chevalier du grand ordre de l'aigle rouge et de celui de la croix-de-fer de Prusse de la première classe, grand'croix de lordre de Ste. Anne de Russie de la première classe, de celui de Léopold d'Autriche, et de celui de la couronne de Bavière.

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies:

Le Sieur André Prince de Rasoumoffsky, Son conseiller-privé-actuel, sénateur, chevalier des ordres de St. André, de St. Wolodimir, de St. Alexandre-Newsky et de St. Anne de la première classe, grand'croix de l'ordre royal de St. Étienne et de celui de l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse;

Le Sieur Gustave Comte de Stackelberg, Son conseiller-privé-actuel, envoyé extraordinaire et ministre

plénipotentiaire près S. M. I. et R. A., chambellan actuel, chevalier de l'ordre de St. Alexandre-Newsky, grand'croix de celui de St. Wolodimir de la première classe, et de Ste. Anne de la première, grand'croix de l'ordre de St. Étienne, de l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse;

Et le Sieur Charles-Robert Comte de Nesselrode, Son conseiller-privé, chambellan actuel, secrétaire d'état pour les affaires étrangères, chevalier de l'ordre de St. Alexandre-Newsky, grand'croix de celui de St. Wolodimir de la seconde classe, de Léopold d'Autriche, de l'aigle rouge de Prusse, de l'étoile polaire de Suède et de l'aigle d'or de Würtemberg.

Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège:

Le Sieur Charles-Axel Comte de Loewenhielm, général-major dans Ses armées, colonel d'un régiment d'infantrie, chambellan actuel, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, sous-chancelier de Ses ordres, commandeur de Son ordre de l'étoile polaire, et chevalier de celui d'épée, chevalier des ordres de Russie, de Ste. Anne de la première classe, et de St. George de la quatrième, chevalier de l'ordre de Prusse de l'aigle rouge, première classe, et commandeur de l'ordre de St. Jean-de-Jérusalem.

Ceux de ces Plénipotentiaires qui ont assisté à la clôture des négociations, après avoir exhibé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de placer dans ledit instrument général, et de munir de leur signature commune les articles suivans:

Article 1er.

I. Pologne. Réunion du duché de Varsovie à l'Empire de Russie.

Le Duché de Varsovie [1]), à l'exception des provinces et districts, dont il a été autrement disposé dans les

1) Man vergl. die Staatsverträge, welche Rußland mit

articles suivans, est réuni à l'Empire de Russie. Il y sera lié irrévocablement [1]) par sa constitution, pour être possédé par S. M. l'Empereur de toutes les Russies, Ses héritiers et Ses successeurs à perpétuité. Sa Majesté impériale se réserve de donner à cet état, jouisssant d'une administration distincte, l'extension intérieure qu'Elle jugera convenable. Elle prendra, avec Ses autres titres, celui de Czar, Roi de Pologne, conformément au protocole usité et consacré pour les titres attachés à Ses autres possessions.

Les Polonois, sujets respectifs de la Russie, de l'Autriche et de la Prusse, obtiendront une représentation et des institutions nationales, réglées d'après le mode d'existence politique que chacun des gouvernements, auxquels ils appartiennent, jugera utile et convenable de leur accorder.

Article 2.

Limites du Grand-duché de Posen.

La partie du duché de Varsovie que S. M. le Roi de Prusse possédera en toute souveraineté et propriété pour Lui et Ses successeurs, sous le titre de Grand-Duché de Posen, sera comprise dans la ligne suivante:

En partant de la frontière de la Prusse orientale au village de Neuhoff, la nouvelle limite suivra la frontière de la Prusse occidentale, telle qu'elle a subsisté depuis 1772 jusqu'à la paix de Tilsit, jusqu'au village de Leibitsch, qui appartiendra au duché de Varsovie: de là il sera tiré une ligne qui, en laissant Kompania, Grabowiec

---

Oestreich und Preussen, beide zu Wien am 3. Mai (21. April a. St.) 1815 geschlossen hat; in meinen Acten des wiener Congresses, Bd. V, S. 121. ff. u. Bd. VI, S. 97. ff.

1) In einer Abschrift steht „invariablement."

et Szczytno [1]) à la Prusse, passe la Vistule auprès de ce dernier endroit, de lautre côté de la riviére qui tombe vis-à-vis de Szczytno dans la Vistule, jusqu'à l'ancienne limite du district de la Netze auprès de Gross-Opoczko, de manière que Sluzewo appartiendra au Duché, et Przybranowa, Hollaender et Maciejewo [2]) à la Prusse. De Gross-Opoczko on passera par Chlewicka, qui restera à la Prusse, au village de Przybyslaw, et de là, par les villages Piaski, Chelmce, Witowiczky, Kobilynka, Woyczyn, Orchowo, jusqu'à la ville de Powidz [3]).

De Powidz on continuera par la ville de Slupce jusqu'au point du confluent des rivières Wartha et Prosna.

De ce point on remontera le cours de la rivière Prosna, jusqu'au village Koscielnawies [4]) à une lieue de la ville de Kalisch.

Là laissant à cette ville (du côté de la rive gauche de la Prosna) un territoire en demi-cercle, mesuré sur la distance qu'il y a de Koscielnawies à Kalisch, on rentrera dans le cours de la Prosna, et l'on continuera à la suivre, en remontant par les villes Grabow, Wieruszow, Boleslawiec, pour terminer la ligne près du village Gola à la frontière de la Silésie, vis-à-vis de Pitschin.

Article 3.

Salines de Wieliczka.

Sa Majesté impériale royale apostolique possédera en toute propriété et souveraineté les salines de Wieliczka, ainsi que le territoire y appartenant.

1) Eine andere Lesart gibt: Grabovice et Szytne.

2) Dito: Maziejewo.

3) Dito: Podwidz und Powiedz.

4) Eine andere Lesart gibt: Koscielnawice und Koscielnawicz.

Article 4.

Frontières entre la Galicie et le territoire Russe.

Le Thalweg de la Vistule séparera la Galicie du territoire de la ville libre de Cracovie. Il servira de même de frontière entre la Galicie et la partie du ci-devant duché de Varsovie réuni aux états de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, jusqu'aux environs de la ville de Zawichost.

De Zawichost jusqu'au Bug la frontière sèche sera déterminée par la ligne indiquée dans le traité de Vienne de 1809, aux ratifications près, que d'un commun accord on trouvera nécessaire d'y apporter.

La frontière à partir du Bug, sera rétablie de ce côté entre les deux empires, telle qu'elle a été avant ledit traité.

Article 5.

Restitution des cercles de Tarnopol etc. à l'Autriche.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies cède à S. M. I. et R. A. les districts qui ont été détachés de la Galicie orientale, en vertu du traité de Vienne de 1809, des cercles de Zloczow, Brzezan, Tarnopol et Zalesczyk, et les frontières seront rétablies de ce côté telles qu'elles avoient été avant l'époque dudit traité.

Article 6.

Cracovie déclarée ville libre.

La ville de Cracovie [1]) avec son territoire est déclarée, à perpétuité, cité libre, indépendante et strictement neutre, sous la protection de la Russie, de l'Autriche et de la Prusse.

---

1) Man vergl. den Traité additionnel relatif à Cracovie, welchen Oestreich, Rußland und Preussen, zu Wien am 3. Mai (21. April a. St.) 1815 geschlossen haben; in den Acten des wiener Congresses, Bd. V. S. 138 ff.

Article 7.

Limites du territoire de Cracovie.

Le territoire de la ville libre de Cracovie aura pour frontière, sur la rive gauche de la Vistule, une ligne qui, commençant au village de Woliça, à l'endroit de l'embouchure d'un ruisseau qui près de ce village se jette dans la Vistule, remontera ce ruisseau par Clo, Koscielniki jusqu'à Czulice, de sorte que ces villages sont compris dans le rayon de la ville libre de Cracovie. De là, en longeant les frontières des villages, continuera par Dzickanovice, Garlice, Tomaszow, Karniowice, qui resteront également dans le territoire de Cracovie, jusqu'au point où commence la limite qui sépare le district de Krzeszovice de celui d'Olkusz; de là elle suivra cette limite entre les deux districts cités, pour aller aboutir aux frontières de la Silésie prussienne.

Article 8.

Privilèges accordés à Podgorze.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, voulant contribuer en particulier de Son côté à ce qui pourra faciliter les relations de commerce et de bon voisinage entre la Galicie et la ville libre de Cracovie, accorde à perpétuité à la ville riveraine de Podgorze les privilèges d'une ville libre de commerce, tels qu'en jouit la ville de Brody. Cette liberté de commerce s'étendra à un rayon de cinq cents toises, à prendre de la barrière des fauxbourgs de la ville de Podgorze. Par suite de cette concession perpétuelle, qui cependant ne doit point porter atteinte aux droits de souveraineté de Sa Majesté impériale et royale apostolique, les douanes autrichiennes ne sersont établies que dans des endroits situés au-dehors dudit rayon. Il n'y sera formé de même aucun établissement militaire, qui pourroit menacer la neutralité de Cracovie, ou gêner la liberté de commerce, dont Sa Majesté impériale et

royale apostolique veut faire jouir la ville et le rayon de Podgorze.

Article 9.

Neutralité de Cracovie.

Les cours de Russie, d'Autriche et de Prusse s'engagent à respecter et à faire respecter, en tout temps, la neutralité de la ville libre de Cracovie et de son territoire; aucune force armée ne pourra jamais y être introduite sous quelque prétexte que ce soit.

En révanche il est entendu et expressément stipulé, qu'il ne pourra être accordé dans la ville libre et sur le territoire de Cracovie, aucun asyle ou protection à des transfuges, déserteurs, ou gens poursuivis par la loi, appartenant aux pays de l'une ou de l'autre des hautes Puissances susdites, et que sur la demande d'extradition, qui pourra en être faite par les autorités compétentes, de tels individus seront arrêtés et livrés sans délai, sous bonne escorte, à la garde qui sera chargée de les recevoir à la frontière.

Article 10.

Constitution, académie et évêché de Cracovie.

Les disposition sur la constitution de la ville libre de Cracovie, sur l'académie de cette ville, et sur l'évêché et le chapitre de Cracovie, telles qu'elles se trouvent énoncées dans les articles 7, 15, 16 et 17 du traité additionnel relatif à Cracovie, annexé au présent traité général, auront la même force et valeur que si elles étoient textuellement insérées dans cet acte.

Article 11.

Amnistie générale.

Il y aura amnistie pleine, générale et particulière, en faveur de tous les individus, de quelque rang, sèxe, ou condition qu'ils puissent être.

Article 12.

Séquestres et confiscations levés.

Par suite de l'article précédent, personne ne pourra à l'avenir être recherché ou inquiété, en aucune manière, pour cause quelconque de participation directe ou indirecte, à quelque époque que ce soit, aux événemens politiques, civils ou militaires en Pologne. Tous les procès, poursuites, ou recherches seront regardés comme non-avenus, les séquestres ou confiscations provisoires seront levés, et il ne sera donné suite à aucun acte provenant d'une cause semblable.

Article 13.

Exception. Sont exceptés de ces dispositions générales, à l'egard des confiscations, tous les cas, où les édits ou sentences prononcés en dernier ressort, auroient déjà reçu leur entière exécution, et n'auroient pas été annulés par des événemens subséquens.

Article 14.

Libre navigation des rivières etc.

Les principes établis sur la libre navigation des fleuves et canaux dans toute l'étendue de l'ancienne Pologne, ainsi que sur la fréquentation des ports, sur la circulation des productions du sol et de l'industrie entre les différentes provinces polonoises, et sur le commerce de transit, tels qu'ils se trouvent enoncés dans les articles 24, 25, 26, 28 et 29 du traité entre l'Autriche et la Russie, et dans les articles 22, 23, 24, 25, 28 et 29 du traité entre la Russie et la Prusse, seront invariablement maintenus.

Article 15.

II. Allemagne. Cessions de la Saxe à la Prusse.

Sa Majesté le Roi de Saxe [1]) renonce à perpétuité, pour Lui et

1) Man vergleiche den Friedensschluß Sr. Maj. des Kö-

tous Ses descendans et successeurs, en faveur de Sa Majesté le Roi de Prusse, à tous ses droits et titres sur les provinces, districts et territoires ou parties de territoires du royaume de Saxe désignés ci-après, et S. M. le Roi de Prusse possédera ces pays en toute souveraineté et propriéte, et les réunira à Sa monarchie. Les districts et territoires ainsi cédés seront séparés du reste du royaume de Saxe par une ligne qui fera désormais la frontière entre les deux territoires prussien et saxon, de manière que tout ce qui est compris dans la délimitation formée par cette ligne, sera restitué à S. M. le Roi de Saxe, mais que S. M. renonce à tous les districts et territoires qui seroient situés au delà de cette ligne, et qui lui auroient appartenu avant la guerre.

Cette ligne partira des confins de la Bohème près de Wiese dans les environs de Seidenberg, en suivant le courant du ruisseau Wittich jusqu'à son confluent avec la Neisse.

De la Neisse elle passera au cercle d'Eigen entre Tauchritz venant à la Prusse, et Bertschoff restant à la Saxe; puis elle suivra la frontière septentrionale du cercle d'Eigen jusqu'à l'angle entre Paulsdorf et Ober-Sohland; de là elle sera continuée jusqu'aux limites qui séparent le cercle de Goerlitz de celui de Bautzen, de manière

---

nigs von Sachen, mit Oestreich, Rußland und Preussen, zu Wien am 18. Mai 1815; in den Acten des wiener Congresses, Bd. VI, S. 120. ff. — Haupt-Covention vom 28. August 1819, nebst Beilagen I bis IV, zu Vollziehung des zwischen Preussen und dem Königreich Sachsen zu Wien am 18. Mai 1815 geschlossenen Friedenstractats, und zu näherer Bestimmung der durch diesen Tractat veranlaßten Auseinandersetzungen und Ausgleichungen; in der Gesetzsammlung für die K. Preuß. Staaten, 1819, Anhang, S. 1 — 98.

que Ober-, Mittel- et Nieder-Sohland, Olisch et Radewitz restent à la Saxe.

La grande route de poste entre Goerlitz et Bautzen sera à la Prusse jusqu'aux limites des deux cercles susdits. Puis la ligne suivra la frontière du cercle jusqu'à Dubrauke, ensuite elle s'étendra sur les hauteurs à la droite du Löbauer Wasser, de manière que ce ruisseau avec ses deux rives et les endroits riverains jusqu'à Neudorf, restent, avec ce village, à la Saxe.

Cette ligne retombera ensuite sur la Sprée et le Schwarz-Wasser; Liska, Hermsdorf, Ketten et Solchdorf passent à la Prusse.

Depuis la Schwarze-Elster près de Solchdorf on tirera une ligne droite jusqu'à la frontière de la seigneurie de Königsbruck, près de Grossgräbchen. Cette seigneurie reste à la Saxe, et la ligne suivra la frontière septentrionale de cette seigneurie jusqu'à celle du bailliage de Grossenhayn dans les environs d'Ortrand. Ortrand et la route depuis cet endroit par Märzdorf, Stolzenhayn, Groebeln à Mühlberg, avec les villages que cette route traverse, et de manière qu'aucune partie de ladite route ne reste hors du territoire prussien, passent sous la domination de la Prusse. La frontière, depuis Groebeln, sera tracée jusqu'à l'Elbe près de Fichtenberg, et suivra celle du bailliage de Mühlberg; Fichtenberg vient à la Prusse.

Depuis l'Elbe jusqu'à la frontière du pays de Mersebourg, elle sera réglée de manière que les bailliages de Torgau, Eilenbourg et Delitsch, passent à la Prusse et ceux d'Oschatz, Wurzen et Leipsig restent à la Saxe. La ligne suivra les frontières de ces bailliages, en coupant quelques enclaves et demi-enclaves. La route de Mühlberg à Eilenbourg sera en entier sur le territoire prussien.

De Podelwitz, appartenant au bailliage de Leipsig

et restant à la Saxe, juasqu'à Eytra, qui lui reste également, la ligne coupera le pays de Mersebourg, de manière que Breitenfeld, Haenichen, Gross - et Klein-Dolzig, Mark-Ranstaedt et Knaut-Nauendorf restent à la Saxe, Modelwitz, Skeuditz, Klein-Liebenau, Alt-Ranstaedt, Schköhlen et Zietschen passent à la Prusse.

Depuis là, la ligne coupera le bailliage de Pegau, entre le Flossgraben et la Weisse-Elster. Le premier, du point où il se sépare, au-dessous de la ville de Crossen (qui fait partie du bailliage de Haynsbourg), de la Weisse-Elster, jusqu'au point où, au-dessous de la ville de Mersebourg, il se joint à la Saale, appartiendra dans tout son cours entre ces deux villes, avec ses deux rives, au territoire prussien.

De là, où la frontière aboutit à celle du pays de Zeitz, elle suivra celle-ci jusqu'à celle du pays d'Altenbourg près de Luckau.

Les frontières du cercle de Neustadt [1]), qui passe en entier sous la domination de la Prusse, restent intactes.

Les enclaves du Voigtland dans le pays de Reufs, savoir: Gefäll, Blintendorf, Spatenberg et Blankenberg se trouvent comprises dans le lot de la Prusse.

Article 16.

Titres à prendre par S. M. le Roi de Prusse, et à continuer par S. M. le Roi de Saxe.

Les provinces et districts du royaume de Saxe qui passent sous la domination de Sa Majesté le Roi de Prusse, seront désignés sous le nom

---

1) Diesen Kreis trat, zum größten Theil, Preussen ab an Sachsen-Weimar-Eisenach, in dem mit diesem geschlossenen Vertrag vom 22. September 1815, Art. 1, Num. 6, Art. 10; u. Martens recueil, Supplément, T. VII, p. 324 et 328.

de duché de Saxe, et S. M. ajoutera à Ses titres, ceux de Duc de Saxe, Landgrave de Thuringe, Margrave des Deux-Lusaces, et Comte de Henneberg. Sa Majesté le Roi de Saxe continuera à porter le titre de Margrave de la Haute-Lusace. S. M. continuera de même, relativement et en vertu de Ses droits de succession éventuelle sur les possesions de la branche Ernestine, à porter ceux de Landgrave de Thuringe et de Comte de Henneberg.

Article 17.

Garantie de la Russie, de l'Angleterre, de l'Autriche et de la France.

L'Autriche, la Russie, la Grande-Bretagne et la France, garantissent à S. M. le Roi de Prusse, ses descendans et successeurs la possession des pays désignés dans l'article quinze, en toute propiété et souveraineté.

Article 18.

Renonciation de l'Autriche aux droits de suzeraineté sur la Lusace, etc.

S. M. Imp. et Roy. Apostolique voulant donner à S. M. le Roi de Prusse une nouvelle preuve de Son désir d'écarter tout objet de contestation future entre les deux cours, renonce, pour Elle et Ses successeurs, aux droits de suzeraineté sur les margraviats de la Haute- et Basse-Lusace, droits qui lui appartiennent en Sa qualité de Roi de Bohème, en autant qu'ils concernent la partie de ces provinces qui a passé sous la domination de S. M. le Roi de Prusse, en vertu du traité conclu avec S. M. le Roi de Saxe à Vienne le 18 mai 1815.

Quant au droit de réversion de S. M. Imp. et Roy. Ap. sur ladite partie des Lusaces réunie à la Prusse, il est transféré à la maison de Brandeburg actuellement régnante en Prusse, S. M. I. et R. A. réservant pour Elle et ses successeurs la faculté de rentrer dans ce droit, dans le cas d'extinction de ladite maison régnante.

S. M. I. et R. A. renonce également, en faveur de S. M. prussienne, aux districts de la Bohême enclavés dans la partie de la Haute-Lusace, cédée par le traité du 18 mai 1815 à Sa Majesté prussienne, lesquels renferment les endroits Güntersdorf, Taubentränke, Neu-Kretschen, Nieder-Gerlachsheim, Winkel et Ginkel avec leurs territoires.

Article 19.

Renonciation réciproque aux droits de féodalité.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe désirant écarter soigneusement tout objet de contestation ou de discussion future, renoncent, chacun de son côté, et réciproquement en faveur l'un de l'autre, à tout droit ou prétention de féodalité qu'ils exerceroient ou qu'ils auroient exercé au-delà des frontières fixées par le présent traité.

Article 20.

Liberté d'émigration et d'exportation de fonds.

S. M. le Roi de Prusse promet de faire régler tout ce qui peut regarder la propriété et les intérêts des sujets respectifs, sur les principes les plus libéraux. Le présent article sera particulièrement appliqué aux rapports des individus qui conservent des biens sous les deux dominations, prussienne et saxonne, au commerce de Leipsig, et à tous les autres objets de la même nature; et pour que la liberté individuelle des habitans, tant des provinces cédées que des autres, ne soit point gênée, il leur sera libre d'emigrer d'un territoire dans l'autre, sauf l'obligation du service militaire, et en remplissant les formalités requises par les lois. Ils pourront également exporter leurs biens sans être sujets à aucun droit d'issue ou de détraction (*Abzugsgeld*).

Article 21.

Propriétés des établissemens religieux et d'instruction publique.

Les communautés, corporations et établissemens religieux et d'instruction publique qui existent dans les provinces et districts cédés par S. M. le Roi de Saxe à la Prusse, ou dans les provinces et districts qui restent à S. M. Saxonne, conserveront, quel que soit le changement que leur destination puisse subir, leurs propriétés, ainsi que les redevances qui leur appartiennent d'après l'acte de leur fondation, ou qui ont été acquises depuis par eux par un titre valable devant les lois, sous les deux dominations, prussienne et saxonne, sans que l'administration et les revenus à percevoir puissent être molestés ni d'une part ni de l'autre, en se conformant toutefois aux lois, et en supportant les charges auxquelles toutes les propriétés ou redevances de la même nature sont sujettes dans le territoire dans lequel elles se trouvent.

Article 22.

Amnistie générale.

Aucun individu domicilié dans les provinces qui se trouvent sous la domination de S. M. le Roi de Saxe, ne pourra, non plus qu'aucun individu domicilié dans celles qui passent par le présent traité sous la domination de S. M. le Roi de Prusse, être frappé dans sa personne, dans ses biens, rentes, pensions et revenus de tout genre, dans son rang et ses dignités, ni poursuivi ni recherché, en aucune façon quelconque; pour aucune part qu'il ait pu, politiquement ou militairement, prendre aux événements qui ont eu lieu depuis le commencement de la guerre terminée par la paix conclue à Paris le 30 mai 1814. Cet article s'étend également à ceux qui, sans être domiciliés dans l'une ou dans l'autre partie de la Saxe, y auroient des biens-fonds, rentes, pensions, ou revenus, de quelque nature quils soient.

Article 23.

Désignation des provinces dont la Prusse reprend possession.

S. M. le Roi de Prusse étant rentrée, par une suite de la dernière guerre, en possession de plusieurs provinces et territoires qui avoient été cédés par la paix de Tilsit, il est reconnu et déclaré par le présent article, que S. M. Ses héritiers et successeurs, posséderont de nouveau, comme auparavant, en toute souveraineté et propriété, les pays suivans, savoir:

La partie de Ses anciennes provinces polonoises désignées à l'article 2;

La ville de Danzig et son territoire, tel qu'il a été fixé par le traité de Tilsit;

Le cercle de Cottbus;

La Vieille-Marche;

La parthie du Duché de Magdebourg sur la rive gauche de l'Elbe, avec le cercle de la Saale;

La principauté de Halberstadt, avec les seigneuries de Derenbourg et de Hassenrode;

La ville et le territoire de Quedlinbourg, sous la réserve des droits de S. A. R. Madame la princesse Sophie-Albertine de Suède, abbesse de Quedlinbourg, conformément aux arrangemens faits en 1803;

La partie prussienne du comté de Mansfeld;

La partie prussienne du comté de Hohenstein;

L'Eichsfeld;

La ville de Nordhausen, avec son territoire;

La ville de Mühlhausen, avec son territoire;

La partie prussienne du district de Treffurt [1]) avec Dorla;

La ville et le territoire d'Erfurt [2]), à lexception de

---

1) In dem wiener amtlichen Abdruck, S. 22 steht Trefourt.

2) Ebendaselbst steht Erfort.

Klein-Brembach et Berlstedt [1], enclavés dans la principauté de Weimar, cédés au Grand-Duc de Saxe-Weimar par l'article 39 [2].

Le bailliage de Wandersleben, appartenant au comté d' Untergleichen;

La principauté de Paderborn; avec la partie prussienne des bailliages de Schwalenberg, Oldenbourg et Stoppelberg, et des jurisdictions (*Gerichte*) de Hagendorn et d'Odenhausen, situés dans le territoire de Lippe;

Le comté de Marck, avec la partie de Lippstadt qui y appartient;

Le comté de Werden;

Le comté d'Essen;

La partie du duché de Clèves sur la rive droite du Rhin, avec la ville et forteresse de Wésel; la partie de ce duché située sur la rive gauche, se trouvant comprise dans les provinces spécifiées à l'article 25;

Le chapitre sécularisé d'Elten;

La principauté de Munster, c'est-à-dire la partie prussienne du ci-devant évêché de Munster, à l'exception de ce qui a été cédé à S. M. britannique, Roi d'Hanovre, en vertu de l'article 28 [3];

La prévôté sécularisée de Cappenberg;

Le

---

1) Hier steht in dem nach dem preussischen Original gemachten pariser Abdruck: Beelstedt.

2) In einer Abschrift stehen hier noch folgende drei Zeilen:
La partie prussienne du comté de Gleichen;
La seigneurie inférieure de Kranichfeld;
La seigneurie de Blankenhayn;
Preussen hatte auf dem Congreß diese Besitzungen zugewiesen erhalten; es trat aber solche unten, in dem 39. Artikel, sofort an Sachsen Weimar ab.

3) Soll heißen: Art. 27.

Le comté de Tecklenbourg;

Le comté de Lingen, à l'exception de la partie cédée par l'art. 27. au royaume d'Hanovre;

La principauté de Minden;

Le comté de Ravensberg;

Le chapitre sécularisé de Herford;

La principauté de Neufchâtel avec le comté de Valengin, tels que leurs frontières ont été rectifiées par le traité de Paris et par l'article 76 du présent traité général.

La même disposition s'étend aux droits de souveraineté sur le comté de Wernigerode, à celui de haute protection sur le comté de Hohen-Limbourg, et à tous les autres droits ou prétentions quelconques que S. M. Prussienne a possédés et exercés avant la paix de Tilsit, et auxquels Elle n'a point renoncé par d'autres traités, actes ou conventions.

Article 24.

Possessions prussiennes en-deça du Rhin.

S. M. le Roi de Prusse réunira à sa monarchie en Allemagne, endeça du Rhin, pour être possédés par Elle et Ses successeurs, en toute propriété et souveraineté, les pays suivans, savoir:

Les provinces de la Saxe désignées dans l'article 15, à l'exception des endroits et territoires qui en sont cédés en vertu de l'article 39, à S. A. R. le Grand-Duc de Saxe-Weimar;

Les territoires cédés à la Prusse par S. M. Britannique, Roi d'Hanovre, par l'article 29;

La partie du département de Fulde et les territoires y compris, indiqués à l'article 40;

La ville de Wetzlar et son territoire, d'après l'article 42;

Le grand-duché de Berg, avec les seigneuries de

Hardenberg, Brock [1], Styrum, Scheller et Odenthal, lesquelles ont déjà appartenu audit duché sous la domination Palatine;

Les districts du ci-devant archevêché de Cologne, qui ont appartenu en dernier lieu au grand-duché de Berg;

Le duché de Westphalie, ainsi qu'il a été possédé par S. A. R. le Grand-Duc de Hesse [2];

Le comté de Dortmund;

La principauté de Corvey [3];

Les districts médiatisés spécifiés à l'article 43;

Les anciennes possessions de la maison de Nassau-Dietz ayant été cédées à la Prusse par S. M. le Roi des Pays-Bas [4], et une partie de ces possessions ayant été échangée contre des districts appartenans à Leurs Altesses Sérénissimes les Duc et Prince de Nassau [5],

---

1) So in dem wiener amtlichen Abdruck. Eine Abschrift hat Broik. Es ist die Herrschaft Broich an der Ruhr. Wird auch Bruch geschrieben, und stets so ausgesprochen.

2) Oestreichisch-Preussischer Vertrag mit dem Großherzogthum Hessen vom 10 Juni 1815; in meinen Acten des wiener Congr., Bd. VI, S. 572.

3) In dem wiener amtlichen Abdruck steht Corbeye. In dem petersburger heißt es Corbey.

4) Vergl. den Vertrag Sr. Maj. des Königs der Niederlande, mit Oestreich, Rußland und Preussen, geschlossen zu Wien am 31. Mai 1815; in den Acten des wiener Congresses, Bd. VI, S. 167. ff.

5) Man s. den Vertrag des Herzogs und des Fürsten von Nassau mit Preussen, datirt Wien den 31. Mai 1815 in den angef. Acten rc., Bd. VI, S. 156. ff. Und den Receß zwischen Preussen und Nassau, geschlossen zu Frankfurt und Wiesbaden, am 14. und 19. Dec. 1816, zu näherer Ausgleichung in Folge des vorgenannten Vertrags; in der Ge-

S. M. le Roi de Prusse possédera, en toute souveraineté et propriété, et réunira à sa monarchie:

1. La principauté de Siegen avec les bailliages de Burbach et Neunkirchen, à l'exception d'une partie, renfermant 12,000 habitans, qui appartiendra aux Duc et Prince de Nassau.

2. Les bailliages de Hohen-Solms, Greifenstein, Braunfels, Frensberg, Friedewald, Schoenstein, Schoenberg, Altenkirchen, Altenwied, Dierdorf, Neuerbourg, Linz, Hammerstein avec Engers et Heddesdorf, la ville et territoire (banlieue, *Gemarkung*) de Neuwied, la paroisse de Hamm appartenant au bailliage de Hachenbourg, la paroisse de Hochausen, faisant partie du bailliage de Hersbach, et les parties des bailliages de Vallendar et Ehrenbreitstein, sur la rive droite du Rhin, désignés dans la convention conclue entre S. M. le Roi de Prusse et LL. AA. les Duc et Prince de Nassau, annexée au présent traite [1])

Article 25.

Possessions prussiennes sur la rive gauche du Rhin.

S. M. le Roi de Prusse possédera de même, en toute propriété et souveraineté, les pays situés sur la rive gauche du Rhin, et compris dans la frontière ci-après désignée.

Cette frontière commencera sur le Rhin à Bingen; elle remontera de-là le cours de la Nahe jusqu'au confluent de cette rivière avec la Glan, puis la Glan jusqu'au village de Médart au-dessous de Lauterecken; les villes de Kreuznach et de Meisenheim avec leurs ban-

---

setzsammlung für die K. Preuß. Staaten, 1819, Anhang. S. 98 — 112.

1) In den angef. Acten rc. Bd. VI.

lieues appartiendront en entier à la Prusse; mais Lauterecken et sa banlieue resteront en dehors de la frontière prussienne. Depuis la Glan cette frontière passera par Médart, Merzweiler, Langweiler, Nieder- et Ober-Feckenbach, Ellénbach, Creunchenborn, Ausweiler, Cronweiler, Niederbrambach, Burbach, Boeschweiler, Heubweiler, Hamback et Rintzenberg, jusqu'aux limites du canton de Hermerskeil; les susdits endroits seront renfermés dans les frontières prussiennes et appartiendront, avec leurs banlieues, à la Prusse.

De Rintzenberg jusqu'à la Sarre, la ligne de démarcation suivra les limites cantonales, de manière que les cantons de Hermerskeil et Conz (le dernier toutefois à l'exception des endroits sur la rive gauche de la Sarre) resteront en entier à la Prusse, pendant que les cantons Wadern, Merzig et Sarrebourg, seront en dehors de la frontière prussienne.

Du point où la limite du canton Conz, au-dessus de Gomlingen, traverse la Sarre, la ligne descendra la Sarre jusqu'à son embouchure dans la Moselle, ensuite elle remontera à la Moselle jusqu'à son confluent avec la Sure, cette dernière rivière jusqu'à l'embouchure de l'Our, et l'Our jusqu'aux limites de l'ancien département de l'Ourthe. Les endroits traversés par ces rivières ne seront partagés nulle part, mais appartiendront avec leurs banlieues à la Puissance sur le terain de laquelle la majeure partie de ces endroits sera située. Les rivières elles-mêmes, en tant qu'elles forment la frontière, appartiendront en commun aux deux Puissances limitrophes.

Dans l'ancien département de l'Ourthe, les cinq cantons de Sainth-Vith, Malmédy, Cronenbourg, Schleiden et Eupen, avec la pointe avancée du canton d'Aubel, au midi d'Aix-la-Chapelle, appartiendront à la Prusse, et la frontière suivra celle de ces cantons, de

manière qu'une ligne tirée du midi au nord, coupera ladite pointe du canton d'Aubel, et se prolongera jusqu'au point de contact des trois anciens départemens de l'Ourthe, de la Meuse-Inférieure et de la Roër; en partant de ce point, la frontière suivra la ligne qui sépare ces deux derniers départemens jusqu'à ce qu'elle ait atteint la rivière de Worm (ayant son embouchure dans la Roër), et longera cette rivière jusqu'au point où elle touche de nouveau aux limites de ces deux départemens, poursuivra cette limite jusqu'au midi de Hillensberg, remontera de là vers le nord, en laissant Hillensberg à la Prusse, et, coupant le canton de Sittard en deux parties à peu près égales, de manière que Sittard et Süsteren restent à gauche, arrivera à l'ancien territoire hollandois; puis, suivant l'ancienne frontière de ce territoire jusqu'au point où celle-ci touchoit à l'ancienne principauté autrichienne de Gueldres, du côté de Ruremonde, et se dirigeant vers le point le plus oriental du territoire hollandois au nord de Swalmen, elle continuera à embrasser ce territoire.

Enfin elle va joindre, en partant du point le plus oriental, cette autre partie du territoire hollandois où se trouve Venloo; sans renfermer cette ville et son territoire. De-là jusqu'à l'ancienne frontière hollandoise, près de Mook, situé au-dessous de Genep, elle suivra le cours de la Meuse à une distance de la rive droite, telle que tous les endroits qui ne sont pas éloignés de cette rive de plus de mille perches d'Allemagne (*rheinländische Ruthen*) appartiendront, avec leurs banlieues, au royaume des Pays-Bas, bien entendu toutefois, quant à la réciprocité de ce principe, qu'aucun point de la rive de la Meuse ne fasse partie du territoire prussien, qui ne pourra en approcher de huit cents perches d'Allemagne.

Du point où la ligne qui vient d'être décrite, atteint

l'ancienne frontière hollandoise, jusqu'au Rhin, cette frontière restera, pour l'essentiel telle qu'elle étoit en 1795, entre Clèves et les Provinces-Unies. Elle sera examinée par la commission qui sera nommée incessamment par les deux gouvernemens pour procéder à la détermination exacte des limites, tant du royaume des Pays-Bas que du grand-duché de Luxembourg, désignées dans les articles 66 et 68; et cette commission réglera, à l'aide d'experts, tout ce qui concerne les constructions hydrotechniques et autres points analogues, de la manière la plus équitable et la plus conforme aux intérêts mutuels des états prussiens et de ceux des Pays-Bas. Cette même disposition s'étend sur la fixation des limites dans les districts de Kyfwaerd, Lobith, et de tout le territoire jusqu'à Keckerdom.

Les endroits Huissen, Malbourg, le Limers [1]) avec la ville de Sevenaer, et la seigneurie de Weel, feront partie du royaume des Pays-Bas, et S. M. prussienne y renonce à perpétuité pour Elle et tous Ses descendans et successeurs.

S. M. le Roi de Prusse, en réunissant à Ses états les provinces et districts désignés dans le présent article [2]), entre dans tous les droits, et prend sur Lui toutes les charges et tous les engagemens stipulés par rapport à ces pays détachés de la France, dans le traité de Paris du 30 mai 1814.

Les provinces prussiennes sur les deux rives du Rhin jusqu'au-dessus de la ville de Cologne, qui se

---

1) In dem wiener amtlichen Abdruck, steht bald (S. 28.) Limers, bald (S. 55.) Lymers.

2) In etlichen Ausgaben und Abschriften, folgen hier nach „article" noch folgende Worte: „et le précédent", welche in dem wiener amtlichen Abdruck, und auch in dem petersburger, sich nicht befinden.

trouvera encore comprise dans cet arrondissement, porteront le nom de Grand-Duché du Bas-Rhin, et S. M. en prendra le titre.

Article 26.

Royaume d'Hanovre.

S. M. le Roi du royaume-uni de la Grand-Bretagne et d'Irlande, ayant substitué à son ancien titre d'Electeur du Saint-Empire Romain celui de Roi d'Hanovre, et ce titre ayant été reconnu par les Puissances de l'Europe, et par les Princes et Villes libres d'Allemagne, les pays qui ont composé jusqu'ici l'électorat de Brunswic-Lunebourg, tels que leurs limites ont été reconnues et fixées pour l'avenir par les articles suivans, formeront dorénavant le royaume d'Hanovre.

Article 27.

Cession de la Prusse au Hanovre.

S. M. le Roi de Prusse cède à S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, pour être possédés par S. M. et Ses successeurs en toute proprieté et souveraineté:

1. La principauté de Hildesheim qui passera sous la domination de S. M., avec tous les droits et toutes les charges avec lesquelles ladite principauté a passé sous la domination prussienne;

2. La ville et le territoire de Goslar;

3. La principauté d'Ost-Frise, y compris le pays dit le Harlinger-Land, sous les conditions réciproquement stipulées à l'article 30 pour la navigation de l'Ems et le commerce par le port d'Emden. Les états de la principauté conserveront leurs droits et privilèges.

4. Le comté inférieur (*niedere Grafschaft*) de Lingen et la partie de la principauté de Münster prussienne, qui est située entre ce comté et la partie de

Rheina-Wolbeck, occupée par le gouvernement hanovrien [1]). Mais comme on est convenu que le royaume d' Hanovre obtiendra par cette cession un agrandissement renfermant une population de 22,000 âmes, et que le comté inférieur de Lingen et la partie de la principauté de Münster ici mentionnée pourroient ne pas répondre à cette condition, S. M. le Roi de Prusse s'engage à faire étendre la ligne de démarcation dans la principauté de Münster, autant qu'il sera nécessaire pour renfermer ladite population. La commission que les gouvernemens prussien et hanovrien nommeront incessament pour procéder à la fixation exacte des limites, sera specialement chargée de l'execution de cette disposition.

S. M. Prussienne renonce à perpétuité, pour Elle, Ses descendans et successeurs, aux provinces et territoires mentionnés dans le present article, ainsi qu'à touts les droits qui y sont relatifs.

Article 28.

Renonciation de la Prusse au chapitre de Saint-Pierre à Noerten.

S. M. le Roi de Prusse renonce à perpétuité, pour lui, ses descendans et successeurs, à tout droit et prétention quelconque, que S. M. pourroit, en sa qualité de souverain de l'Eichsfeld, former sur le chapitre de Saint-Pierre, dans le bourg de Noerten, ou sur ses dépendances situées dans le territoire hanovrien.

Article 29.

Cessions du Hanovre à la Prusse.

S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, cède a S. M. le Roi de Prusse, pour être possédés en toute propriété et souveraineté par Lui et Ses successeurs [2]):

---

1) Vergl. Art. 32.

2) Man vergl. den preussisch-hannöverischen Staatsver-

1. La partie du duché de Lauenbourg, située sur la rive droite de l'Elbe[2]), avec le villages lunebourgeois située sur la même rive; la partie de ce duché située sur la rive gauche demeure au royaume d'Hanovre. Les états de la partie du duché qui passe sous la domination prussienne, conserveront leurs droits et privilèges, et nommément ceux fondés sur le recès provincial du 15 septembre 1702, confirmé par S. M. le Roi de la Grande-Bretagne actuellement régnant, en date du 21. juin 1765.

2. Le bailliage de Kloetze.

3. Le bailliage d'Elbingerode.

4. Les villages de Rüdigershagen et Gänseteich.

5. Le bailliage de Reckeberg.

S. M. Britannique, Roi d'Hanovre, renonce à perpétuité, pour Elle, Ses descendans et successeurs, aux provinces et districts compris dans le présent article, ainsi qu'à tous les droits qui y sont relatifs.

Article 30.

Navigation et commerce.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. Britannique, Roi d'Hanovre, animés du désir de rendre entièrement égaux et communs à Leurs sujets respectifs les avantages du commerce de l'Ems et du port d'Emden, conviennent à cet égard de ce qui suit:

1. Le gouvernement hanovrien s'engage à faire exécuter à ses frais, dans les années 1815 et 1816, les travaux qu'une commission mixte d'experts, qui sera nommée immédiatement par la Prusse et le Hanovre, jugera nécessaires pour rendre navigable la partie de la rivière

---

trag, geschlossen zu Wien am 29. Mai 1815; in den Acten des wiener Congresses, Bd. VI, S. 141.

2) Ward von Preussen an Dänemark, gegen Schwedisch-Pommern und Rügen, vertauscht, in einem Vertrag vom 4. Jun. 1815; in den angef. Acten &c., Bd. V, S. 507.

de l'Ems, de la frontière de la Prusse jusqu'à son embouchure, et d'entretenir constamment cette partie de la rivière dans l'état dans lequel lesdits travaux l'auront mise pour l'avantage de la navigation.

2. Il sera libre aux sujets prussiens d'importer et d'exporter par le port d'Emden toutes denrées, productions et marchandises quelconques, tant naturelles qu'artificielles, et de tenir dans la ville d'Emden des magasins pour y déposer lesdites marchandises durant deux ans à dater de leur arrivée dans la ville, sans que ces magasins soient assujettis à une autre inspection que celle à laquelle sont soumis ceux des sujets hanovriens eux-mêmes.

3. Les navires prussiens ainsi que les négocians prussiens ne payeront pour la navigation, l'exportation ou l'importation des marchandises, ainsi que pour le magasinage, d'autres péages ou droits quelconques que ceux auxquels seront tenus les sujets hanovriens eux-mêmes. Ces péages et droits seront réglés d'un commun accord entre la Prusse et le Hanovre, et le tarif ne pourra être changé à l'avenir, que d'un commun accord.

Les prérogatives et libertés spécifiées ici s'étendent également aux sujets hanovriens, qui navigeroient sur la partie de la rivière de l'Ems, qui reste à S. M. Prussienne.

4. Les sujets prussiens ne seront point tenus de se servir des négocians d'Emden pour le trafic qu'ils font pour ledit port, et il leur sera libre de faire le négoce avec leurs marchandises à Emden, soit avec des habitans de cette ville, soit avec des étrangers, sans payer d'autres droits que ceux auxquels seront soumis les sujets hanovriens, et qui ne pourront être haussés que d'un commun accord.

S. M. le Roi de Prusse, de son côté, s'engage à accorder aux sujets hanovriens la libre navigation sur

le canal de la Stecknitz, de manière qu'ils n'y seront tenus qu'aux mêmes droits qui seront payés par les habitans du duché de Lauenbourg; S. M. Prussienne s'engage en outre d'assurer ces avantages aux sujets hanovriens, dans le cas que le duché de Lauenbourg fût cédé par elle à un autre souverain.

Article 31.

Routes militaires.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi du Royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, consentent mutuellement à ce qu'il existe trois routes militaires par Leurs états respectifs; savoir:

1. une de Halberstadt par le pays de Hildesheim à Minden;
2. une seconde de la Vieille-Marche par Gifhorn et Neustadt à Minden;
3. une troisième d'Osnabrück par Ippenbüren et Rheina à Bentheim.

Les deux premières en faveur de la Prusse, et la troisième en faveur du Hanovre.

Les deux gouvernemens nommeront sans délai une commission, pour faire dresser d'un commun accord les réglemens nécessaires pour lesdites routes.

Article 32.

Territoires médiatisés sous la domination hanovrienne.

Le bailliages de Meppen appartenant au Duc d'Aremberg, ainsi que la partie de Rheina-Wolbeck, appartenant au Duc de Looz-Corswarem, qui dans ce moment se trouvent occupés par le gouvernement hanovrien, seront placés dans les relations avec le royaume d'Hanovre que la constitution fédérative de l'Allemagne réglera pour les territoires médiatisés.

Les gouvernemens prussien et hanovrien s'étant

néanmoins réservé de convenir dans la suite, s'il étoit nécessaire, de la fixation d'une autre frontière par rapport au comté appartenant au duc de Looz-Corswarem, lesdits gouvernemens chargeront la Commission qu'ils nommeront pour la délimitation de la partie du comté de Lingen cédée au Hanovre, de s'occuper de l'objet susdit, et de fixer définitivement les frontières de la partie du comté appartenant au duc de Looz-Corswarem, qui doit, ainsi qu'il est dit, être occupée par le gouvernement hanovrien.

Les rapports entre le gouvernement d'Hanovre et le comté de Bentheim, resteront tels qu'ils sont réglés par les traités d'hypothèque existans entre S. M. Britannique et le comté de Bentheim, et après que les droits qui découlent de ce traité, seront éteints, le comté de Bentheim se trouvera, envers le royaume d'Hanovre, dans les relations que la constitution fédérative de l'Allemagne réglera pour les territoires médiatisés.

Article 33.

Cessions à faire au Duc d'Oldenbourg.

S. M. Britannique, Roi d'Hanovre, afin de concourir au voeu de S. M. Prussienne de procurer un arrondissement de territoire convenable à Son Altesse Sérénissime le Duc d'Oldenbourg, promet de lui céder un district renfermant une population de cinq mille habitans [1].

---

1) Andere Ausgaben und Abschriften haben „âmes" statt „habitans"; welches letzte in dem wiener und in dem petersburger amtlichen Abdruck steht. — Zu Erfüllung obiger Bestimmungen, in dem Art. 33, ward zwischen Hannover und Oldenburg am 4. Februar 1817 ein Staatsvertrag geschlossen. Er steht in v. Martens recueil, Supplément T. VII, p. 373.

Article 34.

Grand - Duc d'Oldenburg.

S. A. S. le Duc de Holstein - Oldenbourg prendra le titre de Grand - Duc d'Oldenbourg [1].

Article 35.

Grands - Ducs de Mecklenbourg - Schwerin et Strelitz.

LL. AA. SS. les Ducs de Mecklenbourg - Schwerin et de Mecklenbourg - Strelitz, prendront les titres de Grands - Ducs de Mecklenbourg - Schwerin et Strelitz.

Article. 36.

Grand - Duc de Saxe - Weimar.

S. A. S. le duc de Saxe - Weimar prendra le titre de Grand - Duc de Saxe-Weimar.

Article 37.

Cessions de la Prusse au Grand - Duc de Saxe - Weimar.

S. M. le Roi de Prusse cèdera de la masse de ses états, tels qu'ils ont été fixés et reconnus par le présent traité, à S. A. Royale le Grand-Duc de Saxe-Weimar des districts d'une population de cinquante mille

---

1) HolsteinOldenburg machte von dem ihm hier zugedachten großherzoglichen Titel keinen Gebrauch, bis in den Mai 1829. Herzog Peter Friedrich Wilhelm von HolsteinOldenburg, welcher zu Plön lebte, führte wegen seines Gemüthszustandes die Landesregierung nicht, sondern, schon seit 1785, sein Vetter, Peter Friedrich Ludwig, Fürst zu Lübeck, „Herzog und regierender Administrator von Oldenburg", wie dieser sich in seinem Staatstitel nannte. Als jener am 2. Juli 1823 gestorben war, succedirte ihm dieser in Oldenburg. Er führte seitdem daselbst die Regierung in eigenem Namen, unter dem Titel Herzog. Aber nach seinem Ableben, nahm sein Sohn und Nachfolger, Paul Friedrich August sofort den großherzoglichen Titel an, in dem wegen seines Regierungsantrittes erlassenen Patent vom 28. Mai 1829.

habitans, ou contigus ou voisins de la principauté de Weimar.

S. M. Prussienne s'engage également à céder à S. A. R. dans la partie de la principauté de Fulde, qui Lui a été remise en vertu des mêmes stipulations, des districts d'une population de vingt-sept mille habitans.

S. A. R. le Grand-Duc de Weimar possédera les susdits districts en toute souveraineté et propriéte et les réunira à perpétuité à Ses états actuels.

Article 38.

Determination ulterieure des pays à céder au Grand-Duc de Weimar.

Les districts et territoires qui doivent être cédés à S. A. R. le Grand-Duc de Saxe-Weimar, en vertu de l'article précédent, seront déterminés par une convention particulière, et S. M. le Roi de Prusse s'engage à conclure cette convention, et à faire remettre à S. A. R. les susdits districts et territoires dans le terme de deux mois, à dater de l'échange des ratifications du traité conclu à Vienne le 1 juin 1815 entre S. M. Prussienne et S. A. R. le Grand-Duc [1]).

Article 39.

Possessions à remettre immédiatement.

S. M. le Roi de Prusse cède toutefois, dès à présent, et promet de faire remettre à S. A. R. dans le terme de quinze jours, à dater de la signature du susdit traité, les districts et territoires suivans, savoir:

La seigneurie de Blankenhayn avec la réserve que le bailliage de Wanderslében, appartenant à Unter-Gleichen, ne soit point compris dans cette cession;

---

1) In meinen Acten des wiener Congresses, Bd. VI, S. 152. Vergl. auch die Note unten, zu Art. 40.

La seigneurie inférieure (*niedere Herrschaft*) de Kranichfeld, les commanderies de l'ordre teutonique Zwätzen, Lehesten et Liebstädt, avec leurs revenus domaniaux, lesquelles faisant partie du bailliage d'Eckartsberga, forment des enclaves dans le territoire de Saxe-Weimar, ainsi que toutes les autres enclaves situées dans la principauté de Weimar et appartenant audit bailliage;

Le bailliage de Tautenbourg, à l'exception de Droizen, Goerschen, Wethabourg, Wetterscheid et Mollschütz, qui resteront à la Prusse;

Le village de Remſsla [1]), ainsi que ceux de Klein-Brembach et Berlstedt enclavés dans la principauté de Weimar et appartenant au territoire d'Erfourt;

La propriété des villages de Bischoffsroda et Probsteizella [2]) enclavés dans le territoire d'Eisenach dont la souveraineté appartient déjà à S. A. R. le Grand-Duc.

La population de ces différens districts entrera dans celle des cinquante mille âmes assurée à S. A. R. le Grand-Duc par l'art. 37, et en sera décomptée [3]).

Article 40.

Cession du ci-devant département de Fulde à la Prusse.

Le département de Fulde avec les territoires de l'ancienne noblesse immédiate qui se trouvent compris actuellement sous l'administration provisoire de ce département, savoir:

---

1) Andere haben „Ramsla." So auch in dem russischen Abdruck.

2) Der wiener (auch der petersburger) amtliche Abdruck hat, S. 38., „Probsteinzella"; hingegen steht S. 184. „Probsteizella."

3) Man s. die in der letzten Note zu dem nächstfolgenden Art. 40 angeführten Verträge zwischen Preussen und Sachsen-Weimar.

Mansbach, Buchenau, Werda [1]), Lengsfeld [2]), à l'exception [3]) toutefois des bailliages et territoires suivans, savoir: les bailliages de Hammelbourg avec Thulba et Saleck, Brückenau avec Motten, Saalmünster avec Uerzel et Sannerts [4]), de la partie du bailliage de Biberstein, qui renferme les villages de Batten, Brand, Dietges, Findlos, Liebharts, Melperz, Ober-Bernhardt, Saifferts et Thaiden, ainsi que du domaine de Holzkirchen, enclavé dans le grand-duché de Würzbourg, est cédé à S. M. le Roi de Prusse, et la possession Lui en sera remise dans le terme de trois semaines, à dater du 1 juin de cette année [5]).

M. S.

---

1) So fast überall, auch in dem wiener und in dem petersburger Abdruck. Es sollte aber Wehrda stehen. Das Gericht Wehrda, ehedem zu dem buchischen Quartier des fränkischen Ritter-Cantons Rhön-Werra gehörig, begreift in sich, den Marktflecken Wehrda und die Dörfer Rhein, Schletzenrode, Wetzels und Kleinmohr.

2) Mansbach, Buchenau, Wehrda, Lengsfeld waren, doch nur provisorisch, mit dem an den Großherzog von Frankfurt abgetretenen Fürstenthum Fulda vereinigt worden, in dem Art. 2 des Acte ou procès-verbal de remise des principautés de Fulde et Hanau, par l'Empereur Napoléon au Grand-Duc de Francfort, en date du 15 mai 1810; in v. Martens recueil etc., Supplément, T. VII, p. 186.

3) Diese Ausnahme ward zu Gunsten Oestreichs gemacht. Man s. unten, Art. 51.

4) In dem wiener amtlichen Abdruck steht „Sonnerz." In dem petersburger steht Sannerz.

5) Die in dem Art. 40 der Krone Preussen zugetheilten Fuldaischen Landesbezirke, verwendete dieselbe sämmtlich zu Territorialausgleichungen mit Sachsen-Weimar und Kurhessen. Sachsen-Weimar erhielt die Bezirke Dermbach und Geisa, alles Uebrige ward an Kurhessen abgetreten. Preussens Verträge: 1) mit S. Weimar-

S. M. Prussienne promet de se charger, dans la proportion de la partie qu'Elle obtient par le présent article, de sa part aux obligations que tous les nouveaux

---

Eisenach, vom 1. Juli 1815, in meinen Acten des wiener Congr., Bd. VI, S. 152, und vom 22. Sept. 1815, in v. Martens recueil, Supplément, T. VII, p. 323, worin Preussen (Art. 2) sich überdieß verpflichtete, dem Großherzog verschiedene Territorial-Cessionen von Kurhessen zu verschaffen, Frauensee, Völkershausen, Lengsfeld, Vacha, Friedewald, Wenigentaft ꝛc.; 2) mit Kurhessen, vom 16. October 1815, bei Martens a. a. O., T. VII, p. 331, und vom 9. October 1817, meines Wissens noch ungedruckt, wie auch das Uebergabe-Protocoll vom 5. Februar 1816, bei Martens a. a. O., S. 408. Verschiedene fuldaische Bezirke vertauschte Preussen an Baiern gegen andere gleichfalls Fuldaische, die es dann an Kurhessen abtrat. Man s. den Recès-général der Frankfurter Territorial-Commission v. 20. Juli 1819, Art. 2, Abth. I, lit. a. — Von dem Departement Fulda hatte Napoleon das Amt Herbstein an den Großherzog von Hessen abgetreten; worüber Verträge mit Napoleon vom 1. (11 ?) Mai 1810 (Koch hist. abrégée des traités, édit. de Schoell, T. VIII, p. 320), und mit dem Großherzog von Frankfurt vom 9. April 1813, bei Martens a. a. O., T. VII. p. 260. — Vorerwähnte Territorial-Veränderungen hatten langwierige Ausgleichungsverhandlungen zwischen den betheiligten Regierungen, auch in Beziehung auf das vormalige Großherzogthum Frankfurt, wozu das Departement Fulda gehörte, zur Folge, die durch verschiedene Particulär-Verträge beendigt wurden, und zuletzt durch einen „Hauptvertrag der an dem vormaligen Großherzogthum Frankfurt betheiligten Regierungen, über die Ausgleichung der Großherzoglich-Frankfurter Central- und Fuldaer Departemental-Lasten, unterzeichnet Frankfurt den 2. Juli 1828." Frankfurt a. M. gedruckt auf 152 S. in Fol. Dabei befinden sich, als Beilagen, die angeführten Particulär-Verträge.

possesseurs du ci-devant grand-duché de Francfort auront à remplir, et de transférer cet engagement sur les princes avec lesquels S. M. feroit des échanges ou cessions des districts et territoires fuldois.

Article 41.

Domaines de la principauté de Fulde et du comté de Hanau.

Les domaines de la principauté de Fulde et du comté de Hanau [1]) ayant été vendus, sans que les acquéreurs se soient acquittés jusqu'ici de tous les termes du payement, il sera nommé par les princes sous la domination desquels passent lesdits pays, une commission pour régler d'une manière uniforme ce qui est relatif à cette affaire, et pour faire droit aux réclamations des acquéreurs desdits domaines. Cette commission aura particulièrement égard au traité conclu le 2 déc. 1813 à Francfort entre les puissances alliées et S. A. R. l'Electeur de Hesse [2]), et il est posé en principe que, si la vente de ces domaines n'étoit pas maintenue, les sommes déjà payées seront restituées aux acquéreurs, qui ne seront obligés de sortir de possession que lorsque cette restitution aura eu son plein et entier effet.

Article 42.

Wetzlar.

La ville de Wetzlar, avec son territoire, passe en toute propriété et souveraineté, à S. M. le Roi de Prusse.

Article 43.

Pays médiatisés dans l'ancien cercle de Westphalie.

Les districts médiatisés suivans: savoir les possessions que les princes de Salm-Kyrbourg, les comtes de-

---

1) Man s. Acten des wiener Congr., Bd. IV, S. 225, vergl. mit Bd I, Heft 1, S. 24, Art. 27.

2) Dieser Vertrag steht in de Martens recueil des principaux traités etc. Supplément, T. V, p. 651.

nommés les *Rhein- und Wildgrafen*, et le Duc de Croy, ont obtenues par le recès principal de la députation extraordinaire de l'Empire du 25 février 1803 dans l'ancien cercle de Westphalie, ainsi que les seigneuries d'Anholt et de Gehmen, les possessions du Duc de Looz-Corswarem, qui se trouvent dans le même cas (en autant qu'elles ne sont point placées sous le gouvernement hanovrien), le comté de Steinfurt appartenant au comte de Bentheim-Bentheim, le comté de Recklinghausen, appartenant au Duc d'Aremberg, les seigneuries de Rheda, Gütersloh et Gronau, appartenant au comte de Bentheim-Tecklenbourg, le comté de Rittberg appartenant au prince de Kaunitz, les seigneuries de Neustadt et de Gimborn, appartenant au comte de Walmoden, et la seigneurie de Hombourg, appartenant aux princes de Sayn-Wittgenstein-Berlebourg, seront placées dans les relations avec la monarchie Prussienne, que la constitution fédérative de l'Allemagne réglera pour les territoires médiatisés.

Les possessions de l'ancienne noblesse immédiate, enclavées dans le territoire prussien, et nommément la seigneurie de Wildenberg dans le grand-duché de Berg, et la baronie de Schauen dans la principauté de Halberstadt, appartiendront à la monarchie Prussienne.

Article 44.

Dispositions relatives au grand-duché de Würzbourg et à la principauté d'Aschaffenbourg, en faveur de la Bavière.

S. M. le Roi de Bavière possédera, pour Lui, Ses héritiers et successeurs, en toute propriété et souveraineté, le Grand-Duché de Würzbourg, tel qu'il fut possédé par S. A. I. l'Archiduc Ferdinand d'Autriche, et la principauté d'Aschaffenbourg, telle qu'elle a fait partie du grand-duché de Francfort, sous la dénomination de département d'Aschaffenbourg.

Article 45.

Sustentation du Prince-Primat.

A l'égard des droits et prérogatives et de la sustentation du Prince-Primat, comme ancien prince ecclésiastique, il est arrêté:

1. Qu'il sera traité d'une manière analogue aux articles du recès, qui, en 1803, ont réglé le sort des Princes sécularisés, et à ce qui a été pratiqué à leur égard.

2. Il recevra à cet effet, à dater du 1er juin 1814, la somme de cent mille florins, payables par trimestre, en bonnes espèces sur le pied de vingtquatre florins au marc, comme rente viagère.

Cette rente sera acquittée par les souverains sous la domination desquels passent les provinces ou districts du grand-duché de Francfort, dans la proportion de la partie que chacun d'eux en possédera.

3. Les avances faites par le Prince-Primat de ses propres deniers à la caisse générale de la principauté de Fulde, telles qu'elles seront liquidées et prouvées, lui seront restituées à lui ou à ses héritiers ou ayants cause.

Cette charge sera supportée proportionellement par les Souverains qui posséderont les provinces et districts qui forment la principauté de Fulde.

Les meubles et autres objets, qui pourront être prouvés appartenir à la propriété particuliére du Prince-Primat, lui seront rendus.

5. Les serviteurs du grand-duché de Francfort tant civils et ecclésiatiques que militaires et diplomatiques, seront traités conformément aux principes de l'art. 59 du recès de l'Empire du 25 février 1803, et les pensions seront pagées proportionnellement par les Souverains qui entrent dans la possession des états qui ont formé ledit grand-duché, à dater du 1 juin 1814.

6. Il sera sans délai établi une commission dont lesdits Souverains nomment les membres, pour régler

tout ce qui est relatif à l'exécution des dispositions renfermées dans le présent article.

7. Il est entendu, qu'en vertu de cet arrangement, toute prétention qui pourroit être élevée envers le Prince-Primat, en sa qualité de Grand-Duc de Francfort, sera éteinte, et qu'il ne pourra être inquiété par aucune réclamation de cette nature.

Article 46.

Ville libre de Francfort.

La ville de Francfort, avec son territoire, tel qu'il se trouvoit en 1803, est déclarée libre, et fera partie de la ligue Germanique. Ses institutions seront basées sur le principe d'une parfaite égalité des droits entre les différens cultes de la religion chrétienne. Cette égalité des droits s'étendra à tous les droits civils et politiques, et sera observée dans tous les rapports du gouvernement et de l'administration.

Les discussions qui pourront s'élever, soit sur l'établissement de la constitution, soit sur son maintien, seront du ressort de la Diète Germanique, et ne pourront être décidées que par elle.

Article 47.

Indemnités du Grand-Duc de Hesse.

S. A. Royale le Grand-Duc de Hesse obtient, en échange du duché de Westphalie [1]), qui est cédé à S. M. le Roi de Prusse, un territoire sur la rive gauche du Rhin, dans le ci-devant département du Mont-Tonnere, comprenant une population de cent-quarante mille habitans. S. A. R. possédera ce territoire en toute souveraineté et propriété; elle obtiendra de même la propriété de la partie des salines de Kreuznach, située sur la rive

---

1) Man s. oben, Not. 2 zu Art. 24, und den in der nächstfolgenden Note angeführten Recès-général, Art. 17. u. ff.

gauche de la Nahe; la souveraineté en restera a la Prusse.

Article 48.

Hesse-Hombourg.

Le Landgrave de Hesse-Hombourg est réintégré dans les possessions, revenus, droits et rapports politiques dont il a été privé par suite de la Confédération Rhénane [1]).

Article 49.

Territoires reservés pour les maisons d'Oldenbourg, de Saxe-Cobourg, de Mecklenbourg-Strelitz, de Hesse-Hombourg, et le Comte de Pappenheim.

Il est réservé dans le ci-devant département de la Sarre, sur les frontières des états de S. M. le Roi de Prusse, un district comprenant une population de soixante-neuf mille âmes, dont il sera disposé de la manière suivante:

Le Duc de Saxe-Cobourg et le Duc d'Oldenbourg obtiendront, chacun, un territoire comprenant vingt mille habitans. Le Duc de Mecklenbourg-Strelitz et le Landgrave de Hesse-Hombourg, chacun, un territoire comprenant dix mille habitans; et le Comte de Pappenheim, un territoire comprenant neuf mille habitans.

Le territoire du Comte de Pappenheim sera sous la souveraineté de S. M. Prussienne [2]).

---

1) Bekräftigt durch einen geheimen Separat-Artikel zu dem Vertrag Oestreichs und Preussens mit dem Großherzog von Hessen, vom 10. Juni 1815, in meinen Acten des wiener Congr., Bd. VI, S. 578, und in dem Recès-général der Frankfurter Territorial-Commission, vom 20. Juli 1819, Art. 26, welcher unten abgedruckt ist, unter Num. II.

2) Die Bestimmungen dieses Artikels wurden auf folgende Art vollzogen. 1) Sachsen-Coburg erhielt in dem ehemaligen Saar-Departement einen Landesbezirk, welcher jetzt das Fürstenthum Lichtenberg bildet. Recès-général der

Article 50.

Arrangemens futurs relativement à ces territoires.

Les Acquisitions assignées par l'article précédent aux Ducs de Saxe-Cobourg, Oldenbourg, Mecklenbourg-Strelitz, et au Landgrave de Hesse-Hombourg, n'étant point contiguës à leurs états respectifs, LL. MM. l'Empereur d'Autriche, l'Empereur de toutes les Russies, le Roi de la Grande-Bretagne et le Roi de Prusse, promettent d'employer Leurs bons offices à l'issue de la pré-

---

Frankfurter TerritorialCommission v. 20. Juli 1819, Art. 28.— 2) Oldenburg erhielt in dem gedachten Departement einen Bezirk, jetzt Fürstenthum Birkenfeld benannt. Der angef. Recès-général, Art. 27.— 3) Mecklenburg-Strelitz erhielt von Preussen, durch einen Tractat vom 18. Sept. 1816 (in v. Martens recueil, Supplément, T. VIII, p. 259), die Abtretung eines Bezirks in den ehemaligen Cantonen Cronenburg, Reifferscheid und Schleyden, ward aber dafür mit einem Capital von einer Million Thaler preussisch Courant abgefunden, laut eines mit Preussen geschlossenen Vertrags vom 21. Mai 1819, bei Martens a. a. O. S. 600. Der angef. Recès-général, Art. 33. — 4) Hessen-Homburg erhielt in dem Saar-Departement einen Bezirk, das jetzige Fürstenthum Meissenheim, mit ungefähr 10,400 Einwohnern. Der angef. Recès-général, Art. 29. — 5) Dem Grafen von Pappenheim wurden, als Abfindung für die ihm zugedachten Grundgüter in dem Saar-Departement, Domänen in dem Regierungsbezirk Cöln, mit einem reinen Jahrertrag von 30,000 Thaler preuß. Cour., von Preussen zugedacht, laut eines königlichen Cabinetschreibens aus Carlsbad vom 8. August 1816. Derselbe nahm aber nachher, im J. 1817, mit einer Geldsumme von 750,000 Thaler vorlieb, wozu im J. 1821 noch 50,000 Thaler kamen. — Wegen der in obigem Art. 49 ihm aufgelegten Verpflichtungen ward Preussen, in Folge der hier gemeldeten Abtretungen und Abfindungen, für liberirt erklärt, in dem angeführten Recès-général, Art. 33.

sente guerre, ou aussitôt que les circonstances le permettront, pour faire obtenir par des échanges ou d'autres arrangemens, auxdits Princes, les avantages qu'Elles sont disposés à leur assurer. Afin de ne point trop multiplier les administrations desdits districts, il est convenu qu'ils seront provisoirement sous l'administration prussienne au profit des nouveux acquéreurs.

Article 51.

Pays sur les deux rives du Rhin remis à l'Autriche.

Tous les territoires et possessions, tant sur la rive gauche du Rhin, dans les ci-devant départemens de la Sarre et du Mont Tonnere, que dans les ci-devant départemens de Fulde et de Francfort, ou enclavés dans les pays adjacens, mis à la disposition des Puissances alliées par le traité de Paris du 30 mai 1814, dont il n'a pas été disposé par les articles du présent traité [1]), passent en toute souveraineté et propriété sous la domination de S. M. l'Empereur d'Autriche [2]).

---

1) Die in das Allgemeine gehenden Bestimmungen dieses Artikels, erhielten nähere Entwickelungen, in einem Protocoll, welches zu Wien am 10. Juni 1815 die Bevollmächtigten der fünf Mächte, Oestreich, Frankreich, Großbritannien, Preussen und Rußland unterzeichneten (wovon ein Auszug in meinen Acten des wiener Congresses, Bd. VIII, S. 120), und in einem zwischen Oestreich und Preussen geschlossenen Vertrag vom 12. Juni 1815, wovon ein Auszug in Koch histoire abrégée des traités, édit. de Schoell, T. XI, p. 361. et suiv.

2) Von den Besitzungen, welche in diesem Artikel der Krone Oestreich zugetheilt wurden, behielt dieselbe für sich, mit Souverainetät und Eigenthum: das Teutschordens-Haus in der Freien Stadt Frankfurt, nebst den dazu gehörenden Gütern, Gefällen und Gerechtsamen, und den Johanniterhof in der genannten Stadt, nebst dem dazu gehörenden Flaschenhof in

Article 52.

Isenbourg. La principauté d'Isenbourg est placée sous la souveraineté de S. M. Impériale et Royale Apostolique, et sera envers Elle dans les rapports que la constitution fédérative de l'Allemagne réglera pour les Etats médiatisés [1])

---

deren Gebiet. Von den übrigen Besitzungen cedirte Oestreich: 1) an Baiern, die aus dem ehemaligen Departement Fulda theils oben (Art. 40.) ihm zugetheilten, theils von ihm eingetauschten Besitzungen, und die in den Departementen der Saar und des Donnersbergs erhaltenen Bezirke, alle namentlich angegeben in dem Reces-général der Frankfurter Territorial-Commission vom 20. Juli 1819, Art. 2; 2) an Baden, die Staatshoheit über die, erst auf dem wiener Congreß in standesherrliche Unterordnung versetzte, Grafschaft Hohen-Geroldseck des Fürsten von der Leyen, in dem angef. Recès-général, Art. 8; 3) an das Großherzogthum Hessen, das Eigenthum der Salinen von Kreuznach, ferner, mit Souverainetät und Eigenthum den Kreis Alzei, mit Ausnahme des Cantons Kirchheim-Boland, die Cantone Pfeddersheim und Worms, Stadt und Gebiet von Mainz, nebst Cassel und Kostheim, in dem angeführten Recès-général, Art 20, in Folge des von Oestreich und Preussen mit dem GH. Hessen geschlossenen Vertrags v. 10. Juni 1815, Art. 2, in meinen Acten des wiener Congr., Bd. VI, S. 575; 4) an den Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg, die Domaine Holzkirchen (oben Art. 40), unter baierischer Hoheit durch eine Schenkungsurkunde vom 9. November 1816; 5) an den Fürsten von Metternich, die vormalige Fuldaische Propstei Johannisberg im Rheingau, unter nassauischer Hoheit, doch mit Vorbehalt des Weinzehnten, durch Schenkungsurkunde von 1816.

1) Die Souverainetät über das, erst in diesem Artikel in standesherrliche Unterordnung versetzte, Fürstenthum Isenburg, trat Oestreich an das Großherzogthum Hessen ab, in dem

Article 53.

Confédération germanique 1).

Les Princes souverains et les Villes libres d'Allemagne, en comprenant dans cette transaction LL. MM. l'Empereur d'Autriche, les Rois de Prusse, de Danemarc et des Pays-Bas, et nommément:

L'Empereur d'Autriche et le Roi de Prusse, pour toutes celles de leurs possessions qui ont anciennement appartenu à l'Empire Germanique;

Le Roi de Danemarc pour le duché de Holstein;

Le Roi des Pays-Bas pour le grand-duché de Luxembourg;

établissent entre eux une Confédération perpétuelle qui portera le nom de Confédération Germanique.

Article 54.

But de la Confédération Germanique.

Le but de cette Confédération est le maintien de la sûreté extérieure et intérieure de l'Allemagne, de l'indépendance et de l'inviolabilité des Etats confédérés.

Article 55.

Egalité des membres de la Confédération.

Les membres de la Confédération, comme tels, sont egaux en droits; ils s'obligent tous également à maintenir l'acte qui constitue leur union.

Recès-général der Frankfurter Territorial-Commission vom 20. Juli 1819, Art. 19.

1) Die hier folgenden Art. 53 bis und mit 63 sind eine französische Uebersetzung der eilf ersten Artikel der Teutschen Bundes-Acte. Diese Uebersetzung, nicht frei von erheblichen Fehlern, ward verfertigt in der k. k. östreichischen Staatscanzlei. Von den Fehlern s. Klübers Abhandlungen ꝛc. Bd. I (Frankf. 1830), S. 68. ff.

Article 56.

Diète fédérative.

Les affaires de la Confédération seront confiées à une Diète fédérative, dans laquelle tous les membres voteront par leurs Plénipotentiaires, soit individuellement, soit collectivement, de la manière suivante, sans préjudice de leur rang:

1.	Autriche	une	voix
2.	Prusse	une	—
3.	Bavière	une	—
4.	Saxe	une	—
5.	Hanovre	une	—
6.	Würtemberg	une	—
7.	Bade	une	—
8.	Hesse électorale	une	—
9.	Grand-duché de Hesse	une	—
10.	Danemarc, pour Holstein . . .	une	—
11.	Pays-Bas, pour Luxembourg . .	une	—
12.	Maisons Grand-Ducale et Ducales de Saxe	une	—
13.	Brunswic et Nassau	une	—
14.	Mecklenbourg-Schwerin et Strelitz	une	—
15.	Holstein-Oldenbourg, Anhalt et Schwarzbourg	une	—
16.	Hohenzollern, Liechtenstein, Reufs, Schaumbourg-Lippe, Lippe et Waldeck	une	—
17.	Les Villes libres de Lübeck, Francfort, Brème et Hambourg	une	—

Total dix-sept voix.

Article 57.

Présidence et propositions à faire à la Diète.

L'Autriche présidera la Diète fédérative. Chaque état de la Confédération a le droit de faire des propositions, et celui qui préside est tenu à les mettre en délibération dans un espace de temps qui sera fixé.

Article 58.

Assemblée générale de la Diète.

Lorsqu'il s'agira de lois fondamentales à porter, ou de changemens à faire dans les lois fondamentales de la Confédération, de mesures à prendre par rapport à l'acte fédératif même, d'institutions organiques ou d'autres arrangemens d'un intérêt commun à adopter, la Diète se formera en Assemblée générale, et dans ce cas la distribution des voix aura lieu de la manière suivante, calculée sur l'étendue respective des états individuels:

L'Autriche aura	quatre	voix
La Prusse	quatre	—
La Saxe	quatre	—
La Bavière	quatre	—
Le Hanovre	quatre	—
Le Würtemberg	quatre	—
Bade	trois	—
Hesse électorale	trois	—
Grand-duché de Hesse	trois	—
Holstein	trois	—
Luxembourg	trois	—
Brunswic	deux	—
Mecklenbourg-Schwerin	deux	—
Nassau	deux	—
Saxe-Weimar	une	—
Saxe-Gotha	une	—
Saxe-Coburg	une	—
Saxe-Meinungen	une	—
Saxe-Hildbourghausen	une	—
Mecklenbourg-Strelitz	une	—
Holstein-Oldenbourg	une	—
Anhalt-Dessau	une	—
Anhalt-Bernbourg	une	—
Anhalt-Köthen	une	—
Schwarzbourg-Sondershausen . . .	une	—

Schwarzbourg-Rudolstadt	une	voix
Hohenzollern-Hechingen	une	—
Liechtenstein	une	—
Hohenzollern-Sigmaringen	une	—
Waldeck	une	—
Reufs, branche aînée	une	—
Reufs, branche cadette	une	—
Schaumbourg-Lippe	une	—
Lippe	une	—
La ville libre de Lubeck	une	—
La ville libre de Francfort	une	—
La ville libre de Brême	une	—
La ville libre de Hambourg . . .	une	—
Total..	soixante-neuf	voix

La diète, en s'occupant des lois organiques de la Confédération, examinera, si on doit accorder quelques voix collectives aux anciens États de l'Empire médiatisés.

Article 59.

Pluralité des voix, permanence et ajournement de la Diète.

La question si une affaire doit être discutée par l'assemblée générale, conformément aux principes ci-dessus établis, sera décidée dans l'Assemblée ordinaire, à la pluralité des voix.

La même Assemblée préparera les projets de résolution qui doivent être portés à l'Assemblée générale, et fournira à celle-ci tout ce qu'il lui faudra pour les adopter ou les rejeter. On décidera par la pluralité des voix, tant dans l'Assemblée ordinaire, que dans l'Assemblée générale, avec la différence toutefois, que dans la première il suffira de pluralité absolue, tandis que dans l'autre les deux tiers des voix seront nécessaires pour former la pluralité.

Lorsqu'il y a parité des voix dans l'Assemblée ordinaire, le Président décidera la question. Cependant cha-

que fois qu'il s'agira d'acceptation ou de changement de lois fondamentales, d'institutions organiques, de droits individuels, ou d'affaires de religion, la pluralité des voix ne suffira pas [1]), ni dans l'Assemblée ordinaire, ni dans l'Assemblée générale.

La Diète est permanente; elle peut cependant, lorsque les objects soumis à sa délibération se trouvent terminés, s'ajourner à une époque fixe, mais pas au delà de quatre mois.

Toutes les dispositions ultérieures relatives à l'ajournement et à l'expédition des affaires pressantes qui pourroient survenir pendant l'ajournement, sont réservées à la Diète, qui s'en occupera lors de la rédaction des lois organiques.

Article 60.

Ordre à suivre par les votans.

Quant à l'ordre dans lequel voteront les membres de la Confédération, il est arrêté, que, tant que la Diète sera occupée de la rédaction des lois organiques, il n'y aura aucune règle à cet égard, et quel que soit l'ordre que l'on observera, il ne pourra ni préjudicier à aucun des membres, ni établir un principe pour l'avenir. Après la rédaction des lois organiques, la Diète délibérera sur la manière de fixer cet objet par une règle permanente, pour laquelle elle s'écartera le moins possible de celles qui ont eu lieu à l'ancienne Diète, et notamment d'après le recès de la députation de l'Empire de 1803. L'ordre que l'on adoptera, n'influera d'ailleurs en rien sur le rang et la préséance des membres de la Confédération, hors de leurs rapports avec la Diète.

---

1) Schoell, hist. des traités, T. XI, p. 344, sagt, das wiener und das preussische Original hätten diese Lesart; auch das petersburger hat sie. „C'est une faute de langue," setzt er hinzu: „mais elle se trouve dans les originaux."

Article 61.

Siège de la Diète.

La Diète siégera à Francfort sur le Mein. Son ouverture est fixée au premier septembre 1815.

Article 62.

Rédaction des lois fondamentales et des institutions organiques.

Le premier objet à traiter par la Diète, après son ouverture, sera la rédaction des lois fondamentales de la Confédération, et de ses institutions organiques rélativement à ses rapports extèrieurs, militaires et intérieurs.

Article 63.

Guerre et paix.

Les États de la Confédération s'engagent à défendre, non-seulement l'Allemagne entière, mais aussi chaque État individuel de l'union, en cas qu'il fût attaqué, et se garantissent mutuellement toutes celles de leurs possessions qui se trouvent comprises dans cette union.

Lorsque la guerre est déclarée par la Confédération, aucun membre ne peut entamer des négociations particulières avec l'ennemi, ni faire la paix ou un armistice, sans le consentement des autres [1]).

Les États confédérés s'engagent de même à ne se faire la guerre sous aucun prétexte, et à ne point poursuivre leurs différends par la force des armes, mais à les soumettre à la Diète. Celle-ci essaiera, moyennant une Commission, la voie de la médiation. Si elle ne réussit pas, et qu'une sentence juridique devient nécessaire, il y sera pourvu par un jugement Austrégal (*Au-*

---

1) Hier ist die merkwürdige Stelle von dem Bündnißrecht der Bundesglieder, in obiger französischen Uebersetzung ausgelassen. Man s. unten den Art. 11 der Teutschen BundesActe.

străgal - Instanz) bien organisé, auquel les parties litigeantes se soumettront sans appel.

Article 64.

Dispositions particulières.

Les articles compris sous le titre de dispositions particulières dans l'acte de la Confédération Germanique, tel qu'il se trouve annexé en original et dans une traduction française au présent traité général, auront la même force et valeur que s'ils étoient textuellement insérés ici.

Article 65.

III. Royaume des Pays-Bas et grand - duché de Luxembourg.

Royaume des Pays - Bas.

Les anciennes Provinces - Unies des Pays - Bas et les ci - devant provinces Belgiques, les unes et les autres dans les limites fixées par l'article suivant, formeront, conjointement avec les pays et territoires désignés dans le même article, sous la souveraineté de S. A. R. le Prince d'Orange-Nassau, Prince souverain des Provinces - Unies, le royaume des Pays -Bas [1]), héréditaire dans l'ordre de succession déjà établi par l'acte de constitution desdites Provinces - Unies. Le titre et les prérogatives de la dignité Royale seront [2]) reconnus par toutes les Puissances dans la maison d'Orange - Nassau.

Article 66.

Limites du royaume des Pays - Bas.

La ligne comprenant les territoires qui composeront le royaume des Pays-

---

1) Man s. den Vertrag Sr. Maj. des Königs der Niederlande, mit Oestreich, Rußland und Preussen, geschlossen zu Wien am 31. Mai 1815; in den Acten des wiener Congr., Bd. VI, S. 167 ff.

2) Eine andere Lesart hat „sont.“ So auch der petersburger amtliche Abdruck.

Pays-Bas, est déterminée de la manière suivante. Elle part de la mer et s'étend le long des frontières de la France du côté des Pays-Bas, telles qu'elles ont été rectifiées et fixées par l'article 3 du traité de Paris, du 30 mai 1814, jusqu'à la Meuse, et ensuite le long des mêmes frontières jusqu'aux anciennes limites du duché de Luxembourg. De là elle suit la direction des limites entre ce duché et l'ancien évêché de Liège, jusqu'à ce qu'elle rencontre (au midi de Deiffelt [1]) les limites occidentales de ce canton, et de celui de Malmédi jusqu'au point où cette dernière atteint les limites entre les anciens départemens de l'Ourthe et de la Roer; elle longe ensuite ces limites jusqu'à ce qu'elles touchent à celles du canton ci-devant français d'Eupen, dans le duché de Limbourg, et en suivant la limite occidentale de ce canton dans la direction du nord, laissant à droite une petite partie du ci-devant canton français d'Aubel, se joint au point de contact des trois anciens départemens de l'Ourthe, de la Meuse-Inférieure et de la Roer; en partant de ce point, ladite ligne suit celle qui sépare ces deux derniers départemens jusque-là où elle touche à la Worm (rivière ayant son embouchure dans la Roer), et longe cette rivière jusqu'au point où elle atteint de nouveau la limite de ces deux départemens, poursuit cette limite jusqu'au midi de Hillensberg (ancien département de la Roer), remonte de là vers le nord, et laissant Hillensberg à droite, et coupant le canton de Sittard en deux parties à peu près égales, de manière que Sittard et Susteren restent à gauche, arrive à l'ancien territoire hollandois; puis laissant ce territoire à gauche, elle en suit la frontière orientale jusqu'au point où celle-ci touche à l'ancienne principauté autrichienne de Gueldres, du côté de Ruremonde, et, se dirigeant vers le point le

1) In einer Abschrift steht Diesselt.

plus oriental du territoire hollandois au nord de Swalmen [1]) continue à embrasser ce territoire.

Enfin elle va joindre, en partant du point le plus oriental, cette autre partie du territoire hollandois où se trouve Venloo; elle renfermera cette ville et son territoire. De là, jusqu'à l'ancienne frontière hollandoise près de Mook, situé au-dessous-de Genep, elle suivra le cours de la Meuse, à une distance de la rive droite telle, que tous les endroits qui ne sont pas éloignés de cette rive de plus de mille perches d'Allemagne (*rheinländische Ruthen*) appartiendront, avec leurs banlieues, au royaume des Pays-Bas, bien entendu toutefois, quant à la reciprocité de ce principe, que le territoire prussien ne puisse sur aucun point toucher à la Meuse, ou s'en approcher à une distance de huit cents perches d'Allemagne.

Du point où la ligne qui vient d'être décrite atteint l'ancienne frontière hollandoise, jusqu'au Rhin, cette frontière restera, pour l'essentiel, telle qu'elle étoit en 1795 entre Clèves et les Provinces-Unies. Elle sera examinée par la commission qui sera nommée incessamment par les deux gouvernemens de Prusse et des Pays-Bas, pour procéder à la détermination exacte des limites tant du royaume des Pays-Bas, que du grand-duché de Luxembourg, désignées dans l'article 68, et cette commission réglera, à l'aide d'experts, tout ce qui concerne les constructions hydrotechniques, et autres points analogues, de la manière la plus équitable et la plus conforme aux intérêts mutuels des états prussiens, et de ceux des Pays-Bas. Cette même disposition s'étend sur la fixation des limites dans les districts de Kyfwaerd [2]) Lobith, et de tout le territoire jusqu'à Kekerdam.

---

1) Eine andere Lesart hat Schwalmen.

2) In einer Abschrift steht: Kyswaerd.

Les enclaves Huissen, Malbourg, le Lymers avec la ville de Sevenaer, et la seigneurie de Weel, feront partie du royaume des Pays-Bas, et S. M. Prussienne y renonce à perpétuité pour Elle et tous Ses descendans et successeurs.

Article 67.

Grand-Duché de Luxembourg.

La partie de l'ancien Duché de Luxembourg, comprise dans les limites spécifiées par l'article suivant, est également cédée au prince souverain des Provinces-Unies, aujourd'hui Roi des Pays-Bas, pour être possédée à perpétuité, par Lui et Ses successeurs en toute propriété et souveraineté. Le souverain des Pays-Bas ajoutera à ses titres celui de Grand-Duc de Luxembourg, et la faculté est réservée à S. M. de faire, relativement à la succession dans le grand-duché, tel arrangement de famille entre les princes Ses fils, qu'Elle jugera conforme aux intérêts de Sa monarchie, et à Ses intentions paternelles.

Le Grand-duché de Luxembourg, servant de compensation pour les principautés des Nassau-Dillenbourg, Siegen, Hadamar et Dietz, formera un des Etats de la Confédération Germanique, et le Prince, Roi des Pays-Bas, entrera dans le système de cette Confédération comme Grand-Duc de Luxembourg, avec toutes les prérogatives et privilèges dont jouiront les autres Princes allemands.

La ville de Luxembourg sera considérée, sous le rapport militaire, comme forteresse de la Confédération. Le Grand-Duc aura toutefois le droit de nommer le gouverneur et commandant militaire de cette forteresse, sauf l'approbation du pouvoir exécutif de la Confédération, et sous telles autres conditions qu'il sera jugé nécessaire d'établir en conformité de la constitution future de ladite Confédération [1].

---

1) Dieser und der folgende Artikel sind auch wörtlich enthalten,

Article 68.

Limites du Grand-duché de Luxembourg.

Le Grand-duché de Luxembourg se composera de tout le territoire situé entre le royaume des Pays-Bas, tel qu'il a été désigné par l'article 66, la France, la Moselle jusqu'à l'embouchure de la Sure, le cours de la Sure jusqu'au confluent de l'Our, et le cours de cette dernière rivière jusq'aux limites du ci-devant canton français de Saint-Vith, qui n'appartiendra point au Grand-duché de Luxembourg [1]).

Article 69.

Dispositions relatives au Duché de Bouillon.

S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, possédera à perpétuité, pour Lui et Ses successeurs, la souveraineté pleine et entière de la partie du Duché de Bouillon non cédée à la France par le traité de Paris [2]); et sous ce rapport, elle sera réunie au Grand-duché de Luxembourg.

---

in dem 3. und 4. Art. des oben zu Art. 66. angeführten Vertrags; in den angef. Acten rc., Bd. VI, S. 171 f. — Nähere Bestimmungen in dem unten (Num. II) abgedruckten Recès-général der Frankfurter Territorial-Commission vom 20. Juli 1819, Art. 35 u. ff.

1) Von noch andern Bezirken, welche später dem Großherzogthum Luxemburg beigefügt wurden, s. man den angef. Recès-général, Art. 34.

2) In dem 3. Art. des pariser Friedens vom 30. Mai 1814; in den Acten des wiener Congr. Bd. I, Heft 1, S. 11. — Späterhin, in dem pariser Haupt-Tractat v. 20. Nov. 1815, Art. 1, ward das ganze Herzogthum Bouillon, nach seinen Grenzen vom J. 1790, von Frankreich abgetreten, und solches bestätigt in dem Recès-général der Frankfurter Territorial-Commission vom 20. Juli 1819, Art. 34. —

Des contestations s'étant élevées sur ledit Duché de Bouillon, celui des compétiteurs dont les droits seront légalement constatés, dans les formes énoncées ci-dessous, possédera en toute propriété ladite partie du duché, telle qu'elle l'a été par le dernier Duc, sous la souveraineté de S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg [1]).

Cette décision sera portée, sans appel, par un jugement arbitral. Des arbitres seront à cet effet nommés, un par chacun des deux compétiteurs, et les autres, au nombre de trois, par les cours d'Autriche, de Prusse et de Sardaigne. Ils se réuniront à Aix-la-Chapelle, aussitôt que l'état de guerre et les circonstances le permettront, et leur jugement interviendra dans les six mois à compter de leur réunion [2]).

Von seiner Volksmenge ꝛc. s. meine Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congr., S. 515.

1) Vergl. die angef. Acten ꝛc., Bd. VI, S. 172. Bd. IV, S. 51 ff.

2) Diese Commission versammelte sich zu Leipzig. Durch ein daselbst am 1. Jul. 1816 nach absoluter Stimmenmehrheit, gefälltes schiedsrichterliches Urtheil, ward die Nachfolge in die Proprietät des Herzogthums Bouillon, dem Prinzen Carl Alain von Rohan-Montbazon (Guéménée) zugesprochen. Man s. die angef. Acten ꝛc., Bd. VI, S. 470 f., Bd. VIII, S. 250, verschiedene Actenstücke in dem nun bald nachfolgenden Supplementheft zu den Acten des wiener Congresses, und die schiedsrichterlichen Verhandlungen, in Ad. Müllers teutschen Staatsanzeigen, Bd. I, St. 3. (Leipz. 1816), S. 251—280. — Die Prätendenten waren: der oben genannte Prinz von Rohan, und ein Adoptiv-Sohn des vorletzten Herzogs von Bouillon, Namens Philipp d'Auvergne, königlich-großbritannischer Vice-Admiral, welcher seit Eröffnung des gedachten Richterspruchs, am 18. Sept. 1816, 81 Jahre alt, zu London gestorben ist. — Ein dritter Prätendent, Gottfried de la Tour d'Auvergne

Dans l'intervalle, S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, prendra en dépôt la propriété de ladite partie du duché de Bouillon, pour la restituer, ensemble le produit de cette administration intermédiaire, à celui des compétiteurs en faveur duquel le jugement arbitral sera prononcé. Sadite Majesté l'indemnisera, de la perte des revenus provenant des droits de souveraineté, moyennant un arrangement équitable. Et si c'est au Prince Charles de Rohan que cette restitution doit être faite, ces biens seront entre ses mains soumis aux lois de la substitution qui forme son titre.

Article 70.

Cessions des possessions de la maison de Nassau-Orange en Allemagne.

S. M. le Roi des Pays-Bas renonce à perpétuité, pour Lui, Ses descendans et successeurs, en faveur de S. M. le Roi de Prusse, aux possessions souveraines que la maison de Nassau-Orange possédoit en Allemagne, et nommément aux principautés de Dillenbourg, Dietz, Siegen et Hadamar, y compris la seigneurie de Beilstein, et telles que ces possessions ont été définitivement réglées, entre les deux branches de la maison de Nassau, par le traité conclu à la Haye le 14 juillet 1814.

S. M. renonce également à la principauté de Fulde, et aux autres districts et territoires qui Lui avoient été assurés par l'article 12 du recès principal de la députation extraordinaire de l'Empire, du 25 février 1803.

---

meldete sich späterhin bei der Teutschen Bundesversammlung, sein Gesuch ward aber als dahin nicht gehörend abgewiesen, durch einen Beschluß vom 5. Dec. 1816. Man s. das Protocoll der Bundesversammlung von diesem Tage, §. 54. Die von ihm bei der Bundesversammlung eingereichte Denkschrift, steht in meinem Staats-Archiv des teutschen Bundes, Bd. II, S. 167 ff.

Article 71.

Pacte de famille entre les Princes de Nassau.

Le droit et l'ordre de succession, établi entre les deux branches de la maison de Nassau par l'acte de 1783, dit *Nassauischer Erbverein* [1]), est maintenu et transféré des quatre principautés d'Orange-Nassau au Grand-duché de Luxembourg.

Article 72.

Charges et engagemens tenant aux provinces détachées de la France.

S. M. le Roi des Pays-Bas, en réunissant sous sa souveraineté les pays désignés dans les articles 66 et 68, entre dans tous les droits; et prend sur Lui toutes les charges et tous les engagemens stipulés relativement aux provinces et districts détachés de la France dans le traité de paix conclu à Paris le 30 mai 1814.

Article 73.

Acte de réunion des provinces belgiques.

S. M. le Roi des Pays-Bas ayant reconnu et sanctionné, sous la date du 21 juillet 1814, comme bases de la réunion des provinces belgiques avec les Provinces-Unies, les huit articles renfermés dans la pièce [2]) annexée au présent traité, lesdits articles auront la même force et valeur comme s'ils étoient insérés de mot à mot dans la transaction actuelle.

Article 74.

IV. Affaires de la Suisse.

Intégrité des dix-neuf cantons.

L'intégrité des dix-neuf cantons, tels qu'ils existoient en corps politique, lors de la convention du 29 décem-

---

1) In Reuß Staatskanzlei, Th. XVI, S. 75 ff., und in de Martens recueil des principaux traités etc., T. II, p. 405.

2) Man findet solche in meinen Acten des wiener Congresses Bd. VI, S. 175. ff.

bre 1813 [1]), est reconnue comme base du système helvétique.

Article 75.

Réunion des trois nouveaux cantons.

Le Vallais, le territoire de Genève, la Principauté de Neufchâtel, sont réunis à la Suisse, et formeront trois nouveaux Cantons.

La vallée de Dappes [2]), ayant fait partie du canton de Vaud, lui est rendue.

Article 76.

Réunion de l'évêché de Bâle et de la ville de Bienne au canton de Berne.

L'évêché de Bâle, et la ville et le territoire de Bienne, seront réunis à la Confédération Helvétique, et feront partie du canton de Berne.

Sont exceptés cependant de cette dernière disposition les districts suivans:

1. Un district d'environ trois lieues carrées d'étendue, renfermant les communes d'Altschweiler, Schönbuch, Oberweiler, Terweiler, Ettingen, Fürstenstein, Plotten, Pfeffingen [3]), Aesch, Bruck, Reinach, Arlesheim, lequel district sera réuni au canton de Bâle;

2. Une petite enclave située près du village neufchâtelois de Lignières, laquelle étant aujourd'hui, quant à la jurisdiction civile, sous la dépendance du canton de Neufchâtel, et quant à la jurisdiction criminelle, sous celle de l'évêché de Bâle, appartiendra en toute souveraineté à la principauté de Neufchâtel.

---

1) In v. Martens recueil des principaux traités etc., Supplément, T. V. p. 659.

2) Dappenthal. War von Frankreich im J. 1825 noch nicht wieder abgetreten, und ist es vermuthlich noch jetzt nicht.

3) In einer andern Handschrift steht Pfäffingen.

Article 77.

Droits des habitans des pays réunis au canton de Berne.

Les habitans de l'évêché de Bâle et ceux de Bienne, réunis aux cantons de Berne et de Bâle, jouiront à tous égards, sans différence de religion (qui sera conservée dans l'état présent), des mêmes droits politiques et civils, dont jouissent et pourront jouir les habitans des anciennes parties desdits cantons. En conséquence, ils concourront avec eux aux places de représentans et aux autres fonctions, suivant les constitutions cantonnales. Il sera conservé à la ville de Bienne, et aux villages ayant formé sa jurisdiction, les privilèges municipaux compatibles avec la constitution, et les réglemens généraux du canton de Berne.

La vente des domaines nationaux sera maintenue, et les rentes féodales et les dîmes ne pourront point être rétablies.

Les actes respectifs de réunion seront dressés, conformément aux principes ci-dessus énoncés, par des commissions composées d'un nombre égal de députés de chaque partie intéressée. Ceux de l'évêché de Bâle seront choisis par le canton directeur parmi les citoyens les plus notables du pays. Lesdits actes seront [1]) garantis par la Confédération suisse. Tous les points sur lesquels les parties ne pourront s'entendre, seront décidés par un arbitre nommé par la Diète.

Article 78.

Seigneurie de Razüns.

La cession qui avoit été faite par l'article 3 du traité de Vienne, du 14 octobre 1809, de la seigneurie de Razüns, enclavée dans le pays des Grisons, étant venue à cesser, et S. M. l'Empereur d'Au-

---

1) In dem wiener amtlichen Abdruck steht „sont;" in dem petersburger „seront."

triche se trouvant rétabli dans tous les droits attachés à ladite possession, confirme la disposition qu'il en a faite, par déclaration du 20 mars 1815, en faveur du canton des Grisons.

Article 79.

Arrangemens entre la France et Genève.

Pour assurer les communications commerciales et militaires de Genève avec le canton de Vaud et le reste de la Suisse, et pour compléter à cet égard l'article 4 du traité de Paris du 30 mai 1814, S. M. Très-Chrétienne consent à faire placer la ligne des douanes de manière à ce que la route qui conduit de Genève par Versoy en Suisse soit en tout temps libre, et que ni les postes, ni les voyageurs, ni les transports de marchandises n'y soient inquiétés par aucune visite des douanes, ni soumis à aucun droit. Il est également entendu, que le passage des troupes suisses ne pourra y être aucunement entravé.

Dans les réglemens additionnels à faire à ce sujet, on assurera, de la manière la plus convenable aux Genevois, l'exécution des traités relatifs à leurs libres communications entre la ville de Genève et le mandement de Peney. S. M. T. C. consent en outre à ce que la gendarmerie et les milices de Genève passent par la grande route du Meyrin dudit mandement à la ville de Genève, et réciproquement, après en avoir prévenu le poste militaire de la gendarmerie française le plus voisin [1]).

---

1) Die CongreßVerhandlungen über Frankreichs Vorschlag, das Ländchen Gex an Genf abzutreten, gegen einen Theil des ehemaligen Bisthums Basel, findet man in den Acten des wiener Congresses, Bd. V, S. 212, 214, 217, 221, 224 u. 227. — Das Patent des Cantons Genf vom 9. Oct. 1816, bei seiner Besitzergreifung von dem Ländchen Gex, steht in dem Journal de Francfort, 1816, n° 303. — De-

Article 80.

Cessions du Roi de Sardaigne au canton de Genève.

S. M. le Roi de Sardaigne [1]) cède la partie de la Savoie qui se trouve entre la rivière d'Arve, le Rhône, les limites de la partie de la Savoie cédée à la France, et la montagne de Salève, jusqu'à Veiry inclusivement, plus celle qui se trouve comprise entre la grande route dite du Simplon, le lac de Genève, et le territoire actuel du canton de Genève, depuis Vénézas [2]) jusqu'au point où la rivière d'Hermance traverse la susdite route, et de là, continuant le cours de cette rivière jusqu'à son embouchure dans le lac de Genève, au levant du village d'Hermance (la totalité de la route dite du Simplon continuant à être possédée par S. M. le Roi de Sardaigne), pour que ces pays soient réunis au canton de Genève, sauf à déterminer plus précisément les limites par des commissaires respectifs, surtout pour ce qui concerne la délimitation en dessus de Veiry, et sur la montagne

---

finitive Vereinigung eines Theils des Ländchens Gex mit dem Canton Genf, desgleichen eines Theils der Gemeinde Saint-Julien, in dem unten abgedruckten Recès-général der Frankfurter TerritorialCommission, Art. 40.

1) Man vergl. Protocole sur les cessions faites par le Roi de Sardaigne au canton de Genève, en date de Vienne le 29 mars 1815; in den Acten des wiener Congresses, Bd. VI, S. 182 ff. und 202. — Ueber Vollziehung dieses Artikels, ward am 16. März 1816 zwischen Sardinien und dem Canton Genf ein eigener Vertrag geschlossen, worin Genf den Flecken St. Julien retrocedirt. Die Besitzergreifung erfolgte am 10. und 23. Oct. 1816. Journal de Francfort, 1816, nº 278, 292, 295, 302. Wegen St. Julien s. man die nächstvorhergehende Note.

2) Eine andere Lesart hat Vezenas; eine dritte Verenal. In dem wiener amtlichen Abdruck steht Venezas (ohne Accente). So auch in dem petersburger.

de Salève, renonçant, Sadite Majesté, pour Elle et Ses successeurs à perpétuité, sans exception ni réserves, à tous droits de souveraineté et autres qui peuvent Lui appartenir dans les lieux et territoires compris dans cette démarcation 1).

S. M. le Roi de Sardaigne consent en outre à ce que la communication entre le canton de Genève et le Vallais, par la route dite du Simplon, soit établie de la même manière que la France l'a accordée entre Genève et le canton de Vaud, par la route de Versoy. Il y aura aussi en tout temps une communication libre pour les troupes genevoises entre le territoire de Genève et le mandement de Jussy, et on accordera les facilités qui pourroient être nécessaires dans l'occasion pour arriver par le lac à la route dite du Simplon.

De l'autre côté, il sera accordé exemtion de tout droit de transit à toutes les marchandises et denrées qui, en venant des états de S. M. le Roi de Sardaigne et du port-franc de Gênes, traverseroient la route dite du Simplon dans toute son étendue par le Vallais et l'état de Genève. Cette exemtion ne regardera toutefois que le transit, et ne s'étendra ni aux droits établis pour l'entretien de la route, ni aux marchandises et denrées destinées à être vendues ou consommées dans l'intérieur.

La même réserve s'appliquera à la communication accordée aux Suisses entre le Vallais et le canton de Genève; et les gouvernemens respectifs prendront à cet effet, de commun accord, les mesures qu'ils jugeront nécessaires, soit pour la taxe, soit pour empêcher la contrebande, chacun sur son territoire.

---

1) Spätere Grenzbestimmung zwischen Savoyen und Genf, in dem unten abgedruckten Recès-général der Frankfurter TerritorialCommission, Art. 41.

Article 81.

Compensations à établir entre les anciens et les nouveaux cantons.

Pour établir des compensations mutuelles, les cantons d'Argovie, de Vaud, du Tessin et de Saint-Gall fourniront aux anciens cantons de Schwitz, Unterwald, Uri, Glaris, Zug et Appenzell (Rhode intérieure) une somme, qui sera appliquée à l'instruction publique et aux frais d'administration générale, mais principalement au premier objet, dans lesdits cantons.

La quotité, le mode de paiement et la répartition de cette compensation pécuniaire, sont fixés ainsi qu'il suit :

Les cantons d'Argovie, de Vaud et de Saint-Gall, fourniront aux cantons de Schwitz, Unterwald, Uri, Zug, Glaris et Appenzell (Rhode intérieure) un fonds de cinq-cent mille livres de Suisse.

Chacun des premiers paiera l'intérêt de sa quotepart à raison de cinq pour cent par an, ou remboursera le capital, soit en argent, soit en biens fonds, à son choix.

La répartition, soit pour le paiement, soit pour la recette de ces fonds, se fera dans les proportions de l'échelle de contribution, réglée pour subvenir aux dépenses fédérales.

Le canton du Tessin paiera chaque année au canton d'Uri la moitié du produit des péages dans la vallée Levantine.

Article 82.

Dispositions à l'égard des fonds placés en Angleterre.

Pour mettre un terme aux discussions qui se sont élevées par rapport aux fonds placés en Angleterre, par les cantons de Zurich et de Berne, il est statué :

1. Que les cantons de Berne et de Zurich conserveront la propriété du fonds capital, tel qu'il existoit en 1803, à l'époque de la dissolution du Gouvernement Hel-

vétique, et jouiront, à dater du 1er janvier 1815, des intérêts à écheoir.

2. Que les intérêts échus et accumulés depuis l'année 1798, jusques et y compris l'année 1814, seront affectés au paiement du capital restant de la dette nationale, désignée sous la dénomination de dette Helvétique.

3. Que le surplus de la dette Helvétique restera à la charge des autres cantons, ceux de Berne et de Zurich étant exonérés par la disposition ci-dessus. La quote-part de chacun des cantons qui restent chargés de ce surplus, sera calculée et fournie dans la proportion fixée pour les contributions destinées au paiement des dépenses fédérales; les pays incorporés à la Suisse depuis 1813, ne pourront pas être imposés en raison de l'ancienne dette Helvétique.

S'il arrivoit qu'après le paiement de la susdite dette, il y eût un excédent, il seroit réparti entre les cantons de Berne et de Zurich, dans la proportion de leur capitaux respectifs.

Les mêmes dispositions seront suivies à l'égard de quelques autres créances, dont les titres sont déposés sous la garde du président de la Diète.

Article 83.

Indemnités pour les propriétaires des Lods.

Pour concilier les contestations élevées à l'égard des Lods [1], abolis sans indemnité, une indemnité sera payée aux particuliers des Lods. Et afin d'éviter dout différend ultérieur à ce sujet entre les cantons de Berne et de Vaud, ce dernier paiera au gouvernement de Berne la somme de trois cent mille livres de Suisse, pour être ensuite répartie entre les ressortissans Bernois, proprié-

1) Andere schreiben Lauds. Teutsch, Lōbergerechtsame; eine Art von Laudemium.

taires des Lods. Les paiemens se feront à raison d'un cinquième par an, à commencer du 1er janvier 1816.

Article 84.

Confirmation des arrangemens relatifs à la Suisse.

La Declaration adressée en date du 20 mars par les Puissances qui ont signé le traité de Paris, à la Diète de la Confédération Suisse [1]), et acceptée par la Diète moyennant son acte d'adhésion du 27 mai [2]), est confirmée dans toute sa teneur, et les principes établis, ainsi que les arrangemens arrêtés dans ladite déclaration, seront invariablement maintenus.

Article 85.

V. Italie.

Limites des états du Roi de Sardaigne.

Les limites des états de S. M. le Roi de Sardaigne [3]), seront:

Du côté de la France, telles qu'elles existoient au 1 janvier 1792, à l'exception des changemens portés par le traité de Paris, du 30 mai 1814 [4]).

Du côté de la Confédération Helvétique, telles qu'elles existoient au 1 janvier 1792, à l'exception du changement opéré par la cession faite en faveur du canton de Genève, telle que cette cession se trouve spécifiée dans l'article 80 du présent acte.

---

1) Diese Declaration steht in dem siebenten Bande der Acten des wiener Congresses.

2) In den angef. Acten rc., Bd. VI, S. 179 ff.

3) Man vergl. den Staatsvertrag Sr. Maj. des Königs von Sardinien, mit Oestreich, Großbritannien, Rußland, Preussen und Frankreich, datirt Wien den 20. Mai 1815; in den angef. Acten rc., Bd. VI, S. 189 ff.

4) Neuere Bestimmungen, in dem unten abgedruckten Recès-général der Frankfurter Territorial-Commission, Art. 39.

Du côté des états de S. M. l'Empereur d'Autriche, telles qu'elles existoient au 1er janvier 1792; et la convention, conclue entre LL. MM. l'Impératrice Marie-Thérèse et le Roi de Sardaigne le 4 octobre 1751, sera maintenue, de part et d'autre, dans toutes ses stipulations.

Du côté des états de Parme et de Plaisance, la limite, pour ce qui concerne les anciens états de S. M. le Roi de Sardaigne, continuera à être telle qu'elle existoit au 1er janvier 1792.

Les limites des ci-devant états de Gênes, et des pays nommés Fiefs Impériaux, réunis aux états de S. M. le Roi de Sardaigne, d'après les articles suivans, seront les mêmes qui, le 1er janvier 1792, séparoient ces pays des états de Parme et de Plaisance, et de ceux de Toscane et de Massa.

L'ile de Capraja ayant appartenu à l'ancienne république de Gênes, est comprise dans la cession des états de Gênes à S. M. le Roi de Sardaigne.

Article 86.

Réunion de Gênes.

Les états qui ont composé la ci-devant république de Gênes, sont réunis à perpétuité aux états de S. M. le Roi de Sardaigne, pour être, comme ceux-ci, possédés par Elle en toute souveraineté, propriété et hérédité de mâle en mâle, par ordre de primogéniture dans les deux branches de Sa maison; savoir, la branche Royale et la branche de Savoie-Carignan.

Article 87.

Titre de Duc de Gênes.

S. M. le Roi de Sardaigne joindra à Ses titres actuels, celui de Duc de Gênes.

Article 88.

Droits et priviléges des Génois.

Les Génois jouiront de tous les droits et privilèges spécifiés dans l'acte intituté:

Con-

Conditions qui doivent servir de bases à la réunion des états de Gênes à ceux de S. M. Sarde[1]; et ledit acte, tel qu'il se trouve annexé à ce traité général, sera considéré comme partie intégrante de celui-ci, et aura la même force et valeur, que s'il étoit textuellement inséré dans l'article présent.

Article 89.

Réunion des Fiefs Impériaux.

Les pays nommés Fiefs Impériaux, qui avoient été réunis à la ci-devant République Ligurienne, sont réunis définitivement aux états de S. M. le Roi de Sardaigne, de la même manière que le reste des états de Gênes et les habitans de ces pays jouiront des mêmes droits et privilèges que ceux des états de Gênes désignés dans l'article précédent.

Article 90.

Droit de fortification.

La faculté que les puissances signataires du traité de Paris du 30 mai 1814 se sont réservée par l'article 3 dudit traité, de fortifier tel point de leurs états qu'elles jugeront convenable à leur sûreté, est également réservée sans restriction à S. M. le Roi de Sardaigne.

Article 91.

Cessions au canton de Genève.

S. M. le Roi de Sardaigne cède au canton de Genève les districts de la Savoie désignés dans l'article 80 ci-dessus, et aux conditions spécifiées dans l'acte intitulé: Cession faite par S. M. le Roi de Sardaigne au canton de Genève[2].

---

1) In den angef. Acten 2c., Bd. VI, S. 194 ff.

2) In den angef. Acten 2c., Bd. VI, S. 182 ff. u. 200. Vergl. auch oben, Art. 80. — Man vergl. die Noten zu oben Art. 79 u. 80.

Cet acte sera considéré comme partie intégrante du présent traité général, auquel il est annexé, et aura la même force et valeur que s'il étoit textuellement inséré dans l'article présent.

Article 92.

Neutralité de Chablais et du Faucigny.

Les provinces de Chablais et du Faucigny, et tout le territoire de Savoie au nord d'Ugine, appartenant à S. M. le Roi de Sardaigne, feront partie de la neutralité de la Suisse, telle qu'elle est reconnue et garantie par les Puissances.

En conséquence, toutes les fois que les Puissances voisines de la Suisse se trouveront en état d'hostilité ouverte ou imminente, les troupes de S. M. le Roi de Sardaigne qui pourroient se trouver dans ces provinces, se retireront, et pourront à cet effet passer par le Vallais, si cela devient nécessaire; aucunes autres troupes armées d'aucune autre Puissance ne pourront traverser ni stationner dans les provinces et territoires susdits, sauf celles que la Confédération Suisse jugeroit à propos d'y placer; bien entendu que cet état de choses ne gêne en rien l'administration de ces pays, où les agens civils de S. M. le Roi de Sardaigne pourront aussi employer la garde municipale pour le maintien du bon ordre.

Article 93.

Anciennes possessions autrichiennes.

Par suite des renonciations stipulées dans le traité de Paris, du 30 mai 1814, les Puissances signataires du présent traité reconnoissent S. M. l'Empereur d'Autriche, Ses héritiers et successeurs, comme Souverain légitime des provinces et territoires qui avoient été cédés, soit en tout, soit en partie, par les traités de Campo-Formio de 1797, de Lunéville de 1801, de Presbourg de 1805, par la convention additionnelle de Fontainebleau de 1807, et par

le traité de Vienne de 1809, et dans la possession desquelles provinces et territoires S. M. I. et R. A. est rentrée par suite de la dernière guerre: telles que l'Istrie, tant autrichienne que ci-devant vénitienne, la Dalmatie, les îles ci-devant vénitiennes de l'Adriatique, les bouches du Cattaro, la ville de Venise, les lagunes, de même que les autres provinces et districts de la Terre-Ferme des états ci-devant Vénitiens sur la rive gauche de l'Adige, les duchés de Milan et de Mantoue, les principautés de Brixen et de Trente, le comté de Tyrol, le Voralberg, le Frioul autrichien, le Frioul ci-devant vénitien, le territoire de Montefalcone, le gouvernement et la ville de Trieste, la Carniole, la Haute-Carinthie, la Croatie à la droite de la Save, Fiume et le Littoral hongrois, et le district de Castua.

Article 94.

Pays réunis à la monarchie autrichienne.

S. M. I. et R. A. réunira à Sa monarchie, pour être possédés par Elle et Ses successeurs, en toute propriété et souveraineté:

1. Outre les parties de la Terre-Ferme des états Vénitiens, dont il a été fait mention dans l'article précédent, les autres parties desdits états, ainsi que tout autre territoire qui se trouve situé entre le Tessin, le Pô et la mer Adriatique.

2. Les Vallées de la Valteline, de Bormio et de Chiavenna.

3. Les territoires ayant formé la ci-devant république de Raguse.

Article 95.

Frontières autrichiennes en Italie.

En conséquence des stipulations arrêtées dans les articles précédens, les frontières des états de S. M. I. et R. A. en Italie seront:

1. Du côté des états de S. M. le Roi de Sardaigne, telles qu'elles étoient au 1 janvier 1792.

2) Du côté des états de Parme, Plaisance et Guastalla, le cours du Pô, la ligne de démarcation suivant le Thalweg de ce fleuve.

3. Du côté des états de Modène, les mêmes qu'elles étoient au 1 janvier 1792.

4. Du côté des états du Pape, le cours du Pô jusqu'à l'embouchure du Goro.

5. Du côté de la Suisse, l'ancienne frontière de la Lombardie, et celle qui sépare les vallées de la Valteline, de Bormio et Chiavenna, des cantons des Grisons et du Tessin.

Là où le Thalweg du Pô constituera la limite, il est statué que les changemens que subira par la suite le cours de ce fleuve, n'auront à l'avenir aucun effet sur la propriété des îles qui s'y trouvent.

Article 96.

Navigation du Pô.

Les principes généraux, adoptés par le congrès de Vienne pour la navigation des fleuves, seront appliqués à celle du Pô.

Des commissaires seront nommés par les états riverains, au plus tard dans le délai de trois mois après la fin du congrès, pour régler tout ce qui a rapport à l'exécution du présent article.

Article 97.

Dispositions relatives au Mont-Napoléon de Milan.

Comme il est indispensable de conserver à l'établissement connu sous le nom de Mont-Napoléon, à Milan, les moyens de remplir ses obligations envers ses créanciers, il est convenu que les biens-fonds et autres immeubles de cet établissement, situés dans des pays qui, ayant fait partie du ci-devant royaume d'Italie, ont

passé depuis sous la domination de différens Princes d'Italie, de même que les capitaux appartenans audit établissement, et placés dans ces différens pays, resteront affectés à la même destination.

Les redevances du Mont-Napoléon non-fondées et non-liquidées, telles que celles dérivant de l'arriéré de ses charges ou de tout autre accroissement du passif de cet établissement, seront réparties sur les territoires dont se composoit le ci-devant royaume d'Italie; et cette répartition sera assise sur les bases réunies de la population et du revenu. Les souverains desdits pays nommeront, dans le terme de trois mois, à dater de la fin du congrès, des commissaires pour s'entendre avec les commissaires autrichiens sur ce qui a rapport à cet objet.

Cette commission se réunira à Milan.

Article 98.

États de Modène et de Massa et Carrara.

S. R. A. l'Archiduc François d'Este, Ses héritiers et successeurs, posséderont, en tout propriété et souveraineté les Duchés de Modène, de Reggio et de Mirandole, dans la même étendue qu'ils étoient à l'époque du traité de Campo-Formio.

S. A. R. l'Archiduchesse Marie-Béatrix d'Este, Ses héritiers et successeurs, posséderont en toute souveraineté et propriété le Duché de Massa et la principauté de Carrara, ainsi que les Fiefs Impériaux dans la Lunigiana. Ces derniers pourront servir à des échanges ou autres arrangemens de gré à gré avec S. A. I. le Grand-Duc de Toscane, selon la convenance réciproque.

Les droits de succession et réversion établis dans les branches des Archiducs d'Autriche, relativement au duché de Modène, de Reggio et Mirandole, ainsi que des principautés de Massa et Carrara, sont conservés.

Article 99.

Parme et Plaisance.

S. M. l'Impératrice Marie-Louise possédera, en toute propriété et souveraineté, les Duchés de Parme, de Plaisance, et de Guastalla, à l'exception des districts enclavés dans les états de S. M. I. et R. A. sur la rive gauche du Pô.

La réversibilité de ces pays sera déterminée de commun accord entre les cours d'Autriche, de Russie, de France, d'Espagne, d'Angleterre et de Prusse, toutefois ayant égard aux droits de réversion de la maison d'Autriche et de S. M. le Roi de Sardaigne sur lesdits pays [1].

Article 100.

Possessions du Grand-Duc de Toscane.

S. M. I. et R. l'Archiduc Ferdinand d'Autriche est rétabli, tant pour Lui que pour Ses héritiers et successeurs, dans tous les droits de souveraineté et propriété sur le Grand-duché de Toscane et ses dépendances, ainsi que S. A. I. les a possédés antérieurement au traité de Lunéville.

Les stipulations de l'article 2 du traité de Vienne, du 3 octobre 1735, entre l'Empereur Charles VI et le Roi de France, auxquelles accédèrent les autres Puissances, sont pleinement rétablies en faveur de S. A. I. et Ses descendans, ainsi que les garanties résultant de ces stipulations.

---

1) Die hier stipulirte Bestimmung des Rückfalls ist erfolgt, und überhaupt ist obiger Art. 99, wie auch die hier zunächst folgenden Art. 101 und 102, bestätigt, in dem von Oestreich, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Preussen und Rußland, am 10. Juni 1817 geschlossenen Tractat, und in dem Frankfurter Recès-général de la Commission territoriale, vom 20. Juli 1819, Art. 43 bis 45. Jener steht in v. Martens recueil, Supplément, T. VIII, p. 418; dieser folgt unten, als Num. II.

Il sera en outre réuni audit Grand-duché, pour être possédé en toute propriété et souveraineté, par S. A. I. et R. le Grand-Duc Ferdinand et Ses héritiers et descendans:

1. L'état des Présides;

2. La partie de l'île d'Elbe et ses appartenances qui étoit sous la suzeraineté de S. M. le Roi des Deux-Siciles avant l'année 1801;

3. La suzeraineté et souveraineté de la principauté de Piombino et ses dépendances.

Le Prince Ludovisi Buoncompagni conservera, pour lui et ses successeurs légitimes, toutes les propriétés que sa famille possédoit dans la principauté de Piombino, dans l'île d'Elbe et ses dépendances, avant l'occupation de ces pays par les troupes françaises en 1799, y compris les mines, usines et salines.

Le Prince Ludovisi conservera également le droit de pêche, et jouira d'une exemption de droits parfaite, tant pour l'exportation des produits de ses mines, usines, salines et domaines, que pour l'importation des bois et autres objets nécessaires pour l'exploitation des mines. Il sera de plus indemnisé, par S. A. I. le Grand-Duc de Toscane, de tous les revenus que sa famille tiroit des droits régaliens avant l'année 1801. En cas qu'il survînt des difficultés dans l'évaluation de cette indemnité, les parties intéressées s'en rapporteront à la décision des cours de Vienne et de Sardaigne.

4. Les ci-devant Fiefs Impériaux de Vernio, Montanto [1]) et Monte Santa-Maria, enclavés dans les états Toscans.

---

1) So scheint es in den Originalen zu heissen; wenigstens steht so in dem wiener und in dem petersburger amtlichen Abdruck. Es muss aber heissen Montauto.

Article 101.

Duché de Lucques.

La principauté de Lucques sera possédée en toute souveraineté par S. M. l'Infante Marie-Louise et Ses descendans en ligne directe et masculine. Cette principauté est érigée en Duché, et conservera une forme [1] de gouvernement basée sur les principes de celle qu'elle avoit reçue en 1805 [2].

Il sera ajouté aux revenus de la principauté de Lucques une rente de cinq-cent-mille francs, que S. M. l'Empereur d'Autriche et S. A. I. le Grand-Duc de Toscane s'engagent à payer régulièrement, aussi long-temps que les circonstances ne permettront pas de procurer à S. M. l'Infante Marie-Louise et à Son fils et Ses descendans un autre établissement.

Cette rente sera spécialement hypothéquée sur les seigneuries en Bohême, connues sous le nom de bavaro-palatines, qui, dans le cas de réversion du duché de Lucques au Grand-duc [3] de Toscane, seront affranchies de cette charge et rentreront dans le domaine particulier de S. M. I. et R. A. [4].

Article 102.

Réversibilité du duché de Lucques.

Le duché de Lucques sera réversible au Grand-Duc de Toscane, soit dans le cas qu'il devînt vacant par la mort de S. M.

---

1) Eine andere Lesart hat „norme".

2) Diese Verfassungsurkunde der Republik Lucca, vom 23. Juni 1805, garantirt von dem Kaiser Napoleon am folgenden Tag, steht in v. Martens recueil, Supplément, T. IV, p. 147 — 154.

3) Eine andere Lesart hat „Grand-duché".

4) Bestätigung des vorstehenden Art. 101, in Staatsverträgen von 1817 und 1819. Man s. die Note zu Art. 99.

l'Infante Marie-Louise ou de Son fils don Carlos et de Leurs descendans mâles et directs, soits dans celui que l'Infante Marie-Louise ou Ses héritiers directs obtinssent un autre établissement ou succédassent à une autre branche de leur dynastie.

Toutefois le cas de réversion échéant, le Grand-Duc de Toscane s'engage à céder, dès qu'il entrera en possession de la principauté de Lucques, au Duc de Modène les territoires suivans:

1. Les districts toscans de Fivizano, Pietra-Santa [1] et Barga; et

2. Les districts lucquois de Castiglione et Gallicano, enclavés dans les états de Modène, ainsi que ceux de Minucciano et Monte-Ignose, contigus au pays de Massa [2].

Article 103.

Dispositions relatives au Saint-Siège.

Les Marches, avec Camerino et leurs dépendances, ainsi que le Duché de Bénévent et la Principauté de Ponte-Corvo, sont rendus au Saint-Siège.

Le Saint-Siège rentrera en possession des Légations de Ravenne, de Bologne et de Ferrare, à l'exception de la partie du Ferrarois située sur la rive gauche du Pô.

S. M. I. et R. A. et Ses successeurs auront droit de garnison dans les places de Ferrare et Commacchio.

---

1) Andere Lesarten haben: „Pietra, Santa" u. s. w.

2) Welche große Unannehmlichkeiten aus der Vollziehung der Bestimmungen 1 und 2, in geographischer, politischer, commerzieller und administrativer Hinsicht, hervorgehen werden, ist von einem Ungenannten dargestellt, in Koch histoire abrégée des traités de paix, nach Schöll's Ausgabe, T. XI, p. 382 — 387. — Von der Bestätigung des obenstehenden Art. 102, in Staatsverträgen von 1817 und 1819, s. oben die Note zu Art. 99.

Les habitans des pays qui rentrent sous la domination du Saint-Siège par suite des stipulations du congrès, jouiront des effets de l'article 16 du traité de Paris du 30 mai 1814. Toutes les acquisitions faites par des particuliers [1], en vertu d'un titre reconnu légal par les lois actuellement existantes, sont maintenues, et les dispositions propres à garantir la dette publique et le paiement des pensions, seront fixées par une convention particulière entre la cour de Rome et celle de Vienne.

Article 104.

Rétablissement du Roi Ferdinand IV à Naples.

S. M. le Roi Ferdinand IV est rétabli, tant pour Lui que pour Ses héritiers et successeurs, sur le trône de Naples, et reconnu par les Puissances comme Roi du royaume des Deux-Siciles.

Article 105.

VI. Affaires de Portugal.

Restitution d'Olivenza etc.

Les Puissances reconnoissant la justice des réclamations formées par S. A. R. le Prince-Régent de Portugal et de Brésil, sur la ville d'Olivenza et les autres territoires cédés à l'Espagne par le traité de Badajoz de 1801, et envisageant la restitution de ces objets comme une des mesures propres à assurer entre les deux royaumes de la péninsule cette bonne harmonie complète et stable, dont la conservation dans toutes les parties de l'Europe a été le but constant de leurs arrangemens, s'engagent formellement à employer dans les voies de conciliation leurs efforts les plus efficaces, afin que la

---

1) Diese Stipulation bezog sich hauptsächlich auf die Dotation des Prinzen Eugen, nachherigen Herzogs von Leuchtenberg, in den hier genannten Ländern. Koch et Schoell hist. des traités, T. XI, p. 388.

rétrocession desdits territoires en faveur du Portugal soit effectuée; et les Puissances reconnoissent, autant qu'il dépend de chacune d'Elles, que cet arrangement doit avoir lieu au plus tôt.

Article 106.

Rapport entre la France et le Portugal.

Afin de lever les difficultés qui se sont opposées de la part de S. A. R. le prince Régent du royaume de Portugal et de celui de Brésil, à la ratification du traité signé le 30 mai 1814, entre le Portugal et la France, il est arrêté que la stipulation contenue dans l'article 10 dudit traité, et toutes celles qui pourroient y avoir rapport, resteront sans effet, et quil y sera substitué, d'accord avec toutes les Puissances, les dispositions énoncées dans l'article suivant, lesquelles seront seules considérées comme valables.

Au moyen de cette substitution, toutes les autres clauses du susdit traité de Paris seront maintenues et regardées comme mutuellement obligatoires pour les deux cours.

Article 107.

Restitution de la Guiane française.

S. A. R. le Prince-Régent du royaume de Portugal et de celui de Brésil, pour manifester d'une manière incontestable Sa considération particulière pour S. M. T. C., s'engage à restituer à Sadite Majesté la Guiane française jus'quà la rivière d'Oyapock, dont l'embouchure est située entre le quatrième et le cinquième degré de latitude septentrionale, limite que le Portugal a toujours considérée comme celle qui avoit été fixée par le traité d'Utrecht.

L'époque de la remise de cette colonie à S. M. T. C. sera déterminée dès que les circonstances le permettront, par une convention particulière entre les deux cours; et l'on procédera à l'amiable, aussitôt que faire se pourra,

à la fixation définitive des limites des Guianes portugaise et française, conformément au sens précis de l'article huitième du traité d'Utrecht [1]).

Article 108.

VII. DISPOSITIONS TOUCHANT LA NAVIGATION DES RIVIERES.

Navigation des rivières séparant ou traversant différens états.

Les Puissances dont les états sont séparés ou traversés par une même rivière navigable [2]), s'engagent à régler, d'un commun accord, tout ce qui a rapport à la navigation de cette rivière. Elles nommeront à cet effet des commissaires, qui se réuniront au plus tard six mois après la fin du congrès, et qui prendront pour bases de leurs travaux les principes établis dans les articles suivans.

Article 109.

Liberté de la navigation.

La navigation dans tout le cours des rivières indiquées dans l'article précédent, du point où chacune d'elle devient navigable jusqu'à son embouchure, sera entièrement libre, et ne pourra, sous le rapport du commerce être interdite à personne; bien entendu que l'on se conformera aux réglemens relatifs à la police de cette navigation, lesquels seront conçus d'une manière uniforme pour tous, et aussi favorables que possible au commerce de toutes les nations.

Article 110.

Uniformité de système pour les droits de la police.

Le système qui sera établi, tant pour la perception des droits que pour le maintien de la police, sera, autant que faire

---

1) Zu Vollziehung dieses Artikels, ward zwischen Frankreich und Portugal, zu Paris am 28. August 1817, ein Tractat geschlossen. Er steht in v. Martens recueil, Supplément, T. VIII, p. 490.

2) Die Réglemens pour la libre navigation des rivières, stehen

se pourra, le même pour tout le cours de la rivière, et s'étendra aussi, à moins que les circonstances parliculières ne s'y opposent, sur ceux de ses embranchemens et confluens, qui, dans leur cours navigable, séparent au traversent différens états.

Article 111.

Tarif. Les droits sur la navigation seront fixés d'une manière uniforme, invariable, et assez indépendante de la qualité différente des marchandises, pour ne pas rendre nécessaire un examen détaillé de la cargaison, autrement que pour cause de fraude et de contravention. La quotité de ces droits, qui, en aucun cas, ne pourront excéder ceux existants actuellement, sera déterminée d'après les circonstances locales, qui ne permettent guère d'établir une règle générale à cet égard. On partira néanmoins en dressant le tarif, du point de vue d'encourager le commerce en facilitant la navigation, et l'octroi établi sur le Rhin pourra servir d'une norme approximative.

Le tarif une fois réglé, il ne pourra plus être augmenté que par un arrangement commun des états riverains, ni la navigation grévée d'autres droits quelconques, outre ceux fixés dans le réglement.

Article 112.

Bureaux de perception. Les bureaux de perception, dont on réduira autant que possible le nombre, seront fixés par le réglement, et il ne pourra s'y faire ensuite aucun changement que d'un commun accord, à moins qu'un des états riverains ne voulût diminuer le nombre de ceux qui lui appartiennent exclusivement.

---

in den Acten des wiener Congresses, Bd. III, S. 24 ff., 257 ff. und 245 ff.

Article 113.

Chemins de hallage.

Chaque état riverain se chargera de l'entretien des chemins de hallage qui passent par son territoire, et des travaux nécessaires pour la même étendue dans le lit de la rivière, pour ne faire éprouver aucun obstacle à la navigation.

Le réglement futur fixera la manière dont les états riverains devront concourir à ces derniers travaux, dans le cas où les deux rives appartiennent à différens gouvernemens.

Article 114.

Droits d'étape et de relâche.

On n'établira nulle part des droits d'étape, d'échelle, ou de relâche forcée. Quant à ceux qui existent déjà, ils ne seront conservés qu'en tant que les états riverains, sans avoir égard à l'intérêt local de l'endroit, ou du pays où ils sont établis, les trouveroient nécessaires ou utiles à la navigation et au commerce en général.

Article 115.

Douanes.

Les douanes des états riverains n'auront rien de commun avec les droits de navigation. On empêchera, par des dispositions réglémentaires, que l'exercice des fonctions des douaniers ne mette pas d'entraves à la navigation; mais on surveillera par une police exacte sur la rive, toute tentative des habitans de faire la contrebande à l'aide des bateliers.

Article 116.

Réglement commun à rédiger.

Tout ce qui est indiqué dans les articles précédéns, sera déterminé par un réglement commun, qui renfermera également tout ce qui auroit besoin d'être fixé ultérieurement. Le réglement une fois arrêté, ne pourra être changé que du consentement de tous les états riverains, et ils auront soin de

pourvoir à son exécution d'une manière convenable et adaptée aux circonstances et aux localités.

Article 117.

Navigation du Rhin, du Neckar etc. etc.

Les réglemens particuliers relatifs à la navigation du Rhin [1]), du Neckar, du Mein, de la Moselle, de la Meuse, et de l'Escaut [2]), tels qu'ils se trouvent joints au présent acte, auront la même force et valeur, que s'ils y avoient été textuellement insérés.

Article 118.

VIII. Dispositions generales.

Confirmations des traités et actes particuliers.

Les traités, conventions, déclarations, réglemens et autres actes particuliers, qui se trouvent annexés au présent acte [3]), et nommément

1. Le traité entre la Russie et l'Autriche, du $\frac{\text{21 avril}}{\text{3 mai}}$ 1815;
2. Le traité entre la Russie et la Prusse, du $\frac{\text{21 avril}}{\text{3 mai}}$ 1815;
3. Le traité additionel relatif à Cracovie, entre l'Autriche, la Prusse et la Russie, du $\frac{\text{21 mai}}{\text{3 avril}}$ 1815;
4. Le traité entre la Prusse et la Saxe, du 18 mai 1815;

---

1) In den Acten des wiener Congresses, Bd. III, S. 257—275.

2) Ebendaselbst, S. 245—247.

3) Sie sind alle abgedruckt in den angef. Acten rc., an den oben gehörigen Orts, und auf folg. Seite, zu Num. 17 angeführten Stellen.

5. La déclaration du Roi de Saxe sur les droits de la maison de Schoenbourg, du 18 mai 1815;
6. Le traité entre la Prusse et le Hanovre, du 29 mai 1815;
7. La convention entre la Prusse et le Grand-Duc de Saxe-Weimar, du 1er juin 1815;
8. La convention entre la Prusse et les Duc et Prince de Nassau, du 31 mai 1815;
9. L'acte sur la constitution fédérative de l'Allemagne, du 8 juin 1815;
10. Le traité entre le Roi des Pays-Bas et la Prusse, l'Angleterre, l'Autriche et la Russie, du 31 mai 1815;
11. La déclaration des Puissances sur les affaires de la confédération helvétique, du 20 mars, et l'acte d'accession de la diète, du 27 mai 1815;
12. Le protocole du 29 mars 1815, sur les cessions faites par le Roi de Sardaigne au canton de Genève;
13. Le traité entre le Roi de Sardaigne, l'Autriche, l'Angleterre, la Russie, la Prusse, et la France, du 20 mai 1815;
14. L'acte intitulé: „Conditions qui doivent servir de bases à la réunion des états de Gênes à ceux de S. M. Sarde;"
15. La déclaration des Puissances, sur l'abolition de la traite des nègres, du 8 février 1815;
16. Les réglemens pour la libre navigation des rivières;
17. Le réglement sur le rang entre les agens diplomatiques [1]),

sont considérés comme parties intégrantes des arrangemens du congrès, et auront partout la même force et valeur

1) In den angef. Acten ꝛc., Bd. VI, S. 204. ff.

valeur que s'ils étoient insérés mot à mot dans le traité général.

Article 119.

Invitation à accéder à ce traité et aux autres actes.

Toutes les Puissances qui ont été réunies au congrès, ainsi que les Princes et les Villes libres qui ont concouru aux arrangemens consignés, ou aux actes confirmés dans ce traité général, sont invités à y accéder [1]).

Article 120.

Réserve relativement à l'emploi de la langue française.

La langue française ayant été exclusivement employée dans toutes les copies du présent traité, il est reconnu par les Puissances qui ont concouru à cet acte, que l'emploi de cette langue ne tirera point à conséquence pour l'avenir; de sorte que chaque Puissance se réserve d'adopter, dans les négociations et conventions futures, la langue dont elle s'est servie jusqu'ici dans ses relations diplomatiques, sans que le traité actuel puisse être cité comme exemple contraire aux usages établis.

Article 121.

Ratification du présent traité et sa déposition aux archives de Vienne.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications seront échangées, dans l'espace de six mois, par la cour de Portugal dans un an, ou plus-tôt, si faire se peut.

Il sera déposé à Vienne, aux archives de cour et d'état de S. M. I. et R. A., un exemplaire de ce traité général, pour servir dans le cas où l'une ou l'autre des cours de l'Europe pourroit juger convenable de consulter le texte original de cette pièce.

---

1) Actenstücke, betreffend die Accessionen zu der Schluß-Acte des wiener Congresses, in Klüber's Acten rc., Bd. VI, S. 211—222, und aus solchen in Martens recueil, Supplément, VI, 481 et suiv.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé cet acte [1]), et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le neuf juin de l'an de grâce mil-huit cent-quinze.

(Suivent les signatures [2]), dans l'ordre alphabétique des cours.)

(*Autriche.*)	(*Portugal.*)
Le Prince de Metternich. (L. S.)	Le comte de Palmella. (L. S.)
Le Baron de Wessenberg. (L S.)	Antonio de Saldanha da Gama. (L. S.)
(*Espagne* [3].)	D. Joaquim Lobo da Silveira. (L. S.)
. . . .	

---

1) In einer Abschrift steht: ce traité.

2) Die unten benannten Bevollmächtigten haben, am 9. Junius 1815, die einzelnen Artikel dieser SchlußActe, in der hier angegebenen Art und Ordnung, paraphirt. Als späterhin die Reinschrift des Originals fertig geworden war, waren schon mehrere derselben von Wien abgereiset, so daß diese nicht eben so von allen denen konnte unterschrieben werden, welche die einzelnen Artikel paraphirt hatten.

3) Durch zwei Noten, vom 3. April und 5. Junius, welche in den angef. Acten ꝛc., Bd. VII, abgedruckt sind, hatte der spanische Gesandte erklärt, daß er diese SchlußActe des Congresses nicht unterzeichnen werde. Als Ursache gab er an: weil sein Begehren nicht erfüllt worden, dem Sohn der Infantin Marie Louise, dem gewesenen König von Hetrurien, jetzigem Herzog von Lucca, Toscana, oder, wenn dieses nicht statt haben sollte, wenigstens die Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla, zurückzugeben; ferner, weil man in der CongreßActe festgesetzt habe, die wirksamsten Bemühungen anzuwenden, daß Spanien das OlivenzaGebiet an Portugal zurückgebe, u. s. w. Vergl. meine Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congr., S. 94, 116 u. 169.

(France.)

Le Prince de Talleyrand.
(L. S.)

Le Duc de Dalberg.
(L. S.)

Le Comte Alexis de Noailles. (L. S.)

(Grande-Bretagne.)

Clancarty.
(L. S.)

Cathcart.
(L. S.)

Stewart, L. G. 1)
(L. S.)

(Prusse.)

Le Prince de Hardenberg.
(L. S.)

Le Baron de Humbold.
(L. S.)

(Russie.)

Le Comte 2) de Rasoumoffsky. (L. S.)

Le Comte de Stackelberg.
(L. S.)

Le Comte de Nesselrode.
(L. S.)

(Suède.)

Le Comte Charles Axel de Löwenhielm. (L. S.) sauf la réservation faite aux articles 101, 102 et 104 du Traité.

---

1) L. G. bedeutet hier Lieutenant-Général.

2) So in der wiener amtlichen Ausgabe, und auch in der petersburger. Es sollte aber wohl heissen: Prince. Denn er war, während des wiener Congresses, von dem Kaiser von Rußland in den Fürstenstand erhoben worden. Auch ist er oben im Eingang „Prince" genannt.

II.

RECÈS-GÉNÉRAL

de la Commission territoriale, rassemblée à Francfort, en date du 20 juillet 1819;

signé par les plénipotentiaires de l'**Autriche**, de la **Grande-Bretagne**, de la **Prusse** et de la **Russie**.

Vorbericht.

Die Schluß-Acte des wiener Congresses und der zu Paris am 20. November 1815 von Oestreich, Großbritannien, Preussen und Rußland geschlossene Haupt-Friedensvertrag, nebst den dazu gehörenden drei Nebenverträgen[1]), hatten für eine Reihe von Gegenständen Anlaß gelassen oder gegeben zu nähereren und definitiven Bestimmungen.

Zu dem Ende folgten, in dem Zeitraum von 1815 bis in den Juli 1819, vielfältig besondere Unterhandlungen, welche theils Special-Verträge unter besonders Betheiligten, theils einen **Haupt-Receß** zur Folge hatten, den eine, auf dem Aachener Congreß im November 1818 beschlossene, so genannte **Territorial-Commission** zu Frankfurt am Main errichtete. Diese Commission bestand aus Bevollmächtigten von **Oestreich**, **Großbritannien**, **Preussen** und **Rußland**. In dem General-Receß derselben, wurden nicht nur die erwähnten Special-Verträge bestätigt, zum Theil sogar nach ihrem wesentlichen Inhalt eingerückt, sondern auch neue Bestimmungen errichtet. Durch eine Accessions-Acte vom 20. October 1820, trat auch die Krone **Frankreich** diesem Receß bei.

Bei dem hier folgenden Abdruck des Recès-général, ist der nach dem **Original** des **Russischen** Cabinets veranstaltete Abdruck zum Grund gelegt, welcher sich in dem zweiten Theil (S. 435 bis 474) derselben zu St. Petersburg amtlich gedruckten

---

1) Sie alle findet man in v. **Martens** recueil, Supplément T. VI, p. 682 — 717.

Sammlung von Staatsverträgen Rußlands befindet, die oben in dem Vorbericht zu der Schluß-Acte des wiener Congresses näher angezeigt ist. Nur die Bezeichnung der Zeit-Daten nach dem alten Styl oder russischen Kalender, sind in der Regel weggelassen.

Uebersicht des Inhaltes.

Einleitung.

Art. 1. Besitzungen, welche Baiern an Oestreich zurückgibt. — 2. Besitzungen, welche Baiern dagegen erhält. — 3. Landau, eine Bundesfestung. — 4. Baiern erhält vom Großherzogthum Hessen, Miltenberg, Amorbach, Heubach und Alzenau. — 5. Baierns Grenze, gegen Frankreich hin. — 6. Baiern erhält eine Militär-Straße, von Wirzburg nach Rheinbaiern. — 7. Baiern erhält, als Entschädigung für den Mangel des geographischen Zusammenhanges seiner Besitzungen, von Oestreich eine immerwährende Rente von 100,000 fl. — 8. Baden erhält die Souverainetät über die Grafsch. Hohengeroldseck, und tritt dagegen einen Theil des Amtes Wertheim ab. — 9. Baden wird liberirt von den Additional-Artikeln des Frankfurter Tractats v. 20. Nov. 1813, und der jetzige Besitzstand des Großherzogthums wird anerkannt. — 10. Das Successionsrecht der Grafen von Hochberg, jetzigen Markgrafen von Baden, in dem Großherzogthum Baden, wird anerkannt. — 11. Preussen soll die im pariser Vertrag v. 20. Nov. 1815 von Frankreich abgetretenen Bezirke des Saar- und Mosel-Departements, mit aller Souverainetät und Proprietät besitzen. — 12. Desgleichen die von Oestreich ihm abgetretenen Bezirke im Saardepartement ꝛc. ꝛc. — 13 und 14. Preussens Grenzen auf der linken Rheinseite, gegen Baiern, Sachsen-Coburg, Oldenburg, und Hessen-Homburg. — 15 und 16. In der Bundesfestung Mainz, haben Oestreich und Preussen das Besatzungsrecht gemeinschaftlich, für eine gleiche Anzahl Truppen, der Großherzog v. Hessen für 1 Bataillon Infanterie. In Besetzung der Stellen eines Gouverneurs und eines Commandanten, wechseln Oestreich und Preussen von 5 zu 5 Jahren; die Direction der Artillerie hat Oestreich, diejenige des Genie's hat Preussen. — 17. Das Herzogthum Westphalen cedirt der Großherzog von Hessen an Preus-

sen. — 18. Desgleichen, als standesherrlich untergeordnete Landestheile, die Grafschaften Wittgenstein. — 19. Der Großherzog von Hessen erhält: a) mit aller Souverainetät, als standesherrlich untergeordnete Landestheile, die Besitzungen des Fürsten und der Grafen von Isenburg ꝛc.; b) mit aller Proprietät, die Salinen von Kreuznach, doch unter preussischer Souverainetät. — 20. Desgleichen, den Kreis Alzei und die Cantone Pfeddersheim und Worms; ferner, Stadt und Gebiet Mainz, nebst Cassel und Kostheim, doch mit Ausnahme alles dessen was die Festung Mainz ausmacht, welche für eine teutsche Bundesfestung erklärt ist. — 21. Zur Verfügung des Gouverneurs von Mainz bleiben, als Theile der Dotation, alle Werke, Gebäude, Ländereien und Einkünfte, die zu der Festung Mainz gehörten, als die Alliirten solche erhielten. — 22. Die Souverainetäts-Rechte in der Stadt Mainz, hat Hessen. Doch hat das Militär-Gouvernement bestimmte Rechte, in Ansehung der Polizei, der Bürger-Garde, und in Kriegszeiten ꝛc. ist es unbeschränkt. — 23. Hessen räumt Militär-Strassen ein: a) von Giessen über Wetzlar nach Coblenz, und von Mainz über Bingen, für Preussen; b) für Oestreich, in Ansehung seiner Garnison zu Mainz; c) für Baiern, aus dessen Staaten auf der rechten Rheinseite, nach denjenigen auf der linken. — 24. Der Großherzog von Hessen wird liberirt von den Zusatz-Artikeln des frankfurter Vertrags v. 23. Nov. 1813. — 25. Wechselseitige Territorial-Cessionen, zwischen dem Großherzog von Hessen und Kurhessen. — 26. Hessen-Homburg wird vom Großherzog von Hessen in seine früheren Rechte wieder eingesetzt, und es soll eine Familien-Uebereinkunft Statt haben, um die nunmehrigen Verhältnisse mit den bestehenden Familienverträgen in Uebereinstimmung zu bringen. — 27 bis 31. Preussens Territorial-Cessionen auf der linken Rheinseite, gemäß dem 49. Art. der wiener Congreß-Acte: an a) den Großherzog von Oldenburg, b) den Herzog von Sachsen-Coburg, und c) den Landgrafen von Hessen-Homburg, die solche mit voller Souverainetät besitzen sollen. Der Landgraf soll (Art. 30.) den Titel: souverainer Landgraf von Hessen führen. — 32. Preussen soll eine Militär-Strasse haben durch das Fürstenthum Birkenfeld. — 33. Mecklenburg-Strelitz hat, wegen der ihm in der Congreß-Acte Art. 49 zugesicherten Besitzungen, mit Preussen eine besondere Uebereinkunft getroffen; und der Graf v. Pappenheim ist mit preussischen Domainen entschädigt. —

34. Der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, erhält verschiedene von Frankreich im pariser Vertrag v. 20. Nov. 1815 abgetretene Länder — 35, 36 u. 37. **Da Luxemburg in der wiener Congreß-Acte für eine teutsche Bundesfestung** erklärt ist, so soll Preussen darin den Gouverneur und den Commandanten ernennen, und die Garnison soll aus 3/4 preussischen und 1/4 niederländischen Truppen bestehen. Die Souverainetät daselbst bleibt nach ihrem ganzen Umfang dem König der Niederlande, doch ist in Kriegszeiten die Macht des Gouverneurs unbeschränkt. — 38. Vertheilung der französischen Contributions-Gelder, unter Preussen, Baiern, Niederlande und Sardinien. — 39. Savoyens Grenzen gegen Frankreich hin. — 40. Vereinigung eines Theils des Ländchens Gex und der Gemeinde St. Julien mit dem Canton Genf. — 41. Bestimmung der Grenzen zwischen Savoyen und Genf. — 42. Die Souveraine, welche durch diesen Vertrag Länder erhalten, die durch die pariser Friedensverträge vom 30. Mai 1814 und 20. Nov. 1814 abgerissen wurden, treten in alle Rechte und Lasten, die daselbst stipulirt sind. — 43. Bestehen bleibt, was der wiener Congreß (Art. 99, 101 u. 102) wegen Parma, Piacenza und Guastalla, desgleichen wegen Lucca, festgesetzt hat. — 44. Wegen des daselbst (Art. 90) stipulirten Rückfalls der Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla, ist festgesetzt, daß solche nach dem Tode der Erzherzogin Marie Louise, an die Infantin von Spanien Marie Louise, ihren Sohn den Infanten Don Carl Ludwig, und dessen männliche Nachkommen fallen sollen, mit Ausnahme der in den östreichischen Staaten auf der linken Po-Seite eingeschlossenen Bezirke, welche mit aller Proprietät dem Kaiser von Oestreich bleiben sollen, gemäß der im 99. Art. der wiener Congreß-Acte festgesetzten Beschränkung. — 45. Tritt der gedachte Rückfall ein; so fällt das Fürstenthum Lucca an den Großherzog v. Toscana, gemäß dem Art. 102 der wiener Congreß-Acte. — 46. Das Besatzungsrecht in der Festung Piacenza behält Oestreich, bis zu dem Rückfall Parma's nach Erlöschung der spanischen Linie des Hauses Bourbon; aber alle droits régaliens et civils in der Stadt, bleiben dem künftigen Souverain von Parma. — 47. Wegen des Rückfalles von Parma, Piacenza und Guastalla, nach Erlöschung der Linie des Infanten Don Carl Ludwig, bleibt es bei den Bestimmungen des Aachener Friedens v. 1748, und des Separat-Artikels

des östreichisch-sardinischen Vertrags v. 20. Mai 1815. — 48. Folgende Verträge werden für Bestandtheile dieses Recesses erklärt, und sind ihm beigefügt: 1) Sardinischer mit der Eidgenossenschaft und dem Canton Genf, zu Turin 16. März 1816; 2) Oestreichs und Preussens mit Großherzog v. Hessen, zu Frankfurt 30. Juni 1816; 3) Großbritanniens mit Großherzog v. Hessen, ibid. eod.; 4) Preussisch-Niederländischer, zu Frankf. 8. Nov. 1816; 5) Großbritannisch-Niederländischer, zu Frankf. 16. Nov. 1816; 6) Oestreichisch-Niederländischer, ibid. 12. März 1817; 7) Russisch-Niederländischer, ibid. 17. Apr. 1817; 8) Oestreichs, Rußlands, Großbritanniens und Preussens mit Spanien und Frankreich, zu Paris 10. Juni 1817; 9) Oestreichs mit dem Großherzog v. Baden, zu Frankf. 10. Juli 1819; 10) Oestreichs, Großbritanniens, Rußlands und Preussens mit Baden, zu Frankf. 10. Juli 1819. — Auch ist der östreich-baierische Tractat zu München v. 14. April 1816 beigefügt; jedoch in dem Sinn des 7. Art. dieses Recesses. — 49. Wegen des Gebrauchs der französischen Sprache wird derselbe Vorbehalt gemacht, wie in der wiener Congreß-Acte Art. 120. — 50. Stipulation wegen der Ratification dieses Recesses. Ein Original soll zu Wien in der geheimen Hof- und Staatscanzlei niedergelegt, und daselbst mit dem Ganzen der Acten, woher er abgeleitet und worauf er gegründet ist, vereinigt werden.— Schlußclausel. Datum. Unterschriften und Besiegelung.

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

L'acte du congrès de Vienne du 9 juin 1815, et le traité de Paris du 20 novembre de la même année, renfermant des dispositions qui exigeoient des negotiations et des arrangemens ultérieurs et difinitifs, Leurs Majestés Impériales et Royales, l'Empereur d'Autriche Roi de Hongrie et de Bohême, le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Roi de Prusse, l'Empereur de toutes les Russies Roi de Pologne, ont nommé des Plénipotentiaires, pour en remplir l'objet. Voulant

aujourd'hui comprendre dans une transaction commune, les résultats des différentes negociations qui ont eu lieu à cet égard, pour les revêtir des ratifications nécessaires, Elles ont autorisé Leurs Plénipotentiaires à réunir dans un instrument général toutes les stipulations particulières, et à joindre à cet Acte, qui portera le titre de Recès général de la Commission territoriale rassemblée à Francfort, toutes les conventions qui s'y rapportent.

En conséquence, les Plénipotentiaires respectifs savoir: de la part de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche Roi de Hongrie et de Bohême: le Sieur Jean Philippe de Wefsenberg, Grand-croix de l'Ordre Royal de St. Etienne, Chevalier Grand-croix de l'Ordre militaire et religieux des Saints Maurice et Lazare, de l'Ordre de l'aigle rouge de Prusse, de celui de la couronne de Bavière, de St. Joseph de Toscane, de l'Ordre Constantinien de Parme, de la fidélité de Bade, du lion d'or de Hesse, Chambellan et Conseiller intime actuel de Sadite Majesté Impériale et Royale Apostolique;

de celle de Sa Majesté le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande: le très-honorable Richard le Poer Trench, Comte de Clancarty, Vicomte Dunlo, Baron Kilconnel, Baron Trench de Garbally du Royaume uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, Conseiller de Sa Majesté Britannique en Son Conseil privé de la Grande-Bretagne et aussi d'Irlande, Membre du Comité du premier pour les affaires de commerce et des colonies, Colonel du Régiment de milice du Comté de Galway, Ambassadeur extraordinaire de Sadite Majesté auprès de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, et Chevalier Grand-croix du très-honorable Ordre du bain;

de celle de Sa Majesté le Roi de Prusse: le Sieur Charles-Guillaume Baron de Humboldt, Son Mini-

stre d'Etat, Chambellan, Envoyé extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique, Chevalier du grand Ordre de l'aigle rouge et de celui de la croix de fer de Prusse de la première classe, Grand-croix des Ordres de Leopold d'Autriche, de St. Anne de Russie, du Danebrog de Danemarc, du lion Belgique des Pays-Bas, de la couronne de Bavière, de la fidélité de Bade et du faucon blanc de Saxe-Weimar;

de celle de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies Roi de Pologne: le Sieur Jean d'Anstett, Son Conseiller privé, Envoyé extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près la Sérénissime Confédération Germanique, Chevalier de l'Ordre de St. Alexandre-Newsky, Grand-croix de celui de St. Wladimir de la seconde classe, de la première de ceux de Ste. Anne, de Léopold d'Autriche, de l'aigle rouge de Prusse, de l'étoile polaire de Suède, de la couronne de Bavière, de la couronne de Wurtemberg, de la fidélité et du lion de Zaehringen de Bade, Chevalier de l'Ordre de St. Jean de Jérusalem;

après avoir verifié entr'eux, leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de recevoir dans le présent Instrument général et definitif, et de munir de leurs signatures les articles suivants:

Article I. Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, pour Elle, Ses héritiers et successeurs, possédera en toute propriété et souveraineté les pays suivans, rétrocedés par Sa Majesté le Roi de Bavière en vertu du traité signé à Munich, le 14 avril 1816 [1]), lequel est annexé au présent traité général, savoir:

---

1) Dieser Staatsvertrag steht in teutscher Uebersetzung amtlich abgedruckt, in Sr. Maj. Franz I. politischen Gesetzen und Verordnungen, Bd. XLVII. S. 328 ff. In der Ursprache, französisch, steht er in v. Martens recueil, Supplément, T. VII, p. 11.

1. L'Innviertel et les parties du Hausruckviertel, tels que ces pays ont été cédés par l'Autriche en 1809;

2. Le Duché de Salzbourg, tel qu'il a été possèdé par l'Autriche en 1809, à l'exception des bailliages de Waging, Tittmaning, Teisendorf et Laufen, en tant qu'ils sont situés sur la rive gauche de la Salzach et de la Saale; ces bailliages tels qu'ils viennent d'être désignés, resteront à la Bavière;

3. Le bailliage Tyrolien de Vils.

Art. II. En retour des rétrocessions designeés dans l'art. 1 du présent traité général, SA MAJESTÉ le Roi de Bavière, pour Lui, Ses héritiers et successeurs possédera en toute propriété et souveraineté les pays suivants cédés par SA MAJESTÉ IMPÉRIALE et Royale Apostolique, savoir:

I. Sur la rive droite du Rhin:

a. Les bailliages ci-devant Fuldois de Hammelbourg, y compris Tulba et Saleck, de Bruckenau avec Motten, celui de Weihers, à l'exception des villages de Melters et Hattenrodt, lequel bailliage ayant appartenu d'après l'art. 40 de l'acte du Congrès de Vienne à la Prusse, a été échangé contre celui de Saalmünster, Uerzel, Sannerz et le Huttensche-Grund qui ont passé à la Hesse Electorale, ainsi que la partie du bailliage de Bieberstein, qui renferme les villages de Batten, Brand, Dietges, Findlos, Liebhard, Melperz, Ober-Bernhard, avec les hameaux de Steinbach, Saiffert et Thaiden;

b. Le bailliage de Redwitz, enclavé dans les Etats Bavarois, et cédé par SA MAJESTÉ IMPÉRIALE et Royale Apostolique;

c. La partie du bailliage de Wertheim, située au Nord de la route de Lengfourth à Würzbourg telle qu'elle a été cédée par S. A. R. le Grand-Duc de Bade en

vertu du traité du 10 juillet 1819 annexé au présent Recès.

II. À la rive gauche du Rhin:

a. Du ci-devant département du Mont-Tonnerre:
1) Les arrondissemens de Deux-Ponts, de Kaiserslautern et de Spire, ce dernier à l'exception des Cantons de Worms et de Pfeddersheim;
2) Le canton de Kirchheim-Poland, dans l'arrondissement d'Alzey;

b. Du ci-devant Département de la Sarre:
Les Cantons de Waldmohr et Bliescastel, celui de Kusel, à l'exception de Schwarzerden, Reichweiler, Pfeffelbach, Ruthweiler, Burg-Lichtenberg, et Thal-Lichtenberg.
Dans le Canton de St. Wendel: Saale, Niederkirchen, Bubach, Marth, Hoff et Osterbrücken.
Dans le Canton de Grumbach: Eschenau et St. Julien.

c. Les Cantons de Landau, Bergzabern et Langenkandel, ainsi que toute la partie du Département du Bas-Rhin, cédée par la France sur la rive gauche de la Lauter par le traité de Paris du 20 Novembre 1815

Il est entendu que toutes les communes designées ci-dessus sont censées être cédées avec leurs banlieues.

Art. III. La ville de Landau est déclarée, sous le rapport militaire, une des Forteresses de la Confédération Germanique, sans que cette disposition puisse altérer en rien le droit de souveraineté, qui est dévolu à Sa Majesté le Roi de Bavière sur la dite ville.

Art. IV. Sa Majesté le Roi de Bavière réunira également à Sa Monarchie les bailliages de Miltenberg, Amorbach, Heubach et Alzenau, tels qu'ils ont été cédés par suite des négociations de la Commission territoriale

de Francfort par Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, en vertu du traité du 30 Juin 1816, lequel est annexé au présent Recès.

Art. V. La ligne de demarcation entre les Etats Bavarois sur la rive gauche du Rhin et la France suit les limites qui, d'après le traité de Paris du 20 Novembre 1815, séparent l'Allemagne des départements de la Moselle et du Bas-Rhin jusqu'à la Lauter, qui sert ensuite de frontière jusqu'à son embouchure dans le Rhin. Toutefois la ville de Weissenbourg, traversée par cette rivière, reste toute entière à la France avec un rayon sur la rive gauche, qui ne peut pas excéder mille toises.

Art. VI. Il sera établi une route militaire dans la direction de Würzbourg vers les provinces Bavaroises sur la rive gauche du Rhin, à travers les Etats de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade. Elle sera tracée de manière à être aussi peu onéreuse que possible au Grand-Duché, et les arrangemens à faire à cet égard sont réservés à une Convention particulière entre S. M. le Roi de Bavière et S. A. R. le Grand-Duc de Bade.

Art. VII. Les stipulations, cessions, rétrocessions, conditions et clauses, portées au traité de Munich du 14 Avril 1816, ayant été ratifiées et les ratifications ayant été confirmées par la prise de possession et la paisible jouissance des pays acquis ou échangés, à l'exception de la partie du bailliage de Werthheim designée dans l'art II. du présent Recès, qui dépendait de la négociation commise à la Commission de Francfort, les articles qui composent ce traité ont été annexés au présent Recès. L'art. IV dudit traité a dû motiver une détermination particulière. Il est de la teneur suivante:

„La contiguité des acquisitions que fait la Bavière, en échange des rétrocessions susmentionées, étant une

stipulation du traité de Ried, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche reconnait le droit de Sa Majesté le Roi de Bavière à une indemnité pour le désistement du principe de contiguité."

„Cette indemnité sera fixée à Francfort, en même temps et de la même manière que les autres arrangemens territoriaux de l'Allemagne."

„A cet effet S. M. l'Empereur d'Autriche s'engage à donner à S. M. le Roi de Bavière un dédommagement qui a été réglé de gré à gré, jusqu'à l'époque du résultat efficace de la négociation de Francfort, et que la Bavière ait pu être mise en possession de l'indemnité, pour la rénonciation à la contiguité."

Les négociations de Francfort ont eu en conséquence pour objet de réaliser en faveur de la Bavière un dédommagement pour son désistement de la contiguité de ses possessions. Mais l'indemnité obtenue à la suite de ces négociations ayant été réjetée par la Bavière, quoiqu'elle fût un juste équivalent de l'objet donné; les Hautes Parties contractantes se considèrent comme entièrement libérées envers la Bavière, attendu que les engagemens pris envers cette Cour n'ont jamais été que conditionnels, et qu'ils ont reçu de leur part tout l'accomplissement dont ils etoient susceptibles. En conséquence l'art. IV précité et par suite du même principe, les articles additionnels, qui pourraient avoir été annexés audit traité de Munich [1]), cessent d'être obligatoires, et ne pourront plus l'être dans aucun cas, ni à aucune époque, dans aucune relation ou correlation pour ou contre une Partie quelconque, l'état de possession, tel qu'il ressort du présent Recès étant formellement reconnu par les Parties contractantes.

---

1) Diese Artikel stehen abgedruckt, bei v. Martens a. a. O., T. VII, p. 19.

Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique change toutefois en une rente perpetuelle en faveur de la Bavière, la rente conditionelle et temporaire de cent-mille Florins qu'Elle Lui paye en suite des négociations qui ont eu lieu à Munich en 1816.

Art. VIII. Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique pour Elle, Ses héritiers et successeurs, cède à Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade, le Comté de Geroldseck, dévolu à l'Autriche en vertu de l'art. 51 de l'Acte du Congrès de Vienne du 9 Juin 1815. En échange de cette cession Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade met à la disposition de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique la partie du bailliage de Wertheim désignée dans l'art. II du présent Recès.

Art. IX. Les articles additionnels [1] du traité de Francfort du 20 novembre 1813, renfermant une clause onéreuse à la charge du Grand-Duché de Bade, sont révoqués. Son Altesse Royale le Grand-Duc, Ses héritiers et successeurs, en sont libérés à jamais, et l'état de possession du Grand-Duché, tel qu'il existe aujourd'hui, est formellement reconnu.

Art. X. Le droit de succession établi dans le Grand-Duché de Bade en faveur des Comtes de Hochberg, fils de feu le Grand-Duc Charles Frédéric, est reconnu pour et au nom des Puissances contractantes.

Le traité renfermant les deux articles ci-dessus, IX et X, est annexé au présent Recès.

Art. XI. Sa Majesté le Roi de Prusse pour Lui, Ses héritiers et successeurs, possédera en toute souve-

---

1) Diese Artikel stehen, als „Articles séparés et secrets," in v. Martens recueil, Supplément, T. V, p. 650.

raineté et propriété, dans les Departemens de la Sarre et de la Moselle, les districts qui, en vertu du traité conclu à Paris le 20 Novembre 1815 ont été cédés par SA MAJESTÉ Très-Chrétienne aux Puissances signataires dudit traité.

Art. XII. SA MAJESTÉ l'EMPÉREUR d'Autriche ayant cédé à SA MAJESTÉ le Roi de Prusse les districts que SA MAJESTÉ IMPERIALE et Royale Apostolique possedait en vertu de l'art. 51 de l'acte du Congrès de Vienne du 9 Juin 1815, dans le Département de la Sarre, y compris ses parcelles sur la rive droite de la Moselle, qui appartenaient autrefois à Luxembourg, ainsi que les districts du Departement de la Moselle, cédés par SA MAJESTÉ Très-Chrétienne par le traité de paix de Paris du 30 mai 1814, à l'exception toutefois de ceux de ces territoires qui, suivant l'art. II du present Recès, passent sous la domination de SA MAJESTÉ le Roi de Bavière, SA MAJESTÉ Prussienne possédera lesdits districts pour Elle, Ses héritiers et successeurs en toute propriété et souveraineté, en tant qu'Elle n'en a pas disposé suivant les articles 27, 28 et 29 du présent Recès, pour remplir les engagemens contractés par l'art. 49 et 50 de l'Acte du Congrès de Vienne.

Art. XIII. Conformément à cette double disposition, et par suite des cessions faites, la frontière des Etats Prussiens sera désormais la suivante:

En quittant le confluent de la Moselle avec la Sure, qui formait l'extremité des limites Prussiennes désignées par l'art. 25 de l'Acte du Congrès de Vienne, elle remontera la Moselle jusques près de Perle pui passera à la Prusse, se dirigera delà sur Launsdorff, Wallwich, Schardorff, Niederweiling, Pellweiler, tous ces endroits restant avec leurs banlieues à la France, jusqu'à Houvre,

et

et suivra de cet endroit les anciennes limites du pays de Sarrebruck, en laissant Sarrelouis et le cours de la Sarre avec les endroits situés à la droite de la ligne ci dessus désignée (c'est-à-dire situés du côté du ci-devant Département de la Sarre), et leurs banlieues à la Monarchie Prussienne. Des Limites du pays de Sarrebruck, la ligne de démarcation continuera à être la même que celle qui, d'après l'art. I du traité de paix conclu à Paris le $\frac{8}{20}$ Novembre 1815, sépare la France de l'Allemagne jusqu'à Blies-Rauschbach, de sorte que tout ce qui jusqu'à ce point fait, d'aprés l'article cité, partie de l'Allemagne sera possédé désormais par Sa Majesté Prussienne.

Du point où, près de Blies-Rauschbach appartenant à la Prusse finit la frontière de la France jusqu'au village de Braitenbach, qui se trouvera sous la domination Bavaroise, la frontière qui sépare les Cantons d'Arneval, d'Ottweiler et de St. Wendel sur la ligne Prussienne, des Cantons de Blies-Castel et Waldmohr, faisant partie du territoire Bavarois, formera la limite entre les Etats de Leurs Majestés les Rois de Prusse et de Bavière.

Les frontières des ci-devant Cantons qui, d'après ce qui vient d'être stipulé, forment les limites entre le territoire Prussien et Bavarois, sont entendues telles qu'elles étaient à l'époque de la conclusion du traité de paix de Paris du $\frac{18}{30}$ Mai 1814.

De Braitenbach la nouvelle frontière passera à travers les Cantons d'Ottweiler, de Tholey et de St. Wen del, de façon qu'elle laisse du premier les communes de Werschweiler, Doerrenbach, la métairie de Werthshausen, ainsi que les communes de Steinbach, Niederlinxweiler, Remesweiler, Mainzweiler et Urexweiler, et du second les communes de Namborn, Gnidesweiler, Gronig, Ossenbach avec Oberthal, Immweiler, Elmeren,

Bliesen, Niederhofen, Winterbach, Alzweiler et Marjungen, toutes avec leurs banlieues, à Son Altesse Sérénissime le Duc de Saxe-Cobourg, et que le reste de ces Cantons demeure sous la domination Prussienne; mais que du Canton de St. Wendel les seules communes de Hasborn, Dautweiler et Tholey, avec leurs banlieues, fassent partie du territoire Prussien, le reste de ce Canton appartenant en partie à celui de Saxe-Cobourg et en partie à celui d'Oldenbourg.

Delà la frontière traversera les Cantons de Wadern et de Hermeskeil, en laissant du premier les communes de Neunkirchen, Sellbach, Gonnesweiler et Eyweiler, du second celles de Soetern, Boosen et Schwartzenbach, toutes avec leurs banlieues, à Son Altesse Royale le Grand-Duc d'Oldenbourg, le reste de ces Cantons formant partie du territoire Prussien; elle passera ensuite entre le Canton de Hermeskeil et de Birkenfeld, ce dernier appartenant en entier au territoire d'Oldenbourg, et coupera le Canton de Herrstein et de Rhaunen, de manière que le premier appartienne à Son Altesse Royale le Grand-Duc d'Oldenbourg, à l'exception des communes de Hottenbach, Hellertshausen, Asbach, Schauren, Kempfeld et Bruchweiler, qui avec leurs banlieues demeurent à la Prusse, et que le second (celui de Rhaunen) reste à Sa Majesté Prussiene, à l'exception de la commune de Bondenbach, qui avec sa banlieue fait partie du territoire d'Oldenbourg.

Lorsque la nouvelle limite aura ainsi atteint celle qui séparait à l'époque du $\frac{18}{30}$ mai 1814 le Département de la Sarre du Département du Rhin et Moselle, elle suivra cette limite vers le confluent de la Glan avec la Nahe, en séparant du territoire Prussien une partie du Canton Herrstein, laquelle, comme il vient d'être dit, appartient au Grand-Duc d'Oldenbourg, et le Canton de Meisenheim, qui passe à Son Altesse Sérénissime le

Landgrave de Hesse-Hombourg. Au confluent des deux susdites rivières la nouvelle frontière retombera dans les limites fixées par l'article 25 de l'acte du Congrès de Vienne et admises au présent Recès.

Art. XIV. Sa Majesté le Roi de Prusse réunit à Son Grand-Duché du Bas-Rhin tous les districts et territoires compris dans les limites décrites dans l'article précédent.

Art. XV. Le droit de garnison dans la forteresse de Mayence est commun à Sa Majesté l'Empereur d'Autriche et à Sa Majesté le Roi de Prusse. La garnison de cette place sera composée d'un nombre egal de troupes Autrichiennes et de troupes Prussiennes. Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse participera au même droit pour un bataillon d'Infanterie.

Art. XVI. Par suite de l'article ci-dessus Leurs Majestés l'Empereur d'Autriche et le Roi de Prusse exerceront le droit de nommer le gouverneur et le commandant de la place de Mayence alternativement de cinq ans à cinq ans, et de manière que, lorsque le poste de gouverneur sera occupé par un Général Autrichien, celui de commandant le sera par un Général Prussien, et ainsi réciproquement. Il est également convenu que la direction de l'artillerie appartiendra, comme jusqu'ici, à l'Autriche, et celle du génie à la Prusse.

Art. XVII. Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse cède à Sa Majesté le Roi de Prusse le Duché de Westphalie, tel qu'il a été possédé par Son Altesse Royale à l'époque de la signature de l'acte final du Congrès de Vienne du $\frac{\text{28 mai}}{\text{9 juin}}$ 1815 pour appartenir à Sa Majesté, Ses descendans et successeurs, en toute propriété et Souveraineté.

Art. XVIII. Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse renonce en faveur de Sa Majesté le Roi de Prusse, pour Lui, ses descendans et successeurs à tout droit de souveraineté et de féodalité sur les Comtés de Wittgenstein-Wittgenstein et Wittgenstein-Berlebourg.

Ces possessions seront placées envers la Monarchie Prussienne dans les rélations établis par la constitution fédérative de l'Allemagne pour les territoires médiatisés.

Art. XIX. En retour des cessions et renonciations faites par le Grand-Duc de Hesse, Son Altesse Royale possédera pour Elle, Ses héritiers et successeurs,

1. en toute souveraineté: les territoires du Prince et des Comtes d'Isenbourg, y compris les villages de Heusenstamm et d'Eppertshausen, à l'exception toutefois des districts cédés à Son Altesse Royale l'Electeur de Hesse en vertu de l'art. 25 du présent Recès; de même en toute souveraineté: les possessions du Comte de Solms-Rödelheim et du Comte d'Ingelheim, qui ont fait partie du ci-devant Département de Francfort; lesquelles possessions et villages seront placés envers le Grand-Duché de Hesse dans les relations établies par la constitution fédérative de l'Allemagne pour les territoires médiatisés.

Les rapports des Comtes d'Isenbourg vis-à-vis du Prince d'Isenbourg seront rétablies sur le pied sur lequel ils existaient avant la Confédération Rhenane, bien entendu que tous les droits de souveraineté appartiendront uniquement à Leurs Altesse Royale l'Electeur et le Grand-Duc de Hesse, conformément à l'article 25 cidessus mentioné;

2. en propriété: les salines situées dans la banlieue de Kreutznach, ainsi que les sources salées qui y appartenaient à l'époque de la signature de l'acte du Congrés de Vienne du 9 Juin 1815. La saline dite de Münster, qui est une propriété particulière, est expres-

sément exceptée. La souveraineté de toutes ces salines restera à SA MAJESTÉ le Roi de Prusse.

Art. XX. SON ALTESSE ROYALE le Grand-Duc de Hesse, ses héritiers et successeurs, posséderont en toute propriété et souveraineté:

1. le cercle d'Alzei, à l'exception du Canton de Kirchheim-Poland, et les Cantons de Pfeddersheim et de Worms dans le Cercle de Spire, tels que ces pays se trouvaient à l'époque du 3 Novembre 1815 sous l'administration établie à Worms, et de façon que les limites des États Prussiens, là, où ceux-ci confinent au Cercle d'Alzei, restent telles qu'elles sont fixées par l'art. 25 de l'Acte du Congrès de Vienne du 9 Juin 1815.

2. La ville et le territoire de Mayence, y compris Cassel et Kostheim, à l'exception de tout ce qui constitue la forteresse laquelle est declarée forteresse de la Confédération Germanique.

Art. XXI. Tous les ouvrages, édifices, terrains et revenus qui appartenaient à la forteresse de Mayence à l'époque de la remise faite aux troupes alliés, en exécution de la Convention du 23 Avril 1814, soit que ces revenus fissent partie de sa dotation, soit qu'ils fussent affectés à d'autres objets, resteront exclusivement à la disposition du Gouvernement de la forteresse, et leur produit fera partie de la dotation.

Art. XXII. Le droit de souveraineté dans la ville de Mayence appartenant à SON ALTESSE ROYALE le Grand-Duc de Hesse, l'administration de la justice, la perception des impositions et contributions de toute espèce, ainsi que toute autre branche de l'administration civile restera exclusivement entre les mains des Employés de SON ALTESSE ROYALE et le Gouverneur et le Commandant leur prêteront secours et assistance en cas de besoin.

Toutefois le Gouvernement militaire de la forteresse sera nanti de tous les pouvoirs nécessaires pour lui assurer, conformément à la responsabilité qui repose sur lui, l'exercice libre et indépendant de ses fonctions. Les autorités civiles et locales lui seront subordonnées pour tout ce qui concerne la défense de la place, et les rapports militaires. Il aura, à ce même égard, nommément la direction de la police, de manière cependant qu'un Employé civil de Son Altesse Royale le Grand-Duc, prendra part aux conférences du Gouvernement, aussi souvent qu'il s'agira d'objets de cette nature. Les ordonnances et règlemens de police seront publiés par le Gouvernement, sous l'intervention du Président de la police de la ville. La garde bourgeoise de la ville sera, ainsi que cela se pratique dans toutes les forteresses, placée sous les ordres du Gouvernement militaire, et ne pourra se rassembler que de son consentement. Il ne sera mis aucun obstacle à la levée de la conscription dans la ville. Le Gouvernement militaire étant responsable de la défense de la place et du maintien de l'ordre intérieur, et jouissant du droit de prendre dans ce but toutes les mesures nécessaires, il pourra aussi placer des avant-postes au dehors de la forteresse. En tems de guerre, ou lorsque l'Allemagne sera menacée d'une guerre, et la forteresse declarée en état de siège, les pouvoirs du Gouvernement militaire seront illimités, et n'auront d'autres bornes que la prudence, les usages et le droit des gens.

Art. XXIII. Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse consent à ce que la Prusse ait une route militaire par Ses Etats pour les troupes qui passent d'Erfurt par Eisenach, Hersfeld, Gieſsen et Wetzlar à Coblence, et que celles qui viennent de Mayence, ou qui y sont destinées, prennent la route de Coblence par Bingen.

Le règlement d'une route d'étapes pour les troupes Autrichiennes destinées à faire partie de la garnison de Mayence, est reservé à une Convention particulière entre les Gouvernements respectifs.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse consent également à ce que la Bavière ait une route militaire par Ses Etats, pour les troupes, qui passent des provinces Bavaroises à la rive droite du Rhin dans celles nouvellement acquises sur la rive gauche de ce fleuve. Quant aux places d'étapes, aux moyens d'entretien et de transport, et autres objets d'administration, ces objets seront réglés par une Convention particulière entre Sa Majesté le Roi de Bavière et Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse.

Art. XXIV. Les engagemens pris par Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse dans les articles additionnels du traité de Francfort du 23 Novembre 1813 [1]) cessent; et la clause onéreuse que ces articles renfermaient, ne pourra plus dans aucun cas ni à aucune époque, devenir obligatoire pour Son Altesse Royale, Ses héritiers et successeurs.

Art. XXV. Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse remet Son Altesse Royale l'Electeur de Hesse en possession du bailliage de Dornheim, et Lui cède, en échange des bailliages de Rodheim, Ortenbourg et Babenhausen, de la moitié de Vilbel appartenante à Son Altesse Royale l'Electeur, et des communautés de Münzenberg, Traismünzenberg, Ostenheim, Heuchelheim et Burggräfenrode, les territoires suivans, savoir:

---

1) Abgedruckt in v. Martens recueil, Supplément, T. VII, p. 97, doch ohne die Separat-Artikel, die vermuthlich von gleichem Inhalt sind mit den oben bei dem Art. 9 erwähnten.

1. les endroits de Grofsauheim, Grofskrotzenbourg et Oberrodenbach, et la moitié de Praunheim appartenante au Grand-Duché;

2. une partie du pays d'Isenbourg, composée des bailliages (*Gerichte*) de Diebach, Langenselbold, Meerholz, Lieblos, Wächtersbach, Spielberg et Reichenbach, et du village de Wolfenborn.

Art. XXVI. Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse réintègre en exécution de l'art. 48 de l'acte du Congrès de Vienne du 9 Juin 1815 Son Altesse Sérénissime le Landgrave de Hesse-Hombourg dans les possessions, revenus, droits et rapports politiques, dont il a été privé par la Confédération Rhénane.

Il sera conclu entre Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse et Son Altesse Sérénissime le Landgrave de Hesse-Hombourg un arrangement de famille, à l'effet de concilier les rapports résultans de la présente stipulation avec les pactes et recès de famille existans.

Art. XXVII. L'art. 49 de l'acte du Congrès de Vienne ayant réservé dans le ci-devant Département de la Sarre un district pour Leurs Altesses Royales les Grands-Ducs d'Oldenbourg, Prince de Lubeck, et de Mecklenbourg-Strelitz, Leurs Altesses Sérénissimes le Duc de Saxe-Cobourg, le Landgrave de Hesse-Hombourg et le Comte de Pappenheim, lequel district a reçu plus tard de Sa Majesté Prussienne une plus grande extension en faveur de Son Altesse Sérénissime le Duc de Saxe-Cobourg, et Sa Majesté le Roi de Prusse s'étant engagé en considération des cessions qui Lui ont été faites à l'art. 12 du présent Recès par Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, à mettre lesdits Princes, ainsi que le Comte de Pappenheim, en possession des territoires qui doivent leur appartenir, Sa Majesté

Prussienne, de concert avec SA MAJESTÉ IMPERIALE ET ROYALE Apostolique, SA MAJESTÉ le Roi du Royaume uni de la Grande-Brétagne et d'Irlande et SA MAJESTÉ l'EMPEREUR de toutes les Russies, cède:

1. à SON ALTESSE ROYALE le Grand-Duc d'Oldenbourg Prince de Lubeck, le canton de Herrstein, à l'exception des communes de Hottenbach, Hellertshausen, Asbach, Schauren, Kempfeld et Bruckweiler; le canton de Birkenfeld; du canton de Hermeskeil les communes de Soetern, Boosen et Schwarzenbach; du canton de Wadern les communes de Neunkirchen, Sellbach, Gonnesweiler et Eyweiler; du canton de St. Wendel les communes d'Asweiler, Eizweiler, Imsbach, Hirstein, Reichsweiler et Mosberg, Steinberg et Deckenhard, Wallhausen et Schwarzhoff; du canton de Rhannen la commune de Bondenbach; et du canton de Baumholder les communes de Nohen, Nohefelden, Gimbweiler et Wolfersweiler.

Art. XXVIII. 2. A Son Altesse Sérénissime le Duc de Saxe-Cobourg le canton de Grumbach, à l'exception des communes de Baerenbach, Becherbach, Otzweiler, Hoppstädten, St. Julien et Eschenau; le canton de Baumholder, à l'exception de Nohen, Nohefelden, Gimbweiler et Wolfersweiler; le canton de St. Wendel, à l'exception des communes de Bubach, Saal, Niederkirchen, Marth, Hoff, Osterbrücken, Hasborn, Dautweiler, Theleg, Asweiler, Eizweiler, Hirstein, Reichsweiler et Moosberg, Steinberg et Deckenhard, Wallhausen et Schwarzhoff et Imsbach; du canton de Cousel les communes de Burg-Lichtenberg, Thallichtenberg, Ruthweiler, Pfeffelbach, Reichweiler et Schwarzerden; du canton de Tholey les communes de Namborn, Gnidesweiler, Gronig, Ossenbach avec Oberthal, Immweiler, Elmeren, Bliesen, Niederhofen, Winterbach, Alzweiler

et Marpingen; et du canton d'Ottweiler les communes de Werschweiler et Doerrenbach, la métairie de Werthshausen, ainsi que les communes de Steinbach, Niederlinxweiler, Remesweiler, Mainzweiler et Urexweiler.

Art. XXIX. 3. A Son Altesse Sérénissime le Landgrave de Hesse-Hombourg: le canton de Meisenheim, et du canton de Grumbach les communes de Baerenbach, Becherbach, Otzweiler et Hoppstädten.

Art. XXX. Son Altesse Royale le Grand-Duc d'Oldenbourg Prince de Lubeck, Leurs Altesses Sérénissimes le Duc de Saxe-Cobourg et le Landgrave de Hesse-Hombourg posséderont lesdits districts et territoires pour Eux, leurs héritiers et successeurs, en toute souveraineté et propriété, et d'après les clauses et stipulations énoncées dans les actes dressés entre les parties intéressées lors de la remise desdits territoires.

Son Altesse Sérénissime le Landgrave de Hesse-Hombourg pour Lui, Ses héritiers et successeurs, jouira également d'une pleine et entière souveraineté à l'égard des possessions dans lesquelles il a été réintégré par l'art. 48 de l'acte du Congrès de Vienne; il prendra le titre de Landgrave souverain de Hesse.

Art. XXXI. Il est entendu que les communes, renfermées dans les districts désignés dans les articles 27, 28 et 29 du présent Recès, sont censées être cédées avec leurs banlieues qui ne seront nulle part coupées par les nouvelles limites.

Art. XXXII. La Prusse jouira du droit d'une route militaire par la Principauté de Birkenfeld pour conserver la communication nécessaire avec le pays de Sarrebrück et la forteresse de Sarrelouis. Il a été fait à cet égard une convention particulière entre Sa Majesté le Roi de Prusse et Son Altesse Royale le Grand-Duc d'Oldenbourg.

Art. XXXIII. Son Altesse Royale le Grand-Duc d'Oldenbourg Prince de Lubeck, Leurs Altesses Sérénissimes le Duc de Saxe-Cobourg et le Landgrave souverain de Hesse ayant été mis en possession des territoires qui Leur étaient destinés; Son Altesse Royale le Grand-Duc de Mecklenbourg-Strelitz ayant fait un arrangement particulier avec Sa Majesté le Roi de Prusse, et le Comte de Pappenheim ayant obtenu une indemnité en domaines dans la Monarchie Prussienne, et ces derniers arrangemens ayant été notifiés à la Commission territoriale, Sa Majesté Prussienne est entièrement libérée des engagemens qu'Elle a voulu prendre par l'art. 49 de l'acte du Congrès de Vienne.

Art. XXXIV. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas Grand-Duc de Luxembourg possédera pour Lui, Ses héritiers et successeurs, en pleine propriété et souveraineté, tous les districts qui, ayant fait partie en 1790 des provinces Belgiques, de l'Evêché de Liège et du Duché de Bouillon, ont été cédés par la France aux Puissances alliées en vertu du traité conclu à Paris le 20 Novembre 1815, ainsi que les territoires enclavés de Philippeville et de Marienbourg, avec les places de ce nom, cédés par le même traité. Par suite de cette disposition les limites des Etats de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas Grand-Duc de Luxembourg resteront telles qu'elles ont été fixées entre la France et les pays cédés aux Puissances alliés par le traité de paix de Paris du 30 mai 1814, à commencer de la mer du Nord jusque vis-à-vis de Quiévrain. De Quiévrain la ligne de démarcation suivra les anciennes limites des Provinces Belgiques, du ci-devant Evêché de Liège et du Duché de Bouillon jusqu'à Villers près d'Orval, comme elles étaient en 1790 conformément aux stipulations de l'art. I dudit traité de Paris du 20 Novembre 1815, de sorte

que tous les pays qui se trouvent à la gauche de ladite ligne de démarcation, en y comprenant les territoires enclavés de Philippeville et Marienbourg, avec les places de ce nom, le ci-devant Evêché de Liège et tout le Duché de Bouillon, appartiennent aux Pays-Bas.

Art. XXXV. L'article 3 du traité conclu à Vienne le 31 mai 1815 et l'art. 67 de l'acte du Congrès de Vienne, ayant stipulé que la forteresse de Luxembourg serait considérée comme forteresse de la Confédération Germanique, cette disposition est maintenue et expressément confirmée par le présent Recès.

Cependant Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, agissant en Sa qualité de Grand-Duc de Luxembourg, voulant adapter le reste des dispositions desdits articles aux changemens survenus par le traité de Paris du 20 Novembre 1815, et pourvoir de la manière la plus efficace à la defense combinée de leurs Etats respectifs, Leurs Majestés sont convenues de tenir garnison commune dans la forteresse de Luxembourg, sans que cet arrangement, fait uniquement sous le rapport militaire, puisse altérer en rien le droit de souveraineté de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas Grand-Duc de Luxembourg, sur la ville et la forteresse de Luxembourg.

Art. XXXVI. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas Grand-Duc de Luxembourg cède à Sa Majesté le Roi de Prusse le droit de nommer le Gouverneur et le Commandant de cette place, et consent à ce que tant la garnison en général, que chaque arme en particulier, soit composée pour les trois-quarts de troupes Prussiennes et pour un quart de troupes des Pays-Bas, renonçant ainsi au droit de nomination que l'art. 67 de l'acte du Congrès de Vienne assurait à Sa Majesté.

Les troupes seront soldées et équipées aux frais de leurs Gouvernemens respectifs. Il en sera de même pour leur nourriture, lorsque la forteresse ne sera pas declarée en état de siège. Dans ce cas, la garnison se nourrira des magasins de la forteresse, et il sera suppléé à son approvisionnement d'après les principes établis dans le traité conclu entre Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas Grand-Duc de Luxembourg à Francfort s. m. le 8 Novembre 1816, annexé au présent Recès.

Art. XXXVII. Le droit de souveraineté appartenant dans toute sa plénitude à Sa Majesté le Roi des Pays-Bas Grand-Duc de Luxembourg dans la ville et forteresse de Luxembourg, comme dans tout le reste du Grand-Duché, l'administration de la justice, la perception des impositions et contributions de toute espèce, ainsi que toute autre branche de l'administration civile, restera exclusivement entre les mains des Employés de Sa Majesté, et le Gouverneur et le Commandant leur prêteront secours et assistance en cas de besoin.

De l'autre côté le Gouverneur sera nanti de tous les pouvoirs necessaires pour lui assurer conformément à la responsabilité qui repose sur lui, l'exercice libre et indépendant de ses fonctions et les autorités civiles et locales lui seront subordonnées pour tout ce qui concerne la défense de la place.

Pour eviter néanmoins tout conflit entre l'autorité militaire et civile, Sa Majesté le Roi des Pays-Bas Grand-Duc de Luxembourg nommera un Commissaire spécial qui servira d'intermédiaire entre le Gouverneur et les autorités civiles, et recevra les directions du Gouverneur dans les affaires de police, en tant qu'elles se lient aux rapports militaires et à la défense de la place.

Le Gouverneur pourra pour le même objet et tou-

jours dans les limites qui viennent d'être énoncées, déléguer de sa part une personne à son choix, et ces deux Employés formeront une Commission mixte.

Mais en cas de guerre, ou si l'une ou l'autre des deux Monarchies de Prusse ou des Pays-Bas était menacée d'une guerre, et que la forteresse fût déclarée en état de siège, les pouvoirs du Gouverneur seront illimités et n'auront d'autres bornes que la prudence, les usages et le droit des gens.

Si finalement la Diète de la Confédération Germanique venait à décider que les Gouverneurs et Commandeurs des forteresses de la Ligue devront être assermentés, le Gouverneur et le Commandant de la forteresse de Luxembourg prêteront le serment d'après la formule qui sera adoptée par la Diète.

Art. XXXVIII. Une partie des indemnités pécuniaires que Sa Majesté Très-Chrètienne s'est engagée de payer par l'art. 4 du traité de Paris du 20 Novembre 1815, étant destinée en vertu des arrangemens faits à Paris entre les Puissances alliées, à renforcer la ligne de défense des Etats limitrophes de la France, cette somme est distribuée de la manière suivante.

Sa Majesté le Roi de Prusse en recevra, pour être employé aux ouvrages destinés à la défense du Bas-Rhin, vingt, Sa Majesté le Roi de Bavière, Sa Majesté le Roi des Pays-Bas soixante, et Sa Majesté le Roi de Sardaigne dix millions des Francs. Cinq millions de Francs sont destinés pour être employés à achever les fortifications de la forteresse de Mayence, et vingt millions pour la construction d'une place fédérale sur le Haut-Rhin.

L'emploi de ces différentes sommes sera fait conformément au système qui a été adopté par les Puissances signataires du traité de Paix conclu à Paris le 20 Novem-

bre 1815, et qui a été consigné au protocole de la conférence de Leurs Ministres du 21 Novembre 1815, annexé au présent Recès.

Art. XXXIX. La partie de la Savoie qui était restée à la France en vertu du traité de paix de Paris du 30 mai 1814, et qui a été rétrocédée par le traité du 20 Novembre 1815, est restituée à Sa Majesté le Roi de Sardaigne, pour être possédée en toute souveraineté et propriété par Lui, Ses héritiers et successeurs, et les frontières entre la Savoie et la France seront telles qu'elles existaient en 1790.

La commune de St. Julien reste exceptée de cette restitution. Elle a été donnée à la Confédération Suisse, qui en a rétrocédée à Sa Majesté Sarde la portion dans laquelle le chef-lieu est situé.

Art. XL. Afin d'établir une communication directe entre le canton de Genève et le reste de la Suisse, la partie du pays de Gex, bornée à l'Est par le lac Leman, au midi par le territoire du canton de Genève, au Nord par celui du canton de Vaud, à l'ouest par le cours de la Versoix, et par une ligne qui renferme les communes de Collex-Bussy et Meyrin (laissant la commune de Ferney à la France) est réunie definitivement au canton de Genève. La commune de St. Julien est réunie également à ce canton, à l'exception toutefois de la partie qui, conformement à l'article précédent, en a été cédée à Sa Majesté le Roi de Sardaigne.

Art. XLI. En consequence des actes du Congrès de Vienne, ainsi que des dispositions ultérieures des Puissances alliées, et nommément en vertu du traité conclu entre Sa Majesté le Roi de Sardaigne et la Confédération Suisse le 16 mars 1816, dont l'article premier se trouve transcrit ci-dessous, en tant qu'il s'agit de la

déscription des frontières, le territoire cédé par Sa Majesté le Roi de Sardaigne pour être réuni au canton de Genève, est limité par le Rhône à partir de l'ancienne frontière près de St. Georges jusqu'aux confins de l'ancien territoire Genevois à l'ouest d'Aire-la-ville; delà par une ligne, suivant ce même ancien territoire jusqu'à la rivière de la Laire, remontant cette rivière jusques au chemin, qui de la Terrière tend à Soral; suivant le chemin jusqu'audit Soral, lequel restera, ainsi que le chemin, en entier sur Genève; puis par une ligne droite tirèe sur l'angle saillant de la commune de Bernex à l'ouest de Norcier. De cet angle la limite se dirigera par la ligne la plus courte à l'angle méridional de la commune de Bernex sur l'Aire, laissant Norcier et Turens sur Savoie. De ce point elle prendra la ligne la plus courte pour atteindre la commune de Compesières, suivra le confin de cette commune à l'Est de St. Julien jusqu'au ruisseau de l'Arande, qui coule entre Ternier et Bardoneck, remontera ce ruisseau jusqu'à la grande route d'Annecy à Carouge, suivra cette route jusqu'à l'embranchement du chemin, qui mène directement à Callogne, à 155 toises de Savoie, avant d'arriver à la Croix de Roson; atteindra par ce chemin le ruisseau qui descend du village d'Archamp; suivra ce ruisseau jusqu'à son confluent avec celui qui descend du hameau de la Combe, au delà d'Evordes, en laissant néanmoins toutes les maisons dudit Evordes sur Genève; puis, du ruisseau de la Combe prendra la route qui se dirige sous Bossey, sous Crevin, et au-dessus de Veirier. De l'intersection de cette route, à l'Est et près de Veirier, avec celle qui de Carouge tend à Etrembières, la limite sera marquée par la ligne la plus courte pour arriver à l'Arve, à deux toises au-dessus de la prise d'eau du bief du moulin de Sierne. Delà elle suivra le Thalweg de cette rivière jusques vis-à-vis de l'embouchure du Foron, remontera

tera le Foron jusques au delà de Cormières, au point qui sera indiqué par la ligne la plus courte, tirée de la jonction de la route de Carra avec le chemin qui du Nord de Publinge tend au Nord de Ville-la-Grand, suivra la dite ligne, et ce dernier chemin vers l'Est, en le donnant à Genève; puis la route qui remonte parallèlement au Foron jusqu'à l'endroit, où elle se trouve en contact avec le territoire de Jussy. De ce point la ligne reprendra l'ancienne limite jusqu'à sa rencontre avec le chemin tendant de Gy à Foncenex, et suivra ledit chemin vers le Nord jusqu'à la sortie du village de Gy, laissant ledit chemin sur Genève. La limite se dirigera ensuite en ligne droite sur le village de Veigi, de manière à laisser toutes les maisons du village sur Savoie; puis en ligne droite au point, où l'Hermance coupe la grande route du Simplon. Elle suivra enfin l'Hermance jusqu'au lac, lequel bornera le nouveau territoire au Nord-Ouest, bien entendu que la propriété du lac jusqu'au milieu de sa largeur, à partir d'Hermance jusqu'à Vesenaz, est acquise au Canton de Genève, et qu'il en sera de même des portions du cours du Rhône qui, ayant fait jusqu'ici frontière entre les deux Etats appartenaient à Sa Majesté; que tous les chemins indiqués comme formant la ligne frontière dans la délimitation ci-dessus appartiendront à Sa Majesté, sauf les exceptions indiquées, et que tous les enclos fermés de murs ou de haies attenans aux maisons des villages et hameaux, qui se trouveraient placés près de la nouvelle frontière, appartiendront à l'Etat dans lequel est situé le village ou hameau; la ligne marquant les confins des Etats ne pourra être rapprochée à plus de deux toises des maisons ou des enclos y attenans et fermés de murs ou de haies. Quant aux rivières et ruisseaux qui d'après des changemens de limite résultans du traité de ce jour, déterminent la nouvelle frontière, le milieu de leurs cours servira de limite, en

exceptant le Foron, lequel appartiendra en entier à Sa Majesté, et dont le passage ne sera assujetti à aucun droit.

Art. XLII. Les Souverains qui, en vertu du présent Recès, obtiennent des territoires qui ont été détachés de la France par les traités de paix de Paris du 30 mai 1814, et du 20 Novembre 1815, entrent dans tous les droits, et prennent sur eux toutes les charges et engagemens stipulés à cet égard dans les deux susdits traités.

Art. XLIII. L'état de possession actuel des Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla, ainsi que celui de la Principauté de Lucques, étant déterminée par les stipulations de l'acte du Congrès de Vienne, les dispositions des articles 99, 101 et 102 sont et restent maintenues dans toute leur force et valeur.

Art XLIV. La réversibilité des Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla, prévue par lart. 99 de l'acte final du Congrés de Vienne, est déterminée de la manière suivante:

Les Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla, après le décès de Sa Majesté l'Archiduchesse Marie-Louise, passeront en toute souverainété à Sa Majesté l'Infante d'Espagne Marie-Louise, l'Infant Don Charles-Louis Son fils et ses descendans mâles, en ligne directe et masculine, à l'exception des districts enclavées dans les Etats de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique sur la rive gauche du Pô, lesquels resteront en toute propriété à Sadite Majesté, conformément à la restriction établie par l'art. 99 de l'acte du Congrès de Vienne.

Art. XLV. A cette même époque, la réversibilité de la Principauté [1]) de Lucques, prevue par l'art. 102 de

1) Lucca ward in der Schluß-Acte des wiener Congresses, Art. 101, zu einem Herzogthum erhoben.

de l'acte du Congrès de Vienne, aura lieu, dans les termes et sous les clauses du même article en faveur de Son Altesse Impériale et Royale le Grand-Duc de Toscane.

Art. XLVI. Quoique la frontière des Etats Autrichiens en Italie soit déterminée par la ligne du Pô, il est toutefois convenu d'un commun accord que, la forteresse de Plaisance offrant un intérêt plus particulier au système de défense de l'Italie, Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique conservera dans cette ville, jusqu'à l'époque des réversions après l'extinction de la branche espagnole des Bourbons, le droit de garnison pur et simple; tous les droits régaliens et civils sur cette ville étant réservés au Souverain futur de Parme. Les frais de l'entretien de la garnison dans la ville de Plaisance seront à la charge de l'Autriche, et sa force en tems de paix sera déterminée à l'amiable entre les hautes Parties intéressées, en prenant toutefois pour règle le plus grand soulagement possible des habitans.

Art. XLVII. La réversion des Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla, en cas d'extinction de la branche de l'Infant Don Charles-Louis, est explicitement maintenue dans les termes du traité d'Aix-la-Chapelle de 1748, et de l'article séparé du traité entre l'Autriche et la Sardaigne du 20 mai 1815 [1]).

Art. XLVIII. Les traités, conventions, et autres actes qui se trouvent annexés au présent Recès, et nommément:

I. Le traité entre Sa Majesté le Roi de Sardaigne, la Confédération Suisse et le canton de Genève, conclu à Turin le 16 mars 1816 [2]);

1) Steht in v. Martens recueil, Supplément, T. VI, p. 298.
2) Bei Martens a. a. O., T. VIII, p. 214.

II. Le traité entre l'Autriche, la Prusse et le Grand-Duché de Hesse, conclu à Francfort sur le Mein le 30 juin 1816 [1];

III. Le traité entre la Grande-Bretagne et le Grand-Duché de Hesse, conclu à Francfort sur le Mein le 30 juin 1816;

IV. Le traité entre la Prusse et les Pays-Bas, conclu à Francfort sur le Mein le 8 novembre 1816 [2];

V. Le traité entre la Grande-Bretagne et les Pays-Bas, conclu à Francfort sur le Mein le 16 novembre 1816;

VI. Le traité entre l'Autriche et les Pays-Bas, conclu à Francfort sur le Mein le 12 mars 1817 [3];

VII. Le traité entre la Russie et les Pays-Bas, conclu à Francfort sur le Mein le $\frac{5}{17}$ avril 1817 [4];

VIII. Le traité entre l'Autriche, l'Espagne, la France, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie, conclu à Paris le 10 juin 1817 [5];

IX. Le traité entre l'Autriche et le Grand-Duché de Bade, conclu à Francfort sur le Mein le 10 juillet 1819;

X. Le traité entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse, la Russie et le Grand-Duché de Bade, conclu à Francfort sur le Mein le 10 juillet 1819;

sont considérés comme parties intégrantes des arrangemens stipulés par le présent acte, et auront selon leur teneur respective, la même force et valeur que s'ils étaient insérés mot-à-mot dans le Recès même.

---

1) Bei Martens a. a. O., T. VII, p. 73.

2) Bei Martens a. a. O., T. VIII, p. 264.

3) Bei Martens a. a. O., T. VII, p. 413.

4) Steht in der oben (in dem Vorbericht zu der wiener Congreß-Acte) angeführten russischen amtlichen Sammlung von Rußland geschlossener Staatsverträge, T. II, p. 565—575.

5) Bei Martens a. a. O. T. VIII, p. 416.

Quant au traité conclu à Munich le 14 avril 1816 entre l'Autriche et la Bavière [1], également joint au présent acte, il y a été annexé dans le sens et l'esprit de l'article 7 du présent Recès.

Art. XLIX. La langue française employée dans le présent Recès, l'a été avec les mêmes réserves énoncées à l'art. 120 de l'acte du Congrès de Vienne.

Art. L. Le présent Recès sera ratifié, et les ratifications en seront échangées à Francfort s. M. dans l'espace de trois mois ou plutôt si faire se peut. Un exemplaire du même Acte sera déposé à Vienne aux Archives de Cour et d'Etat de SA MAJESTÉ IMPÉRIALE et ROYALE Apostolique pour y être réuni à l'ensemble des actes desquels il dérive, et sur lesquels il est fondé. Les Hautes Parties contractantes se réservent d'ailleurs d'adopter une marche commune pour le communiquer et le proposer à l'adhésion des autres Puissances et Etats intéressés.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Recès, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Francfort sur le Mein le 20 juillet de l'an de grâce 1819.

Signé:

(L. S.) Le Baron de Wessenberg.
(L. S.) Clancarty.
(L. S.) Le Baron de Humboldt.
(L. S.) J. d'Anstett.

---

1) Bei Martens a. a. O. T. VII, p. 11.

III.

Teutsche Bundes-Acte,

datirt Wien, den 8. Juni 1815;

erster

Haupt-Grundvertrag des Teutschen Bundes,

Mit Vorbericht, Uebersicht des Inhaltes, und Anmerkungen; von dem Herausgeber.

Vorbericht.

Die teutsche Bundes-Acte ist der erste Haupt-Grundvertrag des Teutschen Bundes. Auf dem wiener Congreß wurden in dem Zeitraum vom 13. September 1814 bis zum 2. Juni 1815, zehn wesentlich verschiedene Entwürfe einer Bundes-Acte vorgelegt, theils von Oestreich, theils von Preussen, theils von beiden gemeinschaftlich, theils, am 2. Juni, von einer dazu ernannten Redactions-Commission [1]). Dessen ungeachtet ist die Bundes-Acte, wie sie jetzt besteht, ein Werk der Eile. Die förmlichen Verhandlungen für ihre Errichtung, wurden verschoben bis gegen das Ende des Congresses, wo der nahe bevorstehende Krieg, und die Abreise der in Wien anwesenden Monarchen nach dem Schauplatz desselben, zu möglichster Beschleunigung nöthigten. Die Conferenzen für dieses hochwichtige Werk fanden sich alle, vom Beginne desselben bis zu dessen Unterzeichnung, eingeengt zwischen den 23. Mai und 9. Juni 1815, wo sie in der Schluß-Acte des Congresses, unter dem Schutz der acht Mächte, welche diese unterzeichneten, gestellt ward. Darum nahmen die Bevollmächtigten sechs teutscher Bundesfürsten, selbst Sitz und Stimme bei ihrer Errichtung führend, keinen Anstand, Geständnisse und

---

1) Einen Bericht von allen diesen Entwürfen, habe ich geliefert in meinen Acten des wiener Congresses, Bd. II, S. 293 ff.

Klagen über die Unvollkommenheit des fast übereilten Werkes, förmlich in das Protocoll zu legen[1]). Die Protocolle, welche in den Conferenzen, oder vielmehr nach einer jeden, abgefaßt wurden, geben vielfachen, doch nicht allen, Aufschluß über das Was und Wie verhandelt ward. Vollständig, mit den Beilagen, habe ich sie geliefert, in dem zweiten Bande der Acten des wiener Congresses.

Bei gegenwärtigem Abdruck der Bundes-Acte ist von dem Herausgeber, nach der ihm zu Frankfurt am Main am 29. December 1815 persönlich gestatteten Einsicht, diejenige Urschrift, oder vielmehr diejenige exemplificirte Urkunde zum Grunde gelegt worden, welche zu Wien in der kaiserlich-östreichischen Hof- und Staats-Canzlei, nach dem daselbst aufbewahrten ersten oder Haupt-Original, gefertigt, und zu Paris am 15. Jul. 1815, mit der förmlichen Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers von Oestreich, in feierlicher Form, versehen worden ist, um, nach Vorschrift des 20. Artikels der Bundes-Acte, bei Eröffnung der Bundesversammlung in dem Archiv derselben niedergelegt zu werden.

Es ist dieses Original auf Pergament, in Buchform (in forma libelli), in breitem Folio-Format, auf sechzehn Blätter geschrieben. Am Schluß der kaiserlichen Genehmigungs-Urkunde, ist dasselbe allerhöchsteigenhändig unterschrieben von Seiner Majestät dem Kaiser Franz, contrasignirt von dem k. k. Staats- und Conferenz-Minister, auch Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Fürsten von Metternich-Winneburg-Ochsenhausen, und subsignirt von dem k. k. Hofrath, Herrn Grafen A. F. von Mercy. Es ist in steifen Pappdeckel gebunden, welcher aussen mit rothem Sammet, inwendig mit blauem Atlas überzogen ist. An jedem der beiden Blätter des Einbandes sind, an der langen Seite, zwei seidene Bänder, ein gelbes und ein schwarzes, so befestigt, daß dem gelben Band an dem einen Blatt, ein schwarzes an dem andern Blatt gegenüber sich befindet. Mittelst dieser vier seidenen Bänder, kann das Buch zugebunden werden. Auf den beiden Aussenseiten des Einbandes, befindet sich, auf dem Sammet-Ueberzug befestigt, der gekrönte, zweiköpfige

1) Klüber's Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congresses, S. 271, 145, 61 ff.

kaiserliche Reichsadler, mit dem Herzschild des östreichischen Haus- und Staatswappens auf der Brust, dann mit dem Reichsapfel in dem linken, und dem Reichsscepter in dem rechten Waffen. Der Adler ist aus vergoldetem Silberblech gefertigt, und mit einem von gleichem Metall gefertigten Kreis, halb aus Lorbeerblättern, halb aus Eichenblättern, umgeben. Unten am Rücken des Einbandes, hängt, an zwei starken goldenen Schnüren, in einer vergoldeten metallenen Capsel, das kaiserliche große Staatssiegel aus rothem Wachs, ungefähr vier rheinländische Zoll im Durchmesser.

Der Grund-Vertrag des Teutschen Bundes ist der kaiserlichen Genehmigungs-Urkunde, wie gewöhnlich, einverleibt. Die Genehmigungs-Urkunde lautet, wie folgt.

„Wir Franz der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Jerusalem, Hungarn, Böheim, der Lombardey und Venedig, von Dalmatien, Croatien, Slavonien, Galizien und Lodomerien, Erzherzog von Oesterreich, Herzog von Lothringen, Salzburg, Steyer, Kärnthen, Krain, Ober- und Niederschlesien, Großfürst in Siebenbürgen, Markgraf in Mähren, gefürsteter Graf von Habsburg und Tyrol ꝛc. ꝛc."

„Thun hiemit kund und zu wissen Jedermann, besonders aber allen, denen daran gelegen ist:"

„Um nach dem Wunsch der auf dem Congreß zu Wien versammelten teutschen Fürsten und freyen Städte sich gemeinschaftlich über die zweckmäsigsten Mittel zu berathschlagen, durch welche der so glücklich wieder hergestellte Ruhestand und die Unabhängigkeit Teutschlands auf dauerhaften Grundlagen befestiget werden könnten, haben Wir zu diesem Ende Unserer Seits bevollmächtigte Minister ernannt, welche mit jenen gedachter souverainer Fürsten und freyen Städte, über folgende, die Erreichung eines so heilsamen Zweckes zum Gegenstand habende Bestimmungen übereingekommen sind."

(Hier folgt vollständig der Grundvertrag oder die Acte des Teutschen Bundes. Dann lautet die Fortsetzung, wie folgt)

„Nachdem Wir nun alle und jede in vorstehendem Grundvertrag aufgeführte, sowohl allgemeine als besondere Bestimmungen sorgfältig geprüft, erwogen und genehmigt haben; auch kraft gegenwärtiger, in gewöhnlicher Form ausgefertigter Bestäti-

gungs-Urkunde, hiermit feierlich genehmigen; so versprechen Wir zugleich auf Unser Kaiserliches Wort, gedachten Bestimmungen getreulich nachzukommen, und haben zu dessen mehreren Bekräftigung die gegenwärtige Ratification eigenhändig unterzeichnet, und selber Unser größeres Staatssiegel anhängen lassen."

„So geschehen in Paris am funfzehnten des Monats July, im Jahr des Heils ein tausend, acht hundert und fünfzehn, Unserer Reiche im vier und zwanzigsten."

Franz
m. ppria.

Fürst von Metternich-Winneburg-Ochsenhausen.
Nach Seiner Kaiserlich-Königlich-Apostolischen Majestät höchsteigenem Befehle
And. Fl. Graf von Mercy.

Ausser der oben beschriebenen Urschrift, sind bei gegenwärtigem Abdruck der Bundes-Acte benutzt worden: 1) zwei verschiedene, zu Wien von dem in der k. k. Hof- und Staats-Canzlei aufbewahrten Haupt-Original genommene Abschriften, wovon die eine beglaubigt ist; 2) ein Abdruck der Bundes-Acte, welcher mit einer Vorrede zu Wien unter folgendem Titel erschienen ist: „Der Grundvertrag des teutschen Bundes. Nach dem Original. Deutschland 1815." 32 S. gr. 8; 3) verschiedene, nicht beglaubigte Abschriften; 4) der in den Acten des wiener Congresses, von dem Herausgeber gelieferte Abdruck, Bd. II, S. 587—615; 5) derjenige Abdruck, welcher in der oben (in dem Vorbericht zu dem Acte final) näher beschriebenen wiener amtlichen Ausgabe des Acte final du Congrès de Vienne, als neunte Beilage dieses Acte befindlich, und nach welchem auch der in v. Martens Supplément au recueil des traités etc., T. VI, p. 353—367 stehende Abdruck der Bundes-Acte veranstaltet ist; 6) derjenige Abdruck, welcher dem ersten Protocoll der Bundesversammlung vom 5. Nov. 1816, auf eilf Folio-Seiten beigefügt ist.

Die in mehreren öffentlichen Blättern und Zeitschriften erschienenen Abdrücke der Bundes-Acte, so wie der zu Frankfurt am Main in dem Sommer 1815 besonders veranstaltete Abdruck derselben, sind theils unvollständig, theils in vielen Stellen

unrichtig. Unvollständig ist auch der bald nach der ersten Auflage der gegenwärtigen Ausgabe, unter folgendem Titel: „Deutsche Bundes-Acte. Authentischer Abdruck. Mit Bewilligung der Kaiserlich Oesterreichischen Gesandtschaft am deutschen Bundestage. Frankfurt am Mayn, in der Hermannischen Buchhandlung. 1816" 23 Seiten in Quart erschienene Abdruck, welcher nach der oben beschriebenen, in dem Archiv der Bundesversammlung niedergelegten Urkunde veranstaltet ist. Es fehlen darin (S. 4) die im Eingang befindlichen Namen der 36 ursprünglichen Bundesgenossen und ihrer Bevollmächtigten, und (S. 23) die am Schluß stehenden Unterschriften derjenigen Bevollmächtigten, welche zu Wien diesen Grundvertrag geschlossen, unterzeichnet und besiegelt haben.

Eine französische Uebersetzung der eilf ersten Artikel, unter der Rubrik „allgemeine Bestimmungen," ist einverleibt dem oben abgedruckten Acte final du congrès de Vienne, signé le 9 juin 1815, art. 54—64. Eine französische, sehr fehlerhafte Uebersetzung der ganzen Bundes-Acte, gefertigt in der kaiserlich-östreichischen Hof- und Staats-Canzlei zu Wien, findet man als neunte Beilage bei ebendemselben Acte final, und zwar in der zu Wien 1816 veranstalteten (oben in dem Vorbericht zu der Schluß-Acte Seite 2 näher beschriebenen) amtlichen Ausgabe dieses Acte, Seite 234—249; desgleichen, in dem in der königlichen Buchdruckerei zu Paris 1816, ferner in dem zu London im Februar 1816 auf Befehl des brittischen Ministeriums veranstalteten Abdruck des Acte final, welche beide oben in dem Vorbericht zu der Schluß-Acte näher angezeigt sind; ferner, mit Anmerkungen in Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. VII, S. 468 ff.; endlich in dem zu Paris erschienenen Congrès de Vienne, vol. IV (1816. 8.) p. 301—318, in v. Martens Supplément au recueil des traités etc., T. VI (1818. gr. 8.) p. 369—378, und in dem dritten Theil der Histoire du congrès de Vienne (par M. de Flassan), welche zu Paris 1829 erschienen ist. Eine Bestimmung des rechtlichen Werthes dieser wiener Uebersetzung, findet man in Klüber's Abhandlungen und Beobachtungen, Bd. I, S. 58—69.

Französische Privat-Uebersetzungen der ganzen Bundes-Acte stehen, in dem Acte du congrès de Vienne du 9 juin 1815 etc. publié par Fréderic *Schoell*, à Paris 1815. gr. 8.; auch unter

dem Titel: *Recueil* de pièces officielles destinées à détromper les Français sur les événemens qui se sont passés depuis quelques années, Tome VIII, p. 288—306; und eben so in dem zu Paris erschienenen Auszug aus meinen Acten des wiener Congresses, unter dem Titel: Congrès de Vienne, vol. V, p. 302 et suiv. desgleichen in dem Journal de Francfort, 1815, n° 211. Auch steht in dem ohne Anzeige des Druckortes (zu Frankfurt) 1815 in Quart erschienenen Acte du congrès de Vienne, signé le 9 juin 1815, in dem 64. Artikel, S. 18—21, statt nur der eilf ersten Artikel, durch ein Versehen des Herausgebers, eine französische Uebersetzung aller Artikel der Bundes-Acte, nur mit Ausnahme des letzten oder zwanzigsten Artikels.

Eine englische Uebersetzung der Bundes-Acte, findet man in dem zu London, im Februar 1816, für das Parlament veranstalteten Abdruck der Schluß-Acte des wiener Congresses, unter dem Titel: Traité général signé au congrès de Vienne etc. à Londres, février 1816. in Fol.

Eine russische Uebersetzung der Bundes-Acte, steht in der oben (S. 3. u. f.) angeführten Petersburger amtlichen Sammlung russischer Staatsverträge (Dokumenty dlja istorij diplomatitscheskych snoschenij rossij etc.), Th. I, S. 401—427.

Durch sorgfältige Benutzung der ihm zu Gebot gestandenen Hülfmittel, besonders der oben beschriebenen Urschrift, und mittelst Anwendung der Regeln der Critik, hat der Herausgeber sich angelegen seyn lassen, einen möglichst richtigen Text zu liefern. Eine zahlreiche Verschiedenheit der Lesarten, nicht bloß in der Rechtschreibung, hat sich bei dieser Prüfung ergeben. Die bedeutendsten sind unter dem Text in Anmerkungen angezeigt; die etheblichsten möchten sich finden in den Art. 6, 7 und 11.

Die hier folgende Uebersicht des Inhaltes, und die unter dem Text beigefügten erläuternden, oder auf Erläuterungen namentlich auf die Acten des wiener Congresses, hinweisenden Anmerkungen, werden den Gebrauch dieser wichtigen Staatsurkunde erleichtern. Ein ausführlicher, unparteiischer, freimüthiger Commentar über dieselbe, möchte jetzt immer noch zu früh kommen.

Uebersicht des Inhaltes.

Eingang.

Veranlassung des Bundes. Benennung der 36 ursprünglichen Bundesgenossen und ihrer Bevollmächtigten.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Stiftung des Bundes. Festsetzung dazu gehöriger Gebiete und seines Namens. — 2. Zweck des Bundes. — 3. Gleichheit der Bundesrechte und Bundespflichten, für alle Bundesglieder. — 4. Bundesversammlung, mit 17 Stimmen; wovon 11 Viril-, 6 Curiat-Stimmen sind. — 5. Oestreichs Vorsitz, und jeglichen Bundesgliedes Befugniß zu Vorschlägen, in der Bundesversammlung. — 6. Bildung der Bundesversammlung, für bestimmte hier angegebene Fälle, zu einem Plenum, mit 69 Viril-Stimmen. Diese sind, mit Rücksicht auf das allseitige Territorial-Verhältniß, unter die Bundesgenossen verschieden vertheilt. — Ob die Standesherren mit Curiat-Stimmen zuzulassen seyen, bestimmt die Bundesversammlung. — 7. Bestimmung der für das Plenum gehörenden Gegenstände. Die Vorbereitung der an das Plenum zur Entscheidung zu bringenden Beschluß-Entwürfe, gehört vor die engere Versammlung. Es entscheiden in dieser die Mehrheit, in dem Plenum zwei Drittheile der Stimmen, bei gleichem Verhältniß der Stimmen, in beiden, der Vorsitzende. Ausnahmen von dieser Regel. Beständigkeit und Vertagung (Ferien) der Bundesversammlung. — 8. Ordnung in der Abstimmung; im übrigen ohne Einfluß auf den Rang der Bundesglieder. — 9. Sitz und Eröffnung der Bundesversammlung. — 10. Erstes Geschäft der Bundesversammlung; die Abfassung von Grundgesetzen, und die Einrichtung des Bundes. — 11. Wechselseitiger Schutz des Ganzen und der Einzelnen. Gewährleistung (Garantie) für alle Bundesstaaten. In Bundeskriegen sind einseitige Unterhandlungen, Waffenstillstand und Friedensschluß nicht erlaubt. Einschränkung des Bündnißrechtes der Bundesgenossen. Krieg unter ihnen ist unerlaubt. Ihre Streitigkeiten unter sich, hat die Bundesversammlung durch einen Ausschuß zu vermit-

teln, oder durch eine wohlgeordnete Austrägal-Instanz entscheiden zu lassen, deren Ausspruch sofort vollziehbar ist.

Besondere Bestimmungen.

Art. 12. Errichtung gemeinschaftlicher oberster Gerichtshöfe für solche Bundesstaaten, die nicht 300,000 Einwohner haben, auch eines solchen für die vier freien Städte. Erhaltung der bisherigen Gerichte dritter Instanz, in Bundesstaaten von wenigstens 150,000 Einwohnern. Actenversendung zum Endurtheil, bei jenen gemeinschaftlichen obersten Gerichten. — 13. Landständische Verfassung, wird in allen Bundesstaaten statt finden. — 14. Bestimmung des Rechtszustandes der, im J. 1806 und seitdem, der Staatshoheit teutscher Bundesfürsten unterworfenen, ehemaligen reichsständischen Landesherren (vulgo Mediatisirte) und reichsritterschaftlichen Gutsbesitzer. — 15. Fortdauer der auf den Rheinschiffahrt-Octroi gelegten Renten, und Bestimmungen des R. Dep. Hauptschlusses von 1803, über Schuldenwesen und Pensionen. — Recht der Mitglieder der ehemaligen Dom- und freien Reichsstifte, zu unbeschränktem Genuß ihrer Pensionen. — Recht der Mitglieder des Teutschen Ordens auf Pensionen. — Regulirung der Sustentations-Casse und der Pensionen, für die überrheinischen Bischöfe und Geistlichen. — 16. Die Religions-Verschiedenheit hat keinen Einfluß auf den Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte. — Die Bundesversammlung soll berathschlagen über die bürgerliche Verbesserung der Juden. — 17. Fürstl. thurn- und taxisches Recht auf Besitz und Genuß der Posten, nach Inhalt des R. D. Hauptschlusses von 1803, oder späterer Verträge, oder künftiger freier Uebereinkunft. Desgleichen, auf Entschädigung für Aufhebung seiner Posten, wider den Inhalt jenes Hauptschlusses. — 18. Rechte der Unterthanen der Bundesgenossen: a) Besitz ausländischen Grundeigenthums; b) Auswanderung in andere Bundesstaaten, und Eintritt in deren Civil- und Militär-Dienste; c) Befreiung von Nachsteuer; d) Bestimmungen über Preßfreiheit und wider den Büchernachdruck, sind von der Bundesversammlung zu erwarten. — 19. Die Berathschlagung über Handel und Verkehr unter den Bundesstaaten, so wie

über Schiffahrt, wird an die erste Zusammenkunft der Bundesversammlung verwiesen. — 20. Ratification dieses Grundvertrags.

Bekräftigungs-Clausel. Datum loci et temporis. Siegel und Unterschriften.

Bundes-Acte.

Im Namen der allerheiligsten und untheilbaren Dreieinigkeit.

Die souverainen Fürsten und freien Städte Teutschlands, den gemeinsamen Wunsch hegend, den sechsten Artikel des pariser Friedens vom 30. Mai 1814 in Erfüllung zu setzen, und von den Vortheilen überzeugt, welche aus ihrer festen und dauerhaften Verbindung für die Sicherheit und Unabhängigkeit Teutschlands, und die Ruhe und das Gleichgewicht Europa's hervorgehen würden, sind übereingekommen, sich zu einem beständigen Bunde zu vereinigen, und haben zu diesem Behuf ihre Gesandten und Abgeordneten am Congresse in Wien mit Vollmachten versehen, nämlich:

Seine kaiserlich-königliche apostolische Majestät:

den Herrn Clemens Wenzeslaus Fürsten von Metternich-Winneburg-Ochsenhausen, Ritter des goldnen Vliesses, Großkreutz des königlich-ungarischen St. Stephansordens, Ritter des Ordens des heiligen[1]) Andreas,

---

1) St. Andreas — steht in der oben beschriebenen wiener amtlichen Ausgabe des Acte final du Congrès de Vienne.

des heiligen [1]) Alexander-Newsky, und der heiligen Anna [2]) erster Classe, Großkreutz der Ehrenlegion, Ritter des Ordens vom Elephanten, des Ordens der Annunciation, des schwarzen Adlers und des rothen Adlers, des SeraphinenOrdens, des heiligen Josephs von Toscana, des heiligen Hubertus [3]), des goldnen Adlers von Würtemberg, der Treue von Baden, des heiligen [4]) Johannes von Jerusalem, und anderer mehr [5]), Kanzler des militärischen Marie-TheresienOrdens, Curator der kaiserlich-königlichen Academie der vereinigten bildenden Künste, Kämmerer, wirklichen geheimen Rath Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich, Königs von Ungarn und Böhmen, Allerhöchstdessen Staats- und Conferenz-Minister, auch Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und ersten Plenipotentiarius am Congreß; und

den Herrn Johann Philipp Baron von Wessenberg, Großkreutz des königlich-sardinischen Ordens des heiligen [6]) Mauritius und heiligen [7]) Lazarus, wie auch des königlichen Ordens der baierischen Krone u. s. w., Kammerherrn und wirklichen geheimen Rath Sr. kaiserlich-apostolischen Majestät, Höchstdesselben zweiten Plenipotentiarius am Congreß.

Seine königliche Majestät von Preussen:

den Herrn Fürsten von Hardenberg, Ihren Staatskanzler, Ritter des schwarzen und rothen Adler-

---

1) St. Alexander — Wiener amtliche Ausgabe.
2) des St. AnnenOrdens — Wiener amtliche Ausgabe.
3) des St. HubertusOrdens — Wiener amtl. Ausg.
4) des St. Johannes — Wiener amtl. Ausg.
5) und mehrerer anderen Orden — Wiener amtl. Ausg.
6) St. Mauritius — Wiener amtl. Ausg.
7) St. Lazarus — Wiener amtl. Ausg.

Ordens, des preussischen St. JohanniterOrdens, und des preussischen eisernen Kreutzes, Ritter des russischen St. Andreas-, St. Alexander-Newsky-, und St. Annen-Ordens erster Classe, Großkreutz des ungarischen St. Stephansordens, Großkreutz der Ehrenlegion, Großkreutz des spanischen St. Carlsordens, Ritter des sardinischen Annunciaten-, des schwedischen Seraphinen-, des dänischen Elephanten-, des baierischen St. Hubertus-, des wirtembergischen goldenen Adler-, und mehrerer anderer Orden; und

den Herrn Carl Wilhelm Freiherrn von Humboldt, Ihren Staatsminister, Kammerherrn, ausserordentlichen Gesandten, und bevollmächtigten Minister bei Ihro kaiserlich-königlich-apostolischen Majestät, Ritter des rothen Adlerordens, des preussischen eisernen Kreutzes erster Classe, Großkreutz des kaiserlich-östreichischen Leopold-, des russischen St. AnnenOrdens und des Ordens des Verdienstes der baierischen Krone.

Seine königliche Majestät von Dänemark:

den Herrn Christian Günther Grafen von Bernstorf, Ihren geheimen ConferenzRath, ausserordentlichen Abgesandten und bevollmächtigten Minister am Hofe Sr. kaiserlich-königlich-apostolischen Majestät, und Bevollmächtigten am Congreß, Ritter des ElephantenOrdens, Großkreutz des DanebrogOrdens und des königlich-ungarischen St. StephansOrdens; und

den Herrn Joachim Friedrich Grafen v. Bernstorf, Ihren geheimen ConferenzRath, Bevollmächtigten am Congreß, Großkreutz des DanebrogOrdens.

Seine königliche Majestät von Baiern:

den Herrn Aloys Franz Xavier Grafen von Rechberg und Rothenlöwen, Kämmerer und wirklichen geheimen

heimen Rath, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am kaiserlich-königlichen Hofe, Großkreutz des St. HubertusOrdens, CapitularCommenthur des St. Georgs-, und Großkreutz des baierischen CivilVerdienstOrdens.

Seine Majestät der König von Sachsen:

den Herrn Hanns August Fürchtegott von Globig, Ihren geheimen Rath [1]), Kammerherrn, Hof- und Justizrath und geheimen Referendär.

Seine Majestät der König der Niederlande:

den Herrn Franz [2]) - Christoph Freiherrn von Gagern, Plenipotentiarius Sr. Majestät des Königs der Niederlande, und Ihrer Durchlauchten des Herzogs und des Fürsten von Nassau, Großkreutz des hessischen Ordens vom goldenen Löwen, und des badischen Ordens der Treue.

Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover:

den Herrn Ernst Friedrich Herbert Grafen von Münster, Erblandmarschall des Königreichs Hannover, Großkreutz des königlich-ungarischen St. Stephans-Ordens, Sr. königlichen Majestät von Großbritannien und Hannover Staats- und CabinetsMinister, ersten Bevollmächtigten am Congreß zu Wien; und

---

1) Anders in den Acten des wiener Congresses, Bd. VI, S. 121.

2) Er heißt nicht Franz, sondern Hanns, und hat ausser den beiden hier genannten, noch drei Vornamen.

den Herrn Ernst Christian August Grafen von Hardenberg, Großkreutz des kaiserlich-östreichischen Leopold Ordens, Ritter des königlich-preussischen rothen Adler Ordens, und des JohanniterOrdens, Sr. königlichen Majestät von Großbritannien und Hannover Staats- und CabinetsMinister, dessen ausserordentlichen Abgesandten und bevollmächtigten Minister an dem Hofe Sr. kaiserlich-königlich-apostolischen Majestät, und dessen zweiten Bevollmächtigten am Congreß in Wien.

Seine königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen:

den Herrn Dorotheus Ludwig Grafen von Keller, Höchstihren Staatsminister, Großkreutz vom goldenen Löwen, und des preussischen rothen Adlers; und

den Herrn Georg Ferdinand Freiherrn von Lepel, Ihro Kammerherrn und geheimen Regierungsrath.

Seine königliche Hoheit der Großherzog von Hessen:

den Herrn Johann Freiherrn von Türkheim von Altdorf, Ihro geheimen Rath, StaatsMinister und ausserordentlichen Abgesandten am Congreß, Großkreutz des hessischen VerdienstOrdens, Kommandeur des königlich-ungarischen St. StephansOrdens.

Seine königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar:

den Herrn Ernst August Freiherrn von Gersdorf, Ihren wirklichen geheimen Rath, (jetzt an dessen Stelle den Herrn Friedrich August Freiherrn von Minkwitz).

Seine Durchlaucht der Herzog von Sachsen-Gotha:

den Herrn Friedrich August Freiherrn von Minkwitz, Ihren geheimen Rath.

Ihro Durchlaucht die Herzogin von Sachsen-Coburg-Meinungen, als Regentin und Vormünderin Ihres Sohnes:

ebendenselben Freiherrn von Minkwitz.

Seine Durchlaucht der Herzog von Sachsen-Hildburghausen:

den Herrn Carl Ludwig Friedrich Freiherrn von Baumbach, Ihren geheimen Rath und Regierungs-Präsidenten.

Seine Durchlaucht der Herzog von Sachsen-Coburg-Saalfeld:

den Herrn Franz Xavier Freiherrn von Fischler von Treuberg, Ihren Obersten, Ritter des kaiserlich-östreichischen LeopoldOrdens, und des Ordens der baierischen Krone.

Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig-Wolfenbütel:

an die Stelle des Herrn Wilhelm Justus Eberhard von Schmidt-Phiseldeck, Ihres geheimen Raths, ex substitutione den Herrn Dorotheus Ludwig Grafen von Keller, kurfürstlich-hessischen Staatsminister u. s. f.

Seine Durchlaucht der Herzog von Holstein-Oldenburg:

den Herrn Albert Freiherrn von Maltzahn, Präsidenten der Regierung des Fürstenthums Lübeck, Groß-

kreutz des russischen Ordens der heiligen[1]) Anna, und Ritter des Ordens des heiligen[2]) Johannes von Jerusalem.

Seine Durchlaucht der Herzog von Mecklenburg-Schwerin:

den Herrn Leopold Freiherrn von Plessen, Ihren Staatsminister, Großkreutz des Danebrog-Ordens.

Seine Durchlaucht der Herzog von Mecklenburg-Strelitz:

den Herrn August Otto Ernst Freiherrn von Oertzen, Ihren Staatsminister, Großkreutz des preussischen rothen Adlerordens.

Seine Durchlaucht der Herzog von Anhalt-Dessau für sich und als Vormund des minorennen Herzogs von Anhalt-Cöthen, und Seine Durchlaucht der Herzog von Anhalt-Bernburg, gemeinschaftlich:

den Herrn Wolf Carl August von Wolframsdorf, Präsidenten der Regierung zu Dessau.

Seine Durchlaucht der Fürst von Hohenzollern-Hechingen:

den Herrn Franz Anton Freiherrn von Frank, Ihren wirklichen geheimen Rath.

Seine Durchlaucht der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen:

den Herrn Franz Ludwig[3]) von Kirchbauer, Ihren geheimen Legationsrath.

---

1) der St. Anna — Wiener amtl. Ausg.
2) des St. Johannes — Wiener amtl. Ausg.
3) Unten in der Unterschrift, nennt er sich „Ludwig", nicht „Aloys."

Seine Durchlaucht der Herzog, und Seine Durchlaucht der Fürst von Nassau:

den Herrn Franz Christoph Freiherrn von Gagern, und Herrn Ernst Franz Ludwig Freiherrn von Marschall Biberstein, Plenipotentiarius Sr. Majestät des Königs der Niederlande [1]), für seine teutschen Staaten, und Ihrer Durchlauchten des Herzogs und des Fürsten von Nassau, Großkreuz des Ordens der Treue.

Seine Durchlaucht der Fürst von Lichtenstein:

den Herrn Georg Walther Vincenz von Wiese, ViceKanzler der Regierung des Fürsten von Reuß zu Gera.

Seine Durchlaucht der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen:

den Herrn Adolph von Weise, Ihren geheimen Rath und Kanzler.

Seine Durchlaucht der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt:

den Herrn Friedrich Wilhelm Freiherrn von Ketelhodt, Ihren Kanzler und Präsidenten, auch Erbschenk der gefürsteten Grafschaft Henneberg, des großherzoglich-badischen Ordens der Treue Großkreutz [2]).

Seine Durchlaucht der Fürst von Waldeck und Pyrmont:

den Herrn Günther Heinrich von Berg, Doctor

---

1) Dieses war nur der erste, der Frhr. v. Gagern. Man s. oben bei der Rubrik: Se. Maj. der König der Niederlande.

2) Sollte heissen: Ritter.

der Rechte, und RegierungsPräsidenten des Fürsten von Schaumburg-Lippe.

Ihre Durchlauchten die Fürsten von Reuß, älterer und jüngerer Linie;

den Herrn Georg Walther Vincenz von Wiese, ViceKanzler der Regierung zu Gera.

Seine Durchlaucht der Fürst von Schaumburg-Lippe:

den Herrn Günther Heinrich von Berg.

Ihre Durchlaucht die Fürstin von der Lippe, als Regentin und Vormünderin des Fürsten Ihres Sohnes:

den Herrn Friedrich Wilhelm Helwing, Ihren Regierungsrath.

Die freie Stadt Lübeck:

den Herrn Johann Friedrich Hach, Doctor der Rechte, und Senator dieser Stadt.

Die freie Stadt Frankfurt:

Den Herrn Johann Ernst Friedrich Danz, Doctor der Rechte, Syndicus dieser Stadt.

Die freie Stadt Bremen:

den Herrn Johann Smidt, Senator dieser Stadt.

Die freie Stadt Hamburg:

den Herrn Johann Michael Gries, Syndicus dieser Stadt.

In Gemäßheit dieser Beschlüsse [1]), haben die vor-

1) In andern Abdrücken steht: „dieses Beschlusses."

stehenden Bevollmächtigten nach geschehener Auswechslung ihrer richtig befundenen Vollmachten, folgende Artikel verabredet.

I.

Allgemeine Bestimmungen [1]).

Artikel 1.

Die souverainen [2]) Fürsten und freien Städte Teutschlands [3]) mit Einschluß Ihrer Majestäten des Kaisers von Oesterreich, und der Könige von Preussen, von Dänemark, und der Niederlande, und zwar der Kaiser von Oesterreich und der König von Preussen, beide für ihre gesammten, vormals zum teutschen Reich gehörigen Besitzungen [4]), der König von Dänemark für Holstein,

---

1) Von der Abtheilung der BundesActe, in allgemeine und besondere Bestimmungen, s. man die Acten des wiener Congresses, Bd. II. S. 531 f. und 536, wo die besondern Bestimmungen auch erste Reglementar-Artikel genannt werden.

2) Die Verhandlungen über das Beiwort „souverainen," das auch oben in dem Eingang gebraucht ist, findet man in den angef. Acten ꝛc., Bd. II., S. 344, 402 f., 454, 459, 493 f. Vergl. auch meine Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congresses, S. 156. f.

3) „Was ist in der teutschen Bundes-Acte unter Teutschland zu verstehen?" davon s. man Klüber's Abhandlungen und Beobachtungen ꝛc., Bd. I, S. 212 ff.

4) Vergl. die Acten des wiener Congresses, Bd. II, S. 81. 344, 380, 403 und 429. — Von WelschTyrol, Kärnthen, Schlesien, PreussischGeldern u. a. sehe man ebendaselbst, Bd I, Heft 1, S. 45; Bd. II, S. 81, 106, 123, 131, 344, 413 und 469. f. — Von Lüttich s. ebendas. Bd. II, S. 535. — Ver-

der König der Niederlande für das Großherzogthum Luxemburg, vereinigen sich zu einem beständigen Bunde, welcher der Teutsche Bund heissen soll.

Art. 2.

Der Zweck[1]) desselben ist: Erhaltung der äusseren und inneren Sicherheit Teutschlands, und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen teutschen Staaten.

Art. 3.

Alle Bundesglieder haben, als solche, gleiche Rechte. Sie verpflichten sich alle gleichmäßig, die BundesActe unverbrüchlich zu halten.

Art. 4.

Die Angelegenheiten des Bundes werden durch eine Bundesversammlung besorgt, in welcher alle Glieder desselben durch ihre Bevollmächtigten, theils einzelne theils GesammtStimmen folgendermasen, jedoch unbeschadet ihres Ranges[2]), führen:

1)	Oesterreich	1	Stimme
2)	Preussen	1	—
3)	Baiern	1	—

---

zeichniß der östreichischen Staaten, welche zu dem Teutschen Bund gehören, in Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes, § 86, Note b, der 2. Auflage. Verzeichniß der preussischen Bundesverwandten Staaten, ebendaselbst.

1) Die angef. Acten ꝛc., Bd. II, S. 344 f. und 403.

2) Von den Rangverhältnissen der Bundesgenossen, s. meine Uebersicht der diplom. Verhandl. des wiener Congr., S. 504 — 536. Vergl. auch die Anmerkung unten zu Art. 6.

4)	Sachsen	1	—
5)	Hannover	1	—
6)	Würtemberg [1])	1	Stimme
7)	Baden [1])	1	—
8)	Kurhessen.	1	—
9)	Großherzogthum [2]) Hessen	1	—
10)	Dänemark, wegen Holstein .	1	—
11)	Niederlande, wegen des Großherzogthums Luxemburg . .	1	—
12)	Die großherzoglich- und herzoglich-sächsischen Häuser	1	—
13)	Braunschweig und Nassau [3])	1	—

---

1) Wirtemberg und Baden sind in diesem und in dem sechsten Artikel erwähnt, obgleich sie als ursprüngliche Mit-Paciscenten bei Errichtung des teutschen Bundes nicht erscheinen; daher auch dieser Grundvertrag in ihrem Namen von Niemand unterschrieben und besiegelt ist. Von den bekannten Ursachen s. man die Acten des wiener Congresses, Bd. II, S. 670, vergl. mit Bd. VI, S. 314 ff. Meine angef. Uebersicht ꝛc., S. 134. Durch besondere Beitritturkunde, erklärte Wirtemberg seinen Beitritt am 1. Sept., Baden am 26. Juli 1815. Ihre AccessionsUrkunden findet man in Klüber's Staatsarchiv des teutschen Bundes, Heft V. S. 55 ff. und in Martens recueil des traités, Supplém. VI. 368 et suiv. Sie wurden der Bundesversammlung in ihrer ersten Sitzung, am 5. Nov. 1815, übergeben; worauf jene den Beschluß faßte, daß dieselben in dem Bundesarchiv zu hinterlegen seyen. Man s. das angef. Staatsarchiv, S. 54.

2) Eine andere Lesart giebt unrichtig: „Großherzog von."

3) Etliche Abschriften setzen, unrichtig, Braunschweig und Nassau unter Num. 14., hingegen Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz unter Num 13. Man vergleiche auch die Ordnung unten in dem 6. Art.

14) Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz . . 1 —
15) Holstein-Oldenburg[1]), Anhalt und Schwarzburg . . 1 —
16) Hohenzollern, Lichtenstein, Reuß, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck[2]) . . 1 —
17) Die freien Städte, Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg . . . . 1 —

Zusammen 17 Stimmen.

Art. 5.

Oesterreich hat bei der Bundesversammlung den Vorsitz[3]). Jedes Bundesglied ist befugt, Vorschläge zu

1) Seit dem Anfang des Jahres 1824, wird diese Stimme, auf Verlangen des damaligen Inhabers, des Herzogs Peter, nicht mehr Holstein-Oldenburg, sondern bloß Oldenburg benannt.

2) Der Landgraf von Hessen-Homburg ward in den Teutschen Bund aufgenommen, durch Beschluß der Bundesversammlung in der Plenarversammlung vom 7. Juli 1817; in v. Martens recueil des traités, Supplém. VII. 152. — In den wiener MinisterialConferenzen von 1820 (Protoc. vom 15. Mai) erklärte Oestreich, daß für dieses Haus, das zwar in das Plenum, aber noch in keine Curie aufgenommen sey, baldmöglichst eine angemessene Entscheidung erfolgen möge. Die Bundesversammlung nahm hierauf diesen Gegenstand unter ihre Agenda auf, in ihrer Sitzung vom 27. Juli 1820. Bis jetzt ist noch kein Gesandter für Homburg in der Bundesversammlung aufgetreten. — Die BundesMatrikel von 1818, setzt Hessen-Homburg unmittelbar vor die Freien Städte.

3) Vergl. die Acten des wiener Congresses, Bd. II, S. 352

machen, und in Vortrag zu bringen [1]), und der Vorsitzende ist verpflichtet, solche in einer zu bestimmenden Zeitfrist der Berathung zu übergeben [2]).

Art. 6.

Wo es auf Abfassung und Abänderung von Grundgesetzen des Bundes, auf Beschlüsse, welche die Bundes-Acte selbst betreffen, auf organische Bundeseinrichtungen und auf gemeinnützige Anordnungen sonstiger Art ankommt, bildet sich die Versammlung zu einem Plenum [3]), wobei jedoch, mit [4]) Rücksicht auf die Verschiedenheit

---

u. 82. Bd. I, Heft 1, S. 59. — Bd. I, Heft 1, S. 60, 52 u. 53. Bd. II, S. 2, 21, 23, 25, 310, 316 u. 481. — Bd. II, S 25, 94, 132, 140, 178 u. 196. — Meine Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congr., S. 146 u. 649 f. Mein Oeffentliches Recht des teutschen Bundes und der Bundesstaaten, §. 126.

1) Acten rc., Bd. II, S. 352 u. 377.

2) Acten rc., Bd. II, S. 352 f. u. 377.

3) Nachstehende Worte: „in welchem jedes Bundesglied eine Stimme für sich führt" folgen hier unmittelbar nach dem Wort „Plenum," nicht nur in dem 6. Art. der Neuen oder revidirten Abfassung der BundesActe (Acten des wiener Congresses, Bd. II, S. 481, verglichen mit S. 346 u. 461), sondern auch in verschiedenen Abschriften und Abdrücken der BundesActe selbst, auch in dem Abdruck in den Acten des wiener Congresses, Bd. II, S. 600. Allein in der oben beschriebenen wiener Urschrift, in dem oben angeführten wiener Abdruck von 1815, und in dem wiener amtlichen Abdruck, stehen jene Worte nicht.

4) Unrichtig haben Andere „in," statt „mit."

der Grösse der einzelnen BundesStaaten, folgende Berechnung und Vertheilung der Stimmen [1]) verabredet ist:

1)	Oesterreich erhält	4	Stimmen.
2)	Preussen	4	—
3)	Sachsen	4	—
4)	Baiern	4	—
5)	Hannover	4	—
6)	Würtemberg	4	—
7)	Baden	3	—
8)	Kurhessen	3	—
9)	Großherzogthum Hessen	3	—
10)	Holstein	3	—
11)	Luxemburg	3	—
12)	Braunschweig	2	—
13)	MecklenburgSchwerin	2	—
14)	Nassau	2	—
15)	SachsenWeimar	1	—
16)	— Gotha [2])	1	—
17)	— Coburg [2])	1	—
18)	— Meinungen [2])	1	—
19)	— Hildburghausen [2])	1	—

1) Von dem Rang und der Stimmenordnung (Schema votantium), vergl. auch Art. 4 und 8 der BundesActe, und die Anmerkung zu Art. 4. Acten des wiener Congr., Bd. II, S. 346 f., 390 f., 322, 349 ff., 393, 403, 413 f. 568, 406, 417 ff., 420, 455, 461, 470.

2) SachsenGotha erlosch im Mannstamm am 11. Febr. 1825. Seitdem cessirt seine Stelle unter den Bundesgenossen, sein Antheil an der 16. Stimme in dem engern Rath (oben, Art. 4, Num. 12), und seine VirilStimme in dem Plenum der Bundesversammlung, und ist die Zahl der Bundesgenossen um 1 vermindert. Durch einen Erbtheilungsvertrag

20)	Mecklenburg Strelitz . . .	1	Stimme.
21)	Holstein Oldenburg [1] .	1	—
22)	Anhalt Dessau	1	—
23)	— Bernburg . . .	1	—
24)	— Cöthen	1	—
25)	Schwarzburg-Sondershausen	1	—
26)	— Rudolstadt .	1	—
27)	Hohenzollern-Hechingen .	1	—
28)	Lichtenstein	1	—
29)	Hohenzollern-Sigmaringen	1	—
30)	Waldeck	1	—
31)	Reuß, ältere Linie	1	—
32)	— jüngere Linie	1	—
33)	Schaumburg-Lippe . . .	1	—
34)	Lippe [2]	1	—
35)	Die freie Stadt Lübeck . .	1	—
36)	— — — Frankfurt .	1	—
37)	— — — Bremen . .	1	—
38)	— — — Hamburg .	1	—
	Zusammen	69	Stimmen.

vom 12. Nov. 1826 vereinbarten sich SachsenCoburg, SachsenMeiningen und SachsenHildburghausen über ihre Succession in den gotha-altenburgischen Landen, und über verschiedene dadurch veranlaßte Territorial- und Titelveränderungen. Darnach änderten sich die Benennungen der genannten drei Bundesfürsten, in SachsenCoburgGotha, SachsenMeiningenHildburghausen, und Sachsen-Altenburg (vorhin S. Hildburghausen), und das Stimmenverhältniß in dem Plenum der Bundesversammlung, so wie ihr MatricularVerhältniß.

1) Jetzt bloß Oldenburg benannt. Man s. oben, die Note zu Art. 4, Num. 15.

2) Von HessenHomburg s. man oben die Note zu Art. 4, Num. 16.

Ob den mediatisirten vormaligen Reichsständen auch einige CuriatStimmen in Pleno zugestanden werden sollen, wird die Bundesversammlung bei der Berathung der organischen Bundesgesetze in Erwägung nehmen [1]).

Art. 7.

In wiefern ein Gegenstand nach obiger Bestimmung für das Plenum geeignet sey, wird in der engern Versammlung durch Stimmenmehrheit entschieden [2]).

Die der Entscheidung des Pleni zu unterziehenden Beschluß-Entwürfe, werden in der engern Versammlung vorbereitet, und bis zur Annahme oder Verwerfung zur Reife gebracht [3]). Sowohl in der engern Versammlung als in Pleno, werden die Beschlüsse nach der Mehrheit der Stimmen gefaßt; jedoch in der Art, daß in der ersten die absolute, in dem letztern [4]) aber nur eine auf zwei Dritttheile [5]) der Abstimmung beruhende Mehrheit entscheidet. Bei Stimmengleichheit in der engeren Versammlung steht dem Vorsitzenden die Entscheidung zu [6]).

---

1) Acten des wiener Congr., Bd. II, S. 359, 362, 436, 446—450, 487, 500, 532 u. 534.

2) Acten ꝛc., Bd. II, S. 433 f.

3) Acten ꝛc., Bd. II, S. 553 ff. u. 509.

4) In der oben (in Anhang des Vorberichtes zu der Bundes-Acte) beschriebenen Urschrift steht hier, ohne Zweifel durch ein Versehen: „in letzterer.“ So auch in dem oben angeführten wiener Abdruck von 1815. S. 22.

5) Acten ꝛc., Bd. II, S. 466 f. — Von der Stimmenmehrheit und von den Ausnahmen der Regel der Entscheidung durch Stimmenmehrheit in der Bundesversammlung, wird ausführlich gehandelt in Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 120 u. ff. der 2. Auflage.

6) Acten ꝛc., Bd. II, S. 409.

Wo es aber auf Annahme oder Abänderung der Grundgesetze, auf organische Bundeseinrichtungen, auf jura singulorum oder ReligionsAngelegenheiten ankommt, kann, weder in der engeren Versammlung noch im Pleno, ein Beschluß durch Stimmenmehrheit gefaßt werden [1]).

Die Bundesversammlung ist beständig [2]), hat aber die Befugniß, wenn die ihrer Berathung unterzogenen Gegenstände erlediget sind, auf eine bestimmte Zeit, jedoch nicht auf länger als vier Monate [3]), sich zu vertagen [4]).

Alle näheren, die Vertagung und [5]) die Besorgung der etwa während derselben vorkommenden dringenden

---

1) Die Verhandlungen über Entscheidung durch Stimmenmehrheit, und über die Ausnahmen von derselben, s. man die angef. Acten zc., Bd. II, S. 350, 352, 353 ff., 407 ff., 420 f., 455, 461 f., 466 f., 473 f., 483, 497 f. — Ueber die Ausnahmen von der Regel des hier festgesetzten Stimmenverhältnisses, vergleiche man eine Note des Herausgebers, in den angef. Acten, Bd. II, S. 497 f., wo gegen das Ende, nach dem Wort „Geldwerth" noch Folgendes beizufügen ist: endlich, die Rechte, welche den Bundesgenossen, ausser ihrem verfassungsmäsigen Verhältniß zu dem Bunde zustehen. Von jenen Ausnahmen s. auch Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes (2. Aufl.), §. 121^{a} u. ff.

2) Acten zc., Bd. II, S. 346—349, 351 f., 408, 419 f. 455 u. 483.

3) Etliche unbeglaubigte Abschriften haben hier noch das Wort „jährlich." In etlichen fehlt das Wort „auf," in andern steht es vor dem Wort „vier;" in dem oben angeführten wiener Abdruck steht es vor dem Wort „nicht."

4) Acten zc., Bd. II, S. 349, 351 f., 408, 419 f. und 455.

5) Statt „und" steht „oder" in einer beglaubigten, und in etlichen unbeglaubigten Abschriften.

Geschäfte betreffenden Bestimmungen, werden der Bundesversammlung bei Abfassung der organischen Gesetze vorbehalten [1]).

Art. 8.

Die Abstimmungs-Ordnung [2]) der Bundesglieder betreffend, wird festgesetzt, daß, so lange die Bundesversammlung mit Abfassung der organischen Gesetze beschäftigt ist, hierüber keinerlei Bestimmung gelte, und die zufällig sich fügende Ordnung keinem der Mitglieder zum Nachtheil gereichen, noch eine Regel begründen soll.

Nach Abfassung der organischen Gesetze, wird die Bundesversammlung die künftige, als beständige Folge einzuführende StimmenOrdnung in Berathung nehmen, und sich darin so wenig als möglich von der ehemals auf dem Reichstag, und namentlich in Gemäßheit des ReichsDeputationsHauptschlusses [3]) von 1803, beobachteten Ordnung entfernen [4]). Auch diese Ordnung kann aber auf den Rang der Bundesglieder überhaupt, und ihren Vortritt ausser den Verhältnissen der Bundesversammlung, keinen Einfluß ausüben.

Art.

---

1) Ueber die Vertagung der Bundesversammlung, enthält ein Beschluß derselben, vom 26. Juni 1817, nähere Bestimmungen. Er ist unten abgedruckt.

2) Hievon s. man die Anmerkungen zu oben, Art. 4 u. 6.

3) Die Ausgaben des ReichsDeputationsHauptschlusses von 1803, und wo er in Sammlungen abgedruckt ist, findet man in Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 57, Note f, der 2. Auflage.

4) Acten rc., Bd. II, S. 407, 414 u. 420.

Art. 9.

Die Bundesversammlung hat ihren Sitz [1]) zu Frankfurt am Main. Die Eröffnung derselben, ist auf den ersten September 1815 festgesetzt [2]).

Art. 10.

Das erste Geschäft der Bundesversammlung [3]) nach ihrer Eröffnung, wird die Abfassung der Grundgesetze des Bundes [4]), und dessen organische Einrichtung in Rücksicht auf seine auswärtigen, militärischen [5]) und inneren Verhältnisse, seyn.

Art. 11.

Alle Mitglieder des Bundes versprechen [6]), sowohl

---

1) Acten rc., Bd. II, S. 351 f. u. 408.

2) Acten rc., Bd. II, S. 351, 408 u. 421. Die Eröffnung ward nachher, in dem August, auf den ersten November 1815 verschoben, erfolgte aber erst am 5. November des folgenden Jahres.

3) Acten rc., Bd. II, S. 353 f., 382 u. 409.

4) Es bedarf kaum der Erinnerung, daß auch gegenwärtiger Grundvertrag schon Grundgesetze des Bundes enthalte.

5) Acten rc., Bd. II, S. 456 f. — Verhandlungen über die Kriegsverfassung des teutschen Bundes, in dem Comité fünf teutscher Höfe, ebendas. Bd. II, S. 89, 103, 110 ff., 114 f., 122 f., 130 f., 162, 197, 431, 456 f.

6) Die Verhandlungen über diesen Artikel überhaupt, findet man in den angef. Acten rc., Bd. II, S. 355 ff., 423 f., 430 ff., 454, 485, 499 u. 532. — Die Verhandlungen in dem Comité fünf teutscher Höfe (Oestreich, Preussen, Baiern, Hannover und Wirtemberg), über das Kriegs-, Friedens- und Bündnißrecht des teutschen Bundes und der Bundes-

ganz Teutschland als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen, und garantiren sich gegenseitig ihre sämmtlichen, unter dem Bunde begriffenen Besitzungen.

Bei einmal erklärtem Bundeskrieg, darf kein Mitglied einseitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schliessen.

Die Bundesglieder [1]) behalten zwar das Recht der Bündnisse aller Art, verpflichten sich jedoch, in keine Verbindungen [2]) einzugehen, welche gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet wären [3]).

Die Bundesglieder machen sich ebenfalls verbindlich, einander [4]) unter keinerlei Vorwand zu bekriegen, noch

---

staaten, findet man in den angef. Acten rc., Bd. II, S. 85 ff., 99, 101, 103 ff., 114 f., 116 ff., 121 f., 125 f., 130 f., 133, 143 f., 146, 153 ff., 162 ff., 171 ff., 181 ff., und 197.

1) Dieser ganze Satz ist in der wiener französischen Uebersetzung dieses Artikels, welche (oben S. 63) in dem Acte final du congrès de Vienne, art. 63, (s. Acten rc. Bd. VII, S. 474) sich befindet, hinweggeblieben; vermuthlich aus Versehen. Schöll, in s. Histoire abrégée des traités etc., T. XI, p. 302, meldet, daß nur die zwei Worte „aller Art" (de toute espèce) in dieser amtlichen Uebersetzung fehlten.

2) „Verbindung," und am Schluß dieses Satzes „wäre," steht in einer Abschrift. Das erste steht auch in dem oben angeführten wiener Abdruck von 1815, S. 24.

3) Es war beschlossen, hier noch folgenden Nachsatz beizufügen: „Diese Verbindungen mögen auf unmittelbare Theilnahme am Krieg, oder auf irgend eine Hülfleistung Bezug haben." Er ward aber in der vorletzten Sitzung weggestrichen. Acten rc. Bd. II, S. 532, vergl. mit S. 423, 430 u. 485.

4) Von Kriegen einzelner Bundesgenossen mit Auswär-

ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen, sondern sie bei der Bundesversammlung anzubringen. Dieser liegt alsdann ob, die Vermittlung durch einen Ausschuß zu versuchen, und falls dieser Versuch fehlschlagen sollte, und demnach eine richterliche Entscheidung nothwendig würde, solche durch eine wohlgeordnete Austrägal-Instanz zu bewirken, deren Ausspruch die streitenden Theile sich sofort zu unterwerfen haben [1]).

---

tigen, ist hier überall nicht die Rede. — Die vereinigten Fürsten und freien Städte hatten den Antrag gemacht, es sey für den Fall, da Bundesglieder, welche Staaten ausser dem Bunde besitzen, mit andern oder unter sich in Krieg gerathen, dem teutschen Bund vorzubehalten „die Neutralität bewahren, und die dazu nöthigen Anstalten treffen zu dürfen." Acten rc., Bd. II, S. 358 u. 378. Es ward aber (ebendas. S. 423, 431 u. 485) dieser Zusatz nicht beliebt.

1) Die Errichtung einer Executions-Ordnung, scheint unter den Gegenständen des Art. 10 begriffen zu seyn, so wie die nähere Bestimmung, was unter einer wohlgeordneten Austrägal-Instanz zu verstehen sey. Den Beschluß der Bundesversammlung, betreffend das Verfahren bei Aufstellung der Austrägal-Instanzen, und die Executions-Ordnung für Vollziehungsgeschäfte der Bundesversammlung, beide von dieser festgesetzt in ihrer Plenar-Versammlung vom 3. August 1820, findet man unten abgedruckt. — In den wiener Congreß-Verhandlungen über die Austrägal-Instanz, sind merkwürdig: die Erklärungen von Wirtemberg, in den Acten rc., Bd. II, S. 102 155, 168, 176 f. u. 566; von Baiern, S. 169, 356 f., 384 u. 532 f. Beschluß deßhalb, Bd. II, S. 533. — Die Errichtung eines eigenen Bundesgerichtes, war nachdrücklich in Antrag gekommen. Dawider erklärten sich: Wirtemberg in den Acten rc., Bd. II, S. 101 f. 108, 155 f., 167 ff., 177 u. 566; Baiern, Bd. II, S. 91 u. 94, 108, 169, 357,

II.

Besondere Bestimmungen [1]).

Ausser den in den vorhergehenden Artikeln bestimmten, auf die Feststellung des Bundes gerichteten Puncten, sind die verbündeten Mitglieder übereingekommen, hiemit über folgende Gegenstände die in den nachstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen zu treffen, welche mit jenen Artikeln gleiche Kraft haben sollen.

384, 424, 499 u. 532; und Hessen-Darmstadt, Bd. II, S. 500 u. 543. Dafür erklärten sich: Preussen, Bd. II, S. 16 u. 17, Bd. I, H. 1, S. 53 u. 60 f., H. 4, S. 108. Bd. II, S. 160, 168, 47—55, 62—64, 317 und 356; Oestreich, Bd. II, S. 160, 166, 169, 108. Bd I, H. 1, S. 71. Bd. II, S. 311, 317, 356, 424, 485 f., 423 f., 532 f.; Hannover, Bd. I, H. 1, S. 60 f. Bd II, S. 169. Bd. I, H. 1, S. 71. Bd. II, S. 423 f. u. 532. f.; Sachsen (König), Bd. II, S. 454, 460, 532 f.; Holstein, Bd. II, S. 358; Hessen-Darmstadt (anfangs), Bd. II, S. 357 f.; die vereinigten Fürsten und freien Städte, Bd. I, H. 1, S. 75, 78, u. 91; Rußland, Bd. I, H. 1, S. 62. Es erfolgte ein Beschluß, für Errichtung eines Bundesgerichtes, Bd. II, S. 485 f.; er ward aber, auf Baierns Betrieb, zurückgenommen, und an dessen Stelle das in dem 11. Art. verordnete Austrägal-Gericht gesetzt. Bd. II, S. 533. Ein Bericht von wiener Congreß-Verhandlungen, über Errichtung und Wirksamkeit eines (permanenten) Bundesgerichtes, steht in des Herausgebers Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congresses, S. 173 — 193. Auch s. man dessen Oeffentliches Recht des t. Bundes, §. 157 der 2. Auflage, und mehr in der nächstens erscheinenden dritten.

1) Von dieser Abtheilung s. man die Anmerk. oben vor dem Art. 1.

Art. 12.

Diejenigen Bundesglieder, deren Besitzungen nicht eine Volkszahl von 300,000 Seelen erreichen, werden sich mit den ihnen verwandten Häusern, oder andern Bundesgliedern, mit welchen sie wenigstens eine solche Volkszahl ausmachen, zur Bildung eines gemeinschaftlichen obersten Gerichtes vereinigen [1]).

In den Staaten von [2]) solcher Volksmenge [3]), wo schon jetzt dergleichen Gerichte dritter Instanz vorhanden sind, werden jedoch diese in ihrer bisherigen Eigenschaft erhalten, wofern nur die Volkszahl, über welche sie sich erstrecken, nicht unter 150,000 Seelen ist.

Den vier freien Städten steht das Recht zu, sich unter einander über die Errichtung eines gemeinsamen obersten Gerichtes zu vereinigen [4]).

Bei den solchergestalt errichteten gemeinschaftlichen obersten Gerichten, soll jeder der Parteien gestattet seyn, auf die Verschickung der Acten [5]) auf eine teutsche [6]) Facultät, oder an einen Schöppen-Stuhl, zur Abfassung des Endurtheils anzutragen.

---

1) Die Congreß-Verhandlungen hierüber, findet man in den Acten &c., Bd. II, S. 355, 422, 434, 442, 454, u. 486.

2) In manchen Abschriften steht „unter" statt „von." Man sehe aber in den Acten &c., Bd. II, S. 533.

3) Acten &c., Bd. II, S. 533. verglichen mit S. 486.

4) Obgleich sie, zusammen, nicht die festgesetzte Volkszahl von 300,000 erreichen. Die Verhandlungen hierüber, findet man in den Acten &c., Bd. II, S. 355, 422, 442 u. 486.

5) Acten &c., Bd. II, S. 422, 442 und 486.

6) Acten &c., Bd. II, S. 560.

Art. 13.

In allen Bundes-Staaten wird eine landesständische [1]) Verfassung statt finden [2]).

Art. 14.

Um den im Jahre 1806 und seitdem mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsständen und Reichsangehörigen [3]), in Gemäßheit der gegenwärtigen Verhältnisse, in

---

1) Nicht „landständische," wie in manchen Abschriften steht.

2) Die wiener Congreß-Verhandlungen, ob, wie, und mit welchen Rechten, in allen Bundesstaaten landständische Verfassung „bestehen soll," oder „statt finden wird," findet man summarisch angezeigt, in den angef Acten rc., Bd. II, S. 424 ff., Note*. Insbesondere s. man daselbst, S. 359, 378, 516, 529, 533, 547 f. 551, 358, 384, 102, 156, und den Beschluß S. 424 f. u. 533 f., verglichen mit S. 486. Die östreichischen, preussischen, mecklenburgischen, hannövrischen, kurhessischen, vereinigt-fürstlichen und städtischen Erklärungen für landständische Verfassung, dann die baierischen und wirtembergischen wider solche, sind angezeigt ebendas. Bd. II, S. 425 f. — Zwei Berichte von wiener Congreß-Verhandlungen über die Vertretung des Volks bei der Landesregierung durch Landstände, so wie von Errichtung, Wiedereinführung, oder Veränderung der landständischen Verfassung in teutschen Staaten, unmittelbar vor dem wiener Congreß, oder während desselben, befinden sich in meiner Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congresses, S 194 — 243. Mehr, und Neueres findet man in meinem Oeffentl. Recht. des t. Bundes, §. 217 u. ff. der 2. Auflage.

3) Die wiener französische Uebersetzung (Acten rc., Bd. VII, S. 476) hat die Worte „und Reichsangehörigen" ausgelassen; ohne Zweifel ein Versehen des Uebersetzers. Man s. Klüber's Abhandlungen, Bd. I, S. 67. Zwei Berichte von wiener Congreß-Verhandlungen über den künftigen

allen Bundesstaaten einen gleichförmig [1]) bleibenden Rechtszustand zu verschaffen, so vereinigen die Bundesstaaten sich dahin:

a) daß diese fürstlichen und gräflichen Häuser fortan nichts destoweniger zu dem hohen Adel in Teutschland [2]) gerechnet werden, und ihnen das Recht der Ebenbürtigkeit [3]) in dem bisher damit verbundenen Begriff, verbleibt.

b) Sind die Häupter dieser Häuser die ersten Standesherren [4]) in dem Staate, zu dem sie gehören; sie und ihre Familien bilden die privilegirteste Classe

---

Rechtszustand der Standesherren, und denjenigen des ehemaligen unmittelbaren Reichsadels, stehen in meiner Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congresses, S. 274 ff. u. 341 ff.

1) „Gleichförmigen" steht in manchen Abschriften.

2) „Was ist in der teutschen BundesActe unter Teutschland und hohem Adel zu verstehen"? davon s. man Klüber's Abhandlungen u. Beobachtungen ꝛc. Bd. I, S. 212 ff.

3) Hievon vergleiche man das fünfte Protocoll, in den Acten des wiener Congresses, Bd. II, S. 437 u. 443 f. und meine angef. Uebersicht ꝛc. S. 311. — In der wiener französischen Uebersetzung der BundesActe, welche bei dem Acte final du congrès als Beilage befindlich ist, wird das Wort Ebenbürtigkeit übersetzt: „le droit de naissance égale avec les maisons souveraines". Wiener amtlicher Abdruck der Acte final etc. p. 243, und in den angef. Acten ꝛc., Bd. VII. — „Begriff, Verschiedenheit und Rechtswirkung der Ebenbürtigkeit; insbesondere im Verhältniß zu Mißheurathen; auch in Beziehung auf den 14. Art. der teutschen BundesActe;" in Klüber's Abhandlungen u. Beobachtungen ꝛc., Bd. I, S. 225 ff.

4) Acten ꝛc., Bd. I, H. 1, S. 46. Bd. II, S. 362, 487 und 534. Meine angef. Uebersicht ꝛc. S. 294 f., 298, 300, 312 u. 322.

in demselben [1]), insbesondere in Ansehung der Besteuerung [2]).

c) Es sollen ihnen überhaupt, in Rücksicht ihrer Personen, Familien, und Besitzungen, alle diejenigen Rechte und Vorzüge zugesichert werden, oder bleiben, welche aus ihrem Eigenthum und dessen ungestörtem Genuß herrühren, und nicht zu der Staatsgewalt und den höhern Regierungsrechten gehören [3]).

Unter vorerwähnten Rechten [4]) sind insbesondere und namentlich begriffen:

1) Die unbeschränkte Freiheit, ihren Aufenthalt in jedem zu dem Bunde gehörenden, oder mit demselben in Frieden lebenden Staat zu nehmen.

2) Werden nach den Grundsätzen der früheren teutschen Verfassung, die noch bestehenden Familien-Verträge aufrecht erhalten, und ihnen die Befugniß zugesichert, über ihre Güter und Familien-Verhältnisse verbindliche Verfügungen zu treffen, welche jedoch dem Souverain vorgelegt, und bei den höchsten Landesstellen zur allgemeinen Kenntniß und Nachachtung gebracht werden müssen [5]). Alle bisher [6]) dagegen [7]) erlassenen Verord-

---

1) Acten ꝛc., Bd. II, S. 487 u. 534.

2) Acten ꝛc. Bd. II, S. 360 f. 393, 469, 487 u. 475. — Anfangs war die Rede von Steuerfreiheit, jedoch nur für ihre Personen, oder von bloß persönlichen Steuern. Ebendas. S. 360. ff.

3) Acten ꝛc., Bd. II, S. 359 f. 436 f., 446, 452 u. 467.

4) Acten ꝛc., Bd. II, S. 487 u. 500. f.

5) Acten ꝛc., Bd. II, S. 319, 360, f., 469, 487, 500 u. 508.

6) „Bis daher" steht in dem wiener Abdruck von 1815, und in manchen Abschriften.

7) Bezieht sich auf die Worte: „Familien-Verträge aufrecht

nungen, sollen für künftige Fälle nicht weiter anwendbar seyn.

3) Privilegirter Gerichtstand und Befreiung von aller Militär-Pflichtigkeit, für sich und ihre Familien [1]).

4) Die Ausübung der bürgerlichen und peinlichen Gerechtigkeitspflege, in erster, und, wo die Besitzung groß genug ist, in zweiter Instanz, der Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizei und Aufsicht in Kirchen- und Schulsachen, auch über milde Stiftungen, jedoch nach Vorschrift der Landesgesetze [2]), welchen sie, so wie der Militär-Verfassung und der Oberaufsicht der Regierungen über jene Zuständigkeiten, unterworfen bleiben [3]).

Bei der näheren Bestimmung der angeführten Befugnisse sowohl, wie überhaupt und in allen übrigen Puncten, wird zur weiteren Begründung und Feststellung eines, in allen teutschen Bundesstaaten übereinstimmenden Rechtszustandes der mittelbar gewordenen Fürsten, Grafen und Herren, die in dem Betreff erlassene königlich-

---

erhalten." Der auf diese Worte folgende Zwischensatz, von den Worten „und ihnen" bis „werden müssen" stand nicht in dem Entwurf, der bei der BundesActe zum Grunde gelegt ward. Erst später ward er, auf Baierns Antrag, eingeschoben. Man s. Acten rc., Bd. II, S. 319 u. 360, verglichen mit dem baierischen Antrag S. 361 und der BundesActe selbst, S. 487 u. f. Man sehe auch ebendas. S. 4. — „Standesherrliche Familien-Autonomie und Familienverträge, im Sinn der teutschen BundesActe, und nach Bestimmungen teutscher Bungesstaaten"; in Klüber's Abhandlungen u. Beobachtungen rc., Bd. I, S. 83 ff.

1) Acten rc., Bd. II, S. 488, verglichen mit 469 u. 475.

2) Acten rc. Bd. II, S. 360 f., 534 u. 488, verglichen mit S. 469.

3) Acten rc. Bd. II, S. 488, verglichen mit S. 469 u. 475.

baierische Verordnung vom Jahre 1807 [1]), als Basis und Norm unterlegt werden [2]).

Dem ehemaligen Reichsadel [3]) werden die sub num. 1 und 2 angeführten Rechte, Antheil der Begüterten [4]) an

---

1) Es ist dieses die königlich-baierische Declaration, die Souverainetät- und SubjectionsVerhältnisse in den subordinirten Ländern betreffend, vom 19. März 1807; in Winkopps Zeitschrift: der rheinische Bund, Heft VI, S. 372. Auf dieselbe folgte die königl. baierische Erläuterung (vom 25. Mai 1807) der Declaration vom 31. Dec. 1806 und 19. März 1807, die Bestätigung der Familienverträge betreffend, bei Winkopp a. a. O. Heft VII, S. 175. — Damit verdienen verglichen zu werden: Königl. baierische Declaration die Grafen von Fugger betr., ebendas. Heft I, 67, II, 221. Declaration über die Rechte und Immunitäten des Fürsten von Thurn und Taxis und seines DienstPersonals in der Stadt Regensburg, v. 27. März 1812, in dem baier. Regierungsblatt von 1812; Königl. baierisches Edict über die gutsherrlichen Rechte, v. 28. Jul. 1808, bei Winkopp a. a. O. Heft XXII, S. 138. Königl. baierisches Edict, die Verhältnisse des Adels betr., v. 28. Jul. 1808; ebendas. Heft XXIV, S. 438. Nachtrag dazu v. 22. Dec. 1808. Bekanntmachung der baierischen Landesdirection in Schwaben, ebendas. Heft XII, S. 516, Heft XIV, S. 295. H. v. Schelhaß Magazin des baierischen Staats- und Privatrechts, Bd. I, (1808), Num. 3.

2) Die Erörterung dieses Punctes, auf dem wiener Congreß, findet man in den Acten rc., Bd. II, S. 452, 467, 493, 504, 511, 521, 530 u. 538. Bd. V, S. 525 f.

3) Nämlich — unmittelbaren; und zwar auf der rechten Seite des Rheins. Die „ehemalige Reichsritterschaft" steht in den Protocollen, Bd. II, S. 469 u. 475. Meine Uebersicht rc., S. 311 u. 359 ff.

4) In der amtlichen französischen Uebersetzung (Acten rc., Bd. VII, S. 479) fehlt diese Beschränkung der Landstandschaft auf die Begüterten.

Landstandschaft, Patrimonial= und Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizei, KirchenPatronat, und der privilegirte Gerichtsstand zugesichert. Diese Rechte werden jedoch nur nach Vorschrift der Landesgesetze ausgeübt [1]).

In den durch den Frieden von Lünéville vom 9. Febr. 1801 von Teutschland abgetretenen, und jetzt wieder damit vereinigten Provinzen, werden bei Anwendung der obigen Grundsätze auf den ehemaligen unmittelbaren Reichsadel, diejenigen Beschränkungen statt finden, welche die dort bestehenden besondern Verhältnisse nothwendig machen [2]).

Art. 15.

Die Fortdauer der auf die RheinschiffahrtsOctroi angewiesenen, directen und subsidiarischen [3a]) Renten, die durch den ReichsDeputationsschluß vom 25. Febr. 1803 [3b]) getroffenen Verfügungen, in Betreff des Schul=

---

1) Die Verhandlungen über diesen Gegenstand, findet man in den Acten ꝛc., Bd. II, S. 360 ff., 435, 453 u. 468. Meine angef. Uebersicht ꝛc., S. 341 ff. — Die verschiedenen Eingaben, Denkschriften und Vorstellungen, der vormaligen Reichsritterschaft, am Congreß, werden angezeigt in dem Register zu meinen Acten ꝛc., voc. Reichsritterschaft.

2) Die Erörterung dieses Gegenstandes findet man in den Acten ꝛc., Bd. II, S. 362, 393, 434 f., 443, 468, 488, 501 u. 534. Meine angef. Uebersicht ꝛc., S. 368 ff. — Die Eingaben für diese Classe der ehemaligen Reichsritterschaft, stehen in den Acten ꝛc., Bd. VI, S. 475 — 542.

3 a) Acten ꝛc., Bd. II, S. 363, 378, 438, 453 u. 489 f. Mein Staatsarchiv des teutschen Bundes, Bd. I, S. 519 ff. u. 524 ff.

3 b) Von den gedruckten Ausgaben dieses Reichsgesetzes, s. man oben, eine Note zu Art. 8.

denwesens und festgesetzter [1]) Pensionen an geistliche und weltliche Individuen, werden von dem Bunde garantirt.

Die Mitglieder der ehemaligen Dom- und freien Reichsstifter haben die Befugniß ihre durch den erwähnten ReichsDeputationsSchluß festgesetzten Pensionen, ohne Abzug [2]), in jedem mit dem teutschen Bunde in Frieden stehenden Staate verzehren zu dürfen.

Die Mitglieder des Teutschen Ordens [3]) werden ebenfalls nach den in dem ReichsDeputationsHauptschluß von 1803 für die Domstifter festgesetzten Grundsätzen, Pensionen erhalten, in so fern sie ihnen noch nicht hinreichend bewilliget worden, und diejenigen Fürsten, welche eingezogene Besitzungen des Teutschen Ordens erhalten haben [4]), werden diese Pensionen, nach Verhältniß ihres Antheils an den ehemaligen Ordensbesitzungen [5]), bezahlen.

Die Berathung über die Regulirung der SustentationsCasse und der Pensionen für die überrheinischen Bischöfe und Geistlichen [6]), welche Pensionen auf die

---

1) „Festgesetzten" steht in etlichen Abschriften; auch in der neuen oder revidirten Abfassung der BundesActe, in den Acten ꝛc., Bd. II, S. 489.

2) Die Worte „ohne Abzug" sind unübersetzt geblieben in der amtlichen französischen Uebersetzung, Acten ꝛc., Bd. VII, S. 480.

3) Acten ꝛc., Bd. II, S. 470 u. 489.

4) Man vergl. das königl. hannöverische Votum in dem Protocoll der Bundesversammlung vom 2. Dec. 1816, §. 37.

5) „Besitzungen" (nicht: Ordensbesitzungen), steht in dem wiener amtlichen Abdruck, und in dem frankfurter so genannten authentischen Abdruck.

6) Acten ꝛc., Bd. II, S. 363, 470, 489, 501 u. 534.

Besitzer des linken Rheinufers übertragen werden, ist der Bundesversammlung vorbehalten. Diese Regulirung ist binnen Jahresfrist zu beendigen; bis dahin wird die Bezahlung der erwähnten Pensionen auf die bisherige Art fortgesetzt [1]).

Art. 16.

Die Verschiedenheit der christlichen ReligionsParteien kann, in den Ländern und Gebieten des teutschen Bundes, keinen Unterschied in dem Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte begründen [2]).

Die Bundesversammlung wird in Berathung ziehen, wie auf eine möglichst übereinstimmende Weise, die bürgerliche Verbesserung der Bekenner des jüdischen Glaubens in Teutschland zu bewirken sey, und wie insonderheit denselben der Genuß der bürgerlichen Rechte, gegen die Uebernahme aller Bürgerpflichten, in den Bundesstaaten

---

1) Ein Bericht von wiener CongreßVerhandlungen über die Pensionen der Mitglieder, sowohl der secularisirten Erz- Dom- und andern geistlichen Stifte auf beiden Seiten des Rheins, als auch des teutschen Ordens, so wie des Fürsten Primas, Erzbischofs von Regensburg, steht in meiner Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congresses, S. 458 ff.

2) Acten des w. C., Bd. II, S. 5, 365, 490, 501. Man vergl. auch meine Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des w. C., S. 249, 250, 251, 260, 266 u. 270. — Ueber die Rechte der katholischen Kirche und der evangelischen Kirchengesellschaften, in den teutschen Bundesstaaten, sollte der BundesActe ein eigener Artikel einverleibt werden; es unterblieb aber, nach vielfachen Verhandlungen. Diese findet man in den angef. Acten ꝛc., Bd. I, Heft 4, S. 110. Bd. II, S. 305, 307, 313, 320 f.,

verschafft und gesichert werden könne. Jedoch werden den Bekennern dieses Glaubens, bis dahin, die denselben von [1]) den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten [2]).

Art. 17.

Das fürstliche Haus Thurn und Taxis [3]) bleibt in dem, durch den ReichsDeputationsSchluß vom 25. Febr. 1803, oder in späteren Verträgen [4]), bestätigten Besitz und Genuß der Posten in den verschiedenen Bundesstaaten,

---

365 f., 379, 387, 439 ff., 471, 476, 490, 516, 535 u. 553. Eine eigene Abhandlung über diese Erörterungen, steht in meiner angef. Uebersicht etc., S. 397 — 457.

1) Ueber dieses Wort „von," welches statt des vorher gewählten Wortes „in" gesetzt ward, sehe man die angef. Acten etc., Bd. II, S. 535, verglichen mit S. 456, 463 f.. 635 f.; und des Herausgebers angef. Uebersicht etc., S. 384 ff.

2) Die CongreßVerhandlungen über die Rechte und bürgerliche Verbesserung der Juden, findet man in den angef. Acten etc., Bd. II, S. 80, 115 (verglichen mit S. 85 f. 116 f.), 365, 378 f., 387, 430, 440 f., 450 f., 456, 471, 477 ff., 490, 501 f., 535, 542 u. 553. Bd. IV, S. 53. Bd. VI, S. 396, 415 u. 417 — 424. Eine eigene Abhandlung hierüber, steht in des Herausgebers angef. Uebersicht etc., S. 375 — 396.

3) Die CongreßVerhandlungen über diesen Artikel findet man in den Acten etc., Bd. II, S. 363 f., 397, 435, 438 f., 455 f., 490 f. u. 535. Man vergl. auch meine angef. Uebersicht etc., S. 142 u. 148 f.

4) „Oder spätere Verträge," steht in etlichen Abschriften. In dem wiener amtlichen Abdruck steht: „oder späteren Verträgen," mit Auslassung des Wortes „in."

so lange als nicht etwa durch freie Uebereinkunft anderweitige Verträge abgeschlossen werden sollten.

In jedem Falle werden demselben, in Folge des Art. 13. des erwähnten ReichsDeputationsHauptschlusses, seine auf Belassung der Posten, oder auf eine angemessene Entschädigung gegründeten Rechte und Ansprüche versichert [1]).

Dieses soll auch da statt finden, wo die Aufhebung der Posten seit 1803 gegen den Inhalt des ReichsDeputationsHauptschlusses bereits geschehen wäre, in so fern diese Entschädigung durch Verträge nicht schon definitiv festgesetzt ist.

Art. 18.

Die verbündeten Fürsten und freien Städte kommen überein, den Unterthanen der teutschen Bundesstaaten [2]) folgende Rechte zuzusichern [3]):

---

1) „Gesichert" steht in etlichen Abschriften; auch in den Acten des wiener Congresses, Bd. II, S. 491. — Man vergleiche Art. 14 des Vertrags zwischen Preussen und Nassau, v. 31. Mai 1815, Beilage 8 der SchlußActe des wiener Congresses; in den Acten rc., Bd. VI, S. 164.

2) Die Erörterungen dieses Gegenstandes, findet man in den Acten rc., Bd. I, Heft 1, S. 57, 68 ff., 74, 80, 109 f., Bd. II, S. 5, 16, 45 ff., 80, 88, 97 f., 102, 107 f., 109, 115, 184, 305, 307, 311 f., 313 f., 320 ff., 354, 365, 368 f. 373—379, 382, 387 f., 419, 441, 479 ff., 491 ff., 502, 508 f., 514, 527, 536, 548, 565 f. u. 575. — Im Zusammenhang findet man die CongreßVerhandlungen über die Rechte der Unterthanen, in meiner angef. Uebersicht rc., S. 244—273.

3) Dieser Eingang zu dem 18. Art. ward in die B. A. aufgenommen; wiewohl um dieselbe Zeit der Antrag gemacht, und wahrscheinlich schon genehmigt war, daß in solchem



a) Grundeigenthum ausserhalb des Staates, den sie bewohnen, zu erwerben und zu besitzen, ohne deßhalb in dem fremden Staate mehreren Abgaben und Lasten unterworfen zu seyn, als dessen eigene Unterthanen.

b) Die Befugniß:

1) des freien Wegziehens aus einem teutschen Bundesstaat in den andern, der erweislich sie zu Unterthanen annehmen will; auch

2) in Civil- und MilitärDienste desselben zu treten.

Beides jedoch nur, in so fern keine Verbindlichkeit zu MilitärDiensten gegen das bisherige Vaterland im Wege stehe [1]). Und damit, wegen der dermal vorwaltenden Verschiedenheit der gesetzlichen Vorschriften über MilitärPflichtigkeit, hierunter nicht ein ungleichartiges, für einzelne Bundesstaaten nachtheiliges, Verhältniß entstehen möge, so wird bei der Bundesversammlung die Einführung möglichst gleichförmiger Grundsätze über diesen Gegenstand in Berathung genommen werden.

c) Die Freiheit von aller Nachsteuer (jus detractus, gabella emigrationis), in so fern das Vermögen, in

---

statt „den Unterthanen der teutschen Bundesstaaten" zu setzen sey: „ihren Unterthanen." Ein nicht gleichgültiger Antrag, welcher noch in der vorletzten Sitzung erfolgte, ohne daß das Protocoll meldet, daß und warum er geschehen sey. (So muß auch die Stelle in meiner Uebersicht ꝛc., S. 265, Z. 6. u. ff. lauten.)

1) „Stehe" (nicht: steht), findet man in der oben beschriebenen wiener Urschrift, und in dem wiener amtlichen Abdruck; auch in dem frankfurter so genannten authentischen Abdruck, und in dem ersten wiener Abdruck von 1815.

in einen andern teutschen Bundesstaat übergeht, und mit diesem nicht besondere Verhältnisse durch Freizügigkeits-Verträge bestehen [1]).

d) Die Bundesversammlung wird sich, bei ihrer ersten Zusammenkunft, mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Preßfreiheit und Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck beschäftigen [2])

Art. 19.

Die Bundesglieder behalten sich vor, bei der ersten Zusammenkunft der Bundesversammlung in Frankfurt [3]), wegen des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten [4]), so wie wegen der Schiffahrt nach Anleitung der auf dem Congreß zu Wien angenommenen Grundsätze [5]), in Berathung [6]) zu treten.

---

1) Der Antrag, den zur Nachsteuer berechtigten Unterobrigkeiten ihre Rechte vorzubehalten, ward verworfen. Acten rc., Bd. II, S. 368, 491 u. 508. Vergl. meine Uebersicht rc., S. 262 f. — Nähere Bestimmungen über die hier festgesetzte Nachsteuerfreiheit, enthält der unten abgedruckte Beschluß der Bundesversammlung vom 23. Juni 1817.

2) Nachricht von wiener Congreß-Verhandlungen über den Büchernachdruck, von dem Herausgeber, in den Acten rc., Bd. IV, S. 21 ff.

3) Acten rc., Bd. II, S. 536.

4) Acten rc., Bd. II, S. 369 f. 442, 471 f., 492 und 502. Meine Uebersicht rc., S. 261.

5) Von diesen sehe man die Acten der Congreß-Commission für die Freiheit der Flußschiffahrt, in dem dritten Band der Acten des wiener Congresses, S. 1 — 416. Der diesen Gegenstand betreffende Beschluß der Bundesversammlung in ihrem Protocoll der PlenarVersammlung v. 3. Aug. 1820, §. 4. ist unten abgedruckt.

6) Acten rc., Bd. II, S. 369, 388, 471, 492, u. 502. Meine Uebersicht rc. S. 261 und 251.

Art. 20.

Der gegenwärtige Vertrag wird von allen contrahirenden Theilen ratificirt werden, und die Ratificationen sollen binnen der Zeit von sechs Wochen, oder wo möglich noch früher, nach Wien an die kaiserlich-österreichische Hof- und StaatsCanzlei eingesandt, und bei Eröffnung des Bundes in das Archiv desselben niedergelegt werden [1]).

Zur Urkunde dessen, haben sämmtliche Bevollmächtigte den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet, und mit ihren Wappen besiegelt. So geschehen Wien, den achten Juni im Jahr ein tausend acht hundert und funfzehn.

(L. S.) Fürst von Metternich.
(L. S.) Freyherr von Wessenberg.
(L. S.) Carl Fürst von Hardenberg.
(L. S.) C. W. Freiherr von Humboldt.
(L. S.) Christian Graf von Bernstorff.
(L. S.) Joachim Graf von Bernstorff [2]).
(L. S.) Aloys Graf von Rechberg und Rothenlöwen.
(L. S.) Hans August Fürchtegott von Globig.
(L. S.) H. [3]) C. Freiherr von Gagern.

---

1) Die Ort- und ZeitData sämmtlicher Ratifications-Urkunden, findet man in Klüber's Staatsarchiv des t. Bundes, Heft V, S. 52 ff. und in v. Martens recueil des traités, Supplém. VI. 367 et suiv. — Die Beitritturkunden von Wirtemberg und Baden, sind oben in der Note zu Art. 4, Num. 6 u. 7, angezeigt.

2) Dieser Name steht an einer andern Stelle in demjenigen Abdruck der BundesActe, welcher dem ersten Protocoll der Bundesversammlung, vom 5. Nov. 1816, beigefügt ist.

3) D. h. Hanns. In dem Eingang der BundesActe, oben, wird er unrichtig Franz genannt. Auch steht in dem wiener amtlichen Abdruck F. C., statt H. C., und in dem Ab-

(L. S.) E. Graf von Münster.

(L. S.) E. Graf von Hardenberg [1]).

(L. S.) Graf von Keller, zugleich für Braunschweig.

(L. S.) Georg Ferdinand Freyherr von Lepel.

(L. S.) Johann Freiherr von Türckheim.

(L. S.) Freiherr von Minkwitz, substituirt für Herrn von Gersdorf, großherzoglich-sachsen-weimarschen Bevollmächtigten, und herzoglich-sachsen-gotha'scher und sachsen-meinungscher Bevollmächtigter.

(L. S.) C. L. F. Freyherr von Baumbach.

(L. S.) Freyherr Fischler von Treuberg.

(L. S.) Freyherr von Maltzahn.

(L. S.) Leopold Freyherr von Plessen.

(L. S.) Freyherr von Oertzen.

(L. S.) von Wolfframsdorf.

(L. S.) Freyherr von Frank.

(L. S.) Franz Aloys Edler von Kirchbauer.

(L. S.) Freyherr Marschall von Bieberstein.

(L. S.) D. Georg von Wiese, fürstl. Lichtenstein- und Reussischer Bevollmächtigter.

(L. S.) von Weise.

(L. S.) Freyherr von Ketelhodt.

(L. S.) von Berg, fürstlich-Waldeck- u. Schaumburg-Lippischer Bevollmächtigter [2]).

(L. S.) Helwing.

(L. S.) J. F. Hach.

(L. S.) Danz.

(L. S.) Smidt.

(L. S.) Gries.

---

druck bei dem ersten Protocoll der Bundesversammlung, steht bloß F.

1) Mit diesem Namen fängt, in dem wiener HauptOriginal, die zweite Seite der Unterschriften an.

2) Mit diesem Namen fängt, in dem wiener HauptOriginal, die dritte Seite der Unterschriften an.

IV.

Wiener Schluß-Acte,

vom 15. Mai 1820,

oder

Schluß-Acte der über Ausbildung und Befestigung des Teutschen Bundes zu Wien gehaltenen Ministerial-Conferenzen,

erhoben

zu einem Grundgesetz des Bundes, durch einen Beschluß der Bundesversammlung in dem Plenum vom 8. Juni 1820;

zweiter

Haupt-Grundvertrag des Teutschen Bundes.

Mit Vorbericht, Uebersicht des Inhaltes, und etlichen Anmerkungen des Herausgebers.

Vorbericht.

Die Eile, mit welcher erst in den letzten Wochen des wiener Congresses die BundesActe zu Stande gebracht ward, hatte nicht zugelassen, ihr diejenige Entwickelung und Vollendung zu geben, welche das Interesse des Bundes, der einzelnen in ihm vereinigten Regierungen, und der ihrer Leitung anvertrauten Unterthanen forderte. Offene Geständnisse ihrer Unvollkommenheit, und daß sie die Erwartungen der teutschen Nation nur zum Theil erfüllen könne, indeß wünschenswerther gewesen sey, einen unvollkommenen Bund, als gar keinen, zu schließen, aber auch Aeusserungen der Hoffnung zu Verbesserung der Mängel, zu Modificationen und Ergänzungen, wurden förmlich in das Protocoll niedergelegt, von den Bevollmächtigten von Hannover, Preussen, Luxemburg, Nas-

sau, und den beiden mecklenburgischen Häusern [1]). Die Bundes-Acte selbst verwies in verschiedenen Stellen (Art. 6, 7, 8, 10, 16 und 19) auf Bestimmungen, grundgesetzliche und andere, primitive und nähere, welche nachfolgen sollten.

Manches Einzelne ward von der Bundesversammlung, in den ersten Jahren ihrer Wirksamkeit, zu Stande gebracht. Für Anderes, für einen zweiten HauptGrundvertrag des Bundes, ward, in der bewegten Zeit nach dem carlsbader Congreß, für nöthig oder nützlich erachtet, zu Wien eine Zusammenkunft von Special-Abgeordneten sämmtlicher Regierungen der teutschen Bundesstaaten zu veranstalten. Ein Resultat der von diesen Abgeordneten daselbst gehaltenen so genannten Ministerial- oder CabinetConferenzen, vom 25 November 1819 bis 24. Mai 1820, deren Protocolle zur Kenntniß des Publicums noch nicht gelangt sind, aber über Manches Aufschluß geben würden, war eine „SchlußActe „der über (für) Ausbildung und Befestigung des Teutschen Bun„des zu Wien gehaltenen MinisterialConferenzen." So ist sie betitelt, in dem in den BundestagsProtollen von 1820 befindlichen Abdruck; auch in jenem, der „mit hoher Bewilligung," in der „BundesPräsidialBuchdruckerey" veranstaltet, und im Verlag der Andreäischen Buchhandlung zu Frankfurt am Main, 1820, auf 21 Seiten in gr. 4. erschienen ist.

Von dieser Acte wird hier ein treuer und vollständiger Abdruck geliefert. Er folgt ausser der chronologischen Ordnung, unmittelbar nach der BundesActe, weil jener Acte, als dem zweiten HauptGrundvertrag des Teutschen Bundes diese Stelle gebührt.

An sich war dem oben genannten Resultat der wiener Conferenzen, die Kraft eines Grundvertrags des Teutschen Bundes noch nicht eigen. Zu definitiver Errichtung eines solchen, hatten die Mitglieder jener Conferenzen durch die von ihnen ausgewechselten Vollmachten sich gegenseitig nicht legitimirt. Vielmehr hatten sie gleich bei Eröffnung derselben erklärt, die Versammlung sey kein Congreß, und habe keine eigentlichen Beschlüsse zu fassen; doch werde sie sich, auf allseitig verbindliche Weise, zu weiterer

---

1) Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. II, S. 524 f., 656, 513, 514, 546 und 550.

gemeinsamer Behandlung der Bundesangelegenheiten vorbereitend vereinigen.

Diesem gemäß hatte die wiener Versammlung beschlossen, und zum Theil in dem Art. 65 ihrer SchlußActe ausdrücklich erklärt, daß die Ratification derselben, von Seite der Regierungen der Bundesstaaten, am Bundestag geschehen solle, und es sey derselben eine solche Form zu geben, daß ein Bundesbeschluß dieselbe als Grundgesetz proclamire, welchem sie zugleich als ein für sich bestehendes Werk beigefügt werde. Diese Ratification erfolgte, von sämmtlichen Regierungen, in einer Plenar-Versammlung der Bundesversammlung vom 8. Juni 1820. Zugleich ward durch den unten, unmittelbar nach der SchlußActe, abgedruckten Beschluß der Bundesversammlung „die zu Wien vollzogene SchlußActe, zu einem der BundesActe an Kraft und Gültigkeit gleichen Grundgesetze des Bundes erhoben [1]." Das Original derselben, nebst den zu Wien in den Conferenzen gehaltenen Protocollen von Num. 1 bis 34, mit ihren sämmtlichen Anlagen und den Vollmachten der Abgeordneten, ward in das Bundesarchiv niedergelegt.

Auch eine französische Uebersetzung der SchlußActe ward, gleichzeitig mit ihrer Entstehung, zu Wien veranstaltet, und dem oben gedachten Protocoll der Bundesversammlung stillschweigend beigefügt. In ihrer ersten Gestalt war dieselbe fehlerhaft und unvollständig; es mußte daher ein zweiter Abdruck nachfolgen, worin sie ergänzt und berichtigt ward [2].

---

1) Protocolle der Bundesversammlung, Bd. IX, S. 9 u. ff. der QuartAusgabe.

2) Von der Entstehungsart und dem rechtlichen Werth dieser Uebersetzung, s. man Klüber's Abhandlungen u. Beobachtungen, Bd. I, S. 70—82.

Uebersicht des Inhaltes.

Eingang.

Anlaß und Zweck dieser SchlußActe. Benennung der Bundesgenossen und ihrer Bevollmächtigten.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen: 1) über Wesen und Wirkungskreis des Bundes; 2) über die daraus abgeleiteten Attribute, Befugnisse und Obliegenheiten der Bundesversammlung (CompetenzBestimmung).

Art. 1. Begriff und Zweck des Bundes. — 2. Der Bund in Beziehung nach Innen und nach Aussen. — 3. Umfang und Schranken der Wirksamkeit des Bundes; die BundesActe sein erstes Grundgesetz. — 4. Befugniß zu Entwickelung und Ausbildung der BundesActe. — 5 Unauflöslichkeit des Bundes. Kein Mitglied darf austreten. — 6. Aufnahme neuer Mitglieder. Veränderungen in dem gegenwärtigen Besitzstande der Bundesglieder. Freiwillige Abtretung auf einem Bundesgebiet haftender SouverainetätsRechte ohne Zustimmung des Bundes, hat anders nicht statt, als zu Gunsten eines Bundesgenossen. — 7. Begriff der Bundesversammlung. — 8. Abhängigkeit der Bevollmächtigten am Bundestage von ihren Committenten. — 9. Bestimmung für die Wirksamkeit (Competenz) der Bundesversammlung. — 10. Erfordernisse für Verfassungsmäßigkeit der Beschlüsse der B. V. — 11. Zu einem Beschluß im engern Rath der B. V., gehört in der Regel absolute Stimmenmehrheit. — 12. Fälle, welche vor das Plenum der B. V. gehören: wo zu einem Beschluß 2/3 der Stimmen gehören. — 13. Vier Fälle, worin ein Beschluß durch Stimmenmehrheit nicht statt hat. — 14. Bei organischen Einrichtungen, gehört das Allgemeine vor das Plenum, wo unanimia erforderlich sind: die Entwicklung des Besondern, gehört vor den engern Rath. — 15. Fälle, wo ohne freie Zustimmung der Betheiligten ein Beschluß nicht gefaßt werden kann. (1) wo ein Bundesstaat ausser seinem Verhältniß zu dem Bund in Betrachtung kommt, folglich jura singulorum obwalten, oder 2) wo ihm eine Leistung oder Verwilligung

zugemuthet wird, die nicht in den gemeinsamen Verpflichtungen Aller begriffen ist.) — 16. Erbt ein souveraines teutsches Haus die Besitzungen des andern, so kann es darum in dem engern Rath nicht mehr als eine Stimme führen: ob es in dem Plenum die Stimmen des andern zu führen habe, hängt von der Gesammtheit des Bundes ab. — 17. Aufrechthaltung des wahren Sinnes der BundesActe, ihre Auslegung, und die Sorge für richtige Anwendung derselben, steht der B. V. zu. — 18. Für Erhaltung der innern Ruhe und Sicherheit des Bundes, hat die B. V. zu berathschlagen und zu beschliessen. Ihre Verfahrungsweise. — 19. 1) wenn zwischen Bundesgliedern Thätlichkeiten ausgeübt worden, oder zu besorgen sind; — 20. 2) wenn die B. V. von einem Bundesglied zum Schutz des Besitzstandes aufgerufen wird. — 21. In Streitigkeiten der Bundesglieder, hat die B. V. die Vermittelung durch einen Ausschuß zu versuchen, und, wenn diese fruchtlos, eine AusträgalInstanz zu veranlassen, nach Inhalt des BundestagsBeschlusses v. 16. Juni 1817. — 22. Pflicht und Befugniß des obersten Gerichtshofes eines Bundesstaates, wenn derselbe zur AusträgalInstanz gewählt ist. — 23. EntscheidungsNormen, welche hier zu befolgen sind. — 24. Befugniß der Bundesglieder zu Wählung besonderer Austräge oder Compromisse, für alle oder einzelne Fälle. Auch bleiben frühere Familien- oder VertragAusträge rechtsgültig. — 25. Aufrechthaltung der innern Ruhe oder Ordnung in den Bundesstaaten, steht den Regierungen allein zu. Mitwirkung der Gesammtheit kann jedoch als Ausnahme statt finden. — 26. Pflicht und Befugniß der B. V., wenn in einem Bundesstaat innere Unruhen ausgebrochen, oder zu besorgen sind. — 27. Pflicht der Regierung, in solchem Fall die B. V. von den Umständen hinlänglich in Kenntniß zu setzen. — 28. Pflicht und Befugniß der B. V., wenn in mehreren Bundesstaaten öffentliche Ruhe und gesetzliche Ordnung bedroht sind. — 29. Pflicht der B. V., wenn in einem Bundesstaat Justizverweigerung eintritt. — 30. Pflicht der B. V., wenn bei Forderungen von Privatpersonen, die Verpflichtung sie zu befriedigen zwischen mehreren Bundesstaaten zweifelhaft oder streitig ist. — 31. Recht und Pflicht der B. V. für Vollziehung der BundesActe und anderer Grundgesetze des Bundes, der B. V. Beschlüsse, der AusträgalErkenntnisse, der bei ihr vermittelten Vergleiche, und der von ihr übernommenen Garantien zu sorgen, mit Beobachtung der

in einer besondern ExecutionsOrdnung festgesetzten Normen. — 32. Ein ExecutionsVerfahren kann in der Regel nur gegen die Regierung selbst, statt finden. Ausnahmen von dieser Regel. — 33. Die Execution geschieht im Namen der Gesammtheit des Bundes. Die B. V. ertheilt den ExecutionsAuftrag, bestimmt die Stärke der ExecutionsMannschaft ꝛc. — 34. Verfahrungsweise der Regierung, welcher der ExecutionsAuftrag ertheilt ist.

Zweiter Abschnitt.

Auswärtige Verhältnisse des Bundes, nebst etlichen militärischen und finanziellen Competenz-Bestimmungen.

Art. 35. Kriegs-, Friedens-, Bündniß- und Vertragrecht des Bundes, für die bestimmten Zwecke. — 36. Verletzung eines einzelnen Bundesstaates von Auswärtigen, ist zugleich Verletzung der Gesammtheit. — 37. Verfahrungsweise der B. V., wenn ein Bundesstaat ihre Intervention anruft, bei Irrungen mit einer auswärtigen Macht. (Vertretung der Bundesglieder.) — 38. Desgleichen, wenn ein Bundesstaat oder die Gesammtheit von einem feindlichen Angriff bedroht ist. — 39. Wird das Bundesgebiet (?) von einer auswärtigen Macht feindlich überfallen, so tritt Krieg ein. — 40. Kriegserklärung kann nur in dem Plenum der B. V. beschlossen werden, mit einer Stimmenmehrheit von 2/3. — 41. Dann sind alle Bundesstaaten zur Theilnahme am Krieg verpflichtet; desgleichen zu den in dem engern Rath beschlossenen Vertheidigungsmaasregeln, wenn ein feindlicher Angriff droht. — 42. Befugniß einzelner Bundesstaaten, wenn die Vorfrage, ob Gefahr vorhanden sey, verneinend entschieden ist. — 43. Wie es zu halten, wenn bei Gefahr einzelner Bundesstaaten, ein streitender Theil auf Vermittlung des Bundes anträgt. — 44. Im Krieg kann ein Bundesstaat mehr als sein Contingent stellen; doch berechtigt dieses nicht zu einer Forderung an den Bund. — 45. Für Aufrechthaltung der Neutralität des Bundesgebietes, hat der engere Rath der Bundesversammlung zu sorgen, bei Krieg zwischen Auswärtigen oder sonst. — 46. Fremd bleibt dem Bund, der Krieg eines Bundesstaates, den er bloß als europäische Macht führt. — 47. Wozu der Bund verpflichtet ist, wenn ein solcher Staat in

seinen ausser dem Bund gelegenen Besitzungen bedroht oder angegriffen wird. — 48. Das in der BundesActe enthaltene Verbot der SeparatUnterhandlungen, Waffenstillstände und Friedensschlüsse, bei einem Bundeskrieg, gilt auch für die mit ausserhalb des Bundes befindlichen Besitzungen versehenen Bundesstaaten. — 49. Befugniß und Pflicht der Bundesversammlung bei Unterhandlungen zu Abschliessung eines Friedens oder Waffenstillstandes. — 50. Obliegenheit der B. V. in Hinsicht auf auswärtige Verhältnisse, bei Ausübung des Activ- und PassivGesandtschaftrechtes, bei Verhandlungen mit auswärtigen Mächten, Schliessung von Verträgen, Verwendung, Intervention 2c. — 51. Sie hat die organischen MilitärEinrichtungen und die Vertheidigungsanstalten zu beschliessen. — 52. Sie hat die Ausgaben des Bundes und das Geld-Matricularwesen festzusetzen.

Dritter Abschnitt.

Besondere Bestimmungen, in Beziehung auf gewisse im Innern der einzelnen Bundesstaaten bestehende Verhältnisse und Rechte.

Art. 53. Die B. V. hat die Vollziehung der in dem 2. Abschnitt der B. Acte enthaltenen besondern Bestimmungen in den Bundesstaaten zu bewirken, wo sie noch nicht statt gehabt hat. — 54. Namentlich daß der 13. Art. nicht unerfüllt bleibe, folglich in jedem Bundesstaat landständische Verfassung statt habe. — 55. Doch bleibt den souverainen Fürsten überlassen, diese Angelegenheit zu ordnen, mit Berücksichtigung sowohl der früher gesetzlich bestandenen landständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse. — 56. In anerkannter Wirksamkeit bestehende landständische Verfassungen, können nur auf verfassungsmäsigem Wege abgeändert werden. — 57. In den monarchischen Bundesstaaten soll die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staates vereinigt bleiben, und der Souverain kann durch eine landständische Verfassung nur in Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden. — 58. Durch eine landständische Verfassung dürfen die Bundesfürsten in Erfüllung ihrer Bundespflichten weder gehindert noch beschränkt werden. — 59. Wo Oeffentlichkeit landständischer Verhandlungen statt hat, soll durch die

Geschäftordnung dafür gesorgt werden, daß die gesetzlichen Grenzen der freien Aeusserung, weder bei den Verhandlungen, noch bei deren Bekanntmachung durch den Druck, auf eine die Ruhe des einzelnen Bundesstaates, oder des gesammten Teutschlands gefährdende Weise überschritten werde. — 60. Die B. V. kann die von einem Bundesglied für seine landständische Verfassung nachgesuchte Garantie übernehmen. Dadurch wird sie befugt, auf Anrufung die Verfassung aufrecht zu erhalten, und die über Auslegung oder Anwendung derselben entstandenen Irrungen durch Vermittelung oder compromissarische Entscheidung beizulegen. — 61. Ausser diesem Fall der besondern Garantie, und der Aufrechthaltung der über den 13. Artikel der B. Acte hier festgesetzten Bestimmungen, ist die B. V. nicht berechtigt, in landständischen Angelegenheiten oder Streitigkeiten zwischen dem Landesherrn und Ständen einzuwirken, so lang nicht dabei der Fall des 26. und 27. Artikels eintritt. — 62 Diese Bestimmungen über den 13. Artikel der B. A. sind auf die freien Städte in so weit anwendbar, als die besondern Verfassungen und Verhältnisse derselben es zulassen. — 63. In Hinsicht auf die sogenannten Mediatisirten, hat die B. V. auf genaue und vollständige Erfüllung des 14. Art. der B. A. zu sehen. Die Souveraine der Mediatisirten bleiben dem Bund zu jener Erfüllung fortwährend verpflichtet. Streitigkeiten über Anwendung der dem 14. Art. gemäß erlassenen Verordnungen oder Verträge, gehören zur Entscheidung vor die competenten Behörden des Bundesstaates. Aber im Fall verweigerter Rechtshülfe, oder einseitiger nachtheiliger Erklärung der durch die B. A. den Mediatisirten zugesicherten Rechte, bleibt diesen der Recurs an die B. V. vorbehalten. — 64. Bringen einzelne Bundesglieder Vorschläge zu gemeinnützigen Anordnungen an die B. V., und überzeugt sich diese von deren Zweckmäßigkeit und Ausführbarkeit, so muß sie sich bestreben, deßhalb eine freiwillige Vereinbarung unter sämmtlichen Bundesgliedern zu bewirken. — 65. Die in den Art. 16, 18 u. 19 der B. A. zur Berathung der B. V. gestellten Gegenstände, bleiben ihr zu fernerer Bearbeitung vorbehalten.

Diese SchlußActe soll durch einen förmlichen Beschluß der B. V. zu einem Grundgesetz erhoben werden.

BekräftigungsClausel. Datum loci et temporis. Siegel und Unterschriften der Bevollmächtigten.

* * *

Beschluß der Bundesversammlung vom 8. Juni 1820. wodurch die SchlußActe zu einem Grundgesetz des Bundes erhoben wird.

Die souverainen Fürsten und freien Städte

Deutschlands, eingedenk ihrer bei Stiftung des deutschen Bundes übernommenen Verpflichtung, den Bestimmungen der Bundesacte durch ergänzende und erläuternde Grundgesetze eine zweckgemäße Entwickelung [1]) und hiemit dem Bundes-Verein selbst die erforderliche Vollendung zu sichern, überzeugt, daß sie, um das Band, welches das gesammte Deutschland in Friede und Eintracht verbindet, unauflöslich zu befestigen, nicht länger anstehen durften jener Verpflichtung und einem allgemein gefühlten Bedürfnisse durch gemeinschaftliche Berathungen Genüge zu leisten, haben zu diesem Ende nachstehende Bevollmächtigte ernannt, nämlich:

---

1) In den wiener Ministerial- oder Cabinet-Conferenzen hatte der wirtembergische Abgeordnete einen großen Theil des ersten Abschnittes (der Art. 1 bis 34) dieser SchlußAtce, namentlich die acht ersten Artikel, für überflüssig, und dem darin bezogenen Gegenstand für nicht angemessen erklärt. Ihr Inhalt sey durch die BundesActe schon gegeben; es bedürfe keiner bloß im Ausdruck veränderten Wiederholung der schon in dieser Acte enthaltenen Grundsätze. Dawider brachte die Redactions-Commission ihre Gegengründe vor, in einem Vortrag, welcher in der 22. Sitzung, vom 15. April 1820, als Beilage A dem Protocoll beigefügt ward. Anm. des Herausg.

1) Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Hungarn und Böheim:

den Herrn Clemens Wenzel Lothar Fürsten von Metternich-Winneburg, Fürsten zu Ochsenhausen, Herzog von Portella, Ritter des goldnen Vliesses; Großkreuz des Königlich-Ungarischen St. Stephans-Ordens, des goldnen Civil-Ehrenkreuzes und des Ordens des heiligen Johanns von Jerusalem; Ritter der Russisch-Kaiserlichen Orden des heil. Andreas, des heil. Alexander-Newsky und der heil. Anna erster Classe, des Königlich-Sardinischen Ordens der Annunciade, des Königlich-Dänischen Elephanten-Ordens, des Königlich-Preussischen schwarzen Adlers und rothen Adlers und des Königlich-Schwedischen Seraphinen-Ordens; Großkreuz des Königlich Spanischen Ordens von Carl III., des Königlich-Portugiesischen Christus-Ordens und des Königlich-Französischen Ordens der Ehrenlegion; Ritter des Königlich-Sicilianischen St. Januarius- und Großkreuz des Königlich-Sicilianischen St. Ferdinand- und Verdienst-Ordens; Ritter des Königlich-Baierischen St. Hubert-Ordens; Großkreuz des Großherzoglich-Toscanischen St. Joseph-Ordens; Ritter des Königlich-Würtembergischen goldnen Adlers und des Königlich-Sächsischen Ordens der Rautenkrone, Großkreuz des Königlich-Niederländischen Löwen-, des Königlich-Hannövrischen Guelphen- und des Kurfürstlich-Hessischen Löwen-Ordens, und des Großherzoglich-Hessischen Hausordens; Ritter des Großherzoglich-Badischen Ordens der Treue, und Großkreuz des Constantinischen St. Georg-Ordens von Parma; Canzler des militärischen Marie-Theresien-Ordens, Curator der K. K. Academie der bildenden Künste und Conservator der Universität zu Krakau; Kämmerer, wirklichen geheimen

Rath, Staats- und Conferenz-, dann dirigirenden Minister der auswärtigen Angelegenheiten ꝛc.

2) Seine Majestät der König von Preussen:

den Herrn Grafen Christian Günther von Bernstorff, Ihren wirklichen geheimen Staats- und Cabinets-Minister, wie auch Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ritter des schwarzen und rothen Adler-Ordens, des St. Andreas- und des Elephanten-Ordens, Großkreuz des St. Stephans-Ordens der Ehrenlegion, des Danebrog-Ordens, des Großherzoglich-Badischen Ordens der Treue, des Zähringer Löwen- und des Hessischen Löwen-Ordens;

den Herrn Friedrich Wilhelm Ludwig Freiherrn von Krusemarck, Ihren General-Lieutenant, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Kaiserlich-Königlich-Apostolischen Majestät, Ritter des rothen Adler-Ordens erster Classe, des Verdienst-Ordens und des eisernen Kreuzes, Großkreuz des Schwedischen Militär-Schwert-Ordens; und

den Herrn Johann Emanuel von Küster, Ihren geheimen Staatsrath, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem König von Würtemberg und Sr. Königlichen Hoheit dem Großherzog von Baden, Ritter des rothen Adler-Ordens zweiter Classe und des eisernen Kreuzes.

3) Seine Majestät der König von Baiern:

den Herrn Freiherrn Friedrich von Zentner, Ihren wirklichen Staatsrath und General-Director im Staatsministerium des Innern, Reichsrath, Großkreuz des Civil-Verdienst-Ordens der Baierischen Krone; und

den Herrn Freiherrn Johann Gottlieb Eduard von Stainlein, Ihren geheimen Rath und bevollmächtigten Minister am Kaiserlich-Königlich-Oesterreichischen Hofe, Ritter des Civil-Verdienst-Ordens der Baierischen Krone, Commandeur des K. K. Oesterreichischen St. Leopold-Ordens und Ritter des Königlich-Preussischen rothen Adler-Ordens dritter Classe.

4) Seine Majestät der König von Sachsen:

den Herrn Detlev Grafen von Einsiedel, Ihren Cabinets-Minister, Staats-Secretär der innern Angelegenheiten, Kammerherrn und Domdechant zu Wurzen; Ritter des Königlich-Sächsischen Hausordens der Rautenkrone, des Königlich-Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens, des Königlich-Ungarischen St. Stephans-, des Königlich-Spanischen Ordens Carl des III., und des Großherzoglich-Weimarischen Falken-Ordens Großkreuz;

den Herrn Friedrich Albrecht Grafen von der Schulenburg-Closteroda, Ihren wirklichen geheimen Rath, Kammerherrn und bevollmächtigten Minister am Kaiserlich-Oesterreichischen Hofe, Ritter des Königlich-Sächsischen Hausordens der Rautenkrone, des Königlich-Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens, des K. K. Oesterreichischen Leopold-, und des Königlich-Preussischen rothen Adler-Ordens Großkreuz, Ritter des St. Johanniter-Maltheser-Ordens; und

den Herrn Hanns August Fürchtegott von Globig, Ihren geheimen Rath und Kammerherrn, Großkreuz des Königlich-Sächsischen Civil-Verdienst- und des Königlich-Preussischen rothen Adler-Ordens.

5) Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover:

den Herrn Ernst Friedrich Norbert Grafen von

Münster, Erblandmarschall des Königreichs Hannover, Großkreuz des Königlich-Hannövrischen Guelphen-Ordens und des Königlich-Ungarischen St. Stephans-Ordens, Ihren Staats- und Cabinets-Minister; und

den Herrn Ernst Christian Georg August Grafen von Hardenberg, Großkreuz des Königlich-Hannövrischen Guelphen-Ordens, des Kaiserlich-Oesterreichischen Leopold-Ordens, des Königlich-Preussischen rothen Adler-Ordens, Ritter des Johanniter-Ordens; Ihren Staats- und Cabinets-Minister, ausserordentlichen Abgesandten und bevollmächtigten Abgesandten an dem Hofe Sr. Kaiserlich-Königlich-Apostolischen Majestät.

6) Seine Majestät der König von Würtemberg:

den Herrn Ulrich Lebrecht Grafen von Mandelsloh, Ihren Staatsminister und ausserordentlichen bevollmächtigten Minister am Kaiserlich-Oesterreichischen Hofe; Großkreuz des Königlichen Ordens der Würtembergischen Krone, Ritter des Königlich-Baierischen St. Huberts-Ordens.

7) Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden:

den Herrn Reinhart Freiherrn von Berstett, Ihren wirklichen geheimen Rath, Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten, Großkreuz des Großherzoglichen Haus-Ordens der Treue und des Zähringer Löwens, wie auch des Kaiserlich-Russischen Alexander-Newsky- und des Großherzoglich-Sachsen-Weimarischen Ordens vom weissen Falken; und

den Herrn Friedrich Carl Freiherrn von Tettenborn, Commandeur des Großherzoglich-Badischen Militär Ordens, Ritter des Militär-Theresien- und des Oesterreich-

reichisch-Kaiserlichen Leopold-Ordens, Ritter des Russisch-Kaiserlichen Ordens der heil. Anna erster Classe, des heil. Wladimir zweiter, des heil. Georgs dritter Classe und des goldnen Ehrensäbels mit Brillanten, Offizier der Königlich-Französischen Ehrenlegion, Commandeur des Königlich-Preussischen rothen Adlers und des Königlich-Schwedischen Schwert-Ordens, Großkreuz des Großherzoglich-Hessischen Hausordens und des Kurhessischen Löwenordens, Ritter des Königlich-Baierischen Militär-Ordens, Großherzoglichen General-Lieutenant und General-Adjutanten der Cavallerie, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Kaiserlich-Königlich-Oesterreichischen Hofe.

8) Seine Königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen:

den Herrn Freiherrn von Münchhausen, Ihren geheimen Rath und Kammerherrn, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Hofe, Commandeur zweiter Classe des Kurhessischen Hausordens vom goldnen Löwen.

9) Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen:

den Herrn Carl du Bos Freiherrn du Thil, Ihren wirklichen geheimen Rath, Commandeur, Großkreuz des Großherzoglichen Hausordens und Commandeur erster Classe des Kurfürstlich-Hessischen Ordens vom goldnen Löwen.

10) Seine Majestät der König von Dänemark, Herzog von Holstein und Lauenburg:

den Herrn Joachim Friedrich Grafen von Bern-

storff, Ihren geheimen Conferenz-Rath, ausserordentlichen Abgesandten und bevollmächtigten Minister am Kaiserlich-Oesterreichischen Hofe, Großkreuz des Danebrog-Ordens.

11) Seine Majestät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg:

den Herrn Anton Reinhart von Falck, Commandeur des Niederländischen Löwenordens, Minister für den öffentlichen Unterricht, die National-Industrie und die Colonien.

12) Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar, und Ihre Dauchlauchten die Herzoge von Sachsen-Gotha, Sachsen-Coburg, Sachsen-Meinungen und Sachsen-Hildburghausen:

den Herrn Carl Wilhelm Freiherrn von Fritsch, Großherzoglich-Sachsen-Weimar-Eisenachischen wirklichen geheimen Rath und Staatsminister, Großkreuz des Großherzoglichen Hausordens vom weissen Falken.

13) Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel:

den Herrn Grafen von Münster etc.; und
den Herrn Grafen von Hardenberg etc.

Seine Durchlaucht der Herzog von Nassau:

den Herrn Freiherrn Ernst Franz Ludwig Marschall von Bieberstein, Ihren dirigirenden Staatsminister, des preussischen rothen Adler-Ordens, und des Großherzoglich-Badischen der Treue Großkreuz.

14) Ihre Königlichen Hohheiten die Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz:

den Herrn Leopold Hartwig Freiherrn von Plessen, Großherzoglich-Mecklenburg-Schwerinischen Staats- und Cabinets-Minister, Großkreuz des Königlich-Dänischen Danebrog-Ordens.

15) Ihre Durchlauchten die Herzoge von Holstein-Oldenburg, von Anhalt-Köthen, Anhalt-Dessau und Anhalt-Bernburg; die Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen und Rudolstadt:

den Herrn Günther Heinrich von Berg, Präsidenten des Oberappellations-Gerichts zu Oldenburg, Herzoglich-Holstein-Oldenburgischen, Herzoglich-Anhaltischen und Fürstlich-Schwarzburgischen Bundestags-Gesandten, Commandeur des Guelphen-Ordens.

16) Ihre Durchlauchten die Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Siegmaringen, Liechtenstein, Reuß ältere und jüngere Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck:

Den Herrn Freiherrn von Marschall 2c.

17) die freien Städte Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg:

den Herrn Johann Friedrich Hach, I. U. D. Senater zu Lübeck und Gesandten.

welche zu Wien, nach geschehener Auswechselung ihrer richtig befundenen Vollmachten, in Cabinets-Conferenzen zusammengetreten, und, nach sorgfältiger Erwägung und

Ausgleichung der wechselseitigen Ansichten, Wünsche und Vorschläge ihrer Regierungen, zu einer definitiven Vereinbarung über folgende Artikel gelangt sind:

Artikel I. Der deutsche Bund ist ein völkerrechtlicher Verein der deutschen souverainen Fürsten und freien Städte, zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit ihrer im Bunde begriffenen Staaten, und zur Erhaltung der innern und äussern Sicherheit Deutschlands.

Art. II. Dieser Verein besteht in seinem Innern als eine Gemeinschaft selbstständiger, unter sich unabhängiger Staaten, mit wechselseitigen gleichen Vertrags-Rechten und Vertrags-Obliegenheiten, in seinen äussern Verhältnissen aber, als eine in politischer Einheit verbundene Gesammt-Macht.

Art. III. Der Umfang und die Schranken, welche der Bund seiner Wirksamkeit vorgezeichnet hat, sind in der Bundesacte bestimmt, die der Grundvertrag und das erste Grundgesetz dieses Vereins ist. Indem dieselbe die Zwecke des Bundes ausspricht, bedingt und begrenzt sie zugleich dessen Befugnisse und Verpflichtungen.

Art. IV. Der Gesammtheit der Bundesglieder steht die Befugniß der Entwickelung und Ausbildung der Bundesacte zu, in so fern die Erfüllung der darin aufgestellten Zwecke solche nothwendig macht. Die deßhalb zu fassenden Beschlüsse dürfen aber mit dem Geiste der Bundesacte nicht im Widerspruch stehen, noch von dem Grundcharakter des Bundes abweichen.

Art. V. Der Bund ist als ein unauflöslicher Verein gegründet, und es kann daher der Austritt aus diesem Verein keinem Mitgliede desselben frei stehen.

Art. VI. Der Bund ist nach seiner ursprünglichen Bestimmung auf die gegenwärtig daran theilnehmenden Staaten beschränkt. Die Aufnahme eines neuen Mitgliedes kann nur statt haben, wenn die Gesammtheit der Bundesglieder- solche mit den bestehenden Verhältnissen vereinbar und dem Vortheil des Ganzen angemessen findet. Veränderungen in dem gegenwärtigen Besitzstande der Bundesglieder können keine Veränderungen in den Rechten und Verpflichtungen derselben in Bezug auf den Bund, ohne ausdrückliche Zustimmung der Gesammtheit bewirken. Eine freiwillige Abtretung auf einem Bundesgebiete haftender Souverainetäts-Rechte kann ohne solche Zustimmung nur zu Gunsten eines Mitverbündeten geschehen.

Art. VII. Die Bundesversammlung, aus den Bevollmächtigten sämmtlicher Bundesglieder gebildet, stellt den Bund in seiner Gesammtheit vor, und ist das beständige verfassungsmäßige Organ seines Willens und Handelns.

Art. VIII. Die einzelnen Bevollmächtigten am Bundestage sind von ihren Committenten unbedingt abhängig, und diesen allein wegen getreuer Befolgung der ihnen ertheilten Instructionen, so wie wegen ihrer Geschäftsführung überhaupt, verantwortlich.

Art. IX. Die Bundesversammlung übt ihre Rechte und Obliegenheiten nur innerhalb der ihr vorgezeichneten Schranken aus. Ihre Wirksamkeit ist zunächst durch die Vorschriften der Bundesacte, und durch die in Gemäßheit derselben beschlossenen oder ferner zu beschliessenden Grundgesetze, wo aber diese nicht zureichen, durch die im Grundvertrage bezeichneten Bundeszwecke bestimmt.

Art. X. Der Gesammtwille des Bundes wird durch verfassungsmäßige Beschlüsse der Bundesversammlung ausgesprochen; verfassungsmäßig aber sind diejenigen Beschlüsse, die innerhalb der Grenzen der Competenz der Bundesversammlung, nach vorgängiger Berathung, durch freie Abstimmung entweder im engern Rathe oder im Plenum, gefaßt werden, je nachdem das Eine oder das Andere durch die grundgesetzlichen Bestimmungen vorgeschrieben ist.

Art. XI. In der Regel faßt die Bundesversammlung die zur Besorgung der gemeinsamen Angelegenheiten des Bundes erforderlichen Beschlüsse im engern Rathe, nach absoluter Stimmenmehrheit. Diese Form der Schlußfassung findet in allen Fällen statt, wo bereits feststehende allgemeine Grundsätze in Anwendung, oder beschlossene Gesetze und Einrichtungen zur Ausführung zu bringen sind, überhaupt aber bei allen Berathungs-Gegenständen, welche die Bundesacte oder spätere Beschlüsse nicht bestimmt davon ausgenommen haben.

Art. XII. Nur in den in der Bundesacte ausdrücklich bezeichneten Fällen, und, wo es auf eine Kriegserklärung, oder Friedensschluß-Bestätigung von Seiten des Bundes ankommt, wie auch, wenn über die Aufnahme eines neuen Mitgliedes in den Bund entschieden werden soll, bildet sich die Versammlung zu einem Plenum. Ist in einzelnen Fällen die Frage, ob ein Gegenstand vor das Plenum gehört, zweifelhaft, so steht die Entscheidung derselben dem engern Rathe zu. Im Plenum findet keine Erörterung noch Berathung statt, sondern es wird nur darüber abgestimmt, ob ein im engern Rathe vorbereiteter Beschluß angenommen oder

verworfen werden soll. Ein gültiger Beschluß im Plenum setzt eine Mehrheit von zwei Dritttheilen der Stimmen voraus.

Art. XIII. Ueber folgende Gegenstände:

1) Annahme neuer Grundgesetze [1], oder Abänderung [2] der bestehenden;

2) Organische Einrichtungen, das heißt bleibende Anstalten, als Mittel zur Erfüllung der ausgesprochenen Bundeszwecke;

3) Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund;

4) Religions-Angelegenheiten;

findet kein Beschluß durch Stimmenmehrheit statt; jedoch [3] kann eine definitive Abstimmung über Gegenstände dieser Art nur nach genauer Prüfung und Erörterung der den Widerspruch einzelner Bundesglieder bestimmenden Gründe, deren Darlegung in keinem Falle verweigert werden darf, erfolgen.

---

1) Der wirtembergische Bevollmächtigte machte in den wiener Conferenzen den Antrag, daß eine Definition der Grundgesetze des Bundes, dieser SchlußActe einverleibt werde. Was die RedactionsCommission hierauf antwortete, findet man in Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes (2. Aufl.) §. 54. a. A. d. H.

2) Von den Verhandlungen in den wiener Conferenzen von 1820, über die Frage: ob zu (authentischer) Auslegung der BundesActe Einhelligkeit der Stimmen erforderlich sey? s. man Klüber's angef. öffentl. Recht (2. Aufl.), §. 121 d, Note d. Anm. d. H.

3) Diesen Nachsatz veranlaßte ein Widerspruch des nassauischen Abgeordneten zu den wiener MinisterialConferenzen. Man. s. Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 121 b, Note a, der zweiten Auflage. A. d. H.

Art. XIV. Was insbesondere die organischen Einrichtungen betrifft, so muß nicht nur über die Vorfrage, ob solche unter den obwaltenden Umständen nothwendig sind, sondern auch über Entwurf und Anlage derselben in ihren allgemeinen Umrissen und wesentlichen Bestimmungen, im Plenum und durch Stimmen-Einhelligkeit entschieden werden. Wenn die Entscheidung zu Gunsten der vorgeschlagenen Einrichtung ausgefallen ist, so bleiben die sämmtlichen weitern Verhandlungen über die Ausführung im Einzelnen der engern Versammlung überlassen, welche alle dabei noch vorkommenden Fragen durch Stimmenmehrheit entscheidet, auch, nach Befinden der Umstände, eine Commission aus ihrer Mitte anordnet, um die verschiedenen Meinungen und Anträge mit möglichster Schonung und Berücksichtigung der Verhältnisse und Wünsche der Einzelnen auszugleichen.

Art. XV. In Fällen, wo die Bundesglieder nicht in ihrer vertragsmäsigen Einheit, sondern als einzelne, selbstständige und unabhängige Staaten erscheinen, folglich jura singulorum obwalten, oder wo einzelnen Bundesgliedern eine besondere, nicht in den gemeinsamen Verpflichtungen Aller begriffene Leistung oder Verwilligung für den Bund zugemuthet werden sollte, kann ohne freie Zustimmung sämmtlicher Betheiligten kein dieselben verbindender Beschluß gefaßt werden.

Art. XVI. Wenn die Besitzungen eines souverainen deutschen Hauses durch Erbfolge auf ein anderes übergehen, so hängt es von der Gesammtheit des Bundes ab, ob und in wiefern die auf jenen Besitzungen haftenden Stimmen im Plenum, da im engern Rathe kein Bundesglied mehr als eine Stimme führen kann, dem neuen Besitzer beigelegt werden sollen.

Art. XVII. Die Bundesversammlung ist berufen, zur Aufrechthaltung des wahren Sinnes der Bundesacte, die darin enthaltenen Bestimmungen, wenn über deren Auslegung Zweifel entstehen sollten, dem Bundeszweck gemäß zu erklären [1]), und in allen vorkommenden Fällen den Vorschriften dieser Urkunde ihre richtige Anwendung zu sichern.

Art. XVIII. Da Eintracht und Friede unter den Bundesgliedern ungestört aufrecht erhalten werden soll, so hat die Bundesversammlung, wenn die innere Ruhe und Sicherheit des Bundes auf irgend eine Weise bedroht oder gestört ist, über Erhaltung oder Wiederherstellung derselben Rath zu pflegen, und die dazu geeigneten Beschlüsse nach Anleitung der in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen zu fassen.

Art. XIX. Wenn zwischen Bundesgliedern Thätlichkeiten zu besorgen, oder wirklich ausgeübt worden sind, so ist die Bundesversammlung berufen, vorläufige Maasregeln zu ergreifen, wodurch jeder Selbsthülfe vorgebeugt und der bereits unternommenen Einhalt gethan werde. Zu dem Ende hat sie vor allem für Aufrechthaltung des Besitzstandes Sorge zu tragen.

Art. XX. Wenn die Bundesversammlung von einem Bundesgliede zum Schutze des Besitzstandes angerufen wird, und der jüngste Besitzstand streitig ist, so soll sie für diesen besondern Fall befugt seyn, ein bei der Sache nicht betheiligtes Bundesglied in der Nähe des zu schützenden Gebietes aufzufordern, die Thatsache des jüngsten

---

2) Hievon s. man oben, die Note 2 zu Art. 13, Num. 1.
A. d. H.

Besitzes, und die angezeigte Störung desselben ohne Zeitverlust durch seinen obersten Gerichtshof summarisch untersuchen und darüber einen rechtlichen Bescheid abfassen zu lassen, dessen Vollziehung die Bundesversammlung, wenn der Bundesstaat, gegen welchen er gerichtet ist, sich nicht auf vorgängige Aufforderung freiwillig dazu versteht, durch die ihr zu diesem Ende angewiesenen Mittel zu bewirken hat.

Art. XXI. Die Bundesversammlung hat in allen, nach Vorschrift der Bundesacte bei ihr anzubringenden Streitigkeiten der Bundesglieder die Vermittelung durch einen Ausschuß zu versuchen. Können die entstandenen Streitigkeiten auf diesem Wege nicht beigelegt werden, so hat sie die Entscheidung derselben durch eine Austrägal-Instanz [1]) zu veranlassen, und dabei, so lange nicht wegen der Austrägal-Gerichte überhaupt eine anderweitige Uebereinkunft zwischen den Bundesgliedern statt gefunden hat, die in dem Bundestags-Beschlusse vom sechzehnten Juni achtzehn hundert und siebenzehn enthaltenen Vorschriften, so wie den in Folge gleichzeitig an die Bundestags-Gesandten ergehender Instructionen, zu fassenden besondern Beschluß [2]) zu beobachten.

---

1) Von der, auf dem wiener Congreß von 1814 und 1815, und in den wiener MinisterialConferenzen von 1820, zur Sprache gebrachten Errichtung eines permanenten Bundes- oder AusträgalGerichtes, s. man Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 157. der zweiten Auflage, und mehr in der dritten, die nächstens folgen wird. A. d. H.

2) Dieser besondere Beschluß, bestehend aus eilf Artikeln, befindet sich in dem Protocoll der PlenarVersammlung vom 3. August 1820, §. 2. Er ist unten abgedruckt. In solchen sind die Art. 21, 22 und 23 gegenwärtiger SchlußActe, als Art. 1, 2 und 3 wörtlich aufgenommen.

Art. XXII. Wenn nach Anleitung des obgedachten Bundestags-Beschlusses der oberste Gerichtshof eines Bundesstaats zur Austrägal-Instanz gewählt ist, so steht demselben die Leitung des Processes und die Entscheidung des Streits in allen seinen Haupt- und Nebenpuncten uneingeschränkt und ohne alle weitere Einwirkung der Bundesversammlung oder der Landesregierung [3]) zu. Letztere wird jedoch, auf Antrag der Bundesversammlung, oder der streitenden Theile, im Fall einer Zögerung von Seiten des Gerichts, die zur Beförderung der Entscheidung nöthigen Verfügungen erlassen.

Art. XXIII. Wo keine besondern Entscheidungs-Normen vorhanden sind, hat das Austrägal-Gericht nach den in Rechtsstreitigkeiten derselben Art vormals von den Reichsgerichten subsidiarisch befolgten Rechtsquellen, in so fern solche auf die jetzigen Verhältnisse der Bundesglieder noch anwendbar sind, zu erkennen.

Art. XXIV. Es steht übrigens den Bundesgliedern frei, sowohl bei einzelnen vorkommenden Streitigkeiten, als für alle künftige Fälle, wegen besonderer Austräge oder Compromisse übereinzukommen, wie denn auch frühere Familien- oder Vertrags-Austräge durch Errichtung der Bundes-Austrägal-Instanz nicht aufgehoben, noch abgeändert werden.

Art. XXV. Die Aufrechthaltung der innern Ruhe und Ordnung in den Bundesstaaten steht den Regierungen allein zu. Als Ausnahme kann jedoch, in Rücksicht auf die innere Sicherheit des gesammten Bundes, und in Folge der Verpflichtung der Bundesglieder zu gegen-

3) Der Landesregierung desjenigen Bundesstaates, dessen Gerichtshof die AusträgalInstanz bildet. A. d. H.

seitiger Hülfsleistung, die Mitwirkung der Gesammtheit zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Ruhe, im Fall einer Widersetzlichkeit der Unterthanen gegen die Regierung, eines offenen Aufruhrs, oder gefährlicher Bewegungen in mehreren Bundesstaaten, statt finden.

Art. XXVI. Wenn in einem Bundesstaate durch Widersetzlichkeit der Unterthanen gegen die Obrigkeit die innere Ruhe unmittelbar gefährdet, und eine Verbreitung aufrührerischer Bewegungen zu fürchten, oder ein wirklicher Aufruhr zum Ausbruch gekommen ist, und die Regierung selbst, nach Erschöpfung der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, den Beistand des Bundes anruft, so liegt der Bundesversammlung ob, die schleunigste Hülfe zur Wiederherstellung der Ordnung zu veranlassen. Sollte im letztgedachten Falle die Regierung notorisch ausser Stande seyn, den Aufruhr durch eigene Kräfte zu unterdrücken, zugleich aber durch die Umstände gehindert werden, die Hülfe des Bundes zu begehren, so ist die Bundesversammlung nichts desto weniger verpflichtet, auch unaufgerufen zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit einzuschreiten. In jedem Falle aber dürfen die verfügten Maasregeln von keiner längern Dauer seyn, als die Regierung, welcher die bundesmäßige Hülfe geleistet wird, es nothwendig erachtet.

Art. XXVII. Die Regierung, welcher eine solche Hülfe zu Theil geworden, ist gehalten, die Bundesversammlung von der Veranlassung der eingetretenen Unruhen in Kenntniß zu setzen, und von den zur Befestigung der wiederhergestellten gesetzlichen Ordnung getroffenen Maasregeln eine beruhigende Anzeige an dieselbe gelangen zu lassen.

Art. XXVIII. Wenn die öffentliche Ruhe und gesetzliche Ordnung in mehreren Bundesstaaten durch gefährliche Verbindungen und Anschläge bedroht sind, und dagegen nur durch Zusammenwirken der Gesammtheit zureichende Maasregeln ergriffen werden können, so ist die Bundesversammlung befugt und berufen, nach vorgängiger Rücksprache mit den zunächst bedrohten Regierungen, solche Maasregeln zu berathen und zu beschliessen.

Art. XXIX. Wenn in einem Bundesstaate der Fall einer Justiz-Verweigerung [1a]) eintritt, und auf gesetzlichen Wegen ausreichende Hülfe nicht erlangt werden kann, so liegt der Bundesversammlung ob, erwiesene, nach der Verfassung und den bestehenden Gesetzen jedes Landes zu

---

1a) Zufolge der RechtsAnalogie a contrario wäre widersinnig, den Art. 29 so auszulegen, daß des Schutzes der Bundesversammlung nur Der sich solle zu erfreuen haben, dem der Rechtsweg erschwert oder versperrt wird; nicht auch Der, dem sogar das auf dem Rechtsweg durch förmlichen Richterspruch erworbene Recht, von dem Inhaber der Staatsgewalt durch absolute Cassirung des Richterspruchs, wohl gar durch beschimpfende Zerreissung desselben vor den Augen der versammelten Richter, — wie am 9. Jänner 1830 zu Wolfenbüttel vor dem Landesgericht, auf unmittelbaren landesherrlichen Befehl, durch einen an dasselbe abgeordneten Commissär geschah — willkührlich, von Gewaltwegen, vernichtet ward. Oder wäre Der, dem, durch Eigenmacht von Oben herab, im Verhältniß zu der Rechtspflege grösseres Unrecht zugefügt worden ist, minder schutzberechtigt, als der, dem geringeres widerfahren ist, mithin jener in Beziehung auf den Rechtschutz deterioris conditionis, als dieser? Und wäre der Mißbrauch der Staatsgewalt, im Verhältniß zu der gesetzmäßigen Rechtspflege, in dem letzten Fall geringer, als in dem ersten? Anm. des Herausgebers.

beurtheilende Beschwerden über verweigerte oder gehemmte Rechtspflege anzunehmen, und darauf die gerichtliche Hülfe bei der Bundesregierung [1b]), die zu der Beschwerde Anlaß gegeben hat, zu bewirken.

Art. XXX. Wenn Forderungen von Privatpersonen deßhalb nicht befriedigt werden können, weil die Verpflichtung, denselben Genüge zu leisten, zwischen mehreren Bundesgliedern zweifelhaft oder bestritten ist, so hat die Bundesversammlung, auf Anrufen der Betheiligten [2]), zuvörderst eine Ausgleichung auf gütlichem Wege zu versuchen, im Fall aber, daß dieser Versuch ohne Erfolg bliebe, und die in Anspruch genommenen Bundesglieder sich nicht in einer zu bestimmenden Frist über ein Compromiß [3]) vereinigten, die rechtliche Entscheidung der streitigen Vorfrage [4]) durch eine Austrägal-Instanz zu veranlassen.

Art. XXXI. Die Bundesversammlung hat das

1b) Der Staats- oder Landesregierung des Bundesstaates, welche zu der Beschwerde Anlaß gegeben hat. A. d. H.

2) Die RedactionsCommission bei den wiener Verhandlungen, welche gegenwärtiger SchlußActe vorausgingen, erklärte in ihrem Vortrag, in dem Protocoll der 22. Sitzung vom 15. April 1820, was hier unter den Betheiligten zu verstehen sey. Man s. Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 148 m, Note c, der 2. Auflage. A. d. H.

3) Von dem Compromiß s. man oben, Art. 24. A. d. H.

4) In Absicht auf diese Vorfrage, sehe man die Erklärung der genannten RedactionsCommission, in Klüber's angef. öffentl. Recht, §. 148 m, Note a, der 2. Auflage. A. d. H.

Recht und die Verbindlichkeit, für die Vollziehung der Bundesacte und übrigen Grundgesetze des Bundes, der in Gemäßheit ihrer Competenz von ihr gefaßten Beschlüsse [1]), der durch Austräge gefällten schiedsrichterlichen Erkenntnisse, der unter die Gewährleistung des Bundes gestellten compromissarischen Entscheidungen und der am Bundestage vermittelten Vergleiche, so wie für die Aufrechthaltung der von dem Bunde übernommenen besonderen Garantien, zu sorgen, auch zu diesem Ende, nach Erschöpfung aller andern bundesverfassungsmäßigen Mittel, die erforderlichen Executions-Maasregeln, mit genauer Beobachtung der in einer besondern Executions-Ordnung [2]) dieserhalb festgesetzten Bestimmungen und Normen in Anwendung zu bringen.

Art. XXXII. Da jede Bundesregierung die Obliegenheit hat, auf Vollziehung der Bundesbeschlüsse zu halten, der Bundesversammlung aber eine unmittelbare Einwirkung auf die innere Verwaltung der Bundesstaaten nicht zusteht, so kann in der Regel nur gegen die Regierung selbst ein Executions-Verfahren statt finden. Ausnahmen von dieser Regel treten jedoch ein, wenn eine Bundesregierung, in Ermangelung eigner zureichenden Mittel, selbst die Hülfe des Bundes in Anspruch nimmt, oder wenn die Bundesversammlung unter den im sechs

---

1) Auch gehört hieher die Vollziehung der rechtlichen Bescheide, welche, in Gemäßheit des Art. 20., in Streitigkeiten von Bundesgliedern unter sich, über den jüngsten Besitzstand ergangen sind. A. d. H.

2) Diese Executions-Ordnung ward von der Bundesversammlung errichtet, in ihrer PlenarVersammlung, vom 3. August 1820. Sie steht unten abgedruckt. A. d. H.

und zwanzigsten Artikel bezeichneten Umständen, zur Wiederherstellung der allgemeinen Ordnung und Sicherheit unaufgerufen einzuschreiten verpflichtet ist. — Im ersten Fall muß jedoch immer in Uebereinstimmung mit den Anträgen der Regierung, welcher die bundesmäßige Hülfe geleistet wird, verfahren, und im zweiten Fall ein Gleiches, sobald die Regierung wieder in Thätigkeit gesetzt ist, beobachtet werden.

Art. XXXIII. Die Executions-Maasregeln werden im Namen der Gesammtheit des Bundes beschlossen und ausgeführt. Die Bundesversammlung ertheilt zu dem Ende, mit Berücksichtigung aller Localumstände und sonstigen Verhältnisse, einer oder mehreren, bei der Sache nicht betheiligten Regierungen, den Auftrag zur Vollziehung der beschlossenen Maasregeln, und bestimmt zugleich sowohl die Stärke der dabei zu verwendenden Mannschaft, als die nach dem jedesmaligen Zweck des Executions-Verfahrens zu bemessende Dauer desselben.

Art. XXXIV. Die Regierung, an welche der Auftrag gerichtet ist, und welche solchen als eine Bundespflicht zu übernehmen hat, ernennt zu diesem Behuf einen Civil-Commissär, der, in Gemäßheit einer, nach den Bestimmungen der Bundesversammlung, von der beauftragten Regierung zu ertheilenden besondern Instruction, das Executions-Verfahren unmittelbar leitet. — Wenn der Auftrag an mehrere Regierungen ergangen ist, so bestimmt die Bundesversammlung, welche derselben den Civil-Commissär zu ernennen hat. Die beauftragte Regierung wird, während der Dauer des Executions-Verfahrens, die Bundesversammlung von dem Erfolge desselben

in

in Kenntniß erhalten, und sie, sobald der Zweck vollständig erfüllt ist, von der Beendigung des Geschäfts unterrichten [1]).

Art. XXXV. Der Bund hat als Gesammtmacht das Recht, Krieg, Frieden, Bündnisse und andere Verträge zu beschliessen. Nach dem im zweiten Artikel der Bundesacte ausgesprochenen Zwecke des Bundes übt derselbe aber diese Rechte nur zu seiner Selbstvertheidigung, zur Erhaltung der Selbstständigkeit und äussern Sicherheit Deutschlands, und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen Bundesstaaten aus.

Art. XXXVI. Da in dem eilften Artikel der Bundesacte alle Mitglieder des Bundes sich verbindlich gemacht haben, sowohl ganz Deutschland, als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen, und sich gegenseitig ihre sämmtlichen unter dem Bunde begriffenen Besitzungen zu garantiren, so kann kein einzelner Bundesstaat von Auswärtigen verletzt werden, ohne daß die Verletzung zugleich und in demselben Maase die Gesammtheit des Bundes treffe.

Dagegen sind die einzelnen Bundesstaaten verpflichtet, von ihrer Seite weder Anlaß zu dergleichen Verletzungen zu geben, noch auswärtigen Staaten solche zuzufügen. — Sollte von Seiten eines fremden Staates über eine von einem Mitgliede des Bundes ihm widerfahrene Verletzung bei der Bundesversammlung Beschwerde geführt, und diese gegründet befunden werden, so liegt der Bundesversammlung ob, das Bundesglied, welches die Beschwerde veranlaßt hat, zur schleunigen und genü-

---

1) Vorstehende Artikel 31, 32, 33 und 34, sind der in der Note zu Art. 31 angeführten Executions-Ordnung wörtlich einverleibt. A. d. H.

genden Abhülfe aufzufordern, und mit dieser Aufforderung, nach Befinden der Umstände, Maasregeln, wodurch weitern friedestörenden Folgen zur rechten Zeit vorgebeugt werde, zu verbinden.

Art. XXXVII. Wenn ein Bundesstaat, bei einer zwischen ihm und einer auswärtigen Macht entstandenen Irrung, die Dazwischenkunft des Bundes anruft, so hat die Bundesversammlung den Ursprung solcher Irrung und das wahre Sachverhältniß sorgfältig zu prüfen. — Ergiebt sich aus dieser Prüfung, daß dem Bundesstaate das Recht nicht zur Seite steht, so hat die Bundesversammlung denselben von Fortsetzung des Streites ernstlich abzumahnen, und die begehrte Dazwischenkunft zu verweigern, auch erforderlichen Falls zur Erhaltung des Friedensstandes geeignete Mittel anzuwenden. Ergiebt sich das Gegentheil, so ist die Bundesversammlung verpflichtet [1]), dem verletzten Bundesstaate ihre wirksamste Verwendung und Vertretung angedeihen zu lassen, und solche so weit auszudehnen, als nöthig ist damit demselben volle Sicherheit und angemessene Genugthuung zu Theil werde.

Art. XXXVIII. Wenn aus der Anzeige eines Bundesstaats, oder aus andern zuverlässigen Angaben, Grund zu der Besorgniß geschöpft wird, daß ein einzelner Bundesstaat, oder die Gesammtheit des Bundes, von einem feindlichen Angriffe bedroht sey, so muß die Bundesversammlung sofort die Frage, ob die Gefahr eines solchen Angriffes wirklich vorhanden ist, in Berathung nehmen, und darüber in der kürzest-möglichen Zeit einen Ausspruch thun. — Wird die Gefahr anerkannt, so muß, gleichzeitig mit diesem Ausspruche, wegen der in solchem Falle unverzüglich in

1) Vergl. unten Art. 60 Num 4. A. d. H.

Wirksamkeit zu setzenden Vertheidigungs-Maasregeln, ein Beschluß gefaßt werden. Beides, jener Ausspruch und dieser Beschluß, ergeht von der engern Versammlung, die dabei nach der in ihr geltenden absoluten Stimmenmehrheit verfährt.

Art. XXXIX. Wenn das Bundesgebiet von einer auswärtigen Macht feindlich überfallen wird, tritt sofort der Stand des Krieges ein, und es muß in diesem Falle, was auch ferner von der Bundesversammlung beschlossen werden mag, ohne weitern Verzug zu den erforderlichen Vertheidigungs-Maasregeln geschritten werden.

Art. XL. Sieht sich der Bund zu einer förmlichen Kriegserklärung genöthigt, so kann solche nur in der vollen Versammlung [1]) nach der für dieselbe vorgeschriebenen Stimmenmehrheit von zwei Drittheilen beschlossen werden.

Art. XLI. Der in der engern Versammlung gefaßte Beschluß über die Wirklichkeit der Gefahr eines feindlichen Angriffes verbindet sämmtliche Bundesstaaten zur Theilnahme an den vom Bundestage nothwendig erachteten Vertheidigungs-Maasregeln. Gleicherweise verbindet die in der vollen Versammlung ausgesprochene Kriegserklärung sämmtliche Bundesstaaten zur unmittelbaren Theilnahme an dem gemeinschaftlichen Kriege.

Art. XLII. Wenn die Vorfrage, ob Gefahr vorhanden ist, durch die Stimmenmehrheit verneinend entschieden wird, so bleibt nichts desto weniger denjenigen Bundesstaaten, welche von der Wirklichkeit der Gefahr überzeugt sind, unbenommen, gemeinschaftliche Vertheidigungs-Maasregeln unter einander zu verabreden.

Art. XLIII. Wenn in einem Falle, wo es die Ge-

---

1) Man vergl. oben Art. 12. A. d. H.

fahr und Beschützung einzelner Bundesstaaten gilt, einer der streitenden Theile auf die förmliche Vermittelung des Bundes anträgt, so wird derselbe, in so fern er es der Lage der Sachen und seiner Stellung angemessen findet, unter vorausgesetzter Einwilligung des andern Theils, diese Vermittelung übernehmen; jedoch darf dadurch der Beschluß wegen der zur Sicherheit des Bundesgebiets zu ergreifenden Vertheidigungs-Maasregeln nicht aufgehalten werden, noch in der Ausführung der bereits beschlossenen ein Stillstand oder eine Verzögerung eintreten.

Art. XLIV. Bei ausgebrochenem Kriege steht jedem Bundesstaate frei zur gemeinsamen Vertheidigung eine grössere Macht zu stellen, als sein Bundes-Contingent beträgt; es kann jedoch in dieser Hinsicht keine Forderung an den Bund statt finden.

Art. XLV. Wenn in einem Kriege zwischen auswärtigen Mächten oder in andern Fällen Verhältnisse eintreten, welche die Besorgniß einer Verletzung der Neutralität des Bundesgebiets veranlassen, so hat die Bundesversammlung ohne Verzug im engern Rathe die zur Behauptung dieser Neutralität erforderlichen Maasregeln zu beschliessen.

Art. XLVI. Beginnt ein Bundesstaat, der zugleich ausserhalb des Bundesgebiets Besitzungen hat, in seiner Eigenschaft als Europäische Macht einen Krieg, so bleibt ein solcher, die Verhältnisse und Verpflichtungen des Bundes nicht berührender Krieg dem Bunde ganz fremd.

Art. XLVII. In den Fällen, wo ein solcher Bundesstaat in seinen ausser dem Bunde belegenen Besitzungen bedroht oder angegriffen wird, tritt für den Bund die Verpflichtung zu gemeinschaftlichen Vertheidigungs-Maasregeln, oder zur Theilnahme und Hülfsleistung nur in

so fern ein, als derselbe, nach vorgängiger Berathung durch Stimmenmehrheit in der engern Versammlung, Gefahr für das Bundesgebiet erkennt. — Im letztern Falle finden die Vorschriften der vorhergehenden Artikel ihre gleichmäsige Anwendung.

Art. XLVIII. Die Bestimmung der Bundesacte, vermöge welcher, nach einmal erklärtem Bundeskriege kein Mitglied des Bundes einseitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schliessen darf, ist für sämmtliche Bundesstaaten, sie mögen ausserhalb des Bundes Besitzungen haben oder nicht, gleich verbindlich.

Art. XLIX. Wenn von Seiten des Bundes Unterhandlungen über Abschluß des Friedens oder eines Waffenstillstandes statt finden, so hat die Bundesversammlung zu specieller Leitung derselben einen Ausschuß zu bestellen, zu dem Unterhandlungs-Geschäft selbst aber eigene Bevollmächtigte zu ernennen, und mit gehörigen Instructionen zu versehen. Die Annahme und Bestätigung eines Friedensvertrags kann nur in der vollen Versammlung geschehen.

Art. L. In Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse überhaupt liegt der Bundesversammlung ob:

1) Als Organ der Gesammtheit des Bundes für die Aufrechthaltung friedlicher und freundschaftlicher Verhältnisse mit den auswärtigen Staaten Sorge zu tragen;

2) Die von fremden Mächten bei dem Bunde beglaubigten Gesandten anzunehmen, und, wenn es nöthig befunden werden sollte, im Namen des Bundes Gesandte an fremde Mächte abzuordnen [1]);

1) In den wiener Ministerial-Conferenzen ward dem Protocoll

3) In eintretenden Fällen Unterhandlungen für die Gesammtheit des Bundes zu führen und Verträge für denselben abzuschliessen;

4) Auf Verlangen einzelner Bundesregierungen [1]), für dieselben, die Verwendung des Bundes bei fremden Regierungen, und, in gleicher Art, auf Verlangen fremder Staaten, die Dazwischenkunft des Bundes bei einzelnen Bundesgliedern eintreten zu lassen.

Art. LI. Die Bundesversammlung ist ferner verpflichtet, die auf das Militärwesen des Bundes Bezug habenden organischen Einrichtungen, und die zur Sicherstellung seines Gebiets erforderlichen Vertheidigungs-Anstalten zu beschliessen.

Art. LII. Da zu Erreichung der Zwecke und Besorgung der Angelegenheiten des Bundes von der Gesammtheit der Mitglieder Geldbeiträge zu leisten sind, so hat die Bundesversammlung

1) den Betrag der gewöhnlichen verfassungsmäsigen Ausgaben, so weit solches im Allgemeinen geschehen kann, festzusetzen;

2) in vorkommenden Fällen die zur Ausführung besonderer, in Hinsicht auf anerkannte Bundeszwecke gefaßten Beschlüsse erforderlichen ausserordentlichen Ausgaben und die zur Bestreitung derselben zu leistenden Beiträge zu bestimmen;

3) das matrikelmäsige Verhältniß, nach welchem

---

vom 15. Mai 1820, Sitzung 30, die Bemerkung einverleibt, es sey im Art. 50, Num. 2, der SchlußActe die Absicht, bloß in ausserordentlichen Fällen von Bundeswegen Gesandte zu ernennen. A. d. H.

1) Einzelner bundesverwandter Regierungen. A. d. H.

von den Mitgliedern des Bundes beizutragen ist, festzusetzen;

4) die Erhebung, Verwendung und Verrechnung der Beiträge anzuordnen und darüber die Aufsicht zu führen.

Art. LIII. Die durch die Bundesacte den einzelnen Bundesstaaten garantirte Unabhängigkeit schließt zwar im Allgemeinen jede Einwirkung des Bundes in die innere Staatseinrichtung und Staatsverwaltung aus. Da aber die Bundesglieder sich in dem zweiten Abschnitt [1]) der Bundesacte über einige besondere Bestimmungen vereinigt haben, welche sich theils auf Gewährleistung zugesicherter Rechte, theils auf bestimmte Verhältnisse der Unterthanen beziehen, so liegt der Bundesversammlung ob, die Erfüllung der durch diese Bestimmungen übernommenen Verbindlichkeiten, wenn sich aus hinreichend begründeten Anzeigen der Betheiligten ergiebt, daß solche nicht statt gefunden habe, zu bewirken. Die Anwendung der in Gemäßheit dieser Verbindlichkeiten getroffenen allgemeinen Anordnungen auf die einzelnen Fälle bleibt jedoch den Regierungen allein überlassen [2]).

Art. LIV. Da nach dem Sinn des dreizehnten Artikels der Bundesacte und den darüber erfolgten spätern

---

1) Art. 12 bis 19. A. d. H.

2) Hiernach sind auch die Fragen zu beurtheilen: ob oder wiefern eine bundesverwandte Staatsregierung befugt sey, zu Bundesbeschlüssen, die mit der Landes-Grundverfassung in Widerspruch stehen, ihre Zustimmung zu geben? und ob oder wie weit Beschlüsse dieser Art, selbst nach erfolgter Bekanntmachung, landesverfassungsmäßig in demselben Lande verbindende Kraft haben? Man s. Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes ꝛc., §. 217 b, Note c, 2. Auflage. A. d. H.

Erklärungen in allen Bundesstaaten landständische Verfassungen statt finden sollen, so hat die Bundesversammlung darüber zu wachen, daß diese Bestimmung in keinem Bundesstaat unerfüllt bleibe.

Art. LV. Den souverainen Fürsten der Bundesstaaten bleibt überlassen, diese innere Landes-Angelegenheit, mit Berücksichtigung sowohl der früherhin gesetzlich bestandenen ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse zu ordnen.

Art. LVI. Die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden.

Art. LVII. Da der deutsche Bund, mit Ausnahme der freien Städte, aus souverainen Fürsten besteht, so muß, dem hierdurch gegebenen Grundbegriffe zufolge, die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staats vereinigt bleiben, und der Souverain kann durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden [1]).

Art. LVIII. Die im Bunde vereinten souverainen Fürsten dürfen durch keine landständische Verfassung in der Erfüllung ihrer bundesmäßigen Verpflichtungen gehindert oder beschränkt werden.

Art. LIX. Wo die Oeffentlichkeit landständischer Verhandlungen durch die Verfassung gestattet ist, muß durch die Geschäftsordnung dafür gesorgt werden, daß

1) Ob der Bund berechtigt sey, eine allgemein verbindliche Regel über die Verfassung der einzelnen bundesverwandten Staaten aufzustellen? Davon s. man Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 217 b, Note d, der 2. Auflage.
A. d. H.

die gesetzlichen Grenzen der freien Aeusserung, weder bei den Verhandlungen selbst, noch bei deren Bekanntmachung durch den Druck, auf eine die Ruhe des einzelnen Bundesstaats oder des gesammten Deutschlands gefährdende Weise überschritten werden.

Art. LX. Wenn von einem Bundesgliede die Garantie des Bundes für die in seinem Lande eingeführte landständische Verfassung nachgesucht wird, so ist die Bundesversammlung berechtigt, solche zu übernehmen. Sie erhält dadurch die Befugniß, auf Anrufung der Betheiligten, die Verfassung aufrecht zu erhalten, und die über Auslegung oder Anwendung derselben entstandenen Irrungen, so fern dafür nicht anderweitig Mittel und Wege gesetzlich vorgeschrieben sind, durch gütliche Vermittelung oder compromissarische Entscheidung beizulegen.

Art. LXI. Ausser dem Fall der übernommenen besondern Garantie einer landständischen Verfassung, und der Aufrechthaltung der über den dreizehnten Artikel der Bundesacte hier festgesetzten Bestimmungen, ist die Bundesversammlung nicht berechtigt, in landständische Angelegenheiten, oder in Streitigkeiten zwischen den Landesherren und ihren Ständen einzuwirken, so lange solche nicht den im sechs und zwanzigsten Artikel bezeichneten Charakter annehmen, in welchem Falle die Bestimmungen dieses, so wie des sieben und zwanzigsten Artikels auch hiebei ihre Anwendung finden. — Der sechs und vierzigste Artikel der Wiener Congreßacte vom Jahre achtzehn hundert und funfzehn, in Betreff der Verfassung der freien Stadt Frankfurt, erhält jedoch hierdurch keine Abänderung.

Art. LXII. Die vorstehenden Bestimmungen in Bezug auf den dreizehnten Artikel der Bundesacte sind auf

die freien Städte in so weit anwendbar, als die besondern Verfassungen und Verhältnisse derselben es zulassen.

Art. LXIII. Es liegt der Bundesversammlung ob, auf die genaue und vollständige Erfüllung derjenigen Bestimmungen zu achten, welche der vierzehnte Artikel der Bundesacte in Betreff der mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsstände und des ehemaligen unmittelbaren Reichsadels enthält. Diejenigen Bundesglieder, deren Ländern die Besitzungen derselben einverleibt worden, bleiben gegen den Bund zur unverrückten Aufrechthaltung der durch jene Bestimmungen begründeten staatsrechtlichen Verhältnisse verpflichtet. Und wenn gleich die über die Anwendung der in Gemäßheit des vierzehnten Artikels der Bundesacte erlassenen Verordnungen oder abgeschlossenen Verträge entstehenden Streitigkeiten in einzelnen Fällen an die competenten Behörden des Bundesstaats, in welchem die Besitzungen der mittelbar gewordenen Fürsten, Grafen und Herren gelegen sind, zur Entscheidung gebracht werden müssen, so bleibt denselben doch, im Fall der verweigerten gesetzlichen und verfassungsmäßigen Rechtshülfe oder einer einseitigen zu ihrem Nachtheil erfolgten legislativen Erklärung der durch die Bundesacte ihnen zugesicherten Rechte, der Recurs an die Bundesversammlung vorbehalten; und diese ist in einem solchen Falle verpflichtet, wenn sie die Beschwerde gegründet findet, eine genügende Abhülfe zu bewirken.

Art. LXIV. Wenn Vorschläge zu gemeinnützigen Anordnungen, deren Zweck nur durch die zusammenwirkende Theilnahme aller Bundesstaaten vollständig erreicht werden kann, von einzelnen Bundesgliedern an die Bundesversammlung gebracht werden, und diese sich von der Zweckmäßigkeit und Ausführbarkeit solcher Vorschläge im

Allgemeinen überzeugt, so liegt ihr ob, die Mittel zur Vollführung derselben in sorgfältige Erwägung zu ziehen, und ihr anhaltendes Bestreben dahin zu richten, die zu dem Ende erforderliche freiwillige Vereinbarung unter den sämmtlichen Bundesgliedern zu bewirken.

Art. LXV. Die in den besondern Bestimmungen der Bundesacte, Artikel 16, 18, 19, zur Berathung der Bundesversammlung gestellten Gegenstände bleiben derselben, um durch gemeinschaftliche Uebereinkunft zu möglichst gleichförmigen Verfügungen darüber zu gelangen, zur fernern Bearbeitung vorbehalten.

Die vorstehende Acte wird als das Resultat einer unabänderlichen Vereinbarung zwischen den Bundesgliedern, mittelst Präsidial-Vortrags an den Bundestag gebracht, und dort, in Folge gleichlautender Erklärungen der Bundesregierungen, durch förmlichen Bundesbeschluß zu einem Grundgesetz erhoben werden, welches die nämliche Kraft und Gültigkeit wie die Bundesacte selbst haben und der Bundesversammlung zur unabweichlichen Richtschnur dienen soll.

Zur Urkunde dessen haben sämmtliche hier versammelte Bevollmächtigte die gegenwärtige Acte unterzeichnet und mit ihren Wappen untersiegelt.

So geschehen zu Wien den funfzehnten des Monats Mai, im Jahr ein tausend acht hundert und zwanzig.

(L. S.) Fürst von Metternich.
(L. S.) Graf Bernstorff.
(L. S.) Krusemarck.
(L. S.) J. E. von Küster.
(L. S.) Freiherr von Zentner.
(L. S.) Freiherr von Stainlein.

(L. S.) Graf von der Schulenburg.
(L. S.) von Globig.
(L. S.) Ernst Graf von Hardenberg.
(L. S.) Graf von Mandelsloh.
(L. S.) Freiherr von Berstett.
(L. S.) Freiherr von Tettenborn.
(L. S.) Münchhausen.
(L. S.) du Bos du Thil.
(L. S.) J. Bernstorff.
(L. S.) A. R. Falck.
(L. S.) Carl Wilhelm Freiherr von Fritsch.
(L. S.) E. F. L. Marschall v. Bieberstein.
(L. S.) L. H. Freiherr von Plessen.
(L. S.) von Berg.
(L. S.) J. F. Hach.

* * *

Beschluß der Bundesversammlung in ihrer Plenar-Versammlung vom 8. Juni 1820, durch welchen vorstehende Schluß-Acte zu einem Grundgesetz des Bundes erhoben wird,

Beschluß.

Es wird: 1) die von den Bevollmächtigten der sämmtlichen Bundesstaaten zu Wien vollzogene Schluß-Acte der daselbst über Ausbildung und Befestigung des Bundes gehaltenen Ministerial-Conferenzen, ihrer ausgesprochenen Bestimmung gemäß, zu einem der Bundes-Acte an Kraft und Gültigkeit gleichen Grundgesetze des Bundes erhoben; 2) das Original der gedachten Acte, nebst den dazu gehörigen Vollmachten, in das Bundesarchiv niedergelegt, und 3) Abschrift davon dem gegenwärtigen Protocolle unter Zahl 1 beigefügt.

V.

Vorläufige Geschäftsordnung der teutschen Bundesversammlung [1];

nebst dem sie genehmigenden Beschluß der Bundesversammlung vom 14. November 1816,

worin

die Bekanntmachung der BundestagsVerhandlungen durch den Druck, als Regel festgesetzt wird.

I.

Ordnung der Sitzungen.

Die Sitzungen der Bundesversammlung werden vorläufig im Taxischen Pallaste, mindestens wöchentlich zweimal, und zwar regelmäßig Montags und Donnerstags, Vormittags von 10 — 1 Uhr gehalten.

Bei gehäuften Geschäften, oder in besonderen Fällen, finden ausserordentliche Sitzungen, in Gemäßheit desfallsiger Verabredungen oder einer Ansage des Präsidii, statt.

Aus der Beschaffenheit der jedesmaligen Gegenstände der Verhandlung geht hervor, ob sich, nach Maßgabe der Bundesakte, bloß die engere Bundesversammlung oder auch das Plenum mit denselben zu beschäftigen habe.

---

1) Verabredet in der vertraulichen Besprechung vom 30. Oct. 1816, und angenommen durch förmlichen unten am Schluß wörtlich beigefügten, Beschluß in der PlenarVersammlung vom 14. Nov. 1816. (Protoc. §. 12, in Klüber's Staatsarchiv, Bd. II, Heft 5, S. 108 f.)

Die Sitzungen sind theils förmlich, theils vertraulich.

Die vertraulichen Sitzungen dienen zum Zweck vorläufiger Erörterung und Austauschung der Ansichten. Sie sind ohne amtliche Form und Wirkung. Es wird während derselben deshalb kein Protokoll von dem gewöhnlichen Protokollführer aufgenommen. Jeder der Gesandten bemerkt nach seinem Belieben das Vorgekommene, oder alle vereinigen sich freiwillig zu gleichlautenden Bemerkungen, an welche jedoch bei der künftigen ordentlichen Abstimmung keiner gebunden ist.

Mit förmlichen und vertraulichen Berathungen kann den Umständen nach, auch in der nemlichen Sitzung abgewechselt werden.

Die Ansage und, bei eintretender Verhinderung, die Absage der Sitzung steht dem Präsidio zu, durch welches solche in der Regel am Tage vor der Sitzung mittelst Umsendung von Zetteln verfügt wird.

Die Ansagezettel enthalten die Adresse der Gesandten, und Zeit und Form der Versammlung.

Der Gegenstand der Berathschlagung wird auf denselben nur dann angegeben, wann, ohne deshalb in einer früheren Sitzung getroffene Verabredung, eine Beschlußnahme beabsichtigt wird, wozu die Bundesakte Einstimmigkeit vorschreibt.

Für die beiden regelmäßigen wöchentlichen Sitzungen findet nur, wenn dieselben unterbrochen worden, eine Ansage statt.

Jeder Gesandte, der einer Sitzung beizuwohnen verhindert wird, ist verpflichtet, dem Vorsitzenden solches, so wie auch den Namen desjenigen Gesandten, welcher

etwa seine Stellvertretung übernommen hat, wo möglich Tags zuvor, schriftlich anzuzeigen.

Zu einer gültigen Beschlußnahme gewöhnlicher Art wird in der engern Bundesversammlung die Abgabe von wenigstens neun, so wie in einer Plenarversammlung von wenigstens sechs und vierzig einverstandenen Stimmen erfordert [1]).

Wo es indeß auf Annahme oder Abänderung der Grundgesetze, auf organische Bundes-Einrichtungen, auf jura singulorum, oder Religionsangelegenheiten ankommt, muß sowohl in der engern Bundesversammlung, als im Pleno die Abgabe sämmtlicher Stimmen einverstanden erfolgt seyn, um eine gültige Beschlußnahme zu bewirken.

Jedoch soll in dem einen, wie in dem andern dieser Fälle, wenn bei nicht vollzähliger Versammlung abgestimmt worden, den Abwesenden, welche keine Vertreter bestellt, zwar das Protokoll zur Nachbringung ihrer Stimmen in der nächsten Versammlung offen gehalten werden, indessen, wenn auch diese Frist von ihnen versäumt, und nicht etwa ein weiterer Aufschub aus erheblichen Gründen bei der Versammlung nachgesucht und bewirkt worden, die Zuzählung ihrer Stimmen zur Vervollständigung der Mehrheit oder Einstimmigkeit ohne weiteres, statt finden.

Bei etwanigem Todesfalle eines Gesandten, in welchem, in Ermangelung einer sonstigen gesandtschaftlichen Person oder ihr geschehenen Substitution, die Obsignation von dem Präsidio zu besorgen ist, wird von der Bundesversammlung die Frist bestimmt, in welcher sie

1) Anders bei vertraulichen Berathungen. Man s. unten den Absatz: „Bei vertraulichen" ꝛc. Anm. d. Herausg.

von der Regierung des Verstorbenen die Ernennung seines Nachfolgers oder Vertreters erwarten will, und diesem bis zum Ablauf solcher Frist für alle Gegenstände, worüber seit dem Todesfalle abgestimmt worden, das Protokoll offen behalten.

Bei vertraulichen Berathungen bedarf es keiner bestimmten Anzahl abzugebender Stimmen.

Der Präsidirende ist befugt, die Sitzung zu eröffnen, sobald die bestimmte Stunde geschlagen hat.

Die vorläufige Ordnung der Sitze und der Abstimmungen richtet sich in der engern Bundesversammlung nach der Reihenfolge, in welcher die Bundesstaaten im vierten Artikel der Bundesakte aufgeführt sind, so wie bei den Plenarsitzungen nach derjenigen, welche der sechste Artikel derselben angiebt.

Jeder Gesandte, welcher die Plenarstimmen mehrerer Bundesstaaten führt, hat solche einzeln und in der gedachten Ordnung abzugeben.

Die Gesandten derjenigen Bundesstaaten, welche in der engern Bundesversammlung zu einer Gesammtstimme vereinigt sind, und unter denen gegenwärtig ein turnus in der Stimmführung statt findet, dürfen in den Sitzungen der engern Bundesversammlung gegenwärtig seyn, obgleich daselbst jede Gesammtstimme nur von Einem solcher Gesandten geführt werden darf; wobei sich jedoch die Bundesversammlung für künftige ähnliche Fälle die Entscheidung lediglich vorbehält.

II.

Ordnung der Gegenstände der Verhandlung, des Antrags und der Berathung derselben.

Die Gegenstände der Verhandlungen der Bundesversammlung sind entweder

A. bereits durch die Bundesakte vorgeschrieben, oder
B. der Antrag und Vorschlag derselben geschieht durch einzelne Bundesstaaten, oder
C. sie werden durch sonstige Anträge an die Versammlung veranlaßt.

Die Gegenstände, über deren Berathung und Beschlußnahme die Bundesakte bereits Vorschriften ertheilt, sind bei Eröffnung der Bundesversammlung als an dieselbe gelangt zu betrachten. Sie beschäftigt sich mit ihrer Erledigung nach der Reihenfolge, welche im Allgemeinen durch die Bundesakte vorgeschrieben ist, und im Besonderen auf den Antrag des Präsidii durch desfallsige weitere Beschlüsse der Versammlung näher bestimmt werden wird.

Die Anträge und Vorschläge der einzelnen Bundesstaaten werden durch deren Stimmführer selbst an die Versammlung gebracht und derselben schriftlich übergeben, nachdem solche wenigstens Tags vor der Sitzung, in welcher solches statt finden soll, dem Präsidio schriftlich mitgetheilt werden.

Von diesem geschieht der Antrag zur Berathung derselben, sodann innerhalb vierzehn Tagen von der Anbringung an gerechnet, falls die Bundesversammlung eine frühere oder spätere Vornahme solches Gegen-

standes nicht bereits bei der ersten Anzeige beschlossen haben sollte.

Sonstige Anträge, so wie überhaupt alle an die Bundesversammlung eingehende Schreiben, gelangen zunächst in die Hände des Präsidirenden. Dieser wird dieselben mit der Bemerkung der Empfangszeit versehen, sie nach Nummern mit kurzer Anführung der Personen und des Gegenstandes in ein Register eintragen lassen, und davon in der nächsten ordentlichen Sitzung die Anzeige und Verzeichnung ins Protokoll verfügen. Sollten jedoch Form oder Gegenstand gänzlich unstatthaft gefunden werden, so geschieht solche Anzeige blos in der nächsten vertraulichen Sitzung.

Die Berathung solcher Anträge oder Schreiben wird, wenn nicht deshalb schon bei der ersten Anzeige von der Versammlung eine andere Bestimmung getroffen worden, innerhalb drei Wochen nach derselben [1]) von dem Präsidio in Vorschlag gebracht.

Sobald ein zur Berathung gekommener Gegenstand hinreichend erörtert worden, wird von der Versammlung der Beschluß gefaßt, daß derselbe zur Abstimmung reif sey, und die Zeit festgesetzt, wo solche Abstimmung vorzunehmen ist. Bedarf es zum Zwecke derselben der Einholung einer Instruktion, so wird dafür zugleich die Frist bestimmt, welche in der Regel einen Zeitraum von sechs bis acht Wochen nicht übersteigen darf.

III.

Allgemeine Ordnung des Geschäftsganges in den Sitzungen der Bundesversammlung.

1. Den Anfang jeder Sitzung macht die Verlesung,

1) D. h. nach der ersten Anzeige. Anm. d. Herausg.

etwanige Berichtigung und Unterschrift des Protokolls der letzten Versammlung.

2. Hierauf folgen die Anzeigen der bei dem Präsidio von einzelnen Bundesstaaten oder sonst gemachten Eingaben.

3. Sodann die Umfrage und vorläufige Abstimmung über jede einzelne derselben, wobei zugleich bestimmt wird:

a) ob der Gegenstand sich ausnahmsweise sofort, oder vor der gewöhnlichen Frist, zur Berathung oder Beschlußnahme eigne?

b) ob eine ausführliche Erörterung desselben nöthig sey?

c) ob diese in einer förmlichen oder vertraulichen Berathung vorzunehmen?

d) ob im ersten Falle deshalb eine vorgängige Prüfung und Berichtserstattung erforderlich geachtet werde?

e) wer solchenfalls deshalb zu ersuchen sey?

Die Bestimmung der Anzahl, so wie die Wahl des oder der Berichterstatter erfolgt durch Vereinbarung, oder in Ermanglung derselben, durch desfallsige Abstimmung.

4. Anzeige der Gegenstände, welche in der jedesmaligen Versammlung, dem Antrage des Präsidii gemäß, weiter zu verhandeln sind.

5. Vornahme solcher Gegenstände, eines nach dem andern, sey es zur Berichtserstattung, vorläufigen Abstimmung, Erörterung, Beschlußnahme daß der Gegenstand zur Abstimmung reif sey, Vorbereitung desselben für etwanige Behandlung im Pleno, Fristbestimmung zur Abgabe der Stimmen und Instruktionseinholung, endlichen Abstimmung oder zur Schlußziehung und deren Ge-

nehmigung, auch Bestimmung über etwanige Bekanntmachung derselben.

6. Verabredung der nächsten Zusammenkunft, über die Form derselben, und vorläufige Anzeige der Gegenstände, welche darin vorkommen dürften.

7. Kurze Wiederaufnahme des Vorgenommenen und Rückerinnerung an die, in der jedesmaligen Sitzung getroffenen Vereinbarungen durch den Vorsitzenden, damit der Protokollführer nichts auslassen möge [1]).

Als allgemeine Bestimmungen über den Geschäftsgang gelten noch folgende Regeln:

a) Die drei Hauptstufen, welche für die Behandlung eines jeden Gegenstandes anzunehmen sind, nemlich
der erste Antrag,
die Erörterung, und
die endliche Abstimmung darüber

---

1) In der Zeit des teutschen Reichs wurden, bei der allgemeinen Reichsversammlung, in Reichsdeputations-Versammlungen, in den Versammlungen des kurfürstlichen Collegii, z. B. zu Feststellung der kaiserlichen Wahlcapitulation, zu der Kaiserwahl u. d. m., die Protocolle in den Sitzungen sofort zu Stande gebracht. Die Gesandten selbst dictirten ihre Abstimmungen und Erklärungen zu Protocoll, oder lasen solche, wenn sie etliche geschriebene Bogen füllten, der Versammlung vor, und legten sie dann dem Protocoll bei. Hinterher wurden diese den Legations-Secretären sämmtlicher Gesandschaften in die Feder dictirt, oder, wenn sie mehr als zwei geschriebene Bogen füllten, gedruckt eingehändigt, mit der Aufschrift: Loco dictaturae. — Aehnliches scheint auch bei der Bundesversammlung anfangs beabsichtiget gewesen zu seyn. Unten (d) wird ausdrücklich des Dictirens endlicher Abstimmungen zum Protocoll erwähnt. Anm. des Herausg.

werden allemal in zwei, und wenn der Vorschlag nicht bei der ersten Umfrage einstimmig angenommen oder verworfen wird, in drei Sitzungen vertheilt, wozu denn, den Umständen nach, eine vierte zur Schlußziehung kommt.

b) Das Präsidium kann, um Zweifel über die einzelnen Abstimmungen zu heben, wie auch um die Zahl der Abstimmenden für die eine oder andere Meinung zu berichtigen, eine wiederholte Umfrage anstellen.

c) Desgleichen kann ein Mitglied, welches bereits gestimmt hat, sey es, daß etwa in spätern Abstimmungen neue Gründe vorgebracht worden, die bei der Erörterung nicht vorgekommen, und von denen es sich überzeugt fühlt, oder wenn es solches sonst zur Aufklärung von Mißverständnissen rathsam glaubt, nach beendigter Umfrage um Aufschub der Schlußziehung ersuchen, nach dessen Bewilligung sodann die weitere Erörterung vorgenommen wird.

d) die endlichen Abstimmungen über einen Gegenstand werden, sobald zu solchen eine Frist festgesetzt worden, schriftlich eingegeben oder zum Protokoll diktirt.

e) Die Bundesversammlung bestimmt in jedem besonderen Falle, wie die Protokolle bekannt zu machen, und besonders, ob sie dem Druck fürs Publikum zu übergeben seyen.

f) Auf Eingaben und Schreiben, welche der Bundesversammlung, ausser den Anträgen ihrer Mitglieder, zukommen, wird durch Zusendung von Auszügen aus dem Protokolle geantwortet, welche den desfallsigen Beschluß, den Umständen nach, mit oder ohne Hinzufügung der Gründe enthalten.

g) Die Form solcher Beschlüsse ist vorläufig folgende:
Auszug des Protokolls der deutschen Bundesversammlung vom * * *

Die deutsche Bundesversammlung hat beschlossen u. s. w.

Frankfurt den * * *

(L. S.) Die Bundes-Präsidialkanzlei.

h) Das Siegel, dessen sich die Bundesversammlung vorläufig bedienen wird, ist das der Kaiserl. Oesterreichischen Gesandschaft mit der Umschrift:
Kaiserl. Oesterreichische Bundes-Präsidialkanzlei.
Die Adresse der Bundesversammlung ist:
An die hohe deutsche Bundesversammlung.

IV.

Ordnung der Protokollführung, Diktatur, Kanzlei und des Archivs.

Das Präsidium schlägt der Bundesversammlung den **Protokollführer** vor, welche solchen, wenn gegen dessen Person nichts zu erinnern ist, annimmt, worauf der Vorsitzende ihn dem Bunde verpflichtet.

Das **Protokoll** enthält die Anzeige der bei einer Sitzung anwesenden Gesandten, die Gegenstände der Erörterung, mit Bemerkung der vorgetragenen Hauptgründe ohne namentliche Anführung desjenigen, welcher dieselben vorgebracht, die Abstimmung jedes Einzelnen, die Beschlüsse.

Schriftlich übergebene oder diktirte Abstimmungen werden wörtlich zum Protokoll genommen, die Anträge einzelner Bundesglieder, einen Gegenstand in Berathung zu nehmen, so wie die an die Bundesversammlung sonst gelangten Schreiben und Eingaben werden dem Protokolle



derjenigen ordentlichen Versammlung, in welcher solche zur Anzeige gebracht, angeheftet. Sobald das Protokoll gehörig geordnet ist, und spätestens am Tage vor der nächsten Sitzung, wird dasselbe zur Einsicht der verschiedenen Gesandtschaften in der Kanzlei niedergelegt.

Die Diktatur oder Vertheilung abgedruckter Protokolle findet spätestens am Tage nach der Sitzung, wo das Protokoll genehmigt und unterzeichnet worden, in der Kanzlei statt, woselbst auch die der Versammlung etwa in hinreichender Anzahl zugesandten gedruckten Eingaben, sobald sie in einer Sitzung zur Anzeige gebracht, ausgetheilt werden.

Die Kanzlei und das Archiv erhalten vorläufig ebenfalls durch das Präsidium mit Vorwissen der Bundesgesandtschaften ihre Anordnung dergestalt, daß die Präsidialkanzlei einstweilen die Funktionen der Bundeskanzlei zugleich übernimmt, und das Personale, nach einem der Versammlung mitzutheilenden Gutachten des Präsidii, von solchem angestellt, demselben auch die Befugniß übertragen wird, die Individuen, im Fall nicht gehörig erfüllter Amtspflicht, wieder zu entlassen, und nicht minder die der Bundesversammlung zustehende Jurisdiktion über die gemeinschaftlichen Beamten auszuüben.

Ein sicheres Lokal zur Aufbewahrung der Urkunden und Akten, wird vom Präsidio vorläufig angewiesen, und ordentliche und sorgfältige Aufbewahrung verfügt.

Die Aufsicht über beide steht jederzeit dem Vorsitzenden zu, jedem Bundesgesandten aber auch der Zutritt und die Verabfolgung begehrter Abschriften. Urkunden und Originalakten werden jedoch Keinem, ohne desfallsige Verfügung der Versammlung, überliefert.

Angenommen ward vorstehende vorläufige Geschäftsordnung von der Bundesversammlung, in ihrer PlenarVersammlung vom 14. November 1816, Protocoll §. 12, durch folgenden

Beschluß:

Daß die vorläufige Geschäftsordnung, wie solche in der vertraulichen Besprechung vom 30. October verabredet worden, vorbehaltlich der sich im Verfolge als nothwendig und nützlich darstellenden Modificationen, bis zur Annahme einer förmlichen Bundesordnung für gültig anzuerkennen, dabei aber die Bekanntmachung der Bundestags-Verhandlungen durch den Druck als Regel [1]) festzusetzen sey, die der Publicität nicht zu übergebenden Verhandlungen hingegen jedesmal besonders auszunehmen wären.

---

1) Grosse Beschränkung dieser Regel, durch den Beschluß der Bundesversammlung vom 1. Juli 1824, unten Num. XXX.



VI.

Provisorische Bestimmung

über die

Competenz der Bundesversammlung; festgesetzt durch einen Beschluß derselben vom 12. Juni 1817 [1]).

§. 1. Der einstimmige Beschluß der Bundesversammlung in der 13. Sitzung vom 19. December vorigen Jahres, hat der Commission den Auftrag ertheilt:

„ein gemeinschaftliches umfassendes Gutachten vor-
„zulegen, woraus allgemeine, die Competenz
„der Bundesversammlung vorbereitende, Grundsätze
„hervorgehen, und ihr einstweilen als Provisorium
„bis zur definitiven Festsetzung der organischen
„Einrichtungen überhaupt, zur Befolgung dienen
„könnten."

Zu Vollziehung dieses Auftrags hat die Commission geglaubt, zuvörderst den Begriff der Competenz und die daraus sich ergebenden Schranken ihrer Arbeit, näher entwickeln zu müssen.

Die Festsetzung der Competenz der deutschen Bundesversammlung ist gleichbedeutend mit der Festsetzung

---

1) In den Protocollen der B. V. v. 1817, §. 223, und die Hannöverische Abstimmung daselbst, §. 419. Diese denkwürdige Urkunde ist ein schönes Denkmal des edlen Pflichteifers und der nationalen Gesinnungen, welche die Mitglieder der Commission und die Mehrheit der bundesverwandten Regierungen belebten. — Definitive Bestimmung über die Competenz der B. V., in der Wiener SchlußActe v. 1820, Art. 9, oben Num. IV.

ihres Geschäfts-Umfangs, und diese gleichbedeutend mit der Angabe ihrer Bestimmung. Der Umfang ihrer Pflichten, entnommen aus ihrer Bestimmung, bezeichnet den Begriff der Competenz, diese Entwickelung umfaßt aber, wie schon in dem ersten Präsidial-Vortrage bemerkt worden, eine der Hauptgrundlagen des deutschen Bundes. Hierauf bezieht sich nicht nur ein wesentlicher Theil der uns noch fehlenden Gesetze und organischen Einrichtungen, sondern ohne diese Gesetzgebung und Einrichtungen im Ganzen zu bearbeiten, läßt sich auch die Frage der Competenz in vorerwähntem Sinne nicht vollständig berichtigen.

In der 13. Sitzung sind schon im Allgemeinen die vier Gesichtspuncte angedeutet worden, in deren weiterer Entwickelung bei Bearbeitung der organischen Gesetzgebung überhaupt, alsdann auch die jetzt ausgehobene einzelne Frage der Competenz, ihre definitive Bestimmung finden dürfte.

Die beschränktere Aufgabe für gegenwärtige Commission scheint aber folgende zu seyn:

Es soll entwickelt werden, welches der Umfang der Rechte und Pflichten der Bundesversammlung, somit der ihr obliegenden und zuständigen Geschäftswirksamkeit, nach den Bestimmungen der Bundesacte und in Ermangelung der noch zu verfassenden organischen Gesetzgebung sey.

Um in dieser Hinsicht bestimmte und umfassende Anträge vorlegen zu können, scheint es nothwendig, den Geschäftsumfang der Bundesversammlung nach zwei Hauptbeziehungen zu beurtheilen, wovon

die I. die inneren Verhältnisse des deutschen Bundes;

die II. die äusseren Verhältnisse desselben zum Gegenstande hat.

§. 2. Zu Num. I.

Competenz-Bestimmung der Bundesversammlung in den innern Verhältnissen des deutschen Bundes.

Der deutsche Bund als ein, mehrere souveraine Staaten mit einem gemeinsamen Nationalbande umfassender Staatenverein, ist in seinen inneren Verhältnissen vorzüglich einer zweifachen Berücksichtigung fähig, nämlich:

a) betrachtet als eine Gesammtheit und

b) betrachtet in Beziehung auf seine einzelne Bestandtheile und Zugehörungen.

Eben so äussert sich also auch zweifach die innere Wirksamkeit des Bundestags, als des Central-Punctes des deutschen Bundes. Schon der Art. 2 der deutschen Bundesacte begründet diese zweifache Abtheilung, da alldort eben so Deutschland im Ganzen, als die einzelnen Staaten, im Zwecke des Bundes begriffen erklärt werden.

Die inneren Verhältnisse des Bundes und der Bundesversammlung beziehen sich demnach, entweder

A) auf den Bund selbst;

B) auf die einzelnen Staaten und Regierungen desselben, oder

C) auf einzelne Deutsche, sie mögen nun Privatpersonen, oder Corporationen, oder ganze Classen begreifen.

A.

§. 3. Competenz-Bestimmung der Bundesversammlung in den inneren, den Bund selbst betreffenden Verhältnissen.

Die Commission trägt in dieser Beziehung auf folgende Beschlüsse an:

1) Die Bundesversammlung erkennt die Bundesacte

als die einzige Grundlage ihrer Wirksamkeit, sich aber zugleich als berufen, dieselbe in ihren einzelnen Bestimmungen und Andeutungen zu entwickeln und zu vollenden.

2) Der Bundestag ist competent Schlüsse zu fassen, wodurch selbiger die verfassungsmäsige Erhaltung des Bundesvereins im Ganzen bezweckt.

3) Wenn auf irgend eine Art die innere Sicherheit des deutschen Bundes wirklich gestört oder bedroht ist, und diese Störung oder Bedrohung durch die Bundesversammlung anerkannt wird; so tritt der Fall ein, wo der Bundestag Berathung über die Erhaltung oder Wiederherstellung der Ruhe zu pflegen, und die dahin gerichteten Beschlüsse zu fassen hat.

4) So bald bei einer Angelegenheit nicht bloß das Wohl der einzelnen deutschen Staaten, sondern zugleich das der Gesammtheit berücksichtiget werden muß; so ist die Bundesversammlung als die einzige, die Gesammtheit vertretende, Behörde berufen, darüber zu berathen. Diese Bestimmung entspricht unläugbar den in dem Artikel 16, 18 und 19 der Bundesacte vorbehaltenen oder empfohlenen gemeinnützigen Anordnungen.

Die vorberührten Directiv-Normen finden sämmtlich in der Bundesacte, und vorzüglich in dem Grundcharakter des deutschen Bundes ihre Begründung.

B.

§. 4. Competenz-Bestimmung der Bundesversammlung in den innern auf die einzelnen deutschen Staaten und Regierungen sich beziehenden Verhältnissen des Bundes.

Ueber die Geschäftswirksamkeit des Bundestags, in Ansehung der einzelnen deutschen Staaten und Regierun-

gen, schlägt die Commission der Bundesversammlung folgende Beschlüsse vor:

1) Die Bundesversammlung ist berufen, wegen jeder eigenmächtigen, wirklichen oder offenbar und unmittelbar drohenden Störung des Gebiets eines einzelnen Bundesstaats von einem andern Bundesstaate, welche bei ihr durch den bedroheten oder wirklich angegriffenen Theil zur Anzeige gebracht wird, oder sonst mit Gewißheit zu ihrer Kenntniß gelangt, Berathung zu pflegen, und hierüber Schutz gewährende Beschlüsse zu fassen.

2) So wie die einzelnen Gebiete unter der allgemeinen Garantie des Bundes stehen; so ist dieselbe auch berufen, die Garantie der Verfassungen einzelner deutschen Staaten, unter den bei Veranlassung des Großherzoglich-Weimarischen Ansuchens in der 18. Sitzung, in Uebereinstimmung mit dem Kaiserlich-Oesterreichischen Voto, allgemein angenommenen Modificationen, mithin dann zu übernehmen, wenn der einzelne Staat unter den gehörigen Erfordernissen, das heißt, unter einstimmiger Entschließung des Fürsten und der Stände darauf anträgt, daß der Bund die Garantie seiner Verfassung übernehme.

3) Die Bundesversammlung ist berufen, darauf zu achten, daß die in der Bundesacte Art. 12, 13, 14, 16 und 18 den einzelnen Staaten zur Ausführung vorgeschriebenen öffentlichen Verhältnisse in Erfüllung gebracht werden.

4) Dort, wo die Congreßacte ausdrücklich der Bundesversammlung die Berichtigung constitutioneller Angelegenheiten übertragen hat, ist dieselbe ungezweifelt zur Einwirkung berufen.

5) Wenn die Regierung eines Bundesstaats eine

Verfügung in Beziehung auf Personen oder Corporationen treffen sollte, welche mit den Grundgesetzen und den Verfügungen des Bundes im Widerspruche stünde, oder für die innere oder äussere Sicherheit desselben gefährlich werden könnte; so ist die Bundesversammlung zur Einwirkung Behuf der Abstellung dieser Verfügung berufen.

6) Streitigkeiten der deutschen Bundesglieder unter sich, sind auf den Grund des 11. Artikels der Bundesacte, ungezweifelt der Competenz der Bundesversammlung unterworfen.

7) Der Bund ist ebenfalls competent, sich mit allen den Gegenständen zu beschäftigen, worauf sich die Art. 6 [1]), 18 und 19 der Bundesacte beziehen.

C.

§. 5. Competenz-Bestimmung der Bundesversammlung in den innern Angelegenheiten des Bundes, welche Privatpersonen, Corporationen oder ganze Classen betreffen.

Die Commission glaubt, ohne sich deßfalls erst über einige allgemeine, aus dem Wesen eines Staatenvereins und dem Verhältnisse der Einzelnen zu ihren Regierungen, so wie zu der Gesammtheit entnommene Grundsätze zu verbreiten, folgende Sätze zu Fassung von Beschlüssen in Antrag bringen zu müssen:

---

1) Oben (§. 3) steht 16 nicht 6. Aber auch hier scheint Art. 16 gemeint zu seyn, wenn man die Rubrik des gegenwärtigen §. 4 damit in Verbindung bringt. Die Bestimmung am Schluß des Art. 4. paßt unter diese Rubrik nicht.

A. d. H.

1) In so fern die Bundes- oder Congreßacte für Einzelne, für Corporationen oder ganze Classen Bestimmungen und Hinweisungen enthält, deren nähere vollkommene Entwickelung der Bundesversammlung vorbehalten ist; so haben diese allerdings ein wohlbegründetes Recht, deren Berichtigung bei dem Bundestag in Anregung zu bringen, so wie Anträge und Vorschläge deßfalls zu übergeben:

2) Einzelne, so wie ganze Corporationen und Classen, können sich an die Bundesversammlung wenden, wenn die eben erwähnten, in der Bundesacte bestimmten Gerechtsame, oder solche, welche ihnen in derselben bereits ausdrücklich eingeräumt worden, ohne noch erst einer näheren Entwickelung zu bedürfen, verletzt werden, und auf deßfalls zuvor an die unmittelbare Regierung gerichtete Vorstellung keine Abhülfe der gegründeten Beschwerde erfolgt.

3) Da der Begriff der vollen Souverainetät der einzelnen Bundesstaaten der Bundesacte zum Grunde gelegt ist, so liegt unbezweifelt jede Einmischung der Bundesversammlung in die inneren administrativen Verhältnisse ausserhalb der Grenzen ihrer Competenz. Indeß gründen sich jedoch auf den Sinn der Bundesacte die folgenden Ausnahmen:

a) Wenn der Fall einer in Rechtssachen eintretenden Justizverweigerung oder einer derselben gleich zu achtenden Verzögerung vorkommen sollte; so würde die Bundesversammlung so befugt als verpflichtet seyn, erwiesene, begründete Beschwerden über wirklich gehemmte oder verweigerte Rechtspflege anzunehmen, um darauf die gerichtliche Hülfe in den einzelnen Bundesstaaten durch ihre Verwendung zu bewirken.

Bedarf dieser Grundsatz einer Motivirung, so

liegt selbige schon in dem Art. 12, welcher die Justizpflege nach drei Instanzen als einen im deutschen Bunde festgesetzten Grundsatz ausspricht. Denn wenn jede deutsche Regierung verbunden ist, drei Instanzen anzuordnen, und in dieser Art Justizpflege zu gewähren, so muß die sonst begründete Beschwerdeführung um so mehr bei wirklicher Justizverweigerung eintreten können.

b) Wenn, wie bei Streitigkeiten zwischen dem Regenten und seinen Unterthanen, nach der schon in der fünften vorjährigen Sitzung von Baiern gemachten sehr richtigen Bemerkung gar wohl gedenkbar ist, die innere Ruhe des Landes gefährdet und mit dieser auch die allgemeine Ruhe bedroht werden sollte; so muß auch nach Erschöpfung der constitutionellen oder gesetzlichen Mittel und Wege in den betreffenden einzelnen Staaten der gesammte Bund sich berufen finden, zum Zwecke der Vermeidung eines solchen Ausbruchs, oder zu Wiederherstellung der bereits gefährdeten Ruhe, in gemessenen Wegen einzuwirken. In solchen Fällen ist also ebenfalls der einzelne Bundesstaat allerdings befugt, die Hülfe des Bundes in Anspruch zu nehmen, und der Bund berufen, selbige zu leisten.

c) Wenn der Unterthan eines deutschen Bundesstaats gegen eine nicht zu dem Bunde gehörende Regierung Beschwerde zu führen hat; so hat er sich zwar mit derselben nicht unmittelbar an die Bundesversammlung, sondern an seinen Landesherrn zu wenden, und dessen Verwendung nachzusuchen.

Wenn jedoch dieser letztere die Bundesversammlung selbst um ihre Verwendung bei der auswärtigen

gen Regierung ersucht; so ist dieselbe, falls sie die Beschwerde für gegründet erkennt, zu einer solchen Verwendung berechtiget.

d) Als eine natürliche Folge von der hiebei eintretenden Reciprocität ist, im Fall eine nicht zu dem Bunde gehörende Macht die Verwendung des Bundestags in einer Angelegenheit, welche einen Bundesstaat betrifft, nachsucht, die Bundesversammlung zwar in allgemeinem zu einer solchen Verwendung berechtiget, jedoch in dem Maaße, daß

1) wenn ihre Verwendung wegen einer Beschwerde einer auswärtigen Macht gegen einen Unterthanen eines Bundesstaats nachgesucht wird, sie selbige der Regel nach ab- und die Sache lediglich an den Landesherrn dieses Unterthanen zu verweisen hat, und nur, falls von diesem die Abhülfe nicht erfolget, in dazu geeigneten Fällen die in dem 2. Artikel der Bundesacte vorgezeichnete Art ihres Benehmens zu beobachten hat.

2) Wenn ihre Verwendung wegen einer Beschwerde, welche eine auswärtige Macht unmittelbar gegen den Bundesstaat selbst erhebt, oder in der Absicht nachgesucht wird, um diesen Staat zu Entsagung auf einen wider sie erhobenen Anspruch zu bewegen; so ist die Bundesversammlung zwar befugt, ihre bona officia, und wenn von beiden Theilen ihre Vermittelung angenommen wird, auch diese eintreten zu lassen. Weiter gehende Befugnisse hat sie jedoch in Ansehung dieses Bundesstaats nur dann, wenn sie durch die in dem 2. Artikel der Bundesacte vorgezeichnete Grundregel ihres Benehmens dazu berechtiget und veranlaßt wird.

Zu Num. II.

§. 6. Competenz-Bestimmung der Bundesversammlung in den äusseren Verhältnissen des deutschen Bundes.

Deutschland erscheint seit dem geschlossenen Bunde wieder in seiner Gesammtheit als Macht, nach allen Attributen, Rechten und Verbindlichkeiten, welche die Bundesacte, der Buchstaben, Geist und Sinn derselben dem Bunde beilegen, somit in allen Beziehungen und Fällen, die sich hiernach ergeben.

Die nähere Anwendung dieses Grundsatzes bleibt zwar der Bearbeitung der im Artikel 10 bemerkten organischen Grundgesetze und Einrichtungen, in so fern die auswärtigen Verhältnisse in denselben mitgehören, vorbehalten. Wie indeß schon im Allgemeinen sich aus dem obigen Grundsatze ergiebt, daß der deutsche Bund in seinen äusseren verfassungsmäßigen Verhältnissen dieselben activen und passiven Beziehungen, wie jede andere freie und unabhängige Macht hat; so ergiebt sich auch von selbst die Competenz der Geschäftswirksamkeit der Bundesversammlung, als des im Artikel 4 zu Besorgung der Bundes-Angelegenheit berufenen activen Centralpunctes derselben, weßfalls die Commission auf den bereits in Berathung gestellten Entwurf zu Regulirung der auswärtigen Verhältnisse sich beziehen zu können glaubt.

Allgemeine Bemerkungen.

§. 7. Da die isolirte Bearbeitung der Competenz-Erörterung nothwendig mangelhaft bleiben muß, so wäre ausdrücklich den oben begutachteten Directiv-Normen beizufügen, daß, wenn in einem oder dem andern Falle die Competenz der Bundesversammlung noch zweifelhaft

seyn sollte, der seither beobachtete natürliche Ausweg vorbehalten bleibe, die Angelegenheit zur Instructions-Einholung zu verweisen.

Schluß-Antrag.

Der von der hohen Bundesversammlung der Commission ertheilte Auftrag ist nach seiner Form und Wesenheit vorzüglich nur auf provisorische Anordnungen, rücksichtlich der Competenz des Bundestags, gerichtet, und soll die definitiven organischen Bestimmungen vorbereiten.

Daß die Bundesacte die Grundzüge und Andeutungen des für Deutschland geschlossenen Bundes enthält, darüber sind alle einig; aber eben so erkennen auch wohl alle insgesammt, daß Fürsten und freie Städte, so wie die Nation überhaupt, gleichen Anspruch auf die organische Vollendung dieses Bundes haben. Da nun der Auftrag der Commission ihr bei der Berathung am sichtbarsten den Mangel zeigte, und in mehreren Verzweigungen fühlbar vorlegte, welcher von einer solchen isolirten Bearbeitung untrennbar ist; so hat die Commission die natürlichste Veranlassung, der gesammten Bundesversammlung den Wunsch und das Bedürfniß angelegentlich vorzutragen: daß die planmäsige Erörterung und Ergänzung der BundesActe nicht aufs unbestimmte verschoben werden möge.

Sollten bei der dadurch veranlaßten Bearbeitung unsere Ansichten auch in zufälligen Bestimmungen verschieden seyn, und gegenseitige freimüthige freundschaftliche Ausgleichungen eintreten; so wird doch im wesentlichen, wo es einer festen Begründung des deutschen Bundes, seine Sicherung von innen und von aussen gilt, nur ein Wille, alle so beseelen, wie wir unsern Zeitgenossen und der späteren Nachkommenschaft für ihr Wohl und Wehe verantwortlich bleiben.

(Umfrage und Abstimmungen[1]), in dem Protocoll.)

Präsidium: die Mehrheit der Stimmen habe für die provisorische Annahme der in dem Commissions-Gutachten enthaltenen Competenz-Bestimmungen entschieden; es ergebe sich also der

Beschluß:

Daß das von der Commission vorgelegte Gutachten über die Competenz der Bundesversammlung einstweilen als Provisorium, bis zur definitiven Festsetzung derselben, auch unter Vorbehalt der nach eingegangenen Instructionen, oder etwa sonst zu beschliessenden Abänderungen oder Zusätze, als verbindlich angenommen werde.

---

1) In der Abstimmung trugen insbesondere Oestreich und Preussen darauf an, „daß dieses Gutachten einstweilen als verbindlich unter sämmtlichen Bundesgliedern angenommen werde.“ In der Sitzung vom 22. December 1817, §. 419 des Protocolls, stimmte auch Hannover auf gleiche Art, mit der Erklärung: „Die stillschweigende Einwilligung der Bundesstaaten in dieses Provisorium scheint schon daraus gefolgert werden zu können, daß seit dieser Zeit, mithin seit einem Verlauf von mehreren Monaten, dawider von keinem derselben etwas erinnert worden.“

VII.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 12. Juni 1817,

betreffend

die auswärtigen Verhältnisse des Teutschen Bundes [1]).

Präsidium wolle den aus den Abstimmungen in der 27. 28. 29. 31. 32. und 33. Sitzung über die auswärtigen Verhältnisse des deutschen Bundes, und insbesondere über die diplomatischen Verhandlungen der deutschen Bundesversammlung und die Accreditirung auswärtiger Gesandtschaften bei dem deutschen Bunde, gezogenen EntwurfBeschlusses, welchen es bereits in der letzten vertraulichen Sitzung verlesen habe, zu Protokoll geben, und vernehmen, ob solcher als allenthalben der Mehrheit der Stimmen angemessen befunden und angenommen werden wolle.

Sämmtliche Stimmen vereinigten sich mit diesem Entwurf, daher

Beschluß:

Die deutsche Bundesversammlung, geleitet von dem Grundsatze, daß der deutsche Bund in seiner Gesammtheit als freie unabhängige Macht zu betrachten und alle aus diesem unverkennbaren Vordersatze abzuleitenden Folgerungen eben so richtig als unbestreitbar seyen, erkennt,

---

1) Aus dem Protocoll der B. V. von 1817, §. 227.

daß die Frage, ob Gesandtschaften auswärtiger Höfe und Regierungen bei dem deutschen Bunde, und — als CentralBehörde desselben — bei dem Bundestage accreditirt werden können; so wie auch, daß der deutsche Bund Gesandtschaften absenden möge, also das active und passive Gesandtschaftsrecht überhaupt, als entschieden ausser dem Kreise ihrer Verhandlungen liege.

Die besondern Förmlichkeiten, unter welchen die Bundesversammlung diese Rechte ausüben wird, werden folgendermaßen festgesetzt:

I.

Erste diplomatische Eröffnung von Seiten der deutschen Bundesversammlung an andere Mächte und Regierungen.

1) Die deutsche Bundesversammlung, berufen die Angelegenheiten des deutschen Bundes zu besorgen, wird die Begründung und Constituirung desselben durch die Bundes- und Congreßacte vom 8. und 9. Juni 1815 und die am 5. November 1816 erfolgte Eröffnung des Bundestags, allen Europäischen Mächten [1]), mit Einschluß derjenigen, welche zugleich Glieder des deutschen Bundes sind, und den Nordamerikanischen Freistaaten förmlich bekannt machen.

2) Die Bekanntmachungs- und nachfolgende Schreiben werden in sonst üblicher Canzleiform an die Souverains- und Regierungs-Behörden der Freistaaten im Namen des Bundes, unter der Aufschrift und Ausfer-

1) Auch der Ottomanischen Pforte geschah die Bekanntmachung, dieselbe ließ aber das Schreiben unbeantwortet.
A. d. H.

tigung: der deutsche Bund, und in dessen Namen, der Kaiserlich-Oesterreichische präsidirende Gesandte der Bundesversammlung, — in der französischen Uebersetzung aber: La Confédération germanique, et en Son nom, le Ministre d'Autriche, Président de la Diète, erlassen.

3) Die ersten, d. i. die Bekanntmachungs-Schreiben werden in deutscher Sprache gefaßt, und den Begleitungs-Schreiben an die Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten jener Mächte, an welche diese Bekanntmachungen ergehen, Abschriften nach Umständen in lateinischer oder französischer Uebersetzung, beigefügt.

4) In künftigen Schreiben an auswärtige Regierungen wird sich die Bundesversammlung in der deutschen Sprache ausdrücken, übrigens aber, zur Beförderung der Geschäfts-Verhandlung, dort, wo es gegenseitig geschieht, zugleich eine französische [1]) Uebersetzung beilegen.

II.

Allgemeiner diplomatischer Verkehr von Seiten des deutschen Bundes.

Der allgemeine diplomatische Verkehr von Seiten des deutschen Bundes mit dem Auslande wird durch die Bundesversammlung besorgt.

1) Dieser diplomatische Verkehr kann schriftlich und mündlich, oder durch abzuordnende Gesandtschaften geführt werden. Es ist daher nur eigene freie Bestimmung des Bundes, wenn derselbe, unbeschadet des Gesandtschafts-

---

1) Unten III. 8. steht: „lateinische oder französische Uebersetzung."

rechts, für dermalen in der Regel keine allgemeine beständige Gesandtschaften bei auswärtigen Höfen und Regierungen zu halten sich entschließt, sondern sich für jetzt zum diplomatischen Verkehr, theils auf schriftliche und mündliche Mittheilungen, theils auf ausserordentliche Gesandtschaften zu bestimmten Zwecken und Aufträgen beschränkt.

2) Der schriftliche diplomatische Verkehr wird in gleicher Art und mit Beobachtung gleicher Formen von dem Bundes-Präsidio so besorgt und vollzogen, wie es unter 2 bei Erlassung des ersten Bekanntmachungs-Schreibens festgesetzt worden ist, und zwar

a) entweder durch Erlassung eines Schreibens an die betreffende auswärtige Regierung, oder

b) durch eine Note an die bei dem deutschen Bunde accreditirte Gesandtschaft der betreffenden Regierung.

Diese schriftlichen Verhandlungen sind in der Regel nur als das Resultat des Beschlusses der Bundesversammlung anzusehen; da sich jedoch Fälle ergeben können, wo es angemessen seyn möchte, wenn vorerst die erhaltene diplomatische Mittheilung ausnahmsweise nicht so fort der ganzen Versammlung gemacht würde, so wird die Präsidial-Gesandtschaft dergleichen schriftliche Mittheilungen einem eigends von ihr zu erbittenden Ausschusse vorlegen, und man wird sich alldort unter eigener Verantwortung vereinigen, ob und in wie fern jetzt oder noch nicht die erhaltene diplomatische Mittheilung an die Gesammtheit bewirkt werden solle. Es versteht sich von selbst, daß förmliche officielle Erklärungen oder wirkliche Verhandlungen diesem Ausschusse nicht zustehen, sondern allerdings der Bundesversammlung vorbehalten bleiben müssen. Was

3) über den mündlichen diplomatischen Verkehr mit den bei dem deutschen Bunde accreditirten auswärtigen Gesandtschaften festgesetzt worden ist, enthält die weiter unten vorkommende Regulirung der Verhandlungen der Bundesversammlung mit den erwähnten Gesandtschaften.

III.

Auswärtige Gesandtschaften bei der deutschen Bundesversammlung, deren Accreditirung, Verhältnisse und Vorrechte.

1) Alle auswärtigen Gesandtschaften jeder Classe sind als an den deutschen Bund accreditirt anzusehen.

2) Das in der Wiener Congreßacte vom 9. Juni 1815 aufgeführte Réglement sur le rang entre les agens diplomatiques [1]) theilt Art. I die diplomatischen Personen in drei Classen, und für jede Macht wird im Art. V vorbehalten, einförmige Bestimmungen für jede der drei diplomatischen Classen festzusetzen. Es werden daher auch von Seiten des deutschen Bundes Bothschafter, Nuntien und päpstliche Legaten als unmittelbare Repräsentanten der Person ihres Souverains, folglich als erster Classe; sodann die Gesandten, welche mit dem Charakter bevollmächtigter Minister bekleidet sind, als die zweite Classe; alle übrigen diplomatischen Agenten aber als zur dritten Classe gehörend, angesehen.

3) Jede Regierung kann das Beglaubigungs-Schreiben für ihre Gesandtschaft an den deutschen Bund in der eigenen National- oder sonst gefälligen Sprache fassen,

1) Man s. oben S. 96, Num. 17.

es wird jedoch nebst der mit dem Original jedesmal zu überreichenden Abschrift, auch eine Uebersetzung, entweder in der deutschen, lateinischen oder französischen Sprache zu übergeben seyn.

4) Die bei dem deutschen Bunde zu accreditirenden Gesandtschaften haben sich zuvörderst an den präsidirenden Gesandten der Bundesversammlung zu wenden, und demselben ihr Beglaubigungs-Schreiben in Ur- und Abschrift, auch nach Beschaffenheit derselben, in der Uebersetzung mitzutheilen.

5) Der präsidirende Gesandte giebt hiervon der Versammlung Kenntniß, legt ihr die Abschrift des Beglaubigungs-Schreibens, und — wenn dasselbe nicht in deutscher Sprache abgefaßt wäre — auch die beizufügende deutsche, lateinische oder französische Uebersetzung vor.

Etwaige Bedenken gegen ein Creditiv-Schreiben können auch einen Gegenstand der vertraulichen Besprechung des Bundestags ausmachen.

6) Ist bei dem Beglaubigungs-Schreiben nichts zu erinnern, so werden die Original-Beglaubigungs-Schreiben der Gesandtschaften jeder Classe in der Versammlung eröffnet, allda verlesen, und die Gesandtschaft als gehörig accreditirt angenommen. Von der sonach erfolgten Accreditirung wird die Anzeige zu dem Protokolle der Bundesversammlung gemacht.

7) In Ansehung der üblichen Besuche und Gegenbesuche bleibt es bei dem allgemeinen Herkommen, wobei nur noch festgesetzt wird, daß den Gesandtschaften dritter Classe der erste förmliche Gegenbesuch nur durch Charte gewährt werde.

8) Das Antwortschreiben an die Regierung auf das Creditiv-Schreiben ist nach obigen Bestimmungen zu er-

theilen und zu fertigen, und zwar in deutscher Sprache, mit Beifügung einer lateinischen oder französischen Uebersetzung.

9) In Ansehung der gesandtschaftlichen Vorrechte der verschiedenen bei dem deutschen Bund accreditirten Gesandtschaften, wird sich die Versammlung mit dem Senate der freien Stadt Frankfurt dahin vereinigen, damit denselben die nämlichen gesandtschaftlichen Rechte gewährt werden, wie solche die Bundesgesandte geniessen [1]).

IV.

Ueber die Verhandlungsart der deutschen Bundesversammlung mit den auswärtigen Gesandtschaften.

1) Die Verhandlung mit den accreditirten auswärtigen Gesandtschaften kann schriftlich oder mündlich geschehen. Dieselbe ist — in so fern eine Mittheilung an die auswärtige Gesandtschaft zu bewirken ist, im Allgemeinen immerhin nur das Resultat eines Beschlusses der Bundesversammlung, ohne Rücksicht auf die verschiedenen Classen der Gesandtschaften.

In Ansehung der schriftlichen Verhandlungen ist bereits oben II. das Nähere festgesetzt worden; rücksichtlich der mündlichen Verhandlung soll zwar vor allem auch der Präsident in analoger Art das unmittelbare Organ der Bundesversammlung seyn; jedoch steht es dieser jederzeit frei, einzelne Herren Bundesgesandte zugleich mit der Präsidial-Gesandtschaft zur mündlichen Verhandlung zu beauftragen.

---

1) Davon handelt der unten, Num. XXIX, abgedruckte Beschluß der B. V. vom 19. Febr. 1824. A. d. H.

Bei solchen mündlichen Besprechungen jedoch, mit den auswärtigen Gesandtschaften in allen jenen Fällen, wo entweder Anträge gemacht, oder Antworten auf selbige ertheilt werden sollen, ohne deßhalb einen eigenen schriftlichen Notenwechsel einzuleiten, ist zugleich eine Verbal-Note zu übergeben, welche das Wesentliche der mündlichen Besprechung zu enthalten hat. Ist die Verbal-Note von dem Präsidium zu ertheilen; so muß selbige vorher der Bundesversammlung, oder ausnahmsweise dem bestimmten Ausschusse vorgelegt und alsdann nach der Vereinigung übergeben werden.

2) Die Bundesversammlung erläßt ihre Noten in deutscher Sprache, und legt für die auswärtigen Regierungen eine Uebersetzung in lateinischer oder französischer Sprache bei.

3) Die auswärtigen Gesandtschaften jeder Classe können ihre Noten nach Gefallen an den Bund, Bundestag oder das Präsidium richten.

4) Die Präsidial-Gesandtschaft hat in der Regel jede Note oder Eröffnung von einer auswärtigen accreditirten Gesandtschaft in der nächsten ordentlichen, oder nach Befinden ausserordentlichen Sitzung zur Kenntniß der Bundesversammlung zu bringen; es wird jedoch auch in dieser Beziehung, so wie unter II. 2. beschlossen worden ist, das Präsidium ausnahmsweise ermächtiget, in geeigneten Fällen von der erhaltenen Note oder Eröffnung einem zu erbittenden Ausschusse die erste Mittheilung zu machen.

V.

Abberufung und Beendigung der fremden Gesandtschaften.

1) Die allgemein üblichen Formen, Gebräuche und rechtlichen Verhältnisse treten auch hinsichtlich der bei dem

deutschen Bunde accreditirt gewesenen aber rückberufenen, oder sonst beendigten fremden Gesandtschaften ein. Insbesondere wird es

2) in Ansehung des Recreditivs eben so, wie bei dem Creditive und dessen Uebergabe gehalten.

3) Nicht nur im Falle eines ausbrechenden Kriegs mit dem deutschen Bunde sondern auch sonst im Allgemeinen, ist die bei demselben accreditirt gewesene und jetzt abreisende Gesandtschaft auf Verlangen von dem Bundestage mit einem Passe zu versehen, und genießt dadurch auf der Reise in allen Bundesstaaten den in analogen Fällen üblichen völkerrechtlichen Schutz.

Die Bundesversammlung behält sich übrigens in einzelnen Fällen, wie sie es für rathsam hält, bevor, auch diejenige deutsche Regierung, durch deren Gebiet die Gesandtschaft reisen wird, im Voraus davon zu benachrichtigen, sowohl um diese selbst gegen etwaige Gefährde zu schützen, als auch, damit der durchreisenden Gesandtschaft nach dem Verlangen der Bundesversammlung das gehörige Geleit, ohne allen Anstand gegeben werde.

Indem die Bundesversammlung diese unter den fünf Haupt-Abtheilungen aufgestellten Bestimmungen vorerst für zureichend erkennt, um den deutschen Bund bei dem Auslande als constituirt bekannt zu machen, und desselben diplomatischen Verkehr ordentlich zu regeln; so werden die etwa in einem oder dem andern Puncte noch erforderlich oder zweckmäsig werdenden zufälligen oder besondern Bestimmungen den einzelnen Anordnungen vorbehalten, wie sich im Laufe der Zeit, nach Bedürfnissen und eintretenden oft augenblicklichen Verhältnissen die Veranlassung hiezu ergiebt.

VIII.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 16. Juni 1817,

enthaltend

die Bundes-Vermittelungs- und Austrägal-Ordnung in Streitigkeiten von Bundesgliedern unter sich [1]).

Die verbündeten souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands haben die schon in der Wesenheit des deutschen Bundes, als eines mit einem gemeinschaftlichen Nationalbande verbundenen Staatenvereins, gegrün-

1) Hiemit ist zu verbinden, der unten (Num. XX) abgedruckte Beschluß der Bundesversammlung, in dem Plenum vom 3. August 1820, betr. das Verfahren bei Aufstellung der Austrägal-Instanzen; desgleichen die oben (Num. IV) abgedruckte wiener Schlußacte von 1820, Art. 21, 22 und 23. — Zu der Revision des hier abgedruckten Beschlusses der B. V. vom 16. Juni 1817 ward nach Vorschrift des 11. Artikels des oben genannten Beschlusses vom 3. August 1820, von der Bundesversammlung, in ihrem in der Versammlung des engern Raths errichteten Protocoll vom 3. August 1820, §. 96, eine Commmission niedergesetzt, deren Vortrag und Entwurf eines Bundestags-Beschlusses über das Verfahren in Streitigkeiten der Bundesglieder unter einander, in dem Protocoll vom 21. December 1820, §. 214, und daselbst in der Beilage 25, zu finden sind. Abstimmungen hierüber, finden sich in den Protocollen von 1821 und 1822, ein definitiver Beschluß ist aber bis jetzt nicht er-

dete Verpflichtung durch den XI. Artikel der Bundesacte ausdrücklich übernommen, sich unter einander unter keinerlei Vorwande zu bekriegen, noch ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen, sondern sie bei der Bundesversammlung anzubringen.

Zur Verfolgung dieses Bundeszweckes und zur Erfüllung der in der Bundes-Acte hierüber noch besonders übernommenen Pflichten, hat die Bundesversammlung Folgendes festgesetzt:

I. Die Bundesversammlung ist diejenige Behörde, bei welcher alle und jede Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich anzubringen sind. Es versteht sich jedoch von selbst, daß den Bundesgliedern überlassen bleibe, auch ohne Zutritt der Bundesversammlung, die gütliche Ausgleichung ihrer Streitigkeiten unter sich zu treffen, und sich einander die Austräge zu gewähren; indem die Thätigkeit der Bundesversammlung nur dann eintritt, wenn sich die Bundesglieder über einen streitigen Gegenstand auf keine Art unter sich einigen können.

II. Wenn eine Streitigkeit mit gehöriger Darstellung der Ansprüche des Beschwerde führenden Theils wirklich angebracht worden ist, so wird die Bundesversammlung vor Allem die Vermittelung unter den streitenden Theilen

a) durch einen Ausschuß versuchen, welcher aus zwei, und nach Befinden, auch aus mehreren Bundesgesandten (sic!) besteht.

---

folgt. — Der oben gedachte Beschluß vom 3. August 1820 bestimmt, Art. 1, daß die in gegenwärtigem Beschluß vom 16. Juni 1817 enthaltenen Vorschriften zu beobachten seyen, so lang nicht anderweite Uebereinkunft Statt gefunden hat.

Dabei wird sie nach Beschaffenheit der jedesmaligen Umstände ermessen, ob und wie fern eine Zeitfrist zur Erledigung des Vermittelungsgeschäfts von ihr vorgeschrieben werden soll. Jedem der zwistigen Theile steht es jedoch frei, bei der Bundesversammlung auf eine Fristsetzung anzutragen.

Die Bundesversammlung macht die Ernennung des Ausschusses den Parteien bekannt.

b) Der Ausschuß wird hierauf, unter Bestimmung eines kurzen Termins, von dem beklagten Theile gleichfalls eine Darstellung der Sache und seiner Einreden begehren, um, in Vergleichung derselben mit der Darstellung des Klägers, angemessene Vorschläge zu gütlicher Beilegung der entstandenen Streitigkeiten entwerfen zu können.

c) Sodann wird derselbe einen Termin zum Versuch der Güte ansetzen, und sich bemühen, einen Vergleich zu Stande zu bringen. Bei eintretenden Schwierigkeiten wird der Ausschuß, so wie überhaupt von dem Erfolge, der Bundesversammlung Bericht erstatten.

d) Die Vergleichsurkunde wird in Urschrift, die gegenseitigen Ratifications-Urkunden aber werden in beglaubter Abschrift in dem Bundesarchive niedergelegt, und der Bund übernimmt die Garantie dieses Vergleichs.

III. Wenn der Vermittelungs-Versuch bei Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich ohne Erfolg bleibt, und daher eine richterliche Entscheidung erfolgen muß, so wird vor der Hand festgesetzt, daß, um dem Bedürfnisse des Augenblicks abzuhelfen, für jeden vorkommenden Fall eine Austrägal-Instanz gebildet werde. Was aber den Vorschlag wegen Errichtung einer permanenten Austrägal-Commission betrifft, so wird derselbe nicht als aufgegeben

gegeben betrachtet, sondern sich vorbehalten, nach dem Gange der Erfahrungen, welche sich bei Anwendung des gegenwärtigen Beschlusses im Laufe der Zeit ergeben dürften, den ersten Antrag in erneuerte Proposition zu bringen.

Die Art und Weise der Aufstellung der vor der Hand angenommenen, erst für jeden vorkommenden Fall zu bildenden Austrägal-Instanz wird folgendermaaßen bestimmt:

1) Ausgegangen von dem Artikel XI der deutschen Bundesacte und dem würdevollen Standpuncte sämmtlicher deutschen Regierungen, kann die deutsche Bundesversammlung nur sich selbst, und keine auswärtige Behörde unmittelbar als Austrägal-Instanz erkennen.

2) Wenn der zur Vermittelung der Streitigkeit angeordnet gewesene Ausschuß die Anzeige von dem mißlungenen Versuche bei der Bundesversammlung gemacht hat, so hat binnen 4 bis 6 Wochen, von dem Tage der Anzeige an gerechnet, der Beklagte dem Kläger drei unparteiische Bundesglieder vorzuschlagen, aus welchen dieser eines binnen gleicher Frist wählet.

Geht jene Frist vorüber, ohne daß der Beklagte [1]) drei vorschlägt, so geht dieses dreifache Vorschlagsrecht an die Versammlung des Bundestags über, woraus alsdann der Kläger einen zu wählen hat.

3) Die dritte oberste Justizstelle des auf eine oder

---

1) Auch auf den Kläger wird dieses erstreckt, in dem §. 11 des Entwurfs eines Bundestags-Beschlusses über das Verfahren in Streitigkeiten der Bundesglieder unter einander, welcher dem Protocoll der Bundesversammlung vom 21. December 1820, §. 214, als Beilage 25 beigefügt ist.
Anm. des Herausg.

die andere Art gewählten Bundesgliedes ist hiernächst als die gewählte Austrägal-Instanz zu betrachten, welche im Namen und anstatt der Bundesversammlung, so wie vermöge derselben Auftrags, handelt, und die Bundesversammlung hat dem gewählten Gerichtshofe diese seine Bestimmung nicht nur bekannt zu machen, sondern ihm auch, unter Mittheilung der Vergleichsverhandlungen, förmlichen Auftrag zur Vollziehung der Bundesacte als Austrägal-Instanz zu ertheilen.

Sämmtliche dritte oberste Justizstellen der deutschen Bundesglieder sind sonach als solche zu betrachten, aus denen in obiger Weise die Austrägal-Instanz gewählt und sodann die bestimmt gewählte von der Bundesversammlung förmlich dazu beauftragt wird.

4) Die Uebernahme des Austrägal-Auftrages von der bestimmten dritten obersten Justizstelle ist als Bundespflicht anzusehen. Nur ganz besondere, der Bundesversammlung etwa unbekannt gewesene Verhältnisse, welche eine völlige Unfähigkeit der Instanz-Uebernahme enthalten, können zur Entschuldigung dienen, sind aber binnen 14 Tagen, von dem Tage des erhaltenen Auftrages, bei der Bundesversammlung vorzubringen.

Da nach dem Artikel XII der Bundesacte alle Staaten des Bundes künftig ein eigenes oder gemeinschaftliches Gericht dritter Instanz haben müssen; so kann auch jedes Bundesglied erkohren werden, welches ein eigenes oder auch nur ein gemeinsames Gericht dritter Instanz hat.

Wenn ein Bundesglied erwählt wird, in dessen Staate mehrere Gerichte dritter Instanz bestehen, und der Kläger hat sich über die Wahl der Gerichtsstelle nicht ausgesprochen, so wird die Bundesversammlung diese Auswahl treffen.

5) Der also eintretende oberste Gerichtshof hat alsdann die Angelegenheit zu instruiren; besteht derselbe aus mehreren Senaten, so hat er diese Austrägal-Sache in pleno zu verhandeln, und das Urtheil, es sey ein definitives, oder ein Zwischen-Erkenntniß, zu schöpfen. — In letzterem Falle wird die Instruction bei demselben Gerichtshofe fortgesetzt. In ersterem aber wird das geschöpfte Erkenntniß vor demselben obersten Gerichtshofe ausdrücklich im Namen und aus Auftrag des Bundes den Partheien eröffnet, und der Gerichtshof überschickt demnächst dem Bundestage die Acten und das Erkenntniß, um auf dessen Befolgung halten zu können.

6) Die Instruction des Processes geschieht nach der Proceß-Ordnung, welche der betreffende oberste Gerichtshof überhaupt beobachtet, und ganz in selbiger Art, wie die sonstigen alldort zu instruirenden Rechtssachen verhandelt werden [1]).

7) Das Erkenntniß in der Hauptsache selbst aber erfolgt, in Ermangelung besonderer Entscheidungsquellen, nach den in Deutschland hergebrachten gemeinen Rechten.

8) Das Erkenntniß in der Hauptsache muß längstens binnen Jahresfrist, vom Tage der überreichten ersten Klage oder Beschwerdeschrift, erfolgen.

Sollte es Ausnahmsweise nicht thunlich seyn, so hat der oberste Gerichtshof, als Austrägal-Instanz einen Bericht an die Bundesversammlung zu erstatten, die Gründe eines nothwendig geglaubten längern Verzugs anzuzeigen,

---

1) Doch hat der Gerichtshof alle Fristen von Amtswegen zu beachten, zufolge des unten (Num. XXIV) abgedruckten Beschlusses der B. V. vom 19. Juni 1823.

A. d. H.

und die Bewilligung (Billigung?) oder Mißbilligung vom Bundestage zu empfangen.

9) Das Erkenntniß ist gemäß des Artikels XI der Bundesacte für die streitenden Theile verbindlich. Es wird jedoch dem Rechtsmittel der Restitution ex capite novorum statt gegeben, welches von dem Zeitpuncte der aufgefundenen Novorum an, binnen vier Jahren anzubringen ist.

10) Das Restitutionsmittel ist bei der Bundesversammlung anzukündigen, und diese übersendet solches dem obersten Gerichtshofe, an welchem die Sache zum erstenmale verhandelt und entschieden ward, wo sodann über die Statthaftigkeit oder Unstatthaftigkeit des Rechtsmittels selbst gesprochen wird, und die neu zu verhandelnde Rechtsangelegenheit wieder zu instruiren und zu entscheiden ist.

11) Was übrigens die näheren Bestimmungen bei Anwendung und Ausführung dieses Rechtsmittels, den Restitutions-Eid, so wie überhaupt das ganze Austrägal-Verfahren mit Einschluß der Vollziehungs-Ordnung und des Kostenpuncts u. d. gl. betrifft, so behält sich die Bundesversammlung vor, demnächst hierüber einen besondern Beschluß zu fassen.

IX.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 23. Juni 1817,

enthaltend

nähere Bestimmungen der in dem achtzehnten Artikel der Bundes-Acte für alle Bundesstaaten gegenseitig festgesetzten Freiheit von Nachsteuer und Abzugsgeld [1]).

Die deutsche Bundesversammlung hat in Erwägung gezogen, daß unter den, in dem Artikel 18 der Bundes-Acte den Unterthanen der deutschen Bundesstaaten zugesicherten Rechten die unter Buchstaben c) erwähnte Freiheit von aller Nachsteuer, in so fern das Vermögen eines Unterthans in einen andern deutschen Bundesstaat übergeht, noch näherer Bestimmungen bedürfe, und hat zu dem Ende festgesetzt, wie folgt:

1) Die Nachsteuer und Abzugsfreiheit von dem aus einem Lande in das andere gebracht werden en Vermögen bezieht sich auf alle deutsche Bundesstaaten gegen einander.

2) Jede Art von Vermögen, welches von einem Bundesstaat in den andern übergeht, es sey aus Veranlassung einer Auswanderung, oder aus dem Grunde eines Erbschafts-Anfalls, eines Verkaufs, Tausches, einer

---

1) Aus dem Protocoll vom 23. Juni 1817, §. 254.

Schenkung, Mitgift, oder auf andere Weise, ist unter der bundesvertragsmäßigen Abzugsfreiheit begriffen, und

3) jede Abgabe, welche die Ausfuhr des Vermögens aus einem zum Bunde gehörenden Staate in den andern, oder den Uebergang des Vermögens-Eigenthums auf Angehörige eines andern Bundesstaats beschränkt, wird für aufgehoben erklärt.

Dagegen ist unter dieser Freizügigkeit nicht begriffen, jede Abgabe, welche mit einem Erbschafts-Anfall, Legat, Verkaufe, einer Schenkung u. d. gl. verbunden ist, und, ohne Unterschied, ob das Vermögen im Lande bleibt oder hinausgezogen wird, ob der neue Besitzer ein Inländer oder ein Fremder ist, bisher entrichtet werden mußte, namentlich Collateral-Erbschafts-Steuer, Stempel-Abgabe u. d. gl.; auch Zollabgaben werden durch die Nachsteuerfreiheit nicht ausgeschlossen.

4) Die zum Vortheile der in einzelnen Staaten oder Gemeinden bestehenden Schuldentilgungs-Cassen, oder überhaupt wegen der Communal-Schulden eingeführten Abzüge von auswanderndem Vermögen, werden durch den Artikel 18 der Bundesacte als aufgehoben angesehen.

Manumissionsgelder, da wo die Leibeigenschaft oder Hofhörigkeit noch zur Zeit besteht, sind, in so fern sie nur von dem aus einem Bundesstaat in den andern auswandernden Unterthanen zu entrichten wären, unter der Nachsteuer-Freiheit begriffen.

5) Was den Loskauf von der Militär-Pflichtigkeit in Hinsicht auf Freizügigkeit anlangt, so behält sich die Bundesversammlung eine fernere Uebereinkunft bis zur Festsetzung der Militär-Verhältnisse des Bundes überhaupt und der damit in unmittelbarer Verbindung stehenden

Anordnungen über die Militär-Pflichtigkeit im Allgemeinen vor.

6) Die durch die Bundesacte festgesetzte Nachsteuer- und Abzugsfreiheit findet ohne Unterschied statt, ob die Erhebung dieser Abgabe bisher dem landesherrlichen Fiscus, den Standesherrn, den Privat-Berechtigten, Communen oder Patrimonial-Gerichten zustand; und die ausgesprochene Aufhebung aller und jeder Nachsteuer — kann keinen Grund zu einer Entschädigungsforderung an den Landesherrn für die den Berechtigten entgehende Einnahme abgeben.

Auch die Art der Verwendung des Abzugsgefälls kann keinen Grund darleihen, dasselbe gegen die Bestimmungen der Bundesacte bestehen zu lassen.

7) Die besondern Freizügigkeits-Verträge werden, in so weit sie dasjenige, was die Bundesacte und dieser Beschluß der Bundesversammlung über die Freiheit von aller Nachsteuer enthält, begünstigen, erleichtern oder noch mehr ausdehnen, auch künftig aufrecht erhalten — und dergleichen Verträge bestehen also in so fern als sie den in der Bundesacte und in dem gegenwärtigen Beschlusse aufgestellten Normen nicht entgegen sind.

8) Als allgemein geltender Termin, von welchem an die völlige Nachsteuerfreiheit von allem auswandernden Vermögen in den deutschen Bundesstaaten statt haben soll, wird der erste Julius dieses Jahres festgesetzt, unbeschadet der günstigeren Bestimmungen, welche theils aus Verträgen verschiedener Bundesstaaten unter sich, theils aus landesherrlichen Verordnungen einzelner Regierungen hervorgegangen sind.

Es wird übrigens der Zeitpunct der Vermögens-Exportation und des Verzichts auf das Unterthansrecht zur Richtschnur angenommen.

X.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 26. Juni 1817,

betreffend

die Vertagung der Bundesversammlung [1]).

Beschluß.

Die deutsche Bundesversammluug hat für den Fall einer zu beschliessenden Vertagung, einstweilen, bis zur Herstellung einer Bundestags-Ordnung, folgende provisorische Anordnungen, als ihrem Standpuncte und der ihr obliegenden Besorgung der Bundesangelegenheiten, auch der Berichtigung der einzelnen bei ihr zu verhandelnden Geschäfte entsprechend, beschlossen:

1) Das Bundestags-Präsidium und die Präsidial-Canzlei werden als fortwährend im Amte — daher auch das Einreichungs-Protocoll immer als eröffnet betrachtet.

2) Der präsidirende Gesandte muß jederzeit, wenn er abgeht, also auch bei eintretender Vertagung des Bundestags, einen andern Bundesgesandten zu den Präsidial-Geschäften substituiren.

3) Nebst dem Präsidial-Gesandten oder dessen Stellvertreter, müssen jederzeit zum wenigsten zwei Bundesgesandte sich am Sitze des Bundestags befinden, welche

---

1) Aus dem Protocoll der B. V. in dem engern Rath, vom 26. Juni 1817, §. 267. — Modification dieses Beschlusses, durch Vereinbarung vom 20. September 1819, unten Num. XVI.

jedoch nur einzig dazu im Vereine mit dem Präsidial-Gesandten sich zu versammeln haben —

a) um in Kenntniß der Eingaben und Geschäftslage erhalten zu werden; um

b) mit dem Präsidium zu ermessen, ob ein dringender Fall vorhanden sey, welcher die frühere Einberufung der Herren Gesandten erheische. Tritt dieser Fall der Eile ein, so wird die Einberufung durch den präsidirenden Gesandten geschehen; und wäre der Präsidirende selbst abwesend, so hat dessen Stellvertreter ihn, er selbst aber die Bundesgesandten von dem Orte aus, wo er sich aufhält, alsbald zur Rückkehr einzuladen;

c) um im Falle der Verzugsgefahr die etwa zur Instruction eines Geschäfts nothwendigen provisorischen Einleitungen zu treffen, alles andere aber der Bundesversammlung zu überlassen.

Es versteht sich übrigens von selbst, daß alle in Frankfurt anwesende Herren Bundesgesandten an diesen Geschäften des sonach aus dem Präsidio, oder dessen Stellvertreter und sämmtlichen anwesenden, allerwenigstens aber aus zwei zu wählenden Bundesgesandten bestehenden Vereine oder Ausschusse, Theil zu nehmen berechtigt sind, somit von selbst zu demselben gehören.

4) Die Auswahl derjenigen zwei Bundesgesandten, welche bei diesem Ausschusse zu verbleiben sich verbindlich zu machen hätten, geschieht durch vertrauliche Einigung derselben unter sich, wobei jedoch, erforderlichen Falls, die Stimmenmehrheit entscheidet. Keiner der Bundesgesandten kann gegen seinen Willen zweimal unmittelbar nach einander dazu verbunden seyn.

5) Wenn vor der Vertagung vorbereitende Com-

missionen ernannt sind, so kann jene die ungehinderte Fortsetzung ihrer Arbeiten nicht hindern.

6) Nach wieder eröffnetem Bundestage hat der Ausschuß eine Anzeige seiner seitherigen etwaigen Geschäftsthätigkeit zu übergeben.

7) Vor eintretender Vertagung wird jedesmal der Zeitpunct der ersten förmlichen Sitzung festgesetzt, in welchem sich der Bundestag wieder zu versammeln hat.

XI.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 3. November 1817,

betreffend

die Vorbereitung der Beschlüsse durch vertrauliche Besprechungen [1]).

Beschluß.

Daß dem Präsidio vertrauensvoll überlassen bleibe, die zu fassenden Beschlüsse in vertraulichen Besprechungen vorzubereiten, und die Zahl der förmlichen Sitzungen hiernach zu bestimmen.

---

1) Aus dem Protocoll der B. V., in dem engern Rath, vom 3. November 1817, §. 378, Num. II.

XII.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 11. December 1817,

betreffend

die Abfassung und Einreichung der Privat-Reclamationen bei der Bundesversammlung [1]).

Beschlossen:

Nachdem die Bundesversammlung mehrmals die Erfahrung hat machen müssen, daß an sie gerichtete Vorstellungen, welche das Interesse von Privatpersonen betreffen, theils auf eine unangemessene, undeutliche und selbst unschickliche Weise abgefaßt, theils von Personen aufgesetzt, unterzeichnet oder eingereicht worden sind, an die es nachher schwer hielt, die Resolutionen der Versammlung gelangen zu lassen; so findet sie für nöthig, zu verfügen:

1) daß diejenigen Privatpersonen, welche ihre an die Bundesversammlung gehörigen Angelegenheiten bei derselben selbst betreiben wollen, nicht nur, so fern sie nicht ohnehin bekannt sind, sich gehörig in der Bundes-Präsidial-Canzlei zu legitimiren, sondern auch ihre Vorstellungen auf eine angemessene, deutliche und schickliche Weise zu verfassen oder verfassen zu lassen, auch zum Voraus, auf den Fall ihrer Entfernung von hier, einen bekannten Bevollmächtigten, der die zu erwartenden Re-

---

1) Aus dem Protocoll der B. V., in dem engern Rath, vom 11. December 1817, §. 412.

solutionen in Empfang nehmen könne, zu bestellen und in der Canzlei anzuzeigen, widrigenfalls aber zu gewärtigen haben, daß sie mit ihren Gesuchen nicht zugelassen, sondern diese, ohne weiters, zurückgelegt werden;

2) daß eigene Abgeordnete zur Betreibung von Privat-Angelegenheiten nur wenn sie sich ihrer Person halber überhaupt, und insonderheit als zur Führung solcher Geschäfte tüchtige Männer legitimiren, anzunehmen und von ihnen, unter gleicher Verwarnung, die obigen Vorschriften zu beobachten seyen; sodann

3) daß wenn Privatpersonen weder selbst, noch durch eigene Abgeordnete ihre an die Bundesversammlung gehörigen Angelegenheiten besorgen wollen, sie zur Uebergabe ihrer Vorstellungen und weiterer Betreibung solcher Angelegenheiten dahier bekannte und dazu geeignete Männer [1]) zu Bevollmächtigten und Geschäftsführern zu bestellen, diese aber gleichfalls dasjenige, was den betheiligten Personen und ihren Abgeordneten zur Pflicht gemacht ist, genau zu befolgen haben.

4) Es soll gegenwärtiger Beschluß durch die öffentlichen Blätter bekannt gemacht werden.

---

1) Als zwei frankfurter Advocaten und ein Rechtsgelehrter zu Wetzlar, um „Aufnahme in die Zahl der Bundes-Agenten" bei der Bundesversammlung gebeten hatten, beschloß diese, in ihrem Protocoll vom 18. December 1817, §. 428, daß die Vorstellungen der Bittsteller „lediglich ad acta zu „nehmen seyen; weil nach dem oben abgedruckten Beschluß, „von der Anstellung eigener Agenten dermalen abstrahirt „worden sey."

XIII.

Kaiserliche Oestreichische Anzeige

der

zu dem Teutschen Bund gehörenden Oestreichischen Länder und Gebiete, gegeben in dem Protocoll der Bundesversammlung vom 6. April 1818, §. 77 [1]).

In Folge des ersten Artikels der BundesActe, erklärte

Oesterreich. Obgleich Seine Majestät in Berücksichtigung des bekannten staatsrechtlichen Verhältnisses der vormaligen Lombardie zum damaligen Reiche [2]), auch diese, in strenger Folge des Artikels I der Bundesacte, in der Reihe der jetzt zum deutschen Bunde gehörenden Theile der Oesterreichischen Monarchie aufnehmen könnten; so ziehen jedoch Seine Majestät vor, den erwähnten Artikel I nicht in dieser streng begründeten Ausdehnung aufzufassen. Seine Majestät wünschen andurch dem deutschen Bunde zu bewähren, wie wenig es in Ihrer

1) So wie hier das Verzeichniß der Länder und Bezirke, eben so, nur mit Ausnahme von HohenGeroldseck, findet sich dasselbe auch in der k. k. Oestreichischen Verordnung vom 2. März 1820, betreffend die Abschaffung der Nachsteuer und des Abzugsgeldes; in K. Franz I. politischen Gesetzen und Verordnungen, Bd. 48, S. 59 ff.

2) Die Lombardie gehörte zu dem vormaligen Königreich Italien oder Langobardischen Reich, welches mit dem teutschen Reich in ungleicher RealVerbindung stand. Klüber's Einleit. zu e. neuen Lehrbegriff des teutschen Staatsrechts (Erlangen 1803), Anhang, Seite 5 ff. A. d. H.

Absicht liege, dessen Vertheidigungslinie über die Alpen auszudehnen. Der Kaiser hält sich daher nur an die beschränktere Anwendung des Artikels I der Bundesacte; auf diese Grundlage gestützt, sehen Seine Majestät folgende Provinzen und Theile der Oesterreichischen Monarchie eben so zum deutschen Bunde gehörend an, als Allerhöchstdieselben das gesammte übrige Gebiet der Monarchie als ausser dem Bunde betrachten. Die Oesterreichischen Länder und Provinzen, welche Seine Majestät zu dem deutschen Bunde rechnen, sind demnach die folgenden [1]:

1. das Erzherzogthum Oesterreich;
2. das Herzogthum Steiermark;
3. das Herzogthum Kärnten;
4. das Herzogthum Krain;
5. das Oesterreichische Friaul, oder der Görzer Kreis (Görz, Gradiska, Tolmein, Flitsch und Aquilea);
6. das Gebiet der Stadt Triest;
7. die gefürstete Grafschaft Tyrol, mit den Gebieten von Trient und Brixen, dann Vorarlberg, mit Ausschluß von Weiler;
8. das Herzogthum Salzburg;
9. das Königreich Böhmen;
10. das Markgrafthum Mähren;

---

1) Nicht erwähnt sind in dieser Anzeige: 1) das Teutschordens-Haus in der Freien Stadt Frankfurt, nebst den dazu gehörenden Gütern, Gefällen und Gerechtsamen; 2) der Johanniter-Hof in der genannten Stadt, nebst dem dazu gehörenden Flaschenhof in deren Gebiet. Beide erhielt Oestreich, mit Souverainetät und Eigenthum, in Folge des Art. 61 des Acte final du congrès de Vienne.

A. d. H.

11. der Oesterreichische Antheil an dem Herzogthume Schlesien, mit Inbegriff der Böhmisch-Schlesischen Herzogthümer Auschwitz und Zator;

12. Hohen-Geroldseck [1]).

Seine Majestät ergreifen mit Vergnügen diese Veranlassung, dem Bunde die Versicherung zu erneuern, wie Allerhöchst Sie — — — auch als Europäische Macht stets von den freundschaftlichsten Gesinnungen für den Bund beseelt bleiben werden.

XIV.

Königliche Preussische Anzeige

der

zu dem Teutschen Bund gehörenden Preussischen Provinzen, gegeben in dem Protocoll der Bundesversammlung vom 4. Mai 1818, §. 105.

Preussen. Seine Majestät der König ..... haben mich ermächtigt, bei der jetzt vorliegenden Veranlassung der Festsetzung der Bundes-Matrikel hierdurch zu erklären:

daß Seine Majestät der König nachstehende Provinzen [2]) der Preussischen Monarchie, Pommern,

---

1) Die Staatshoheit über die Grafschaft Hohen Geroldseck des Fürsten von der Leyen, trat Oestreich, bald nach obiger Anzeige, an Baden ab. Man s. oben die Anmerkung zu Art. 51 des Acte final du congrès de Vienne, Seite 57.

A. d. H.

2) Nach der preussischen TerritorialEintheilung, sind unter der Provinz Pommern auch die Insel Rügen, unter der Pro-

Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Westphalen, Cleve-Berg und Niederrhein, als zum deutschen Bunde gehörend, betrachten und demselben damit beitreten.

XV.

Geschäftsordnung

für die Bundestags-Commissionen, festgesetzt durch Beschluß der Bundesversammlung vom 29. April 1819 [1]).

§. 1. Die Wahl aller Commissionen geschieht auf die bisher schon übliche Weise, durch die Mehrheit der Stimmen im engeren Rath, nachdem die Zahl der Mitglieder, welche dieselbe ausmachen sollen, bestimmt worden.

§. 2. Die Commissionen zu Begutachtung der Privat-Eingaben bestehen, der Regel nach, aus fünf Mitgliedern, und werden diese künftig dreimal im Jahr gewählt werden:

1) zu Ostern, für die Eingaben von Ostern bis zu den Sommerferien,

2) bei Wiedereröffnung des Bundestags, für die Ein-

---

vinz Brandenburg auch die Niederlausitz, unter der Provinz Schlesien auch Glatz und die preussische Oberlausitz mitbegriffen. A. d. H.

1) Beilage 11 zu dem Protocoll der B. V. vom 22. April 1819, §. 55, und der Beschluß in dem Protocoll vom 29. April 1819, §. 65.

Eingaben von Anfang der Ferien bis zu Ende des Jahres, und

3) zu Neujahr, für die Eingaben von Neujahr bis Ostern.

Findet sich bei der Zählung der Wahlstimmen eine Stimmengleichheit für zwei oder drei Mitglieder zu Besetzung der fünften Stelle, so werden diese ersucht, falls das Präsidium sich des, in Fällen der Stimmengleichheit, ihm zustehenden voti decisivi nicht bedienen will, sich unter einander zu vereinigen, wie sie unter sich in bestimmten Fristen wechseln wollen.

Der Zweck dieser Reclamations-Commission ist, nach der schon in der dritten vertraulichen Sitzung vom Jahr 1816 §. 5, enthaltenen Bestimmung, dahin gerichtet, daß die Mitglieder

1) die Eingaben unter sich vertheilen,

2) sich das von jedem über die ihm zu Theil gewordenen Gegenstände zu verfassende Gutachten der Regel nach unter einander mittheilen,

3) ein jeder das seinige, nach vorläufiger Rücksprache mit dem Präsidio, der Versammlung vortrage.

Zu Beförderung der Geschäfte wird jedoch hierbei festgesetzt:

1) daß in Fällen von Verhinderung eines oder zweier der ernannten Mitglieder die übrig bleibenden in ihren Arbeiten und zu verabredenden regelmäsigen Zusammenkünften fortfahren können, sofern nur drei der Mitglieder gegenwärtig sind;

2) daß die Commission befugt ist, offenbar unerhebliche oder unzulässige Eingaben sofort zu beseitigen, und davon nur in der nächsten vertraulichen Sitzung der Bun-

desversammlung die Anzeige zu machen, damit dieses in den Registern eingetragen werde;

3) daß die Commission sich bei Vertheilung der Acten unter sich vereinigen könne, welche Sachen ihr erheblich genug scheinen, um erst die Mittheilung des Vortrags in der Commission zu begehren, welche Sachen hingegen ihr so wenig erheblich oder so wenig zweifelhaft scheinen, daß der Referent, auch ohne weitere Rücksprache mit ihr, sie in der Bundesversammlung zum Vortrag bringen könne;

4) daß bei Vertheilung der Acten solche Actenstücke, welche mit einem schon früher ausgetheilten oder referirten in genauer Verbindung stehen, dem vorigen Referenten selbst dann zugeschrieben werden können, wenn er für den Augenblick kein Mitglied der Commission wäre, und dermalen in dem engern Rath die Stimmführung für die Curie, zu welcher er gehört, nicht an ihm wäre.

Nach Endigung des für diese Commission bestimmten Zeitraums hat dieselbe der Bundesversammlung in der nächsten vertraulichen Sitzung ein Verzeichniß der in diesem Zeitraum eingekommenen und referirten Actenstücke, mit Bemerkung derer, wovon der Vortrag noch zurück ist, unter Anführung der Gründe dieser Verzögerung, vorzulegen.

§. 3. Bei Commissionen, welche

1) zu Vorbereitung allgemeiner Gesetze des Bundes, oder

2) zu Erörterung und Festsetzung der Verbindlichkeiten, welche dem Bunde aus den, vor Entstehung des Bundes, in Deutschland bestandenen Verhältnissen gemeinsam zur Last fallen können, oder auch

3) zu Begutachtung der Reclamationen derjenigen

Individuen, Corporationen und Classen, für welche die Bundes- oder Congreßacte ausdrücklich Bestimmungen und Hinweisungen enthält, ernannt werden, läßt sich zwar weder die Zahl der Mitglieder noch die bestimmte Zeit, für welche sie ernannt werden, allgemein zum voraus festsetzen, vielmehr ist dieses in jedem einzelnen Falle nach Maasgabe der Wichtigkeit und des Umfangs der Geschäfte zu beurtheilen; jedoch wird in Ansehung derselben zum voraus festgesetzt:

1) daß keine derselben in eine permanente Commission zu verwandeln sey;

2) daß zu Beförderung des Geschäfts einzelnen Mitgliedern in Verhinderungsfällen frei stehe, ein anderes Mitglied der Commission an ihrer Stelle zu substituiren, sofern nur bei Commissionen von drei Mitgliedern zwei, bei Commissionen von einer grösseren Zahl aber mindestens die Mehrzahl der Mitglieder gegenwärtig ist;

3) daß die Commission, wo nicht früher, doch mindestens jedesmal nach Ablauf von zwei Monaten, die Bundesversammlung von den von ihr gemachten Fortschritten in Kenntniß zu setzen habe.

§. 4. Bei Commissionen, welche zum Versuch der Güte in Streitigkeiten der Bundesglieder unter einander oder in Fällen ernannt werden, wo es auf die Vollziehung des unter die Garantie des Bundes gestellten Reichsdeputations-Schlusses von 1803 und auf die Regulirung des aus selbigem hervorgehenden Schulden- und Pensionswesens der Bundesglieder ankommt, ist zwar auch die Zahl der Mitglieder und die Dauer der Commission mit Rücksicht auf die Wichtigkeit und den Umfang des Geschäfts anzuordnen.

Um jedoch, soviel thunlich ist, die Erfüllung des

dabei beabsichtigten Zwecks zu befördern, wird festgesetzt: daß

1) eine jede Commission dieser Art in der nächsten, auf ihre Ernennung folgenden förmlichen Bundestags-Sitzung ihre erfolgte Constituirung der Versammlung anzuzeigen habe;

2) daß in Fällen, wo sie noch Aufklärungen von dem einen oder anderen Theile zu begehren hat, oder diese von einem der Parteien angeboten oder vorbehalten werden, die Commission zu Beibringung derselben eine den Umständen angemessene, möglichstkurze Frist dazu bestimmen, nach deren erfolglosen Ablauf sie die Bundesversammlung davon in Kenntniß setze, damit diese sich für die Wegräumung dieses Hindernisses verwenden könne.

Ueberhaupt aber

3) die Commission, wo nicht früher, mindestens nach Ablauf von zwei Monaten seit ihrer Ernennung, die Bundesversammlung von der Lage, in welcher die Sache sich befindet, in Kenntniß setze, damit auch so lange fortfahre, bis sie entweder von der zu Stande gebrachten gütlichen Vereinbarung, oder von der vereitelten Hoffnung, diese zu bewirken, ihren Vortrag bei der Bundesversammlung abstatten könne.

4) Da auch bei Commissionen dieser Art um so mehr dahin zu trachten ist, daß durch Verhinderungen einzelner Mitglieder der Commission das Geschäft nicht in Stockung gerathe, als nach der Natur der Sache hier eine Substitution eines andern Mitgliedes nicht wohl statt findet, so wird festgesetzt, daß bei der Wahl von Commissionen dieser Art, nachdem die vorgeschriebene Zahl der Mitglieder durch Mehrheit der Stimmen

ernannt worden, der, oder diejenigen, welche nächst diesen die mehresten Stimmen haben, notirt und als Stellvertreter dieser Commissionen in längeren Verhinderungsfällen eines einzelnen ordentlichen Mitgliedes in der Reihe, welche sich aus der Zahl der Stimmen, die sie gehabt haben, ergiebt, eintreten, unter der Voraussetzung, daß auch sie nicht durch ihre Verhältnisse an einer Theilnahme an diesem Geschäft verhindert werden.

Es sind jedoch bei Commissionen von drei nur ein, bei Commissionen von fünf nur zwei solcher Stellvertreter zuläßig, damit die Mehrheit der Commission aus den zunächst erwählten Mitgliedern bestehe. Sollte aber, bei eintretendem Hinderniß dieser Stellvertreter, die ursprünglich beachsichtigte Zahl der Commissions-Mitglieder nicht ergänzt werden können, so ist die Commission dennoch in ihrem Geschäft fortzufahren befugt, so lange nur, ohne Beihülfe dieser Stellvertreter, die Mehrheit der ordentlichen Commissions-Mitglieder anwesend ist.

§. 5. Die Reclamations-Commissionen endigen mit vollendetem Vortrag über sämmtliche, zu ihrer Erörterung verstellten Eingaben.

Alle andern Commissionen endigen mit den von ihnen an die Bundesversammlung abgestatteten Schlußbericht. Sollten alsdann die Umstände noch eine fernere commissarische Bearbeitung dieses Gegenstandes erfordern, so ist eine neue Commission zu ernennen oder die vorige ausdrücklich zu verlängern.

Nach Beendigung einer Commission hat derjenige, der in selbiger den Vorsitz geführt hat, dafür zu sorgen, daß die Acten derselben zur Bundes-Canzlei abgeliefert werden.

Ebenmäßig hat dieser dafür Sorge zu tragen, daß,

im Fall ein Mitglied der Commission abgeht, die in dessen Händen befindlichen Actenstücke an die Commission zurückgeliefert werden.

XVI.

Vereinbarung der Bundesversammlung

vom 20. September 1819,

betreffend etliche Modificationen ihres Beschlusses über die Vertagung des Bundestags, vom 26. Juni 1817 [1]).

In Bezug auf den über die Vertagung des Bundestags in der 38. Sitzung v. Jahr 1817 (§. 267) gefaßten Beschluß, schlägt Präsidium folgende Modification vor:

Der in gedachter Sitzung gefaßte Beschluß über die Vertagung des Bundestags räumt den hier zurückbleibenden Gesandten blos ein:

1) mit dem Präsidio zu ermessen, ob ein dringender Fall vorhanden sey, welcher die frühere Einberufung der

---

1) Aus dem Protocoll der B. V. vom 20. Sept. 1819, §. 221. — Der hier modificirte Beschluß v. 26. Juni 1817, steht oben Num. X. — Ausdrücklich erneuert wurden gegenwärtige Modificationen, zur Sicherung der Permanenz der Bundesversammlung, auch während der Ferien, bei Vertagung der Bundesversammlung am 17. October 1820 (Protoc. §. 189), und am 30. Juli 1821 (Protoc. §. 230). A. d. H.

Herren Gesandten erheische, und diese durch den Präsidenten zu verfügen;

2) im Fall der Verzugsgefahr die etwa zur Instruction eines Geschäfts nothwendigen provisorischen Einleitungen zu treffen, alles Andere aber der Bundesversammlung zu überlassen.

Dieß scheint gegenwärtig nicht hinreichend zu seyn, wo eben im Augenblick einer Vertagung von einigen Monaten wichtige Beschlüsse gefaßt werden, von welchen sich beinahe mit Sicherheit voraussehen läßt, daß sie manche Einwirkungen der Bundesversammlung nothwendig machen dürften, die zwar nicht wichtig genug wären, um eine allemal sehr bedenkliche frühere Einberufung der Bundesversammlung zu verfügen, aber auch nicht bis zur Wiedereröffnung aufgeschoben werden könnten, und doch mehr als blosse, zur Instruction eines Geschäfts nothwendige, provisorische Einleitungen erheischen.

Dieß ist insonderheit mit den neuen Verfügungen über die Executions-Ordnung und mit den über die Central-Commission der Fall.

Auf einer andern Seite macht die schon verabredete Maasregel, daß jeder abreisende Gesandte hier einen Substituten ernennen wolle, minder bedenklich, wenn für diesesmal und ohne Consequenz den hier anwesend bleibenden Gesandten in dringenden Fällen etwas mehr eingeräumt und die Sache etwa so gefaßt würde:

daß, wenn in Beziehung auf die heute gefaßten Beschlüsse im Laufe der Ferien Fälle vorkommen, welche auf der einen Seite nicht gestatten, die dabei zu ergreifenden Maasregeln bis zur Wiedereröffnung der Sitzungen zu verschieben, auf der andern aber nicht wichtig genug sind, um eine frühere Einberufung der Bundes-

tagsgesandten zu veranlassen, die hier anwesenden Mitglieder, falls deren nicht weniger als sieben sind (und es ist wohl dringend zu wünschen, daß deren mindestens nicht weniger zurück bleiben mögen) und die Abwesenden durch Substitute vertreten werden, befugt sind, zusammen zu treten, sich von den verschiedenen ernannten Commissionen Berichte abstatten zu lassen und darauf dasjenige zu verfügen, was keinen Aufschub leidet, unter der Verpflichtung, bei Wiedereröffnung der Sitzungen, davon der versammelten Bundesversammlung Bericht abzustatten und deren Bestätigung zu bewirken.

Sämmtliche Gesandtschaften erklären sich damit vollkommen einverstanden.

XVII.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 20. September 1819,

wegen Bestellung einer ausserordentlichen Central-Untersuchungs-Commission zu Mainz, als von Bundeswegen angeordneter Central-Behörde für „weitere Untersuchung der, gegenwärtig in mehreren Bundesstaaten entdeckten revolutionären Umtriebe."

Dieser Beschluß steht in dem §. 220 des Protocolls der Bundesversammlung von 1819. Die darin verabredete Commission sollte eine nur untersuchende Behörde, keine richterliche oder rechtsprechende, seyn, und

über die Resultate ihrer Wirksamkeit an die Bundesversammlung berichten. Als Zweck ward ihr zur Aufgabe gemacht: „gemeinschaftliche, möglichst gründliche und umfassende Untersuchung und Feststellung des Thatbestandes, des Ursprungs und der mehrfachen Verzweigungen „der gegen die bestehende Verfassung und innere Ruhe, „sowohl des ganzen Bundes, als einzelner Bundesstaaten, gerichteten revolutionären Umtriebe und demagogischen Verbindungen." Folgende sieben Regierungen wurden gewählt, um zu der CentralUntersuchungsCommission Mitglieder zu ernennen: Preussen, Baiern, Hannover, Baden, Großherzogthum Hessen, Nassau. Ihre Berichte an die Bundesversammlung wurden geheim gehalten, dennoch zum Theil bekannt. Installirt mit grosser Oeffentlichkeit, erhielt die Commission in der Stille, nach und nach, ihre Auflösung im Jahr 1828, ohne daß ein Resultat ihrer Wirksamkeit bekannt gemacht ward. Auch hat nie verlautet, daß sie Personen oder Verbindungen unmittelbar in Untersuchung genommen habe.

XVIII.

Provisorischer Beschluß der Bundesversammlung

vom 20. September 1819.

über die in Ansehung der Universitäten zu ergreifenden Maasregeln [1]).

§. 1. Es soll bei jeder Universität ein, mit zweckmäßigen Instructionen und ausgedehnten Befugnissen versehener, am Orte der Universität residirender, ausserordentlicher landesherrlicher Bevollmächtigter, entweder in der Person des bisherigen Curators, oder eines andern, von der Regierung dazu tüchtig befundenen Mannes, angestellt werden.

Das Amt dieses Bevollmächtigten soll seyn, über die strengste Vollziehung der bestehenden Gesetze und Disciplinar-Vorschriften zu wachen, den Geist, in welchem die akademischen Lehrer bei ihren öffentlichen und Privat-Vorträgen verfahren, sorgfältig zu beobachten, und demselben, jedoch ohne unmittelbare Einmischung in das Wissenschaftliche und die Lehrmethoden, eine heilsame, auf die künftige Bestimmung der studierenden Jugend berechnete Richtung zu geben, endlich Allem, was zur Beförderung der Sittlichkeit, der guten Ordnung

1) Aus dem Protocoll der B. V. vom 20. September 1819, §. 220. — Die Fortdauer dieses provisorischen Beschlusses ward festgesetzt durch einen Beschluß der B. V. vom 16. Aug. 1824, unten Num. XXXI.

und des äussern Anstandes unter den Studierenden dienen kann, seine unausgesetzte Aufmerksamkeit zu widmen.

Das Verhältniß dieser ausserordentlichen Bevollmächtigten zu den akademischen Senaten soll, so wie Alles, was auf die nähere Bestimmung ihres Wirkungskreises und ihrer Geschäftsführung Bezug hat, in den ihnen von ihrer obersten Staatsbehörde zu ertheilenden Instructionen, mit Rücksicht auf die Umstände, durch welche die Ernennung dieser Bevollmächtigten veranlaßt worden ist, so genau als möglich festgesezt werden.

§. 2. Die Bundesregierungen verpflichten sich gegen einander, Universitäts- und andere öffentliche Lehrer, die durch erweisliche Abweichung von ihrer Pflicht, oder Ueberschreitung der Grenzen ihres Berufes, durch Mißbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Gemüther der Jugend, durch Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger, oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabender Lehren, ihre Unfähigkeit zu Verwaltung des ihnen anvertrauten wichtigen Amtes unverkennbar an den Tag gelegt haben, von den Universitäten und sonstigen Lehranstalten zu entfernen, ohne daß ihnen hierbei, so lange der gegenwärtige Beschluß in Wirksamkeit bleibt, und bis über diesen Punct definitive Anordnungen ausgesprochen seyn werden, irgend ein Hinderniß im Wege stehen könne. Jedoch soll eine Maasregel dieser Art nie anders, als auf den vollständig motivirten Antrag des der Universität vorgesetzten Regierungs-Bevollmächtigten, oder von demselben vorher eingeforderten Bericht beschlossen werden.

Ein auf solche Weise ausgeschlossener Lehrer darf in keinem andern Bundesstaate bei irgend einem öffentlichen Lehr-Institute wieder angestellt werden.

§. 3. Die seit langer Zeit bestehenden Gesetze gegen geheime oder nicht autorisirte Verbindungen auf den Universitäten, sollen in ihrer ganzen Kraft und Strenge aufrecht erhalten, und insbesondere auf den seit einigen Jahren gestifteten, unter dem Namen der allgemeinen Burschenschaft bekannten Verein um so bestimmter ausgedehnt werden, als diesem Verein die schlechterdings unzulässige Voraussetzung einer fortdauernden Gemeinschaft und Correspondenz zwischen den verschiedenen Universitäten zum Grunde liegt. Den Regierungs-Bevollmächtigten soll in Ansehung dieses Punctes eine vorzügliche Wachsamkeit zur Pflicht gemacht werden.

Die Regierungen vereinigen sich darüber, daß Individuen, die nach Bekanntmachung des gegenwärtigen Beschlusses erweislich in geheimen, oder nicht autorisirten Verbindungen geblieben, oder in solche getreten sind, bei keinem öffentlichen Amte zugelassen werden sollen.

§. 4. Kein Studierender, der durch einen von dem Regierungs-Bevollmächtigten bestätigten, oder auf dessen Antrag erfolgten Beschluß eines akademischen Senats von einer Universität verwiesen worden ist, oder der, um einem solchen Beschlusse zu entgehen, sich von der Universität entfernt hat, soll auf einer andern Universität zugelassen, auch überhaupt kein Studierender, ohne ein befriedigendes Zeugniß seines Wohlverhaltens auf der von ihm verlassenen Universität, von irgend einer andern Universität aufgenommen werden.

XIX.

Preßgesetz,

für Druckschriften, die als tägliche Blätter oder heftweise erscheinen, oder nicht über zwanzig Bogen im Druck stark sind; auf fünf Jahre festgesetzt, durch Beschluß der Bundesversammlung vom 20. September 1819 [1]).

---

§. 1. So lange, als der gegenwärtige Beschluß in Kraft bleiben wird, dürfen Schriften, die in der Form täglicher Blätter oder heftweise erscheinen, deßgleichen solche, die nicht über zwanzig Bogen im Druck stark sind, in keinem deutschen Bundesstaate ohne Vorwissen und vorgängige Genehmhaltung der Landesbehörden zum Druck befördert werden.

Schriften, die nicht in eine der hier nahmhaft gemachten Classen gehören, werden fernerhin nach den in den einzelnen Bundesstaaten erlassenen oder noch zu erlassenden Gesetzen behandelt. Wenn dergleichen Schriften aber irgend einem Bundesstaate Anlaß zur Klage geben; so soll diese Klage im Namen der Regierung, an welche sie gerichtet ist, nach den in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Formen gegen die Verfasser oder Verleger der dadurch betroffenen Schrift erledigt werden.

---

1) Aus dem Protocoll der B. V. vom 20. Sept. 1819, §. 220, Num. 3. — Die Fortdauer dieses auf fünf Jahre errichteten Gesetzes ward auf so lang erstreckt, bis man über ein definitives Gesetz sich werde vereinbart haben; durch Beschluß der B. V. vom 16. August 1824, unten Num. XXXI.

§. 2. Die zur Aufrechthaltung dieses Beschlusses erforderlichen Mittel und Vorkehrungen bleiben der nähern Bestimmung der Regierungen anheimgestellt; sie müssen jedoch von der Art seyn, daß dadurch dem Sinn und Zweck der Hauptbestimmung des §. 1. vollständig Genüge geleistet werde.

§. 3. Da der gegenwärtige Beschluß durch die unter den obwaltenden Umständen von den Bundesregierungen anerkannte Nothwendigkeit vorbeugender Maasregeln gegen den Mißbrauch der Presse veranlaßt worden ist; so können die auf gerichtliche Verfolgung und Bestrafung der im Wege des Drucks bereits verwirklichten Mißbräuche und Vergehungen abzweckenden Gesetze, in so weit sie auf die im 1. §. bezeichneten Classen von Druckschriften anwendbar seyn sollen, so lange dieser Beschluß in Kraft bleibt, in keinem Bundesstaate als zureichend betrachtet werden.

§. 4. Jeder Bundesstaat ist für die unter seiner Oberaufsicht erscheinenden, mithin für sämmtliche, unter der Hauptbestimmung des §. 1 begriffenen Druckschriften, in so fern dadurch die Würde oder Sicherheit anderer Bundesstaaten verletzt, die Verfassung oder Verwaltung derselben angegriffen wird, nicht nur den unmittelbar Beleidigten, sondern auch der Gesammtheit des Bundes verantwortlich.

§. 5. Damit aber diese, in dem Wesen des deutschen Bundesvereins gegründete, von dessen Fortdauer unzertrennliche, wechselseitige Verantwortlichkeit nicht zu unnützen Störungen des zwischen den Bundesstaaten obwaltenden freundschaftlichen Verhältnisses Anlaß geben möge; so übernehmen sämmtliche Mitglieder des deutschen Bundes die feierliche Verpflichtung gegen einander, bei

der Aufsicht über die in ihren Ländern erscheinenden Zeitungen, Zeit- und Flugschriften mit wachsamem Ernste zu verfahren, und diese Aufsicht dergestalt handhaben zu lassen, daß dadurch gegenseitigen Klagen und unangenehmen Erörterungen auf jede Weise möglichst vorgebeugt werde.

§. 6. Damit jedoch auch die, durch gegenwärtigen Beschluß beabsichtigte, allgemeine und wechselseitige Gewährleistung der moralischen und politischen Unverletzlichkeit der Gesammtheit und aller Mitglieder des Bundes nicht auf einzelnen Puncten gefährdet werden könne; so soll in dem Falle, wo die Regierung eines Bundesstaates sich durch die in einem andern Bundesstaate erscheinenden Druckschriften verletzt glaubte, und durch freundschaftliche Rücksprache oder diplomatische Correspondenz zu einer vollständigen Befriedigung und Abhülfe nicht gelangen könnte, derselben ausdrücklich vorbehalten bleiben, über dergleichen Schriften Beschwerde bei der Bundesversammlung zu führen, letztere aber sodann gehalten seyn, die angebrachte Beschwerde commissarisch untersuchen zu lassen, und wenn dieselbe gegründet befunden wird, die unmittelbare Unterdrückung der in Rede stehenden Schrift, auch wenn sie zur Classe der periodischen gehört, alle fernere Fortsetzung derselben, durch einen entscheidenden Ausspruch zu verfügen.

Die Bundesversammlung soll ausserdem befugt seyn, die zu ihrer Kenntniß gelangenden, unter der Hauptbestimmung des §. 1 begriffenen Schriften, in welchem deutschen Staate sie auch erscheinen mögen, wenn solche, nach dem Gutachten einer von ihr ernannten Commission, der Würde des Bundes, der Sicherheit einzelner Bundesstaaten, oder der Erhaltung des Friedens und der

Ruhe in Deutschland zuwiderlaufen, ohne vorhergegangene Aufforderung aus eigener Autorität durch einen Ausspruch, von welchem keine Appellation statt findet, zu unterdrücken, und die betreffenden Regierungen sind verpflichtet, diesen Ausspruch zu vollziehen.

§. 7. Wenn eine Zeitung oder Zeitschrift durch einen Ausspruch der Bundesversammlung unterdrückt worden ist; so darf der Redacteur derselben binnen fünf Jahren in keinem Bundesstaate bei der Redaction einer ähnlichen Schrift zugelassen werden.

Die Verfasser, Herausgeber und Verleger der unter der Hauptbestimmung des §. 1 begriffenen Schriften bleiben übrigens, wenn sie den Vorschriften dieses Beschlusses gemäß gehandelt haben, von aller weitern Verantwortung frei, und die im §. 6 erwähnten Aussprüche der Bundesversammlung werden ausschliessend gegen die Schriften, nie gegen die Personen gerichtet.

§. 8. Sämmtliche Bundesglieder verpflichten sich, in einem Zeitraum von zwei Monaten die Bundesversammlung vor den Verfügungen und Vorschriften, durch welche sie dem §. 1 dieses Beschlusses Genüge zu leisten gedenken, in Kenntniß zu setzen.

§. 9. Alle in Deutschland erscheinenden Druckschriften, sie mögen unter den Bestimmungen dieses Beschlusses begriffen seyn oder nicht, müssen mit dem Namen des Verlegers, und, in so fern sie zur Classe der Zeitungen oder Zeitschriften gehören, auch mit dem Namen des Redacteurs versehen seyn. Druckschriften, bei welchen diese Vorschrift nicht beobachtet ist, dürfen in keinem Bundesstaate in Umlauf gesetzt, und müssen, wenn solches heimlicher Weise geschieht, gleich bei ihrer Erscheinung in Beschlag genommen, auch die Verbreiter derselben nach Beschaffen-

heit

heit der Umstände zu angemessener, Geld- oder Gefängnißstrafe verurtheilt werden.

§. 10. Der gegenwärtige einstweilige Beschluß soll vom heutigen Tage an fünf Jahre lang in Wirksamkeit bleiben. Vor Ablauf dieser Zeit soll am Bundestage gründlich untersucht werden, auf welche Weise die im 18. Artikel der Bundesacte in Anregung gebrachten gleichförmigen Verfügungen über die Preßfreiheit in Erfüllung zu setzen seyn möchten und demnächst ein Definitiv-Beschluß über die rechtmäßigen Grenzen der Preßfreiheit in Deutschland erfolgen.

Anmerkung des Herausgebers.

In Folge dieses Preßgesetzes, und auf eine Beschwerde der Central-Untersuchungs-Commission zu Mainz, ward das unter dem Titel: „Der Teutsche Beobachter" zu Stuttgart seit dem 10. August 1822 erschienene politische Blatt, durch einen nach Stimmenmehrheit gefaßten Beschluß der Bundesversammlung vom 30. Mai 1823 „unterdrückt, auch alle fernere Fortsetzung desselben untersagt", und die Königlich-Würtembergische Regierung ersucht, „diesen Beschluß zu vollziehen". Zugleich ward an alle übrigen bundesverwandten Regierungen das Ersuchen gestellt, „die fernere Ausgabe des Teutschen Beobachters innerhalb ihres zum Teutschen Bund gehörigen Gebietes zu verbieten; auch den verantwortlichen Redacteur desselben, G. G. Liesching, binnen fünf Jahren bei der Redaction eines, in die Classe der periodischen gehörigen öffentlichen Blattes mit politischer Tendenz nicht zuzulassen". In dem Protocoll vom 3. Juli 1823, ließ die Königlich Würtembergische Regierung die Bundesversammlung in Kenntniß setzen, „von der erfolgten

Vollziehung der durch die Mehrheit derselben in der Sitzung vom 30. Mai desselben Jahres gefaßten Beschlusses.“ Die sehr ausführliche, auch durch erörterte Verschiedenheit der Meinungen denkwürdige Verhandlung dieses Gegenstandes, findet man in den Protocollen der Deutschen Bundesversammlung, Bd. XV, S. 150 — 175, S. 178 — 202, und S. 362 — 372; in den Protocollen vom 30. Mai 1823, §. 92, und von 3. Juli 1823, §. 119.

Anhang.

Beschluß der B. V. vom 27. August 1829, nachstehenden Beschluß derselben vom 20. August 1829, betreffend die Verhütung weiterer Publicität in den Streitigkeiten zwischen dem König von Großbritannien und Hannover, und dem Herzog von Braunschweig öffentlich bekannt zu machen.

In so fern die höchst zu bedauernden Irrungen zwischen Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover und Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig die Veranlassung zu verschiedenen, höchst beleidigenden, im öffentlichen Druck erschienenen Schriften geworden sind, und dadurch die Gefährlichkeit des Streites selbst erhöht worden ist; so vereinigen sich die höchsten und hohen Bundesglieder dahin, den Druck und Debit von solchen Controversschriften in ihren Staaten fernerhin nicht zu gestatten, auch darüber zu wachen, daß in die öffentlichen Blätter nichts aufgenommen werde, was den nunmehr bundesgesetzlich geschlichteten Streit wieder aufregen oder in frischem Andenken erhalten könnte.

XX.

Beschluß der Bundesversammlung,

in dem Plenum vom 3. August 1820,

betreffend

das Verfahren bei Aufstellung der Austrägal-Instanzen [1])

Präsidium trägt vor: Die Bundesversammlung hat nicht nur bereits in der 35. Sitzung 1817 §. 231 über die Vermittelung bei Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich, und Aufstellung einer wohlgeordneten Austrägal-Instanz, einen vorläufigen Beschluß gefaßt, sondern auch in der 35. Sitzung 1819 §. 219, unter den Gegenständen, welche zur InstructionsEinholung und definitiven Beschlußnahme nach Wiedereröffnung der Sitzungen besonders ausgesetzt worden, als den ersten derselben diesen Gegenstand ausgezeichnet.

Die zwischen den Bevollmächtigten sämmtlicher Bundesregierungen in Wien veranlaßten Ministerial-Conferenzen haben in erfreulicher Uebereinstimmung auch diese Angelegenheit ihrer Reife zugeführt, und als Resultat ihrer Berathungen sind die Grundbestimmungen darüber in der Schlußacte Artikel 21 bis 24 niedergelegt.

Da zugleich in dem Art. 21, zu Ertheilung näherer Vorschriften in Folge der an die Bundestagsgesandten zu

1) Aus dem Protocoll der Plenar Versammlung vom 3. August 1820, §. 2.

erlassenden Instructionen, noch die Fassung eines besondern Beschlusses vorbehalten wurde, dessen Inhalt dieselbe verbindliche Kraft, wie die Schlußacte selbst, haben, auch in eben der Art, wie diese, zum Bundesbeschluß erhoben werden soll; so bin ich von meinem allerhöchsten Hofe angewiesen, die zu diesem Ende abgefaßten, nachstehenden eilf Artikel, welche die bereits in die Schlußacte aufgenommenen ebenfalls in sich begreifen, der verehrlichen Bundesversammlung mit dem Antrage vorzulegen, daß diese Bestimmungen, in Gemäßheit der getroffenen Abrede und der von sämmtlichen Gesandtschaften im Namen ihrer hohen Committenten hier abzulegenden Erklärungen, in eben der Art, wie die Schlußacte, durch gleichförmige Zustimmung zum Bundestags-Beschluß erhoben werden möchten.

Art. 1. Die Bundesversammlung hat in allen, nach Vorschrift der Bundesacte bei ihr anzubringenden Streitigkeiten zwischen den Bundesgliedern, wenn die vorgängige Vermittlung ohne Erfolg geblieben ist, die Entscheidung durch eine Austrägal-Instanz zu veranlassen, und dabei, so lange nicht wegen der Austrägalgerichte überhaupt eine anderweite Uebereinkunft statt gefunden hat, die in dem Bundestags-Beschlusse vom 16. Juni 1817 [1]) enthaltenen Vorschriften zu beobachten.

Art. 2. Wenn nach Anleitung des Bundestags-Beschlusses vom 16. Juni 1817 der oberste Gerichtshof eines Bundesstaats zur Austrägal-Instanz gewählt ist; so steht demselben die Leitung des Processes [2]) und die Entscheidung des Streits, in allen seinen Haupt- und

---

1) Abgedruckt oben, Num. VIII.

2) Alle Fristen hat der Gerichtshof von Amtswegen zu

Nebenpuncten, uneingeschränkt und ohne alle weitere Einwirkung der Bundesversammlung oder der Landesregierung zu. Letztere wird jedoch, auf Ansuchen der Bundesversammlung oder der streitenden Theile, im Falle einer Zögerung von Seiten des Gerichts, die zur Beförderung der Entscheidung nöthigen Verfügungen erlassen.

Art. 3. Zur Theilnahme an einem Rechtsstreit unter Bundesstaaten, kann ein drittes Bundesglied vor das erwählte Austrägalgericht nur dann zugelassen [1]) werden, wenn das Gericht eine wesentliche Verbindung der Rechtsverhältnisse desselben mit dem anhängigen Rechtsstreit anerkennt. Auch eine Wiederklage hat nur in diesem Falle bei dem erwählten Austrägalgerichte statt, und nur, wenn sie sogleich bei der Einlassung auf die Vorklage angebracht wird.

Art. 4. Wo keine besondern Entscheidungs-Normen vorhanden sind, hat das Austrägalgericht nach den in Rechtsstreitigkeiten derselben Art vormals von den Reichsgerichten subsidiarisch befolgten Rechtsquellen, in so fern solche auf die jetzigen Verhältnisse der Bundesglieder noch anwendbar sind, zu erkennen.

Art. 5. Dem im Namen der Bundesversammlung abzufassenden Erkenntnisse sollen jederzeit die vollständigen Entscheidungsgründe beigefügt werden.

---

beachten, zufolge des unten (Num. XXIV.) abgedruckten Beschlusses der B. V. vom 19. Juni 1823. A. d. H.

1) In einem früheren Entwurf dieses Artikels, hatte die in den wiener MinisterialConferenzen bestandene Redactions-Commission hier gesetzt: „zugelassen oder aufgefordert werden." Es wurden aber auf Erinnerung des k. hannöverischen Abgeordneten, die Worte: „oder aufgefordert," von der Versammlung verworfen; wie aus den Protocollen über die 18. und 20. Sitzung erhellet. A. d. H.

Ueber den Kostenpunct soll das erwählte Austrägalgericht nach gemeinrechtlichen Grundsätzen erkennen, und bei deren Bestimmung die ihm vorgeschriebene Taxordnung befolgen, ohne weitere Gebühren in Ansatz zu bringen.

Art. 6. Die Austrägal-Erkenntnisse sind sofort nach ihrer Eröffnung als rechtskräftig anzusehen und zu befolgen. Jedoch ist die Restitution wegen neu aufgefundener Thatsachen und Beweismittel zulässig. Sie muß aber innerhalb vier Jahren, vom Tage der Auffindung an gerechnet, nachgesucht, und kann dadurch die Vollziehung des Austrägal-Erkenntnisses nicht aufgehalten werden.

Art. 7. Ueber die Zulässigkeit der Restitution und über die Erheblichkeit und rechtliche Wirkung der neu aufgefundenen Thatsachen und Beweismittel, hat derselbe Gerichtshof zu erkennen, welcher die Entscheidung in der Sache gefaßt hat.

Art. 8. Die Ableistung des Restitutions-Eides geschieht bei dem Austrägalgerichte, durch den Vorstand derjenigen Behörde, unter deren Aufsicht und Genehmigung die Restitution nachgesucht wird, und von demjenigen Beamten des die Restitution nachsuchenden Theils, welcher die Sache bearbeitet hat, entweder in Person, oder durch Special-Bevollmächtigte. Sind mehrere dabei verwendet worden; so soll dem andern Theile frei stehen, den zu benennen, welcher den Restitutions-Eid abzustatten hat.

Art. 9. Die Bundesversammlung verfügt die Vollziehung der Bundes-Austrägal-Erkenntnisse, in so fern denselben nicht sofort oder nicht vollständig Folge geleistet wird. Fallen bei der Vollziehung noch Streitigkeiten vor, welche eine richterliche Entscheidung erfordern; so steht

diese dem Austrägal-Gerichte zu, welches das zu vollziehende Erkenntniß gefaßt hat.

Art. 10. Es steht übrigens den Bundesgliedern frei, für ihre Streitigkeiten sowohl in einzelnen vorkommenden Fällen, als auch für alle künftige Fälle wegen besonderer Austräge oder Compromisse übereinzukommen, wie denn auch frühere Familien- oder Vertrags-Austräge durch Errichtung der Bundes-Austrägal-Instanz nicht aufgehoben, noch abgeändert werden.

Art. 11. Die Bundesversammlung wird, in Beziehung über das Verfahren bei Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich, eine Revision des Bundestags-Beschlusses vom 16. Juni 1817 vornehmen, wobei jedem Bundesglied weitere zweckmäßige Ergänzungen in Antrag zu bringen überlassen bleibt.

Umfrage.

Oesterreich. Die Kaiserlich-Königliche Gesandtschaft hat den Auftrag erhalten, die Zustimmung und Genehmigung ihres allerhöchsten Hofes zu Protocoll zu erklären, damit die vorgelegten eilf Artikel über die Austrägal-Instanz, nach der getroffenen Verabredung, auf gleiche Weise, wie die Schlußacte selbst, zum Bundesgesetz erhoben werden mögen.

Sämmtliche übrigen Stimmen traten, wie Oesterreich, der Präsidial-Proposition unbedingt bei; daher

Beschluß.

Die von den Bevollmächtigten sämmtlicher Bundesstaaten in den Ministerial-Conferenzen zu Wien verabredeten, in eilf Artikeln aufgezeichneten Bestimmungen über das bei Aufstellung der Austrägal-Instanzen zu be-

obachtende Verfahren, werden hiermit, in eben der Art, wie die Schlußacte selbst, durch gleichförmige Zustimmung zum Bundestags-Beschluß erhoben.

XXI.

Executions-Ordnung

für

Vollziehungsgeschäfte der Bundesversammlung,

festgesetzt

in dem Plenum, am 3. August 1820 [1]).

Präsidium. In der 35. Bundestags-Sitzung 1819, §. 219, wurde unter die Gegenstände, welche zur Instructions-Einholung und definitiven Beschlußnahme nach Wiedereröffnung der Sitzungen besonders ausgesetzt worden, auch die Einführung einer definitiven Executions-Ordnung, mit Bestimmung von ausreichenden kräftigen Mitteln, um sowohl die Beschlüsse des Bundestags, als auch die Erkenntnisse der Austrägal-Instanzen in ungehinderte Vollziehung zu setzen, mit aufgenommen.

Die Schlußacte enthält hierüber die Grundbestim-

---

1) Aus dem Protocoll der PlenarVersammlung vom 3. August 1820, §. 3. — Eine provisorische Executions-Ordnung war von der Bundesversammlung errichtet, in ihrem Protokoll vom 20. September 1819, §. 220. Sie kam ausser Wirksamkeit, durch gegenwärtige definitive. Daher erklärte Oestreich dieselbe für erloschen, in dem Protocoll der B. V. vom 16. Aug. 1824, §. 131, Num. 2.

mungen in den Artikeln 31 bis 34, und zur weitern Entwickelung derselben, wurde in dem 31. Artikel vorbehalten, eine besondere Executions-Ordnung folgen zu lassen.

Da nun dieselbe in den Ministerial-Conferenzen zu Wien entworfen und genehmigt worden, so habe ich von meinem allerhöchsten Hofe den Auftrag erhalten, der verehrlichen Bundesversammlung diese Executions-Ordnung, welche in ihren vierzehn Artikeln zugleich die in die Schlußacte aufgenommenen Bestimmungen in sich begreift, zu dem Ende vorzulegen, damit dieselbe, in eben der Form, wie die Schlußacte selbst, durch gleichförmige Zustimmung zum Bundestags-Beschluß erhoben werde.

Art. 1. Die Bundesversammlung hat das Recht und die Verbindlichkeit, für die Vollziehung der Bundesacte, und übrigen Grundgesetze des Bundes, der, in Gemäßheit ihrer Competenz, von ihr gefaßten Beschlüsse, der durch Austräge gefällten schiedsrichterlichen Erkenntnisse, der unter die Gewährleistung des Bundes gestellten compromissarischen Entscheidungen und der am Bundestage vermittelten Vergleiche, so wie für die Aufrechthaltung der von dem Bunde übernommenen besondern Garantien, zu sorgen, auch zu diesem Ende, nach Erschöpfung aller andern bundesverfassungsmäßigen Mittel, die erforderlichen Executions-Maasregeln in Anwendung zu bringen [1]).

Art. 2. Zur Erfüllung dieser Verbindlichkeit wählt die Bundesversammlung jedesmal für den Zeitraum von sechs Monaten, mit Einschluß der Ferien, aus ihrer Mitte eine Commission von fünf Mitgliedern mit zwei

---

1) Dieser Art. 1 ist wörtlich hier aufgenommen, aus der wiener Schlußacte von 1820, Art. 31. A. d. H.

Stellvertretern, dergestalt: daß bei deren jedesmaligen Erneuerung wenigstens zwei neue Mitglieder darin aufgenommen werden. An dieselbe werden alle der Bundesversammlung zukommenden Eingaben und Anzeigen abgegeben, welche auf die im 1. Art. bezeichneten Vollziehungsgegenstände Bezug haben.

Art. 3. Dieser Commission liegt ob, zuvörderst zu prüfen, ob der bundesmäsigen Verpflichtung vollständige oder unzureichende Folge geleistet worden sey, und darüber Vortrag an die Bundesversammlung zu erstatten. Erhält diese dadurch die Ueberzeugung, daß in dem gegebenen Falle die gesetzlichen Vorschriften gar nicht, oder nicht hinlänglich befolgt worden sind, so hat sie, nach Beschaffenheit der Umstände, einen kurzen Termin anzuberaumen, um von den Gesandten der Bundesstaaten, welche solches angeht, entweder die Erklärung der hierauf erfolgten Vollziehung, oder die genügende und vollständige Nachweisung der Ursachen, welche der Folgeleistung noch entgegenstehen, zu vernehmen.

Nach erfolgter Erklärung, oder, in Ermangelung dieser, nach Ablauf der bestimmten Frist, hat die Bundesversammlung auf das von der Commission darüber abzugebende Gutachten zu beurtheilen, in wie fern die Sache erledigt, oder der Fall der Nichterfüllung der bundesmäsigen Verpflichtung begründet, und sonach das geeignete Executions-Verfahren zu beschliessen ist.

Art. 4. Ehe die Bundesversammlung die wirkliche Ausführung ihres wegen der Execution und der dabei anzuwendenden Mittel gefaßten Beschlusses verfügt, wird sie denselben der Regierung des betheiligten Bundesstaats durch dessen Bundestagsgesandten mittheilen, und zugleich an diese eine angemessene motivirte Aufforderung zur Folge-

leistung, unter Bestimmung einer nach Lage der Sache zu bemessenden Zeitfrist, ergehen lassen.

Art. 5. Wenn hierauf die Befolgung angezeigt wird, so hat die Commission ihr Gutachten darüber abzugeben, und der Bundestag zu beurtheilen, in wie fern solches zur Genüge geschehen ist. — Ergeht keine solche Anzeige, oder wird selbige nicht hinreichend befunden, so wird ohne Verzug der wirkliche Eintritt des angedrohten Executions-Verfahrens beschlossen, und zugleich der Bundesstaat, der zu diesem Beschlusse Anlaß gegeben hat, davon nochmals in Kenntniß gesetzt.

Art. 6. Da jede Bundesregierung die Obliegenheit hat, auf Vollziehung der Bundesbeschlüsse zu halten, der Bundesversammlung aber eine unmittelbare Einwirkung auf die innere Verwaltung der Bundesstaaten nicht zusteht; so kann in der Regel nur gegen die Regierung selbst ein Executions-Verfahren statt finden. Ausnahmen von dieser Regel treten jedoch ein, wenn eine Bundesregierung, in Ermangelung eigener zureichender Mittel, selbst die Hülfe des Bundes in Anspruch nimmt, oder wenn die Bundesversammlung unter den (im 26. Artikel der Schlußacte) bezeichneten Umständen, zur Wiederherstellung der allgemeinen Ordnung und Sicherheit unaufgerufen einzuschreiten, verpflichtet ist. — Im ersten Falle muß jedoch immer in Uebereinstimmung mit den Anträgen der Regierung, welcher die bundesmäßige Hülfe geleistet wird, verfahren, und im zweiten Falle ein Gleiches, sobald die Regierung wieder in Thätigkeit gesetzt ist, beobachtet werden [1]).

---

1) Dieser Artikel und die beiden folgenden 7 und 8, sind wörtlich genommen aus der wiener Schlußacte von 1820, Art. 32, 33 und 34. A. d. H.

Art. 7. Die Executions-Maasregeln werden im Namen der Gesammtheit des Bundes beschlossen und ausgeführt. Die Bundesversammlung ertheilt zu dem Ende, mit Berücksichtigung der Local-Umstände und sonstigen Verhältnisse, einer oder mehreren bei der Sache nicht betheiligten Regierungen den Auftrag zur Vollziehung der beschlossenen Maasregeln, und bestimmt zugleich sowohl die Stärke der dabei zu verwendenden Mannschaft, als die nach dem jedesmaligen Zwecke des Executions-Verfahrens zu bemessende Dauer desselben.

Art. 8. Die Regierung, an welche der Auftrag gerichtet ist, und welche solchen als eine Bundespflicht zu übernehmen hat, ernennt zu diesem Behuf einen Civil-Commissär, der, nach einer von der Bundesversammlung zu ertheilenden besondern Instruction, das Executions-Verfahren unmittelbar leitet.

Wenn der Auftrag an mehrere Regierungen ergangen ist, so bestimmt die Bundesversammlung, welche derselben den Civil-Commissär zu ernennen hat. Die beauftragte Regierung wird während der Dauer des Executions-Verfahrens die Bundesversammlung von dem Erfolge desselben in Kenntniß erhalten, und sie, sobald der Zweck vollständig erfüllt ist, von der Beendigung des Geschäfts unterrichten.

Art. 9. Wenn eine Regierung sich weigert, die Ausführung der ihr aufgetragenen Executions-Maasregeln zu übernehmen, so hat die Bundesversammlung über die Erheblichkeit oder Unzulänglichkeit der Weigerungsgründe zu entscheiden. Erkennt sie diese Gründe für erheblich, oder findet sie selbst Anstände, das Executions-Verfahren durch die früher bezeichnete Regierung vornehmen zu lassen; so hat sie solches einer andern Bundesregierung zu

übertragen. Dasselbe findet auch statt, wenn die zuerst ernannte Regierung, ohne anerkannte hinlängliche Entschuldigungsgründe, auf Ablehnung des Auftrags beharret, und diesen deßhalb unerfüllt läßt; in solchem Falle bleibt jedoch letztere zum Schadenersatz gehalten und für alle sonst daraus entstehenden nachtheiligen Folgen dem Bunde verantwortlich.

Art. 10. Wenn nicht, nach einer bestimmten Erklärung der Bundesversammlung, Gefahr auf dem Verzuge haftet, soll die mit dem Executions-Verfahren beauftragte Regierung den betheiligten Bundesstaat von dem ihr ertheilten Auftrag benachrichtigen, mit der Anzeige: daß, wenn binnen drei Wochen eine genügende Erfüllung der Beschlüsse, auf welche diese Maasregeln Bezug haben, nicht nachgewiesen seyn sollte, die wirkliche bundespflichtmäßige Vollziehung der letztern unfehlbar erfolgen werde.

Art. 11. Die obere Leitung der angeordneten Vollziehung steht auch in ihrem Fortgange der Bundesversammlung zu; an diese werden alle darauf sich beziehenden Berichte und sonstigen Anzeigen gerichtet. — Die aus ihrer Mitte gewählte Executions-Commission erstattet ihr darüber nähere Anträge, worauf sie ihre Beschlüsse faßt und an die mit der Execution beauftragte Regierung die nöthigen Anweisungen erläßt.

Art. 12. Die Vollstreckung der compromissarischen und Austrägal-Erkenntnisse kann nur, auf Anrufen der Parteien, von der Bundesversammlung veranlaßt werden. Diese hat, nach gutachtlicher Vernehmung ihrer Commission, das Geeignete hierauf zu verfügen.

Das Erkenntniß selbst, darf in keinem Falle der Gegenstand einer Berathung und eines Beschlusses der Bundesversammlung werden. Wenn indeß gegen die Voll-

ziehung noch zulässige Einreden vorgebracht werden, die ein weiteres rechtliches Verfahren veranlassen können; so sind diese unverzüglich an dasselbe Austrägalgericht zu verweisen, von welchem das Erkenntniß ausgegangen ist. In Gemäßheit des hierauf erfolgten weitern Anspruchs, ist durch die Bundesversammlung das erforderliche Executions-Verfahren nach den gegebenen Vorschriften zu veranlassen. Ergeben sich ähnliche Umstände bei Compromissen und gütlichen Vergleichen, so ist in gewöhnlicher Art, jedoch mit möglichster Beschleunigung, ein Austrägalgericht zu ernennen, welches über die gegen die Vollstreckung selbst noch vorkommenden Einreden und Zweifel rechtlich zu erkennen hat.

Art. 13. Sobald der Vollziehungsauftrag vorschriftmäßig erfüllt ist, hört alles weitere Executions-Verfahren auf, und die Truppen müssen ohne Verzug aus dem mit der Execution belegten Staate zurückgezogen werden.

Die mit der Vollziehung beauftragte Regierung hat zu gleicher Zeit der Bundesversammlung davon Nachricht zu geben.

Entstehen wegen eines verlängerten Aufenthalts Beschwerden, so hat die Bundesversammlung über den Grund derselben, und die daraus erwachsenden Entschädigungs-Ansprüche zu entscheiden.

Art. 14. Die Kosten der Execution sind auf den wirklichen, nach dem Zwecke zu bemessenden Aufwand zu beschränken. Die Bundesregierung, gegen welche die Execution verfügt worden, hat dieselben, so weit sie liquid sind, ohne Aufenthalt zu berichtigen, oder hinreichende Sicherheit dafür zu stellen. Einwendungen oder Beschwerden, welche noch dagegen erhoben werden, sind

bei Executionen, die nicht in Folge förmlicher Rechtsstreitigkeiten verhängt worden, durch die Bundesversammlung auf erstatteten Vortrag der Bundestags-Commission auszugleichen; bei Executionen austrägalrichterlicher Erkenntnisse aber sind dieselben durch das Austrägalgericht, welches das Erkenntniß erlassen hat, zu entscheiden. Der Landesregierung bleibt es in den (im Art. 26 der Schlußacte) bezeichneten Fällen überlassen, die Schuldigen zur Bezahlung der durch ihre Vergehungen veranlaßten Kosten im gesetzlichen Wege anzuhalten.

Umfrage.

Oesterreich. Die Kaiserlich-Königliche Gesandtschaft ist angewiesen, die Zustimmung und Genehmigung ihres allerhöchsten Hofes dahin zu Protocoll zu erklären, daß die in den MinisterialConferenzen in Wien entworfene und genehmigte Executions-Ordnung auf gleiche Weise, wie die Schlußacte selbst, zum Bundesgesetz erhoben werde.

Alle übrigen Stimmen traten dem Präsidial-Antrage unbedingt bei; daher

Beschluß:

Die von dem Bevollmächtigten sämmtlicher Bundesstaaten in den MinisterialConferenzen zu Wien verabredete Executions-Ordnung wird hiermit, in eben der Art, wie die Schlußacte selbst, durch gleichförmige Zustimmung zum Bundestags-Beschluß erhoben.

XXII.

Beschluß der Bundesversammlung

in dem Plenum vom 3. August 1820,

enthaltend

den in den wiener MinisterialConferenzen von 1820 verabredeten Artikel wegen der Flußschiffahrt, und dessen Bestätigung;

betreffend

die Erfüllung der in der wiener CongreßActe von 1815, Art. 100 bis 116, gegebenen Zusicherung der Freiheit der Flußschiffahrt, durch die dabei betheiligten Bundesglieder [1]).

Präsidium. Da verschiedene Bundesregierungen den Wunsch geäussert hatten, daß die wegen der Flußschiffahrt in der Wiener Congreßacte und in der Bundesacte enthaltenen Bestimmungen ausdrücklich bestätigt werden möchten, und in den Ministerial-Conferenzen zu Wien diesem Wunsche durch einstimmige Annahme eines zu diesem Ende abgefaßten Artikels, welcher wörtlich folgendermassen lautet: „Um der Flußschiffahrt u. s. w.;" entsprochen worden; so habe ich von meinem allerhöchsten Hofe den Auftrag erhalten, diesen Artikel der verehrlichen Bundesversammlung zu dem Ende vorzulegen, damit derselbe in das Protocoll aufgenommen, und die förmliche Annahme von Seiten des Bundes erklärt werden möge.

Um-

1) Aus dem Protocoll der Plenar-Versammlung vom 3. August 1820, §. 4.

Umfrage.

Oesterreich. Die Kaiserlich-Königliche Gesandtschaft ist beauftragt, die förmliche Zustimmung ihres allerhöchsten Hofes zu dem in den Ministerial-Conferenzen zu Wien verabredeten Artikel wegen der Flußschifffahrt zu erklären.

Sämmtliche Stimmen traten der Präsidial-Proposition bei; daher

Beschluß:

Der in den Ministerial-Conferenzen zu Wien verabredete Artikel wegen der Flußschifffahrt, welcher wörtlich folgendermassen lautet:

„Um der Flußschifffahrt die derselben durch die Wiener Congreßacte Artikel 109 bis 116 incl. [1]) zugesicherte Freiheit wirklich zu gewähren, machen „sämmtliche dabei betheiligte Bundesglieder sich verbindlich, die darüber in der Congreßacte gegebenen „und vermöge des Art. 19 der Bundesacte den „Berathungen der Bundesversammlung zum Grunde „gelegten Vorschriften unverbrüchlich zu befolgen, „wie auch die deßhalb schon bestehenden Unterhandlungen aufs thätigste zu betreiben und in der kürzest möglichsten Frist zu beendigen, wo aber noch „keine Unterhandlungen eingeleitet sind, solche unverzüglich eintreten zu lassen.“

wird in das Protocoll der Bundesversammlung aufgenommen, und, nach gleichförmiger Zustimmung sämmtlicher Bundesregierungen, dessen förmliche Annahme von Seiten des deutschen Bundes, mit gleich verbindlicher Kraft, wie die Schlußacte selbst, hiermit erklärt.

1) Sollte wohl heissen: bis 117 incl. A. d. H.

XXIII.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 18. Jänner 1821,

wegen Anschaffung der Gesetz- und Regierungsblätter, der Gesetzbücher und Gerichtsordnungen, auch der gesetzlichen und halbofficiellen Commentare über die Rechtsbücher, sämmtlicher Bundesverwandten Staaten, für die Bibliothek der Bundesversammlung [1]).

Unter einhelliger Zustimmung zu dem Antrage, wurde beschlossen:

1) daß sämmtliche, in den Staaten des deutschen Bundes erscheinenden Gesetz- und Regierungsblätter, durch welche die Verordnungen zur officiellen Kenntniß gebracht werden, von dem laufenden Jahre anfangend, durch das hiesige Ober-Postamt zu bestellen und die Bundes-Canzleicasse zur Bestreitung dieser Auslagen zu ermächtigen; sodann

2) an sämmtliche Regierungen durch die Bundestagsgesandtschaften die Bitte zu stellen sey, daß sie bald möglichst vollständige Exemplarien der, gegenwärtig in jedem Bundesstaate geltenden, bürgerlichen und peinlichen Gesetzbücher, dann der Gerichtsordnungen, etwa auch der gesetzlichen und halbofficiellen Commentare über die Rechtsbücher, mittheilen möchten; die Bundesversammlung würde es überdieß mit besonderem Dank erkennen, wenn die Regierungen noch die in den meisten Staaten vorhande-

---

1) Aus dem Protocoll der B. V. vom 18. Jänner 1821, §. 10.

nen Sammlungen von Landesverordnungen und systematischen Handbüchern, ferner die Gesetz- und Regierungsblätter von den Jahren 1800 bis 1820 einschliessend, endlich die gedruckten landständischen Verhandlungen hinzufügen wollten.

3) Sämmtliche Werke wären dereinst in der Bibliothek der Bundesversammlung aufzustellen und in vorkommenden Fällen an die derselben bedürfenden Herren Bundestagsgesandten gegen Bescheinigung abzugeben.

XXIV.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 19. Juni 1823,

daß in der AusträgalInstanz das Gericht alle Fristen von Amtswegen zu beachten habe [1]).

Beschluß:

1) daß, in allen den Fällen, in welchen ein Verfahren vor einer Austrägalinstanz nach der Disposition des 30. Artikels der Wiener Schlußacte eingeleitet ist, das oberste Gericht, welches die Austrägalinstanz bildet, beauftragt und ermächtigt wird, alle Fristen von Amtswegen zu beachten, bei Nichtbefolgung einer ergangenen Verfügung (welche peremtorische Eigenschaft hat), Verzichtleistung auf die unterlassene Handlung anzunehmen, und eben das auszusprechen, was sonst, auf Antrag des

---

1) Aus dem Protocoll der B. V. vom 19. Juni 1823, §. 106.

andern Theils, als Folge der Unterlassung, zum Behufe der endlichen Entscheidung, auszusprechen seyn würde;

2) was übrigens in den Abstimmungen der Gesandtschaften von Baden und der Großherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen Häuser an Handen gegeben worden ist, wird der mit der Revision des Austrägalverfahrens beauftragten Commission zur weiteren Erörterung und Begutachtung zugestellt.

3) Von diesem Beschlusse wäre den, als Austrägalgerichten in Thätigkeit befindlichen, obersten Gerichtshöfen durch die betreffenden Gesandtschaften Mittheilung zu machen.

XXV.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 3. Juli 1823,

daß Druckschriften teutscher Schriftsteller nur durch den Gesandten ihrer oder des Verlegers Regierung, der Bundesversammlung übergeben, auch nur durch sie bewilligte Zueignungen von ihr angenommen werden sollen [1]).

Beschluß:

1) daß die der hohen Bundesversammlung zu überreichenden Druckschriften Deutscher Schriftsteller, derselben künftig durch den Herrn Gesandten des Staates, welchem

---

1) Aus dem Protocoll der B. V. vom 3. Juli 1823, §. 125.

der Schriftsteller oder Verleger angehöre, zu übergeben seyen, und daß

2) von der hohen Bundesversammlung keine Zueignungen angenommen oder anerkannt werden, wozu nicht vorher ihre Bewilligung nachgesucht und erlangt worden ist; daß endlich

3) die Regierungen durch ihre Herren Gesandten ersucht werden, diesen Beschluß bekannt zu machen und die angemessenen Verfügungen, wegen des Verbots der Zueignung ohne vorgängige Bewilligung, zu erlassen.

XXVI.

Erklärter Vorsatz der Bundesversammlung

vom 11. December 1823,

daß sie neuen Bundeslehren und falschen Theorien von Schriftstellern, keine auf Bundesbeschlüsse einwirkende Autorität gestatten, und keiner Berufung auf solche bei ihren Verhandlungen Raum geben wolle [1]).

Nach Unterzeichnung des Protokolls der 23. Sitzung äusserte der Kaiserlich-Königliche präsidirende

---

1) Aus dem Protocoll der B. V. vom 11. Dec. 1823, §. 167. — Anlaß zu diesem Actenstück gab der k. k. östreichische PräsidialGesandte, Freiherr von Münch-Bellinghausen. Derselbe bezog sich dabei auf seine Erklärung in dem §. 164 des Protocolls vom 4. December 1823, worin er seine in dem §. 100 des Protocolls vom 12. Juni 1823 befindliche Aeusserung bestätigte. Namentlich verwarf derselbe darin die staatsrechtlichen Grundsätze, welche der k. wirtembergische Gesandte,

Gesandte, Herr Freiherr von Münch-Bellinghausen:

Die Schlußbemerkungen der in das eben abgelesene Protocoll (vom 4. December 1823) niedergelegten Kaiserlich-Königlich-Oesterreichischen Präsidial-Abstimmung werden Einer hohen Bundesversammlung von Neuem die Ueberzeugung bestätigt haben, daß Seine Majestät der Kaiser, durchdrungen von ächt föderativen Gesinnungen, das Gedeihen dieses grossen und mächtigen Bundes nur dann zur vollesten Beruhigung gesichert finden könne, wenn bei den Verhandlungen dieser hohen Versammlung von solchen Grundsätzen ausgegangen wird, welche mit dem eigentlichen Bundeszwecke und mit dem zum allgemeinen Wohle so glücklich bestehenden Erhaltungssysteme im Einklange stehen.

Diese Grundsätze haben dem Kaiser und seinen erhabenen Bundesgenossen bei allen Verhandlungen über die grossen Fragen unserer Zeit zur unverrückten Richtschnur gedient, und die Aufrechthaltung und Befolgung derselben ist von den aufgeklärten Regierungen der Deutschen Bundesstaaten längst als das einzige Mittel anerkannt, dem gemeinschaftlichen Vaterlande die höchsten Zwecke und die wesentlichsten Güter zu sichern.

Freiherr von Wangenheim, in den §§. 10, 13, 14, 15 und 22 des von ihm, im Namen der aus fünf Mitgliedern bestehenden ReclamationsCommission, über die Streitsache der westphälischen Domänenkäufer erstatteten Berichtes (Beilage 8 zu §. 98 des Protoc. v. 5. Juni 1823, in den Protocollen der D. Bundesversammlung, Bd. XV, S. 224 ff.) aufgestellt hatte. Wegen der theoretischen und practischen Wichtigkeit dieses denkwürdigen Conflictes, verdienen alle diese Actenstücke im Zusammenhang gelesen zu werden.

A. d. H.

Wir aber, denen die große und wichtige Aufgabe geworden ist, diese Zwecke zu fördern und das, was die Bundes- und die Schlußacte als den gemeinsamen Willen aller Bundesregierungen ausgesprochen hat, auf die einzelnen, unsern Wirkungskreis betreffenden Fälle im Sinne dieser Acte anzuwenden, wir können und dürfen uns nicht verbergen, daß bei einem Vereine, so vielumfassend, so mannichfach berührend, und so neu, wie der Deutsche Bund, wir unvermeidlich auf Schwierigkeiten, wohl auch auf Lücken in der Bundesgesetzgebung gerathen müssen. Jene zu heben, und diese zu ergänzen — beides aber im Sinne des abgeschlossenen Vereins — ist unläugbar der schwerste Theil unserer Aufgabe. Es konnte aber auch nicht fehlen, war bei dem, vorzugsweise den Deutschen eigenen, lobenswürdigen Streben nach gründlicher Darstellung und wissenschaftlichen Forschen zu erwarten, und verdient wohl auch im Allgemeinen nur unsern Beifall, daß sich Schriftsteller und Gelehrte mit Studien des Bundesrechts, wie solches aus der neuern Bundesgesetzgebung hervorgeht, befaßt haben; es kann gleichfalls nicht befremden, daß nebst vielem Gediegenem auch mancher Irrthum und manche falsche Theorien zu Tage gefördert wurden.

Aber eben darum, und weil die Anwendung der bestehenden Gesetzgebung und die fernere Ausbildung des Deutschen Bundes nur allein durch uns und durch die Instructionen unserer hohen Committenten bewirkt werden kann, wäre es bedenklich und verantwortlich, solchen Lehren in unserer Mitte irgend eine auf die Bundesbeschlüsse einwirkende Autorität zuzugestehen, und dadurch in den Augen des Publicums das System jener Lehrbücher zu sanctioniren.

Diese Ansicht ist es, welche mehrere hohe Höfe in der letzten Sitzung zu allgemeinen Bemerkungen hierüber veranlaßt hat. Das Präsidium bezweifelt nicht, daß die Bundesversammlung hierdurch sich zu einer solchen Erklärung aufgefordert finden werde, welche jenen Grundsätzen und diesen Ansichten entspricht.

Die hohe Bundesversammlung erklärte hierauf einstimmig: daß selbe in den hier entwickelten Grundsätzen nur ihre eigenen wieder gefunden habe, und daß sie, mit diesen im vollesten Einklange, von der festen Ueberzeugung durchdrungen sey, daß nur auf diesem Wege die Anwendung der bestehenden Bundesgesetze gesichert, die fernere Ausbildung der gemeinsamen Gesetzgebung im reinsten Sinne des Föderativsystems bewirkt, und den hohen Zwecken des Bundes genügt werden könne.

Die Bundesversammlung wird daher in ihrer Mitte jenen neuen Bundeslehren und Theorien keine auf die Bundesbeschlüsse einwirkende Autorität gestatten, und keiner Berufung auf selbe bei ihren Verhandlungen Raum geben; übrigens aber glaubt dieselbe, der hohen Weisheit sämmtlicher Bundesregierungen mit vollem Vertrauen die Fürsorge anheimstellen zu können, daß nicht auf ihren Schulen und Universitäten jene Lehren Eingang finden, und dadurch von dem eigentlichen Verhältnisse des Bundes falsche und unrichtige Ansicht aufgefaßt und verbreitet werde.

XXVII.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 15. Jänner 1824,

daß die bei ihr einzureichenden gedruckten Reclamationen und Denkschriften einer Censur zu unterwerfen seyen [1]).

Beschluß

Daß .... 4) die sämmtlichen Regierungen der Bundesstaaten ersucht werden, Reclamationen und Denkschriften, welche bei der hohen Bundesversammlung gedruckt eingereicht werden sollen, einer Censur, da, wo sie noch nicht bestehe, zu unterziehen, so wie insbesondere der Senat der freien Stadt Frankfurt ersucht werde, zu verordnen, daß jene Eingaben, welche am Sitze dieser Versammlung gedruckt werden sollen, in den hiesigen Druckereien nicht eher, als nach ertheiltem Imprimatur von Seiten der Bundescanzlei-Direction (welche in vorkommenden Fällen mit der Reclamations-Commission Rücksprache pflegen werde), angenommen werden.

---

1) Aus dem Protocoll der B. V. vom 15. Jänner 1824, §. 3. — Anlaß zu diesem Beschluß gab eine gedruckte Eingabe der Holsteinischen Prälaten und Ritterschaft, welche, als sie geschrieben war eingereicht worden, die Reclamations-Commission nach Form und Inhalt mißbilligt hatte.

XXVIII.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 5. Februar 1824,

betreffend die Bekanntmachung der Bundestags-Verhandlungen durch teutsche Zeitungen [1]).

Der Kaiserlich-Königliche präsidirende Herr Gesandte, Freiherr von Münch-Bellinghausen, gab der hohen Bundesversammlung Kenntniß von einem Gesuche der Redaction des Deutschen Frankfurter Journals, um Mittheilung der Bundestags-Protocolle, desgleichen von dem Wunsche der übrigen Redacteurs, welchen bekanntlich die gedruckten offenen Verhandlungen schon seit längerer Zeit aus der Canzlei verabfolgt würden, daß ihnen erlaubt werden möchte, dieselben früher als bisher, etwa am dritten Tage nach der Vertheilung unter die Gesandtschaften, in ihre Blätter aufzunehmen.

Präsidium fände kein Bedenken, daß nicht nur der Redaction des hiesigen Deutschen Journals ein Exemplar der gedruckten Protocolle über die förmlichen Sitzungen verabfolgt, sondern überhaupt den Regierungen anheim gestellt werde, den Redactionen einer oder der andern der in ihren Staaten erscheinenden Zeitungen, nach eigener Auswahl, dergleichen Mittheilungen zu machen, und zu dem Ende die nöthigen Exemplare aus der Bundes-

1) Aus dem Protocoll der B. V. vom 5. Februar 1824, §. 39.

canzlei zu erheben. Dadurch werde der Zweck erreicht, daß nur genuine Nachrichten über Bundesverhandlungen in das Publikum kämen; und zur vollständigen Beförderung dessen, wolle Präsidium der weitern Beurtheilung anheim geben, ob man sich nicht bei dieser Gelegenheit in dem Beschlusse vereinigen wolle, daß in Bundessachen überhaupt, sowohl in Beziehung auf die Verhandlungen der hohen Bundesversammlung selbst, als auch der Geschäfte aller von ihr abhangenden Commissionen, in Deutschen Zeitungen nichts anders aufgenommen werde, als wörtlich dasjenige, was die gedruckten Protokolle über die förmlichen Sitzungen enthielten.

Sämmtliche Gesandtschaften erklärten sich vollkommen damit einverstanden; daher

Beschluß:

1) daß der Redaction des Deutschen Frankfurter Journals ein Exemplar der gedruckten Protokolle über die förmlichen Sitzungen mitzutheilen, und

2) die Redactionen der hiesigen Zeitungen zu ermächtigen seyen, die ihnen zukommenden Protokolle jedesmal am dritten Tage nach der in der Canzlei erfolgten Vertheilung derselben unter die Bundestagsgesandtschaften in ihre Blätter aufzunehmen;

3) den höchsten und hohen Regierungen der Deutschen Bundesstaaten anheim zu geben, die Protokolle den Redactionen der in ihren Staaten erscheinenden Tagsblätter, nach eigener Auswahl zukommen zu lassen [1]);

---

1) Aber auch aus frankfurter Zeitungen Nachrichten von BundestagsVerhandlungen aufzunehmen, haben solche Redactionen zeither für unverwehrt gehalten. A. d. H.

4) dagegen vereinigt man sich dahin, daß in Bundessachen überhaupt, sowohl in Beziehung auf die Verhandlungen der hohen Bundesversammlung selbst, als auch auf die Geschäfte aller von ihr abhangenden Commissionen, in den in den Deutschen Bundesstaaten erscheinenden Zeitungen nichts anders aufgenommen werde, als wörtlich, was die denselben mitgetheilten Bundestags-Protokolle enthielten.

XXIX.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 19. Februar 1824,

betreffend die gesandtschaftlichen Vorrechte der bei dem Teutschen Bund accreditirten auswärtigen Gesandten, im Verhältniß zu der Freien Stadt Frankfurt [1]).

Der Kaiserlich-Königliche präsidirende Herr Gesandte, Freiherr von Münch-Bellinghausen. Die Bundesversammlung hat in ihrer 34. Sitzung vom 12. Juni 1817, als sie über die auswärtigen Verhältnisse des Deutschen Bundes den Beschluß faßte, auch zugleich ausgesprochen, „daß, in Ansehung der gesandt„schaftlichen Vorrechte der verschiedenen bei dem Deut„schen Bunde accreditirten Gesandtschaften, die Bundes„versammlung sich mit dem Senate der freien Stadt

---

1) Aus dem Protocoll der B. V. vom 19. Febr. 1824, §. 42.

„Frankfurt dahin vereinigen werde, damit denselben die
„nämlichen gesandtschaftlichen Rechte gewährt werden,
„wie solche die Bundestagsgesandten geniessen."

Eine feste Bestimmung hierüber ist bisher nicht getroffen worden, und die Eröffnung, welche das Präsidium in der heutigen vertraulichen Sitzung zu machen die Ehre hatte, bietet den Anlaß, diesen Gegenstand nunmehr förmlich zur Sprache zu bringen.

Möge man über die Deutsche Bundesverfassung, über den Gang unserer Verhandlungen und über unsere Beschlüsse was immer für Urtheile fällen, wir werden uns fortwährend, fern von aller Willkühr, unbeirrt im Kreise der uns gegebenen Gesetze bewegen, und dadurch unserm erhabenen und gemeinnützigem Berufe im Sinne unserer Committenten am sichersten entsprechen; wir werden durch solches Verfahren die Achtung des Inlandes für den aufrechten und gewissenhaften Gang dieser Versammlung immer fester begründen, und wir werden endlich den hohen Werth, welchen der Deutsche Bund in die freundschaftlichen Verhältnisse mit den auswärtigen Mächten setzt, in unsern öffentlichen Verhandlungen, durch zarte Beachtung ihrer Verhältnisse und ihrer Verfassung, und durch ausgezeichnete Aufnahme ihrer bei dem Deutschen Bunde accreditirten Minister, würdevoll zu bewähren wissen.

In diesem Sinne erlaubt sich das Präsidium, die Versammlung aufzufordern, die gesandtschaftlichen Vorrechte, welche den Bundestagsgesandten in der freien Stadt Frankfurt zustehen, dermalen durch einen förmlichen Beschluß auf diejenigen Gesandtschaften auszudehnen, welche die auswärtigen Mächte am Deutschen Bunde accreditiren, und hiernach die Einladung an den Senat

der freien Stadt Frankfurt gelangen zu lassen, damit derselbe die deßfalls nöthige Verfügung treffen wolle.

Nachdem sich sämmtliche Gesandtschaften mit den Ansichten des Kaiserlich-Königlichen präsidirenden Herrn Gesandten vereinigt hatten, erklärte

der Gesandte der freien Stadt Frankfurt, Herr Danz, in Beziehung auf den Bundestagsbeschluß vom 12. Juni 1817, III. 9, daß der Senat bereit ist, den verschiedenen bei dem Deutschen Bunde accreditirten Gesandtschaften, die nämlichen gesandtschaftlichen Rechte zu gewähren, wie solche die Herren Bundestagsgesandten geniessen.

Hierauf wurde einhellig

beschlossen:

1) daß die bei dem Durchlauchtigsten Deutschen Bunde accreditirten auswärtigen Gesandten mit den Bundestagsgesandten dieselben gesandtschaftlichen Vorrechte theilen, welche für diese in ihren Verhältnissen zur freien Stadt Frankfurt, als dem Sitze des Bundestages, festgesetzt sind;

2) daß der Senat der freien Stadt Frankfurt, in Folge des von ihm erklärten Einverständnisses, ersucht werde, deßfalls die erforderlichen Anordnungen zu treffen; und

3) daß den dermalen bei dem Durchlauchtigsten Deutschen Bunde accreditirten auswärtigen Gesandtschaften durch das Präsidium von diesem Beschlusse Kenntniß zu geben sey.

XXX.

Beschluß der Bundesversammlung,

vom 1. Juli 1824,

für Beschränkung der Oeffentlichkeit der Bundestags-Verhandlungen [1]).

Das Präsidium bemerkte aus Anlaß eines zur Sprache gekommenen, die Erleichterung der Bundes-Militär-Contingente betreffenden, speciellen Falls, es scheine, daß Verhandlungen, welche das Vertheidigungswesen des Deutschen Bundes betreffen, ihrer Natur nach zur Aufnahme in die zur Publicität gelangenden Protokolle der förmlichen Sitzungen nicht geeignet seyen. Ueberhaupt dürfte die Bundesversammlung sich veranlaßt finden, mehrere Verhandlungen, welche seither in die förmlichen Protokolle aufgenommen worden sind, bloß loco dictaturae in Druck legen zu lassen. Die bisherige Uebung, die gesammten Verhandlungen des Deutschen Bundestags, wenige Ausnahmen abgerechnet, der Oeffentlichkeit zu übergeben, habe zu Mißbräuchen Anlaß gegeben, welche jeder Gutdenkende gewiß mißbillige, denen aber eben darum ein Ziel gesetzt werden müsse.

Die Deutsche Bundesversammlung sey ein permanenter Ministerial-Congreß der Repräsentanten sämmtlicher Bundesglieder, in dieser Versammlung würden vorzugsweise die Ansichten der verschiedenen Bundesregierungen über Gegenstände des gemeinsamen Interesse freundschaft-

1) Aus dem Protocoll der B. V. vom 1. Juli 1824, §. 116.

lich ausgetauscht, und, nach vorheriger gründlicher Erörterung und reifer Erwägung, die Beschlüsse gefaßt. Daß das Resultat dieser Berathungen, je nachdem es für Alle oder für Einzelne von Interesse sey, bekannt gemacht werde, dieß sey unbedingte Nothwendigkeit — aber die Vorbereitung der Gegenstände, die Arbeiten der Comité's, und die verschiedenen Ansichten der einzelnen Regierungen, dieß seyen Epochen der Geschäftsverhandlungen, welche zur Oeffentlichkeit durchaus nicht geeignet seyen. Bei Militär-Angelegenheiten und bei Differenzen der Bundesfürsten unter sich, oder mit ihren Ständen, sey dieß vorzugsweise der Fall.

Das Präsidium erlaube sich daher, die Versammlung einzuladen, Gegenstände dieser Art in eigene loco dictaturae zu druckende Protokolle aufzunehmen, so wie sich dieselbe bei Annahme der provisorischen Geschäftsordnung ohnehin vorbehalten habe, die Gegenstände jedesmal zu bezeichnen, welche ausnahmsweise der Publicität entzogen werden sollen.

Nachdem der Königlich-Preussische, Königlich-Hannöverische, Großherzoglich-Badische und Kurfürstlich-Hessische Herr Gesandte diese Ansichten des Präsidiums näher motivirt hatten, vereinigten sich sämmtliche Stimmen mit der Präsidial-Proposition, und es ward

beschlossen:

bei Abfassung der Protokolle, im Geiste obigen Präsidial-Antrags vorzugehen, und der Bundescanzlei-Direction aufzugeben, künftighin, nach Maasgabe der verhandelten Gegenstände, zweierlei Protokolle jede Sitzung aufzunehmen, und zwar öffentliche und Separat-, bloß loco dictaturae zu druckende, Protokolle.

XXXI.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 16. August 1824,

für provisorische Maasregeln zur nöthigen Aufrechthaltung der innern Sicherheit und öffentlichen Ordnung im Bunde; insonderheit 1) für Erhaltung des monarchischen Princips bei Ausübung der landständischen Rechte, 2) für Handhabung und Fortbildung des provisorischen Beschlusses über die Universitäten vom 20. September 1820, 3) für Fortdauer des provisorischen Preßgesetzes von demselben Datum, bis man sich über ein definitives vereinbart haben wird [1]).

Beschluß.

Der Deutsche Bund verdankt Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich den, durch die heutige Mittheilung bethätigten, neuen Beweis der unwandelbaren Sorgfalt Seiner Kaiserlich-Königlichen Majestät für die Erhaltung und Befestigung der innern Ruhe und Ordnung in Deutschland, und setzt folgende Bestimmungen fest:

1) Es soll in allen Bundesstaaten, in welchen landständische Verfassungen bestehen, strenge darüber gewacht werden, damit in der Ausübung der den Ständen durch

---

1) Aus dem Protocoll der B. V. vom 16. August 1824, §. 131. Dieser Beschluß ward auf Oestreichischen Antrag gefaßt.

die landständische Verfassung zugestandenen Rechte das monarchische Princip unverletzt erhalten bleibe, und damit zur Abhaltung aller Mißbräuche, welche durch die Oeffentlichkeit in den Verhandlungen oder durch den Druck derselben begangen werden können, eine den angeführten Bestimmungen der Schlußacte entsprechende Geschäftsordnung eingeführt und über die genaue Beobachtung derselben strenge gehalten werden.

Die Deutsche Bundesversammlung theilt den Wunsch Seiner Kaiserlich-Königlichen Majestät, daß diejenigen Bundesstaaten, bei welchen die Oeffentlichkeit der landständischen Verhandlungen besteht, sich über die Grundlinien einer solchen Geschäftsordnung, im Sinne der angeführten bundesgesetzlichen Vorschriften, vereinbaren möchten.

2) Das provisorische Gesetz, welches die Bundesversammlung über die Deutschen Universitäten am 20. September 1819 beschlossen [1]), dauert zwar selbstverstanden fort; es soll aber aus der Mitte der Bundesversammlung eine Commission von fünf Mitgliedern gewählt werden, welche, mit Rückblick auf die hinsichtlich der Universitäten bereits vorliegenden Verhandlungen, die gegenwärtig hervortretenden Gebrechen des gesammten Schul-Unterrichts- und Erziehungs-Wesens in Deutschland zu erörtern, und die Maasregeln, zu welchen diese Erörterung Anlaß geben wird, in Vorschlag zu bringen habe.

3) Das, mit dem 20. September laufenden Jahres erlöschende, provisorische Preßgesetz [2]) bleibt so lange in Kraft, bis man sich über ein definitives Preßgesetz vereinbart haben wird.

---

1) Abgedruckt oben, Num. XVIII.
2) Oben, Num. XIX.

XXXII.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 18. August 1825,

betreffend den Rang und Titel der vormals reichsständischen, jetzt standesherrlich untergeordneten Familien, und das Prädicat Durchlaucht für die unter ihnen befindlichen Fürsten [1]).

Ferner wurde auf Präsidialantrag der in der 22. dießjährigen Sitzung gefaßte, in das Separat-Protocoll vom 18. dieses Monats aufgenommene Beschluß über die Courtoisie für die mediatisirten Fürsten in das heutige offene Protocoll übertragen; — daher

Beschluß:

Die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands haben sich dahin vereinigt, daß den mittelbar gewordenen, vormals reichsständischen Familien, ein ihrer Ebenbürtigkeit mit den souverainen Häusern angemessener Rang und Titel gewährt, und den Fürsten das Prädicat: Durchlaucht ertheilt werde.

1) Aus dem Protocoll der B. V. vom 19. August 1825, §. 98, in welches dieser Beschluß aus dem loco dictaturae gedruckten zweiten Separat-Protocoll vom 18. August 1825 aufgenommen ward.

XXXIII.

Beschluß der Bundesversammlung

vom 13. Februar 1829,

enthaltend die Verleihung des Prädicats „Erlaucht", an die Häupter der vormals reichsständischen Gräflichen Familien [1]).

Beschluß.

Nachdem die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands sich in dem Beschlusse vom 18. August 1825 dahin vereinigt haben, daß den mittelbar gewordenen vormaligen reichsständischen Familien ein ihrer Ebenbürtigkeit mit den regierenden Häusern angemessener Rang und Titel gewährt werde, und in Folge dieses Beschlusses den Häuptern dieser Fürstlichen Familien das Prädicat „Durchlaucht" gebührt; so wird nunmehr auch den Häuptern der vormals reichsständischen Gräflichen Familien die nachgesuchte Auszeichnung durch Verleihung des Prädicats „Erlaucht" gewährt.

---

1) Aus dem öffentlichen Protocoll vom 12. März 1829, in welches dieser Beschluß aus dem loco dictaturae gedruckten Protocoll vom 13. Februar 1829, §. 20, aufgenommen ward.

XXXIV.

Matricularwesen des Teutschen Bundes.

1.

BundescanzleiCasse.

Die BundescanzleiCasse besteht für Unterhaltung der Bundescanzlei, mit Inbegriff der Druckkosten, auch jener der Militär Commission [1]), und des übrigen gemeinschaftlichen Aufwandes der Bundesversammlung. Die Einzahlung von Beiträgen geschieht, so oft die Bundesversammlung durch einen Beschluß es für nöthig erklärt. Die Einheit des Stimmenverhältnisses in dem engern Rath der Bundesversammlung, ist der Maasstab, nach welchem diese Beiträge zu entrichten sind; die Theilhaber einer CuriatStimme bezahlen insgesammt mehr nicht als ein VirilStimmberechtiger.

Der jedesmalige Beitrag besteht in 2000 Gulden im Vier- und zwanzig-Guldenfuß, für jeden der siebenzehn Stimmberechtigten des engern Raths. Er ist für Alle von ihnen gleich, weil von der Verwendung Alle gleichen Vortheil ziehen. Der Gesammtbetrag einer jedesmaligen Bewilligung besteht demnach in 34,000 Gulden.

Ueber die Errichtung dieser Casse, spricht die Verhandlung in der sechsten PräliminärConferenz der Gesandten, vom 30. October 1816, in den Protocollen der B. V., Bd. I, S. 237. — Von gleicher Vertheilung der Beiträge unter die siebenzehn Stimmberechtigten, han-

1) Beschluß der B. V. vom 5 Aug. 1819, §. 166.

deln die Protocolle von 1818, 4. Mai und 20. August, §§. 104 und 210, Num. 2. — Beispiele von Beschlüssen zu Einzahlung von Beiträgen findet man in den Protocollen vom 30. October 1816; 11. Nov. 1816, §. 9; 4. Mai 1818, §. 104; 5. August 1819, §. 166; 11. Jänner 1821, §. 4; 1822, §. 58; 1823, §. 16; 1824, §. 135.

2.
Bundesmatrikel und MatricularCasse.

Mit alleiniger Ausnahme des Aufwandes für die Bundescanzlei und andern gemeinschaftlichen Aufwand der Bundesversammlung, welcher nach einem andern Maasstab vertheilt wird, und für welchen die Bundescanzlei-Casse bestimmt ist, besteht sowohl für Bestreitung der Geldbedürfnisse des Teutschen Bundes, als auch für die Mannschaftstellung zu dem Bundesheer, ein Bundesmatrikel. Nach dem Verhältniß der Bevölkerung der bundesverwandten Staaten, sind darin sowohl die Geldbeiträge derselben, als auch ihre MannschaftContingente zu dem Bundesheer, nach den verschiedenen Waffengattungen, festgesetzt. Für die ersten ist die Matrikel eine Geldmatrikel, für die andere eine Kriegs-Contingent- oder Mannschaftmatrikel. Die nach jener zu leistenden Geldbeiträge fliessen in die Bundescasse oder Bundesmatricular-Casse, wenn sie für Friedenszwecke, in die Kriegscasse, wenn sie für Kriegszwecke [1]) bestimmt sind. Die Verwaltung der ersten ist jetzt mit jener der BundescanzleiCasse verbunden.

Durch einen Beschluß der Bundesversammlung vom 20. August 1820 (Protocoll, §. 210) ward für die Geld-

---

1) Durch Beschluß der B. V. vom 29. Juni 1819 (Protoc. §. 157)

beiträge und die Mannschaftstellung die Volkszahl jedes Bundesstaates als provisorische Matrikel für die nächsten fünf Jahre festgesetzt. Durch einen Beschluß des engern Raths der B. V. vom 12. Juli 1823 (Protoc. §. 139) ward festgesetzt: „daß die gegenwärtig bestehende provisorische Matrikel nothwendig so lange fortwähren müsse, bis eine neue zu Stande gekommen sey", — — übrigens aber die Bundesversammlung sich beeifern werde, die Arbeiten wegen einer definitiven Matrikel möglichst zu beschleunigen".

Mit den durch einen Beschluß der Bundesversammlung vom 4. Februar 1819 (Protoc. §. 19) nachgetragenen Aenderungen, findet man diese Matrikel oder vielmehr Bevölkerungsliste der Bundesstaaten in den Protocollen der B. V. von 1821, und mit den durch den Beschluß der B. V. vom 12. Juli 1827 (Protoc. §. 79) nachgetragenen Aenderungen, nebst der Zusammenstellung der streitbaren Mannschaft des Bundesheeres, in Klüber's öffentl. Recht des Teutschen Bundes, 3. Auflage, im Anhang, Num. I.

---

ward festgesetzt: „daß der zur Bestreitung der gemeinschaftlichen Local- (Militär-) Commissionen fürerst erforderliche Vorschuß von 6000 Fl. durch matricularmäßige Vertheilung unter sämmtliche Bundesstaaten zu erheben sey.„— Am 5. August 1819 (Protoc. §. 166) faßte die B. V. den Beschluß: „daß in Ansehung der für die in diesem Jahre versammelte Militär- (Central-) Commission verwendeten oder künftig zu verwendenden Kosten, dahin bei den Regierungen angetragen werde, daß die Kosten des Drucks der Militär-Commissions-Protocolle aus den nach der Stimmenzahl im engern Rath zu bewilligenden Zuschüssen mit bestritten werden, zu allen übrigen dem Bunde gemeinsam zur Last fallenden Kosten derselben aber nach dem Fusse der Matrikel concurrirt werde".

Die jezt als provisorische Bundesmatrikel angenommene Bevölkerung der in dem Bund begriffenen Staaten, ist folgende:

Bundesstaaten	Einwohnerzahl
Oesterreich	9,482,227
Preussen	7,923,439
Sachsen	1,200,000
Baiern	3,560,000
Hannover	1,305,351
Wirtemberg	1,395,462
Baden	1,000,000
Kurhessen	567,868
Großherzogthum Hessen	619,500
Holstein	360,000
Luxemburg	255,628
Braunschweig	209,600
MecklenburgSchwerin	358,000
Nassau	302,769
SachsenWeimar	201,000
— Altenburg	98,200
— CoburgGotha	136,600
— MeiningenHildburghausen . .	115,000
MecklenburgStrelitz	71,769
Oldenburg	217,769
AnhaltDessau	52,947
— Bernburg	37,046
— Cöthen	32,454
SchwarzburgSondershausen	45,117
— — Rudolstadt	53,937
HohenzollernHechingen	14,500
Liechtenstein	5,546
HohenzollernSigmaringen	35,560
Waldeck	51,877
Reuß, ältere Linie	22,255
— jüngere Linie	52,205
SchaumburgLippe	24,000
Lippe (Detmold)	69,062
HessenHomburg	20,000
Lübeck	40,650
Frankfurt	47,850
Bremen	48,500
Hamburg	129,800
Summe	30,163,488

Für die Bedürfnisse der Bundes- oder Bundesmatricular-Casse zu Friedenszwecken, ward zeither jedesmal die runde Summe von dreissig tausend Gulden im Vier- und-zwanzig-Guldenfuß bewilligt. Man sehe z. B. die Protocolle der B. V. von 1824, §. 135; 1825, §. 81; 1827, §. 3; 1828, §. 5. Ein Bericht über den Stand dieser Casse wird angeführt, in den Protocollen der B. V. von 1825, §. 81. — Nach den in dem Protocoll vom 12. Juli 1827, §. 79, festgesetzten Aenderungen, haben zu einer bewilligten Summe von 30,000 Gulden die einzelnen Bundesstaaten beizutragen wie folgt.

	fl.	kr.
Oesterreich	9,430	50
Preussen	7,880	30
K. Sachsen	1,193	30
Baiern	3,540	42½
Hannover	1,298	15
Wirtemberg	1,387	55
Baden	994	35
Kurhessen	564	47½
Großherzogthum Hessen	616	10
Holstein und Lauenburg	358	2½
Luxemburg	254	15
Braunschweig	208	27½
MecklenburgSchwerin	356	5
Nassau	301	7½
SachsenWeimar	199	55
— Altenburg	97	39
— CoburgGotha	110	$59\frac{5}{16}$
und für das Fürstenthum Lichtenberg	24	$52\frac{3}{16}$
— MeiningenHildburghausen	114	22
MecklenburgStrelitz	71	22½
HolsteinOldenburg	216	35
AnhaltDessau	52	40
— Bernburg	36	50
— Cöthen	32	17½
SchwarzburgSondershausen	44	52½
— — Rudolstadt	53	40

	fl.	kr.
HohenzollernHechingen	14	25
Liechtenstein	5	30
HohenzollernSigmaringen	35	22½
Waldeck	51	35
Reuß, älterer Linie	22	7½
— jüngerer Linie	51	55
SchaumburgLippe	23	52½
Lippe	68	40
HessenHomburg (s. l. et o.)	19	55
Lübeck	40	25
Frankfurt	47	35
Bremen	48	15
Hamburg	129	5

XXXV.

GarantieLeistungen des Teutschen Bundes.

Der Teutsche Bund hat durch die Bundesversammlung Garantie geleistet:

1) Für das Grundgesetz über die landständische Verfassung des Großherzogthums Sachsen-Weimar-Eisenach, vom 5. Mai 1816; durch Beschluß der Bundesversammlung vom 13. März 1817, §. 93 des Protocolls.

2) Für das von den Großherzogen von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, nach vorausgegangener Verhandlung mit Deputirten der Ritter- und Landschaft, errichtete Staatsgesetz vom 28. November 1817, betreffend die Mittel und Wege, um bei Streitigkeiten in Angelegenheiten, welche die Landesverfassung betreffen, zu rechtlicher Entscheidung,

durch beiderseits erwählte Schiedsrichter, zu gelangen; durch Beschluß der Bundesversammlung vom 25. Mai 1818, §. 127 des Protocolls. Das Staatsgesetz ist abgedruckt als Beilage 87 zu dem Protocoll der B. V. vom 22. December 1817.

3) Für das Grundgesetz der landständischen Verfassung des Fürstenthums Hildburghausen vom 19. März 1818; durch Beschluß der Bundesversammlung vom 1. October 1818, §. 228 des Protocolls.

4) Für Vollziehung des Vergleichs, welcher zwischen dem Herzogthum Oldenburg und der Freien Hansestadt Bremen, über Aufhebung des elsflother Weserzolles, am 25. August 1819 geschlossen worden [1]); durch Beschluß der Bundesversammlung vom 26. August 1819, §. 193 des Protocolls.

5) Für das Grundgesetz, betreffend die ständische Verfassung des Herzogthums Sachsen-Coburg-Saalfeld, vom 8. August 1821; durch Beschluß der Bundesversammlung vom 15. Juni 1822, §. 167 des Protocolls.

6) Für den Vertrag, welcher, über den Rechtszustand der Freien Herrschaft Kniphausen, zwischen dem Herzog von Oldenburg und dem Grafen Wilhelm Gustav Friedrich Bentinck, am 8. Juni 1825 geschlossen worden [2]); durch (die Rechte Dritter ausdrücklich wahrenden) Beschluß der Bundesversammlung vom 9. März 1826, §. 30 des Protocolls.

---

1) Vergl. Klüber's öffentl. Recht des T. Bundes, §. 471 der 2. Aufl.

2) Abgedruckt ist dieser Vertrag als Beilage 5 zu §. 92 des Protocolls der B. V. vom 18. August 1825, und in v. Martens recueil, Supplément T. X. p. 765. Vergl. Klüber's öffentl. Recht des T. Bundes, 3. Aufl.

XXXVI.

Beschlüsse der Bundesversammlung,

betreffend das Archiv, die Bibliothek und die Canzlei-Taxgelder des vormaligen Reichskammergerichts zu Wetzlar.

Beschluß vom 25. Jänner 1821. (Protoc. §. 15.)

---

1) Das Archiv des ehemaligen Kaiserlichen und Reichskammergerichts verbleibt eine Reihe von wenigstens zwanzig Jahren unter der Direction der Bundesversammlung, in der von dieser angeordneten Verwahrung; während dieses Zeitraums werden aus demselben einzelne Acten, jedoch nur auf besonderes Verlangen, nach festgesetzten Bestimmungen ausgeliefert; zugleich soll die gänzliche Auseinandersetzung vorbereitet werden.

2) Zur Aufbewahrung des Archivs werden die, dem Königlich-Preussischen Hofe eigenthümlich zustehenden, ehemaligen Cameralgebäude, dessen Anerbieten gemäß, ferner benutzt, und derselbe wird auch das erforderliche Local zu der Actenausscheidung und Auslieferung neben dem Archivgebäude anweisen lassen.

3) Zur Verwahrung des Archivs, Auslieferung der Acten, und zur Vorbereitung der Auseinandersetzung, ist eine eigene Comission angeordnet, welche aus zwei sachkundigen, zu Wetzlar wohnenden Männern besteht. Das eine Mitglied der Commission wird von Seiten der Bundesversammlung ernannt, die Ernennung des andern Mit-

glieds wird der Königlich-Preussischen Regierung überlassen [1]). Die ernannten Commissarien stellen der Bundesversammlung eidliche Reverse wegen treuer und gewissenhafter Besorgung dieses ihnen aufgetragenen Geschäfts aus, und wählen sich zur Hülfleistung pensionirte ehemalige Kammergerichts-Canzleipersonen, welche, nach erfolgter Genehmigung der Bundesversammlung, auf den hierüber zu erstattenden Bericht, von ihnen selbst mittelst Handgelübde verpflichtet werden.

Die Commission führt die Benennung: Zu dem reichskammergerichtlichen Archive von der deutschen Bundesversammlung verordnete Commission — und bedient sich eines mit gleicher Inschrift versehenen Siegels.

4) Diejenigen Acten, welche nach dem kammergerichtlichen Verfahren zu Extrajudicial-Sachen gehören, mithin durch die Reproduction noch nicht gemeinschaftlich geworden, vielmehr alleiniges Eigenthum des exhibirenden Theils verblieben sind, können dem letzteren, oder dessen Nachfolger selbst, verabfolgt werden.

5) Acten in noch nicht entschiedenen Judicial-Sachen zwischen Privaten, mithin solche, welche durch die Reproduction gemeinschaftliches Eigenthum der Parteien geworden sind, können weder an den einen, noch an den andern Theil, noch an beide zugleich, auf deren alleiniges Anmelden ausgeliefert werden, sondern es ist hierzu ein Ersuchen desjenigen Gerichts, welches jetzo

---

1) Die Bundesversammluug ernannte den Hofrath Dietz, Preussen den Stadtgerichts-Director Krauß, beide zu Wetzlar. Beschlüsse der B. V. v. 7. Febr. u. 7. März 1822, §. 41 u. 77 der Protocolle. A. d. H.

in der Sache zu erkennen haben würde, erforderlich. Die Interessenten haben sich also zunächst an dieses Gericht zu wenden, von welchem dann die Beurtheilung und die erforderliche Berichtigung der Legitimation, so wie die nöthige Benachrichtigung aller Theilhaber, gewärtigt wird.

6) Werden Acten in bereits abgeurtheilten Sachen verlangt, so ist eben das zu beobachten, was in dem nächstvorhergehenden Paragraphen festgesetzt ist.

7) Ist die Competenz eines Gerichts zweifelhaft oder streitig, oder concurriren mehrere Gerichte, so hat die Commission an die Bundesversammlung gutachtlichen Bericht zu erstatten, und Entschliessung zu gewärtigen.

8) Wenn ehemalige Reichslande, welche bei dem Kammergerichte mit einander in Streitigkeiten verwickelt waren, jetzo unter einem und dem nämlichen Souverain vereinigt sind, so können die desfallsigen Acten an das oberste Gericht des letztern, auf dessen Verlangen, sofort ausgeantwortet werden.

9) Acten, welche Streitsachen von Privaten gegen Souveraine betreffen, können an die Gerichte dieser, vor welchen jetzo Recht genommen werden muß, nur mit Vorwissen jener oder ihrer Nachfolger, ausgeliefert werden, welchen daher das Ansuchen um Auslieferung, bevor diese geschiehet, von der Commission kund gemacht, oder daß solches in andere Weise geschehen, nachgewiesen werden muß.

10) In Streitsachen unter den Souverainen selbst, ist die Auslieferung der Acten von einem Uebereinkommen der in Streit befangen gewesenen oder noch befangenen Regierungen abhängig.

11) Werden Acten, zu welchen Depositen gehören, ausgeliefert, so sind diese zugleich mit auszuantworten.

12) Testamente, wenn der Testator noch am Leben ist, werden an diesen, wenn derselbe aber mit Tode abgegangen ist, an das oberste Gericht des Landes, wo derselbe gewohnt oder die Erbschaft gelegen, — Verträge und Schuldverschreibungen werden an die contrahirenden Theile oder deren Nachfolger, unter wechselseitiger Einwilligung, — übergebene Privilegien und Statuten, an die Exhibenten oder deren Nachfolger, ausgehändigt.

13) Sind die beiden Commissarien in einem einzelnen Falle verschiedener Meinung, oder scheint ihnen die Sache sonst zweifelhaft, so haben dieselben an die Bundesversammlung Bericht zu erstatten und Entschliessung abzuwarten. Gegen Verfügungen der Commission kann der Recurs an die Bundesversammlung mit suspensiver Wirkung ergriffen werden.

14) Die Judicial-Acten, welche ausgeliefert werden sollen, werden vorher gehörig inrotulirt; der Inrotulation können die Interessenten, welchen überlassen bleibt, wegen der Zeit Erkundigung einzuziehen und desfalls keine besondere Vorladung zu erwarten haben, selbst oder durch legitimirte Stellvertreter beiwohnen, auch Abschrift des Actenrotuls verlangen.

Die Gerichte werden bei ihrem Ersuchen zugleich die Art der Empfangnahme bemerklich machen; in andern Fällen kann eine Ausantwortung nur an die Interessenten selbst, oder an deren mit Specialgewalt zu versehende Bevollmächtigte geschehen. Ueber eine jede Auslieferung muß Empfangsbescheinigung ertheilt werden.

15) Während dieses Auslieferungsgeschäfts hat die Commission alle diejenigen, ihr zu Hand kommenden Acten, deren Aufbewahrung im Ganzen oder zum Theil nach ihrem Dafürhalten ohne allen Nutzen seyn würde, besonders zu reponiren, und solche, mit dienlicher Erläuterung, in ein, von Zeit zu Zeit an die Bundesversammlung einzuschickendes, Verzeichniß zu bringen.

16) Die Commission führt über ihre Verrichtungen ein eigenes Protocoll, zu welchem auch die Bescheinigungen über geschehene Auslieferungen registrirt werden, und erstattet von sechs zu sechs Monaten Bericht über den Fortgang des Geschäfts an die Bundesversammlung.

17) Inspection der Acten ist nur den bei einer Sache Interessirten, die sich als solche gehörig legitimirt haben, oder deren mit Specialgewalt versehenen Bevollmächtigten, in Gegenwart eines Mitgliedes der Commission, oder eines Gehülfen derselben, verstattet. Für die Inspection der Acten sind die rückständigen Protocollar-Gebühren so wenig, als die sonst von den Archivarien privativ bezogenen Aufsuchungs-Gebühren zu bezahlen, dagegen, und statt aller Gebühr, sind für eine jede Sitzung, in so fern solche nicht länger als drei Stunden dauert, ein Gulden und dreissig Kreuzer im 24 fl. Fusse zu entrichten.

18) Bis zur endlichen Auseinandersetzung des Archivs sind als Aushändigungs-Gebühr für die in einer einzelnen Sache verhandelten Acten überhaupt, und ohne Berücksichtigung deren Grösse, fünf Gulden im vier und zwanzig Gulden Münzfusse, für einzelne Stücke, als Testamente, Verträge rc., welche nicht einen Theil von Acten — als von welchen solche nie getrennt werden

dürfen —

dürfen — ausmachen, 1 Fl. 30 kr. zu entrichten. Die Ausantwortung übergebener Privilegien, Landesproceß-, Polizei-Ordnungen und Statuten ist von jeder Gebühr befreit. — Rückständige Protocollar-, Urtheils- und Foliirungs-Gebühren können nicht gefordert werden.

19) Ueber die also bestimmten Aushändigungs-Gebühren ist von der Commission besondere Rechnung zu führen, und diese von sechs Monaten zu sechs Monaten, neben dem §. 16 gedachten Berichte, an die Bundesversammlung einzuschicken. Die bereits vorhandenen Canzlei-Taxgelder hat die Commission ebenmäßig in Verwahrung zu nehmen, und eine abgesonderte Berechnung derselben der ersten Rechnung über die neue Einnahme beizulegen.

20) Aus dem Ertrage dieser Einnahme wird die Remuneration der Commissarien und derjenigen, welche Hülfe leisten, sammt den Kosten für Feuerung, Schreib-Materialien u. d. g. bestritten; die Bestimmung der Art der Vertheilung, nach Abzug der genannten Kosten, bleibt vorbehalten.

21) Wegen der kammergerichtlichen Bibliothek wird die Bundesversammlung dereinst besondere Entschliessung fassen.

Auszug aus dem Beschluß der Bundesversammlung

vom 19. Juni 1823. (Protoc. §. 109.)

Daß . . . . 2) die Archiv-Commission anzuweisen sey, sich künftig über jede Actenauslieferung auch von den Gerichten besondere Empfangsbescheinigung, allenfalls nach einem gedruckten, nur zu unterfertigenden,

den Acten oder dem Antwortsschreiben beizulegenden Formular, zu erbitten, sondern daß auch die Herren Bundestagsgesandten zu ersuchen seyen, bei ihren Regierungen zu veranlassen, daß die respectiven Gerichte, welche Acten in Empfang genommen haben, die abgehenden Bescheinigungen der Archiv-Commission annoch zuschicken;

5) daß der Antrag der Archiv-Commission, die Aushändigungsgebühr für die im §. 8 dieses Bundestagsbeschlusses erwähnten Acten auf die Hälfte der im §. 18 festgesetzten Taxe herabzusetzen, sammt dem Ansatz für Siegelgebühr zu 45 Kr. zu genehmigen, auch daß es bei der bisher in Uebung gewesenen Belohnung der Archivpedellen mit 12 Kr. für Aufwartung bei Sessionen, für Arbeit bei dem Packen der Acten und bei Siegelung, zu belassen sey.

6) Von Zernichtung der nach dem Bundesbeschlusse vom 5. Jan. 1821, §. 15, bis hierhin von der Archiv-Commission reponirten Acten, dürfte noch zur Zeit zu abstrahiren seyn, mit dem Auftrage jedoch an die Commission, das Verzeichniß mit gleichem Fleisse fortzusetzen; woneben den Herren Bundestagsgesandten überlassen bleiben könnte, von dem bereits gefertigten Verzeichniß Einsicht zu nehmen, um allenfalls ihre Regierungen auf diese oder jene der verzeichneten Acten aufmerksam zu machen. Endlich

7) werde der Archiv-Commission aufgetragen an die hohe Bundesversammlung darüber Bericht zu erstatten, was es mit der kammergerichtlichen Bibliothek, in Rücksicht deren vormaligen Einrichtung und Beschaffenheit, und der durch die Auflösung des Kammergerichts mit derselben eingetretenen Veränderung für eine Bewandniß habe.

Beschluß vom 29. Jänner 1824. (Protoc. §. 34.)

1) Daß es, nach den vorgelegten früheren Tax-amts-Rechnungen, einer besondern Berechnung der ältern Canzleitaxgelder weiter nicht bedürfe, und daß die sämmtlichen Taxamts-Rechnungen, an die Archiv-Commission zu remittiren seyen;

2) daß es noch zur Zeit bei dem 3. und 5. Absatze des Beschlusses dieser hohen Versammlung vom 19. Juni vorigen Jahres sein Bewenden behalte;

3) daß von dem Verkaufe oder der Zernichtung der so genannten Miscellaneen, so wie aller andern in dem Archive befindlichen Acten, noch zur Zeit zu abstrahiren, den Herren Bundestagsgesandten aber zu überlassen sey, auch von dem gefertigten zweiten Verzeichniß der reponirten Acten Einsicht zu nehmen, um allenfalls ihre Regierungen auf diese oder jene der verzeichneten Acten aufmerksam zu machen; endlich

4) daß wegen der kammergerichtlichen Bibliothek keine weitere Anregung zu machen sey, sondern dieser Gegenstand auf sich zu beruhen habe.

Beschluß vom 28. Juni 1827. (Protoc. §. 72.)

Beschlossen: daß — — — 2) die Archivcommission wegen des wiederholt angetragenen Verkaufs der werthlos geachteten Papiere auf die bereits ergangenen Beschlüsse, bei denen es sein Bewenden behalte, zu verweisen sey.

XXXVII.

Militärsachen des Teutschen Bundes.

1) Eine Militär-Commission am Sitz der Bundesversammlung, dieser untergeordnet, deren Mitglieder wenigstens den Rang eines Stabsoffiziers haben müssen, ward angeordnet, und zugleich eine Geschäftordnung für sie errichtet, in einem Beschluß der Bundesversammlung vom 19. März 1819, §. 37 des Protocolls. Dieselbe soll bestehen aus sechs Militär-Bevollmächtigten, jeder wenigstens vom Rang eines Stabsoffiziers, und zwar, unbeschadet der Gleichheit der Rechte, in Hinsicht auf die verschiedenen ArmeeCorps, aus einem östreichischen, einem preussischen, und einem baierischen, dann aus einem von jedem der drei gemischten Corps, nach eigener Uebereinkunft der bei diesem betheiligten Bundesglieder; doch so, daß, neben dem Corps-Bevollmächtigten und stimmführenden Mitglied, auch für jede Division der gemischten Corps, ein Abgeordneter den CommissionsSitzungen als DivisionsBevollmächtigter beiwohnen darf. Die Geschäfte dieser MilitärCentralCommission besorgt eine eigene MilitärCommissions-Canzlei. Von dem Kostenaufwand für diese Commission, s. man oben Num. XXXIII, Absch. 2, Note 1.

Zu Erleichterung, Leitung und Prüfung ihrer Arbeiten, wurden der CentralMilitärCommission verschiedene LocalMilitärCommissionen untergeordnet. Sie wurden ernannt, theils für die Auswahl neu zu befestigender Plätze, theils zu örtlichen Untersuchungen und

Aufnahmen, und zu deßhalb zu erstattenden Gutachten. Die Orte, wohin zeither Commissionen dieser Art gesendet wurden, sind: Ulm, Rastatt und Donaueschingen, Germersheim, Homburg bei Zweibrücken, Mainz, Landau, Luxemburg. Beschlüsse der B. V. vom 12. October 1818, §. 234, Num. 4 und 5 des Protocolls; vom 5. October 1820, §. 164 des Protocolls.

2) „Grundzüge der Kriegsverfassung des Teutschen Bundes", wurden von der Bundesversammlung festgesetzt, wie folgt.

A) In ihren allgemeinen Umrissen und wesentlichen Bestimmungen: durch ein so genanntes organisches Bundesgesetz, einmüthig errichtet in der Plenar Versammlung vom 5. April 1821, §. 2 des Protocolls, bestehend aus 24 Artikeln. Abgedruckt auch, teutsch und französisch, in v. Martens recueil des traités, Supplément T. IX, p. 666 — 671, und in den Archives diplomatiques, T. IV (Stuttgart 1823. 8.). Den wesentlichen Inhalt findet man in Klüber's öffentl. Recht des T. Bundes, 3. Auflage, §. 196 u. f.

B) Nähere Bestimmungen der Kriegsverfassung, betreffend: 1) die Stärke des Bundesheeres; 2) das Verhältniß der Waffengattungen; 3) die Eintheilung des Bundesheeres; 4) dessen Bereithaltung im Frieden; 5) dessen Mobilmachung; 6) den Oberfeldherrn; 7) die CorpsCommandanten; 8) die Bildung des Hauptquartiers; 9) die Verpflegung; 10) die Gerichtbarkeit. Die fünf ersten Abschnitte wurden festgesetzt durch Beschluß vom 12. April 1821, §. 102 des Protocolls; die fünf letzten durch Beschluß vom 11. Juli 1822, §. 193 des Protocolls. Alle 10 Abschnitte, teutsch und französisch, doch ohne die dazu gehörenden zwölf Tabellen, findet

man bei v. Martens a. a. O., T. IX, p. 672—714, auch in den angef. Archives diplomatiques, nach ihrem wesentlichen Inhalt, bei Klüber a. a. O. §. 153 f u. ff.

3) „Grundbestimmungen wegen Uebernahme der nach europäischen Verträgen als Bundesfestungen, bestehenden Plätze Mainz, Luxemburg und Landau, von Seite des Teutschen Bundes", wurden einhellig festgesetzt, durch einen Beschluß der PlenarVersammlung der Bundesversammlung am 5. October 1820, in dem §. 2 des Protocolls. Mehr hievon und von den erwähnten Staatsverträgen europäischer Mächte, findet man bei Klüber a. a. O. §. 208.

4) Beschluß der Bundesversammlung vom 28. Juli 1825, in ihrem Separat-Protocoll der 19. Sitzung, unter A (S. 270 — 278); abgedruckt in G. v. Meyer's corp. juris confoed. germ., Th. II, Bd. 2, S. 45 — 58. Dieser Beschluß enthält: 1) „nähere Bestimmungen über die Bundesfestungen Mainz, Luxemburg und Landau, als Nachtrag zu der Kriegsverfassung des T. Bundes"; 2) „zeitliche Bestimmungen, in Betreff der Uebernahme der Bundesfestungen"; 3) „zeitliche Bestimmungen, in Betreff der Herstellung der Bundesfestungen"; 4) „zeitliche Bestimmungen hinsichtlich der Geschäftsvermittelung zwischen den Gouverneuren und Commandanten der Bundesfestungen und der Bundesversammlung"; 5) Formulare zur Vereidigung: „a) des Gouverneurs der Bundesfestung"....; b) des Commandanten".

5) Als Anhang folgen hier zwei Tabellen: Tab. I. Uebersicht für die Zusammenstellung der streitbaren Mannschaft des Bundesheeres ꝛc. Tab. II. Eintheilung des teutschen Bundesheeres.

…affengattungen, zählt		
Geschütz		
	Kanonen	
…itzen …dige	6 pfündige	12 pfündige
8	96	48
0	80	40
8	36	18
6	32	16
6	32	16

Bemerkungen.

1) Da die innere Eintheilung der ungemischten ArmeeCorps noch nicht zur Kenntniß gelangt ist, so wurde hier die Eintheilung derselben in 2 Divisionen nur in so fern angeführt, als nach §. 24 der Näheren Bestimmungen jedes Corps wenigstens in so viel Divisionen abzutheilen ist.

2) Aus ähnlichem Grund ist von den gemischten ArmeeCorps nur die Eintheilung in Divisionen, u. nicht auch die fernere in Brigaden, Regimenter rc. aufgeführt.

3) Eben so konnten, weil die Uebereinkünfte der mindermächtigen Staaten wegen Stellung der Geschütze noch nicht vorliegen, diese nur der Anzahl nach, nicht nach den formirten Batterien, aufgeführt werden.

4) Auch sind zur Bildung vollständiger Batterien von 6 oder 8 Geschützen, die nach §. 24 der näheren Bestimmungen als Einheiten dieser Waffengattung gelten,

[illegible]

XXXVIII.

Beschlüsse der Bundesversammlung

für

Vollziehung des dreizehnten Artikels der BundesActe, betreffend die Einführung und Erhaltung landständischer Verfassung in allen Bundesstaaten.

Der dreizehnte Artikel der BundesActe erklärt das System der landständischen Verfassung für einen nothwendigen Bestandtheil der Grundverfassung eines jeden Bundesstaates; jeder soll ein ständisch-verfassungsmäßiger seyn. Die wiener SchlußActe von 1820, Art. 54, spricht: „Da nach dem Sinn des dreizehnten Artikels der Bun-„desActe und den darüber erfolgten spätern Erklärungen, „in allen Bundesstaaten landständische Verfassungen statt „finden sollen, so hat die Bundesversammlung darüber „zu wachen, daß diese Bestimmung in keinem Bundes-„staat unerfüllt bleibe;“ also, daß in jedem Bundesstaat eine landständische Verfassung fortwährend bestehe [1]).

Für Erfüllung dieser Bundespflicht, hat die Bundesversammlung nachstehende Beschlüsse gefaßt.

Schon in seinem ersten Vortrag, in der Sitzung vom 11. November 1816, brachte das Präsidium die Berathung „wegen einer landständischen Verfassung in „den Bundesstaaten“ in Antrag, und Festsetzung „gleich-förmiger Grundsätze in dieser Hinsicht“ in Vorschlag [2]).

---

1) Vergl. Klüber's öffentl. Recht des T. Bundes (3. Aufl.), §. 283.

2) Klüber's Staatsarchiv, Bd. II, S. 84.

Dem zufolge setzte die Commission, welche für einen gutachtlichen Entwurf der so genannten Reihenfolge (Ordnungsliste) der Geschäfte, welche der Bundesversammlung obliegen, ernannt war, in ihrem in der Sitzung vom 17. Februar 1817 übergebenen Vortrag, auf die Verhandlungsliste, „die Feststellung einer landständischen Verfassung in den Bundesstaaten, nach Artikel 13 der BundesActe, wobei der gedachte (erste) „PräsidialVortrag auch das Ziel aufstellt: „„gewisse „„gleichförmige Grundsätze in dieser Hinsicht anzunehmen, „„die individuellen Bestimmungen aber den örtlichen und „„Personal-Verhältnissen der einzelnen Bundesstaaten „„zu überlassen.""

Diesen Vorschlag genehmigte die Bundesversammlung, in dem in der Sitzung vom 10. März 1817, §. 91, gefaßten „Beschluß: daß die begutachtete Reihenfolge der Geschäfte dieser Bundesversammlung wirklich angenommen werde [1])."

In ihrer provisorischen CompetenzBestimmung, in dem Protocoll vom 12. Juni 1817, §. 223 (oben S. 237), erklärte die Bundsversammlung: „Die Bundesversammlung ist berufen, darauf zu achten, daß die in der BundesActe Art. 12, 13, 14, 16 und 18 den einzelnen Staaten zur Ausführung vorgeschriebenen öffentlichen Verhältnisse in Erfüllung gebracht werden."

Nachdrücklich mahnte an allgemeine Erfüllung des dreizehnten Artikels, der mecklenburgische Gesandte, in der Sitzung vom 22. December 1817 [2]). Seine

1) Protokolle der B. V., Bd. II, S. 100.

2) Protokolle von 1817, §. 416. Vergl. (v. Gagern's) Mein Antheil an der Politik, Abth. III, S. 209 ff.

Erklärung lautet unter Anderem, wie folgt. Es wird „der Bedacht, den die Bundesversammlung auf Erfüllung des 13. Artikels zu nehmen beabsichtiget hat, nur noch weiter auszusprechen seyn, um die prüfenden Vorbereitungen, welche inzwischen in mehreren Bundesstaaten zur neuen Gründung oder Vervollständigung ihrer landständischen Verfassungen gemacht worden, durch einen baldigen Anfang verwirklicht, allenfalls durch gemeinsame Rücksprache befördert zu sehen. In dieser Hinsicht darf ich bei der gegebenen Veranlassung zur Zeit nur den dringenden Wunsch Ihro Königlichen Hoheiten vortragen: daß es den verehrlichen Gesandschaften gefällig seyn möge, in der Art, wie solches wegen des 12. Artikels schon mehrfältig geschehen, und wegen des 14. Artikels beschlossen worden, ebenfalls über die Erfüllung des Art. 13 sich erklären, und die Bundesversammlung in Kenntniß setzen, auch die Einholung angemessener Instructionen dieserhalb beschliessen zu wollen."

Hierauf ward von der Bundesversammlung, in derselben Sitzung, „beschlossen: den Gesammt-Antrag, mittelst eigenen Berichtes, den Regierungen zur „Instructions-Einholung vorzutragen."

In den Abstimmungen, welche, in Folge dieses Beschlusses, nach und nach zu Protocoll kamen, ward die rechtliche Nothwendigkeit, den dreizehnten Artikel allenthalben in Erfüllung zu bringen, allgemein anerkannt. Die ihn noch nicht erfüllt hatten, entschuldigten sich mit Hindernissen, die noch nicht hätten beseitigt, mit Vorbereitungen die noch nicht hätten beendigt werden können.

Am meisten zeichnete die Preussische Abstimmung sich aus, durch ernsten Willen für die Sache, durch Ermunterung zur Nachfolge, durch unmittelbare Einwirkung

auf den Beschluß. Aber Preussen war es auch, das auf dem wiener Congreß die erste, meiste und beharrlichste Thätigkeit für landständische Verfassung in allen Bundesstaaten entwickelt, welches dieselbe, neben einer kraftvollen Kriegsgewalt und einem permanenten Bundesgericht, für einen Punct erklärt hatte, von dem man, nach seiner innersten Ueberzeugung, nicht abgehen könne, ohne der Erreichung des gemeinschaftlichen Endzwecks den empfindlichsten Nachtheil zuzufügen [1]). Lang vor dem wiener Congreß, hatte Seine Majestät der König, in einem Edict vom 27. October 1810 [2]), die Absicht erklärt, „der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation, sowohl in den Provinzen, als für das Ganze „zu geben." Etliche Wochen vor Errichtung der teutschen BundesActe, hatte Allerhöchstderselbe, in einer aus Wien datirten Verordnung vom 22. Mai 1815 [3]), Seinem Volk die Zusicherung ertheilt, daß eine „Repräsentation des Volks" gebildet, daß in den einzelnen Landestheilen ProvinzialStände hergestellt oder angeordnet, und zeitgemäß eingerichtet werden sollen, daß aus ihnen eine Versammlung der LandesRepräsentanten gewählt werden, und diese zu Berlin ihren Besitz haben soll; ein Versprechen, das nachher mehrmal in öffentlichen Kundmachungen erneuert ward.

In der Bundesversammlung, Sitzung vom 5. Februar 1818, §. 26 [4]), erklärte die Preussische Regierung die Anregung des mecklenburgischen Gesandten für einen nicht

1) Klüber's Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congresses, Abth. II, S. 201 ff.

2) Preussische Gesetzsammlung, 1810, S. 31.

3) Ebendaselbst, 1815, S. 103.

4) Protokolle der D. B. V., Bd. IV, S. 230 ff.

unwillkommenen Anlaß, über diese Angelegenheit sich näher zu äussern. Es müsse, sagte sie, denen Regierungen, „welche bis jetzt noch nicht zu Einführung einer landständischen Verfassung hätten gelangen können, höchst wünschenswerth seyn, über Alles, was von ihnen zur Ueberwindung vorgefundener Schwierigkeiten bereits geschehen oder vorbereitet sey, sich näher auszusprechen, und zugleich den ernsten Willen zu beweisen, daß eine Verheissung, welche von allen Bundesstaaten gegeben worden, auch von Allen erfüllt werde." Sie habe „nie, was sie einmal für das gemeinsame Wohl als nothwendig erkannt, aus den Augen verloren." Nachdem sie über die in ihrem Innern vorgefundenen Schwierigkeiten, und über die zu deren Beseitigung zeither getroffenen Vorbereitungen sich geäussert hatte, betheuerte sie, daß „Sie sich des ernsten Willens bewußt sey, ständische Verfassung in dem Augenblick und in dem Umfang eintreten zu lassen, wie selbige eine nur das Wohl der Unterthanen und alle billigen und gerechten Aussprüche der öffentlichen Meinung darüber berücksichtigende Prüfung für angemessen erachten werde. Ein wahres Gedeihen ständischer Verfassung könne nur da seyn, wo ein aufrichtiger und ernster Wille sey, den Artikel 13 der BundesActe zu erfüllen. . . . . In dieser Absicht werde die Preussische Regierung sich angelegen seyn lassen, nach Verlauf eines Jahres von dem Fortgang und der Lage ihrer ständischen Einrichtung den Bund in Kenntniß zu setzen. Es sey sehr zu wünschen, daß auch alle übrigen Staaten, welche noch keine Stände haben [1]), sich zu derselben Anzeige,

---

1) Diese sind genannt, in Klüber's angef. öffentl. Recht rc. (3. Aufl.), §. 288.

in gleicher Frist, vereinigten. Und diesen Wunsch sey die Preussische Gesandschaft angewiesen: hiedurch dringend zu erkennen zu geben."

Hierauf folgte, in der Sitzung vom 25. Mai 1818, §. 127, nachstehender Beschluß der Bundesversammlung [1]).

„Was hiernächst den bei diesem Anlasse [2]) von Ihren Königlichen Hoheiten den Großherzogen von Mecklenburg Schwerin und MecklenburgStrelitz ausgedrückten Wunsch, wegen näherer Angabe über die Erfüllung des 13. Artikels der Bundesacte in den deutschen Bundesstaaten, betrifft, so hat die Bundesversammlung aus den Erklärungen der Bundesgesandschaften jener Staaten, welche durch die von ihnen angeführten unverwerflichen Gründe noch zur Zeit an der vollständigen Erfüllung des 13. Artikels der BundesActe verhindert worden, mit gerechter Beruhigung die Versicherung entnommen, daß die betreffenden Regierungen diesen Artikel der BundesActe auf eine, seinem hohen Zweck angemessene Weise in Vollziehung zu bringen und dabei jede nicht in der Sache gegründete Verzögerung zu vermeiden kräftigst entschlossen und beflissen sind, auch nicht unterlassen wollen, der Bundesversammlung binnen Jahresfrist die geeigneten Mittheilungen von den fernern Einleitungen in den ständischen Einrichtungen, von deren Fortgange und, wo möglich, von ihrem allerseitigen end-

---

1) In den angef. Protokollen, B. V, S. 267.

2) Die von den beiden Mecklenburgischen Regierungen nachgesuchte BundesGarantie ihres Staatsgesetzes vom 28. November 1817, betr. die rechtliche Entscheidung von Streitigkeiten über Angelegenheiten der Landesverfassung. Man s. oben S. 330. f.

lichen Resultate zu machen, welchen dieselbe sofort vertrauensvoll entgegensieht."

Damit schließen sich, bis jetzt, die directen Verhandlungen der Bundesversammlung über den Gegenstand in Frage.

Bei Gelegenheit des Gesuchs der Prälaten und Ritterschaft des Herzogthums Holstein, um Vermittelung wegen Wiederherstellung ihrer landständischen Verfassung, kam im Jahr 1823 zur Frage, ob die Bundesversammlung zu verlangen befugt sey, daß dem Herzogthum Holstein binnen einer bestimmten Frist eine landständische Verfassung ertheilt werde? In den Gutachten und Abstimmungen, zeigte sich hierüber eine Verschiedenheit der Ansichten [1]). Unter Anderem heißt es in der östreichischen Abstimmung: „Seine Majestät der Kaiser werden es niemals angemessen finden, daß den souverainen Fürsten der Bundesstaaten, zur Ertheilung von Verfassungen in ihren Ländern, durch diese Versammlung Fristen gesetzt werden." Dagegen ward in der hannövrischen Abstimmung gesagt: „Die Competenz der Bundesversammlung ist unbezweifelt begründet, in Hinsicht der Zeitbestimmung für eine einzuführende Verfassung. Eine gesetzliche Verbindlichkeit ohne die Möglichkeit ihrer Realisation in der Zeit, würde keine seyn; und in einem Grundgesetze des Teutschen Bundes darf kein Element gefunden werden, das sein eigenes Princip auflöset."

Die Erörterung der Beschwerde, welche zu diesen Aeusserungen Anlaß gab, endete mit nachstehendem Be-

---

1) Protok. v. 10. Juli 1823, §. 129; in den Protokollen der D. B. V., Bd. XV. S. 303, 389, 416 ff. u. 429 ff.

schluß der Bundesversammlung vom 27. November 1823 [1]).
„Da die hohe Bundesversammlung aus den bisherigen Verhandlungen die Ueberzeugung erlangt hat, daß die alte Verfassung in Holstein in anerkannter Wirksamkeit nicht bestehe, so werden die reclamirenden Holsteinischen Prälaten und Ritterschaftsmitglieder mit ihrem Gesuche und ihrer Berufung auf den 56. Artikel der Wiener Schlußacte, als unstatthaft, abgewiesen; den Reclamanten wird jedoch zu ihrer Beruhigung eröffnet, daß Seine Majestät der König von Dänemark, nach der durch Allerhöchstihre Bundestagsgesandschaft wiederholten Erklärung, dem Herzogthume Holstein eine Verfassung zugesichert haben, welche nach dem Artikel 55 der Schlußacte, die älteren Rechte möglichst berücksichtigen und den gegenwärtigen Zeitverhältnissen angepaßt werden soll. Die hohe Bundesversammlung weiset zugleich die reclamirenden Prälaten und Ritterschaftsmitglieder an, dieser Verfassung mit jenem Vertrauen entgegen zu sehen, welches die unumwundene Erklärung Seiner Majestät des Königs bei treu ergebenen Unterthanen nothwendig erzeugen muß; und ertheilt denselben die Versicherung, daß sie, inner der Gränze ihres Wirkungskreises, nach dem 54. Artikel der Schlußacte, über die Erfüllung jener Verbindlichkeit zu wachen wissen werde.“

Die Bestimmungen der wiener SchlußActe von 1820, Art. 54 bis 62, die landständische Verfassung betreffend, findet man oben S. 215 — 218.

---

1) Ebendas. B. XV, S. 536. Und ein InhäsivBeschluß v. 15. Jan. 1824, ebendas. Bd. XVI, S. 8.

Register.

Druckfehler.

Seite 31, Z. 3 von unten, l. à l'exception. — S. 31, Z. 16, l. partie. — S. 35, Z. 8, l. Freusberg. — S. 50, Z. 5 v. unten, l. les princes de Salm-Salm et Salm-Kyrbourg. — S. 56, Z. 7 v. u. l. 363. — S. 89, Z. 2, statt soits l. soit. — S. 134, Z. 5, nach „Bundes" gehört ein Punct, statt des Comma. — S. 221, Z. 2, l. Geschäftordnung. — S. 272, Z. 6, l. Geschäftordnung. — S. 310, Z. 3 v. u., l. verdienen. — S. 331, Z. 12. l. elsflether.

S. 97, Note 1, am Schluß ist Folgendes beizufügen. Der Sachsen-Coburgische AccessionsVertrag zu der CongreßActe, ist abgedruckt in der oben S. 3 näher angezeigten Sammlung russischer Staatsverträge, Th. I, S. 547 ff. Ein Verzeichniß ähnlicher AccessionsVerträge, ebendas. S. 549.

Die bayerischen Landtagsverhandlungen vom Jahre 1825 füllen 21 Bände, zu deren Gebrauch ein Repertorium unentbehrlich ist. Die vorstehende Schrift liefert in dieser Ersten Abtheilung eine vollständige Uebersicht des bayerischen Finanzzustandes, und der Staats-Schuldentilgungs-Anstalt, mit allen dahin einschlagenden Gesetzes-Debatten und einzelnen Motionen, bildet somit ein Ganzes für sich. Wer, nicht zufrieden mit der hier gegebenen systematischen Zusammenstellung des Wesentlichsten, dem Gange der Verhandlungen selbst folgen, die Ansichten der einzelnen Redner kennen lernen will, kann dieses leicht vermittelst der genauen Hinweisungen auf die Protocolls- und Beilagen-Bände.

Jäck, Dr. M., Statistik des Königreiches Bayern in Beziehung auf materielle bürgerliche Gesetze, mit Ausschluß des Rheinkreises. Zweite Auflage. 8. 1829. geheftet (in Kommission). 1 Rthlr. oder 1 fl. 30 kr.

Jahrbücher der gesammten deutschen juristischen Literatur, im Vereine mit mehreren Gelehrten herausgegeben von Dr. Fr. Chr. K. Schunck. Erster bis Fünfter Jahrgang 1826 — 1830. Jeder Jahrgang in drei Bänden kostet 5. Rthlr. 12 gr. oder 8 fl. 24 kr. rhein.

Diese Jahrbücher gewähren eine vollständige Uebersicht aller neuen Erscheinungen im Felde der juristischen Literatur, und geben befriedigende Nachricht von dem Inhalte und Werthe derselben, wodurch sie vorzüglich dem Geschäftsmanne, dem es sehr oft an Gelegenheit, Zeit und Mitteln fehlt, die neuen Schriften seines Faches aus eigener Ansicht kennen zu lernen, oder auch nur die vielen verschiedenen Literaturzeitungen und speciellen juristischen Zeitschriften mitzulesen, jene erste cursorische Durchsicht und dieses Mitlesen aller Zeitschriften ersetzen.

Sie enthalten 1) in jedem Hefte ein vorläufiges Verzeichniss der in je 5 — 6 Wochen in Deutschland erschienenen jurist. Schriften; 2) möglichst bald eigene Recensionen dieser Schriften; 3) eine Nachweisung sämmtl. in den verschiedenen Literaturzeitungen und speciellen Zeitschriften enthaltenen Recensionen und Anzeigen derselben, entweder mit einem Auszuge aus der Recension, oder doch mit Angabe ihres Resultates; 4) eine Zusammenstellung der ausserdem für den deutschen Juristen wichtigen und allgemein interessanten Nachrichten.

Justiniani institutionum libri IV. Textu ad codicem olim Heilbronnensem nunc Erlangensem recognito. Edid. Dr. Carol. Bucher. 8. maj. 1826. auf Druckpapier 1 Rthlr. 2 gr. oder 1 fl. 54 kr.; auf Schreibpapier 1 Rthlr. 8. gr. oder 2 fl. 24 kr.

Klüber, Dr. Joh. Lud., Staatsarchiv des teutschen Bundes 6 Hefte gr. 8. 1816 — 18. 3 Rthlr. 18 gr. oder 6 fl. rhein.

Krehl, Dr., das Steuersystem nach den Grundsätzen des Staatsrechts und der Staatswirthschaft. gr. 8. 1816. 2 Rthlr. 8 gr. oder 3 fl. 30 kr. rhein.

Der Verfasser setzte sich die Aufgabe, ein Steuersystem zu liefern, das nicht nur eine strengwissenschaftliche Prüfung aushalte, sondern auch in der Anwendung selbst keiner Forderung der Staatswirthschaft, National-Industrie und Moral entgegentrete; weder die Rechte der Einzelnen beeinträchtige, noch den Staat in der Verfolgung seiner Bestimmung hemme; Allgemeinheit und Gleichheit der Besteuerung im vollen Umfange realisire, und alles Willkührliche schon durch sich selbst ausschließe.

Lange, Dr. Joh. Christ., die Rechtstheorie von dem Ausspielgeschäft. gr. 8. 1818. 20 gr. oder 1 fl. 18 kr.

Das Ausspielen von Gütern und andern Gegenständen kommt in neuern Zeiten so häufig vor, daß dieses Geschäft nach seinen rechtlichen Beziehungen zu betrachten sich als Bedürfniß aufdrang. Der Verfasser, schon rühmlich bekannt durch ein Werk über die Natur des Besitzes so wie durch seine Abhandlungen über Wetten und Spielverträge, hat durch die Herausgabe dieser Rechtstheorie vom Ausspielgeschäft, nach dem Urtheile kritischer Blätter, sich um Wissenschaft und Praxis gleich sehr verdient gemacht.

— — Versuch einer Begründungslehre des Rechts. gr 8. 1821. 22 gr. oder 1 fl. 24 kr. rhein.

Lips, Dr. Alex., wie läßt sich dem Wiederabbrennen ganzer Städte und Märkte in Zukunft vorbeugen und wie lassen sich die noch nicht niedergebrannten Orte vor einem ähnlichen Schicksale schützen? Ein Beitrag zur Feuer- und Baupolizei. 8. 1824. 6 gr. oder 24 kr.

Lotz, Joh. Friedr. Eus., (Regierungsrath) Handbuch der Staatswirthschaftslehre. Drei Bände. gr. 8. 1821 — 22. 7 Rthlr. 18 gr. oder 11 fl. 48 kr. rhein.

Zwei Zwecke hatte der Verfasser bei Ausarbeitung dieses Handbuchs vor Augen, einmal die Staatswirthschaft als eine selbständige Wissenschaft zu begründen, dann deren Lehren in einem solchen Gewande zu geben, daß ihr Studium auch dem Geschäftsmann möglichst erleichtert werde, und sie selbst dadurch mehr ins wirkliche Leben übergehe.

Der Erste Band enthält die reine Staatswirthschaftslehre, der Zweite und Dritte die angewandte, und zwar gibt der Zweite eine umfassende Darstellung der Hauptgrundsätze der Gewerbs- und Handelspolitik, mit kritischfreimüthigen Bemerkungen über die neuesten Anordnungen unserer Regierungen über diese Gegenstände; der Dritte und letzte Band aber enthält die Lehre von der öffentlichen Consumtion, oder die Grundsätze der Finanzwissenschaft.

Die Beurtheilungen aller kritischen Blätter stimmen darin überein, daß dieses Werk eines der gediegensten der neuern Literatur über Staatswirthschaft sey.

Meusel, Joh. Geo., vermischte Nachrichten und Bemerkungen, historischen und literarischen Inhalts. 8. 1818. 20 gr. oder 1 fl. 18 kr.

Michaelis, Dr. Adolph, die Protocolle der hohen deutschen Bundesversammlung. Eine publicistische Betrachtung. gr. 8. 1829. geh. 8 gr. oder 30 kr.

Möllenthiel, Dr. C. A., über die Natur des guten Glaubens bei der Verjährung. gr. 8. 1820. 20 gr. oder 1 fl. 18 kr.

Morin, L. M., Lehrbuch der Kriegswirthschaftslehre, oder Grundsätze zur Verwaltung des Kriegswesens im Frieden und im Kriege. Frei übersetzt mit Einleitung, Zusätzen und Anmerkungen versehen von Ferd. von Schmidt. gr. 8. 1819. 1 Rthlr. 8 gr. oder 2 fl.

Puchta, Dr. Wolfg. Heinr., Anleitung zum vorsichtigen Creditiren auf unbewegliche Güter nach den Grundsätzen des preussischen Hypothekenrechts, für Praktiker, Capitalisten und Grundeigenthumsbesitzer. 8. 1816. 2 Thlr. oder 3 fl.

— — der Geschäftsmann in Gegenständen der öffentlichen und Privatrechts-Praxis. gr. 8. 1818. 1 Thlr. 20 gr. oder 2 fl. 48 kr.

— — Worte der Erfahrung für das Princip der Specialität bei einer neuen Hypothekenordnung in und außer Bayern. 8. 1819. 8 gr. oder 30 kr.

— — Handbuch des gerichtlichen Verfahrens in nichtstreitigen bürgerlichen Rechtssachen namentlich bei den sogenannten Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, dann bei Vormundschafts- und Hypothekenwesen. Zwei Theile. gr. 8. 1821. 5 Thlr. 8 gr. oder 8 fl.

— — das Institut der Schiedsrichter nach seinem heutigen Gebrauche und seiner Brauchbarkeit für Abkürzung und Verminderung der Prozesse betrachtet. gr. 8. 1823. geh. 16 gr. oder 1 fl.

— — Entwurf einer Ordnung des Verfahrens in den Gegenständen der freiwilligen Gerichtsbarkeit. gr. 8. 1824. 1 Thlr. 20 gr. oder fl. 2. 48 kr.

Rudhart, Dr. Ign., über die Censur der Zeitungen im allgemeinen und besonders nach dem bayerischen Staatsrechte. 8. 1826. geh. 6 gr. oder 24 kr.

— — über die Gewerbe, den Handel und die Staatsverfassung des Königreichs Bayern. Auch mit dem Titel: Ueber den Zustand des Königreichs Bayern nach amtlichen Quellen. Zweiter Band. Mit vielen Tabellen. gr. 8. 1827. 3 Thlr. 12 gr. oder 6 fl.

— — die Finanzverwaltung, Rechtspflege und Kriegsanstalten des Königreichs Bayern. Auch mit dem Titel: Ueber den Zustand des Königreichs Bayern nach amtlichen Quellen. Dritter Band. gr. 8. 1827. 2 Thlr. 16 gr. oder fl. 4. 12 kr.

Schlupper, J. N., über das Staatsfinanz-Rechnungswesen. Mit Rechnungs-Formularen. Nebst einem Anhang über Bewirthschaftung der Getreid-Magazine in ökonomischer finanzieller Hinsicht. gr. 8. 1817. 12 gr. oder 48 kr.

Schwarz, Dr. Ign. Christian, das Institut der Reallasten auf deutschen Bauerngütern, nach seinen Hauptmomenten dargestellt. Ein germanistischer Versuch. gr. 8. 1827. 12 gr. oder 48 kr.

Sensburg, Ernst Phil. Freih. von, (Staatsrath) pragmatische Untersuchung des Ursprungs und der Ausbildung alter Abgaben und neuer Steuern, zur Vorbereitung eines gleichheitlichern, und repräsentativen Verfassungen angemessenern, Abgaben-Systems. gr. 8. 1823. geh. 16 gr. oder 1 fl.

Soden, Julius Graf von, die Staatshaushaltung. Eine Skizze zum Behuf öffentlicher Vorlesungen; als Vorbereitung und Einleitung zu der Kunde sämmtlicher Zweige der Staatshaushaltung oder der sogenannten Kameral-Wissenschaften. gr. 8. 1812. 10 gr. oder 40 kr.

Strelin, (Geh. Rath.) Gottfr., Versuch einer Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften. gr. 8. 1827. 1 Thlr. 6 gr. oder 2 fl.



